

Donnerstag, 31. Juli 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 175 - 31.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 560,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL.

exklusiv in der WELT



Interview mit Giulio Andreotti

Der italienische Außenminister Giulio Andreotti wird in seinem Land wegen seines politischen Instinktes und seiner Schlauheit als ein „Fuchs" bezeichnet. Dazu Ministerpräsident Craxi: „Auch Füchse enden beim Kürschner." Die römische Journalistin Carlotta Tagliarini führte im Auftrag der WELT ein Gespräch mit Andreotti. Fazit: Andreotti hat den Ehrgeiz, das Staatsruder Italiens noch einmal in die Hand zu nehmen – es wäre das sechste Mal. Seite 5

Heute in der WELT

Krebsberatung am Telefon

Das Bedürfnis nach mehr Informationen zum Thema „Krebs" ist gestiegen. Diesem Bedürfnis kommt der beim Heidelberger Krebsforschungszentrum angesiedelte Telefon-Informationsdienst entgegen, an den sich jeder – auch anonym – wenden kann. Seit zwei Monaten sind dort Fachleute täglich 13 Stunden im Einsatz, um hilfesuchende Anrufer mit den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen zu versorgen. Seite 5

POLITIK

Wettlauf: Die Zukunft Europas hängt nach Auffassung von Außenminister Genscher davon ab, daß es im Wettlauf der USA und Japans um neue Hochtechnologien mithalten und damit auch über das Jahr 2000 hinaus eine eigenständige Kraft in Weltpolitik und -wirtschaft sein kann.

„Versklavt": Scharfe Kritik am Verhältnis der Prager Führung zu den Kirchen hat Kardinal Frantisek Tomasek geübt. In einem Gespräch mit der Wiener Zeitung „Kurier" sagte der Erzbischof mit Blick auf die CSSR: „Hier wollen sie die Kirche versklaven."

Erneuert: Der amtierende sozialistische Ministerpräsident Craxi wird die bisherige Koalition in Rom fortführen, sein Amt aber im kommenden März an einen christdemokratischen Politiker abtreten. Damit ist die italienische Regierungskrise beendet. (S. 5)

Paris: Das neue französische Pressegesetz tritt zunächst ohne „Meinungsvielfalt-Garantie" in Kraft. Der Verfassungsrat hatte kritisiert, daß die festgelegte Obergrenze (30 Prozent) für den Besitz einer Zeitung nur für den Zukauf gilt, bestehende Verhältnisse aber nicht berührt.

Niederlande: Die Regierung will angesichts der sinkenden Einnahmen aus Energie-Exporten weiter an ihrem Sparkurs festhalten. In seiner Regierungserklärung betonte Ministerpräsident Lubbers, der Verteidigungsetat bleibe nicht ausgespart. (S. 5)

Nahost: Eine israelisch-ägyptische Vereinbarung über die Beilegung des Streits um den Küstenstreifen Taba auf dem Sinai wird voraussichtlich in der nächsten Woche paraphiert. Der Grenzverlauf soll von einem internationalen Gremium festgelegt werden.

WIRTSCHAFT

Steuern: Die Steuereinnahmen im ersten Halbjahr 1986 betrugen 193,9 Mrd. DM und lagen damit um 3,9 Prozent über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Damit hellt sich das zuvor düstere Bild der Einnahme-Entwicklung weiter auf. (S. 9)

Börse: An den Aktienmärkten konnte sich trotz kursdrückender Gewinn-Mitnahmen eine freundliche Tendenz durchsetzen. Der Rentenmarkt war wenig verändert. WELT-Aktienindex 252,36 (248,69). BHF Rentenindex 107,637 (107,636). BHF Performance Index 105,984 (105,954). Dollarmittelkurs 2,1197 (2,1173) Mark. Goldpreis pro Feinunze 351,65 (351,25) Dollar.

Aktienindex der WELT
31.12.1964=100
260
250
240
17. 18. 21. 22. 23. 24. 25. 28. 29. 30.
Juli 86
DIE WELT

KULTUR

Darmstadt: Neue Musik als das nie Dagewesene, völlig aus dem Rahmen Fallende bleibt Ausnahme. Sie zentriert sich auffällig gerade dort, wo Frauen als Interpretinnen, Komponistinnen die Hand im Spiel haben. Blutvolle Dramatik in keuschem Alltag. (S. 16)

Franz Liszt: Sein kompositorisches Spätwerk, erst allmählich und zögernd zutage getreten, wuchs mit seinen meist melancholischen, resignierenden Tönen tief in musikalisches Neuland hinein, das erst spät beackert wurde. Der 100. Todestag. (S. 17)

SPORT

Fußball: Rudi Völler, Nationalspieler von Werder Bremen, hat seinen Vertrag mit dem deutschen Vize-Meister um drei Jahre bis 1990 verlängert. Bayern München hätte den Mittelstürmer verpflichten wollen. (S. 15)

Leichtathletik: Die beiden Fernsehanstalten ARD und ZDF wollen von den Europameisterschaften, die vom 26. bis 31. August in Stuttgart ausgetragen werden, im täglichen Wechsel insgesamt 30 Stunden lang berichten.

AUS ALLER WELT



Galant: Verbindliches Accessoire der Damenwelt – An den Höfen Europas war der Fächer (Foto) weit mehr als eine manuell betriebene Klimaanlage, er wurde eines der charmantesten Hilfsmittel galanten Umgangs. Eine Ausstellung in Weinheim. (S. 18)

„Ju 52": Die fliegende Legende läßt noch heute das Herz jedes Enthusiasten der Luftfahrt höher schlagen. Jetzt soll eine ganze Staffel vom Grund des norwegischen Hartvigvann-Sees nahe Narvik geborgen werden. (S. 18)

Umweltskandal an der Saar bringt Leinen in Bedrängnis

Auch Staatsanwaltschaft widerspricht dem Minister / Untersuchungsausschuß?

gur. **Saarbrücken**

Das Fischsterben an der Saar hat politische Turbulenzen um den saarländischen Umweltminister Jo Leinen (SPD) ausgelöst. Der rheinland-pfälzische Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) warf Leinen vor, das Ausmaß des Problems zu spät erkannt und die Behörden des Nachbarlandes auch zu spät unterrichtet zu haben. Die Oppositionsparteien CDU und FDP sprachen von einem „umweltpolitischen Skandal ersten Ranges" und forderten eine unverzügliche Sondersitzung des Umweltausschusses.

Kritik mußte sich Leinen auch von Kreisen gefallen lassen, die zu seiner politischen Klientel zählen. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) nannte die über das Wochenende verschleppte Aufklärung eine „unentschuldbare Schlamperei sondergleichen".

Nach Angaben des Umweltministeriums in Saarbrücken liegt die Ursache des Fischsterbens in der Einleitung mehrerer Tonnen hochgiftiger Blausäure durch die Kokerei Fürstenhausen der staatlichen Saarbergwerke in Völklingen. Das Unternehmen wies diese Vorwürfe jedoch zurück.

Auch die Staatsanwaltschaft Saarbrücken hat mit ihrer gestern veröffentlichten Erklärung der Darstellung Leinens widersprochen. Sie habe noch „keine konkreten Anhaltspunkte" dafür, wer der Verursacher gewesen sei. Der Leiter des mit der Untersuchung beauftragten Hygiene-Instituts, Rainer Ansorg, erklärte in der „Saarbrücker Zeitung", er wage es nicht, sich „nur auf einen Einleiter zu kaprizieren".

Wie der WELT inzwischen durch das Hygiene-Institut bestätigt worden ist, hat das massenhafte Fischsterben bereits am Samstag vormittag begonnen. Wasserproben seien jedoch erst am Montag untersucht worden. Umweltminister Leinen soll sich am Wochenende auf einem 10-Kilometer-Trimm-dich-Lauf befunden haben. Erst am Montag wurde schließlich der Alarmplan ausgelöst, die mögliche Quelle der Einleitung wurde sogar erst Dienstag mittag ausgemacht.

Eine Sprecherin des Bundesumweltministeriums meinte gegenüber der WELT, es spreche „sehr für sich, wenn am Sonnabend tote Fische gefunden und der volle Umfang des Schadens erst am Montag im Ministerium bekannt" werde. Minister Töpfer erklärte, man könne nach den Vorgängen „nicht einfach zur Tagesordnung übergehen". Wenn die Behörden des Nachbarlandes frühzeitig reagiert hätten, „hätte das Ausmaß der Katastrophe wesentlich verringert werden können".

In der saarländischen CDU wird nach den Worten des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Gerd Meyer auch die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses erwogen. Die späte Auswertung der Wasserproben sei ein „absoluter Skandal", zumal durch die Vergiftung des Flusses und der Fische auch Menschenleben in Gefahr geraten seien. Auch die FDP schließt nicht aus, einen Untersuchungsausschuß zu fordern, wenn es nicht gelinge, Leinens Verantwortung und die mögliche Verletzung seiner Aufsichtspflicht bereits im Umweltausschuß zu klären.

DER KOMMENTAR

Schwere Wetter

DANKWART GURATZSCH

Nach dem Tod von Millionen Fischen zieht sich über dem Haupt des saarländischen Umweltministers Jo Leinen ein schweres Unwetter zusammen. Hat er angemessen, schnell genug und verantwortungsbewußt reagiert? Alle Anzeichen sprechen für das Gegenteil. Die Ursachen für das massenhafte Fischsterben am Sonntag wurden in den seiner Dienstaufsicht unterstellten Behörden und Instituten erst zwei Tage später untersucht, die Quelle der Verunreinigung erst am Dienstag, und auch noch ohne letzte Klarheit, ermittelt.

Das wiegt um so schwerer, als durch die Vergiftung des Flusses und der Fische auch Menschenleben gefährdet worden sind. Die Quelle der Verseuchung wurde offenbar erst am Dienstag verstopft. Möglicherweise ist auch verseuchtes Wasser noch auf Felder ausgebracht worden. Der Amtskollege Leinens in Rheinland-Pfalz hat erst zwei Tage später nach „mehrmaligen Nachfragen nennenswerte Informationen" erhalten, obwohl in seinem Land die Trinkwasserversorgung ganzer Gemeinden bedroht gewesen sein konnte. Leinen ging zur gleichen Zeit der Körperertüchtigung nach.

Jetzt werden Untersuchungen gefordert, die sich nicht mehr nur auf den Verursacher, sondern auch auf den verantwortlichen Minister beziehen. Sind ihm Schwachstellen in seiner Verwaltung nachzuweisen? Hat der Minister, der überall zu finden ist, wo Umweltsünden publikumswirksam angeprangert werden können, die Schularbeiten im eigenen Haus vernachlässigt? Hat er über seinem Feldzug gegen die Atomenergie den Schutz der Natur und der Menschen vor Gefahren im eigenen Lande versäumt?

Umweltpolitik kann nicht in Maulheldentum bestehen, sondern muß täglich vor Ort ihre Effektivität erweisen. Leinen wird von seiner eigenen Politik eingeholt – jetzt ist er Auskunft schuldig.

Bonn wird in Managua vorstellig

Contra-Sprecher macht die Sandinisten für den Tod der „Aufbauhelfer" verantwortlich

BERNT CONRAD, **Bonn**

Die Bundesregierung hat die Regierung von Nicaragua gestern noch einmal eindringlich aufgefordert, ihrer Verantwortung für die Sicherheit der auf ihrem Territorium tätigen Ausländer Rechnung zu tragen. Dieser Appell wurde nicht nur in der Bundespressekonferenz wiederholt, sondern auch dem Botschafter von Nicaragua übermittelt, der ins Auswärtige Amt (AA) einbestellt wurde. AA-Sprecher Reinhard Bettzüge gab gestern auch bekannt, daß die Bundesregierung nach der Ermordung von Bernd Koberstein in Managua vorstellig geworden sei.

Trotz des Todes von drei „Aufbauhelfern" und der nachdrücklichen Warnungen der Bundesregierung vor Einsätzen in Nicaragua wollen die Jungsozialisten ihre 16 Mitglieder starke „Arbeitsbrigade" in dem zentralamerikanischen Land weiterarbeiten lassen. Dies teilte die SPD-Nachwuchsorganisation gestern in Bonn mit.

Ein Sprecher der gegen die Sandinisten kämpfenden Demokratischen Front Nicaraguas (FDN) machte in einer Fernsehsendung die Regierung von Nicaragua für den Tod der „Aufbauhelfer" verantwortlich.

Die evangelische Entwicklungshilfe-Organisation „Dienste in Übersee" dagegen erklärte, es gehöre offenbar zur neuen Strategie der Contras, ausländische Helfer gezielt mit Terroranschlägen zu bedrohen. Die Organisation verurteilt erneut „den von außen gesteuerten und finanzierten schmutzigen Krieg der Contras gegen eine Regierung, die von einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung getragen wird". „Dienste in Übersee" vermittelt Fachleute für Entwicklungsvorhaben in der Dritten Welt.

Die drei im Norden Nicarauas getöteten „Aufbauhelfer" waren am Dienstag in Matagalpa, 125 Kilometer nördlich von Managua, beigesetzt worden. Inzwischen wurde bekannt, daß der Bau eines Wasserversorgungssystems in der nicaraguanischen Stadt Wiwili, an dem die getöteten „Aufbauhelfer" beteiligt waren, auf Wunsch von Freiburger Solidaritätsvereinigungen auch nach dem Tod Kobersteins weiter betrieben werden soll.

Wie in Bonn bekannt wurde, hat das Auswärtige Amt gegen deutsche „Aufbauhelfer", die vor zwei Monaten die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Managua besetzt hatten, Strafantrag „wegen Erfüllung mehrerer strafrechtlich relevanter Tatbestände" gestellt. Dazu gehören schwerer Hausfriedensbruch, Nötigung, möglicherweise auch Verletzung des Briefgeheimnisses, schwerer Diebstahl und Sachbeschädigung. Der Antrag wurde an das Bundesjustizministerium weitergeleitet.

Nach Mitteilung des Auswärtigen Amtes ermittelt der Generalbundesanwalt, ob der Tatbestand der Nötigung von Verfassungsorganen bei der Botschaftsbesetzung verwirklicht worden sei. Es wurde als möglich bezeichnet, daß sich der Generalbundesanwalt auch der übrigen Straftatbestände annehmen werde.

Verwunderung über „DDR"-Attacke

Bonn nennt Standpunkt Ost-Berlins im Asyl-Streit „unhaltbar" / Kontakt mit der SED

Co./hrk. **Berlin/Bonn**

Die Bundesregierung hat in der Asylantenfrage Kontakte mit der „DDR" und ist an einer einvernehmlichen Beilegung des Problems „sehr interessiert", teilte gestern Regierungssprecher Friedhelm Ost in Bonn mit. Die Zeit sollte nicht durch öffentliche Debatten vergeudet werden. Das Problem verlange vielmehr eine sachliche Erörterung. Dazu sei die Bundesregierung bereit.

Ost wies gleichzeitig darauf hin, daß die ADN-Meldung vom Mittwoch mit ihrer Polemik gegen die Bundesregierung in Inhalt und Ton nicht dem Geist gutnachbarlicher Beziehungen entspreche. Die dort aufgestellten Rechtsbehauptungen seien unhaltbar. Entsprechend der internationalen Rechtspraxis werde der Transit nur bei Vorlage eines Visums des Ziellandes erteilt. Es sei unverständlich, daß sich die „DDR" nicht an diese – auch von anderen Staaten des Warschauer Paktes beachtete – rechtliche Gepflogenheit halte.

Die „DDR" hatte die Ansicht vertreten, daß das Ausstellungsverfahren von Transitvisa für West-Berlin anders aussehe, weil West-Berlin unter Besatzungsrecht stehe, kein Bestandteil der Bundesrepublik sei und von ihr nicht regiert werden dürfe. „Die Frage der in West-Berlin um Asyl nachsuchenden Personen fällt nicht in die Zuständigkeit der DDR", hieß es bei ADN. Die Einreise in die Stadt sei ausschließlich Sache der Alliierten.

LEITARTIKEL SEITE 2:
Honeckers Asyl-Trick

Bei Westberliner Politikern löste diese Haltung der „DDR" erheblichen Unmut aus. Die „DDR" spreche von Transitfreiheit, tue aber nichts anderes, als ihre „Interflug"-Passagiere aus den Flüchtlingsländern direkt zum West-Berliner Kontrollpunkt zu schicken und in den Westteil der Stadt zu schleusen. Man müsse fragen, was das mit Transit zu tun hat.

Für eine Überprüfung des Berlin-Status hat sich wegen des vielfach über die geteilte Stadt führenden Zustroms an Asylbewerbern der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, ausgesprochen. Der CSU-Politiker forderte außerdem erneut nachdrücklich eine Verfassungsänderung beim Asylrecht. Stoiber vertrat die Ansicht, auch der Berlin-Status müsse „auf den Prüfstand", um die Probleme zu lösen. Die Möglichkeiten, auf die „DDR" in der Frage des Asylantenstroms einzuwirken, seien relativ gering. Auch wirtschaftlicher Druck auf die „DDR" habe in der Vergangenheit keine großen Erfolge gezeigt.

In Niedersachsen führt inzwischen die Debatte um die Asylpolitik zu einem ersten innen- und rechtspolitischen Kräftemessen zwischen den Koalitionspartnern CDU und FDP. Die FDP lehnt eine Grundgesetzänderung strikt ab, Ministerpräsident Albrecht befürwortet eine solche. Die FDP verwies dabei auf ihre Sperrfunktion für die niedersächsische Haltung im Bundesrat.

18 Millionen Mark für WAA-Einsätze

DW. **München**

Die für Polizeieinsätze bei der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf seit Dezember angefallenen Kosten werden vom bayerischen Innenminister Hillermeier auf 16 bis 18 Millionen Mark beziffert. SPD und FDP sollten einmal überlegen, „was dieser Einsatz den Steuerzahler kostet", sagte er.

Die Wiedereinführung des Landfriedensbruch-Paragraphen und ein Vermummungsverbot würden nach der Bundestagswahl 1987 Themen bei den Koalitionsverhandlungen sein.

Iran: Verstärkung an der Front

DW. **Teheran**

Das Khomeini-Regime bereitet offenbar eine Mobilisierung bisher unbekannten Ausmaßes vor. Darauf deuten die enormen Anstrengungen in Iran zur Rekrutierung weiterer Volksschichten und zur Verfolgung von Kriegsdienst-Unwilligen sowie die jüngste Rede von Parlamentspräsident Rafsandschani hin. Dieser hatte erklärt, Hunderttausende von Iranern sollten die Front verstärken und „den Krieg beenden". Dazu würden rund 1000 neue Infanterie-Bataillone aufgestellt.

Der Druck auf Thatcher wächst

DW. **London**

Die britische Premierministerin Thatcher gerät immer mehr unter Druck, Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen. Nach dem Fehlschlag der Howe-Mission fordert die Opposition, die Regierungschefin solle bei ihrem Treffen mit führenden Vertretern des Commonwealth am Sonntag erste Zeichen in dieser Richtung setzen. Der gestern vorgelegte Bericht eines Unterhaus-Ausschusses plädiert ebenfalls für Sanktionen.

Seiten 5 und 8: Weitere Berichte

War der Zeuge Stange berauscht?

dpa, **Bonn**

Mit einem Eklat ist die gestrige Verhandlung im Prozeß gegen den ehemaligen Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Franke (SPD), und seinen früheren Mitarbeiter Hirt, vorzeitig zu Ende gegangen. Der als Zeuge einvernommene Rechtsanwalt Jürgen Stange aus West-Berlin wurde wegen Vernehmungsunfähigkeit einem Arzt zur Blutprobe zugeführt. Er soll auf möglichen Alkohol- und Tablettenmißbrauch untersucht werden.

Bombe tötet Homeland-Minister

-ni, **Johannesburg**

Der Innenminister des Schwarzen-Homelands Kwandebele, Piet Ntuli, ist bei einem Bombenanschlag getötet worden. Ntuli befand sich auf dem Weg zur künftigen Hauptstadt Kwandebeles. Bisher sei nicht bekannt, wer das Attentat verübt habe, hieß es. Das Homeland soll in wenigen Monaten unabhängig werden. Es ist eines von fünf Sondergebieten für Schwarze, die Südafrika für unabhängig erklärt hat. Sie werden vom Ausland jedoch nicht anerkannt.

Rebmann hofft auf RAF-Aussteiger

DW. **Bonn**

Mit einer Belohnung von drei Millionen Mark will Generalbundesanwalt Kurt Rebmann an die Mörder des Siemens-Vorstandsmitgliedes Karl-Heinz Beckurts und dessen Fahrers Eckhard Groppler herankommen. Rebmann hoffe, damit Personen aus der Unterstützerszene der Terrorgruppe „Rote Armee Fraktion" (RAF), die sich zu dem Mordanschlag bekannt hat, „zur Umkehr und zum Umstieg zu bewegen", sagte ein Sprecher der Bundesanwaltschaft.

SPD: Die alte Masche der Sowjets

AP, **Bonn**

Als eine „schlechte Schau" hat die SPD die Ankündigung des sowjetischen Generalsekretärs Gorbatschow bezeichnet, sechs Regimenter aus Afghanistan abzuziehen. Der stellvertretende Leiter des außenpolitischen Arbeitskreises der SPD-Bundestagsfraktion, Georg Schlaga, sagte, dies sei nichts als ein Ablenkungsmanöver. Es handele sich um die alte Masche der Sowjetunion, erst einen Völkerrechtsbruch zu begehen, die Proteste sich erschöpfen zu lassen und zur Ablenkung in einem anderen Teil der Welt einen neuen Rechtsbruch zu begehen.

Der afghanische Parteichef Nadschibullah hat den Widerstandskämpfern eine Teilnahme an seiner Regierung angeboten, falls ihre Führer das Regime unterstützten. Bisher hatte die von der Sowjetunion getragene Regierung von „Banditen und Kriminelle" gesprochen und Verhandlungen mit ihnen abgelehnt.

Neuer Ton Pekings gegenüber Moskau

DW. **Peking**

Einen neuen Ton bei der Bewertung sowjetischer Vorschläge haben politische Beobachter in der chinesischen Stellungnahme zur Ankündigung Gorbatschows über einen sowjetischen Teilabzug aus Afghanistan festgestellt. Zwar sagte der Pekinger Außenamtssprecher Yu Zhizhong, der Schlüssel zu einer politischen Lösung liege „in einem raschen und totalen Abzug der sowjetischen Truppen". Gleichzeitig vermied man es aber in Peking, den angekündigten Teilrückzug der sowjetischen Truppen als „Täuschung" zu bezeichnen. Yu forderte, daß Moskau mit den „betroffenen Parteien so bald wie möglich eine Übereinkunft über einen Zeitplan für einen raschen Abzug aller sowjetischen Truppen aus Afghanistan findet". Das chinesische Fernsehen zitierte auch die Washingtoner Reaktion, der sowjetische Teilrückzug aus dem besetzten Land sei zu gering.

Auswärtiges Amt contra Geißler

Co. **Bonn**

Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes wandte sich gestern gegen eine „ungerechte Behandlung" der deutschen Botschaft in Chile durch CDU-Generalsekretär Heiner Geißler. Die Darstellung Geißlers, die Botschaft pflege keine Kontakte zur christlich-demokratischen Opposition in Chile, sei unzutreffend. Außenminister Genscher selbst habe mehrfach Weisung gegeben, Gespräche mit christlich-demokratischen Oppositionspolitikern zu führen. Offenbar beruhten Geißlers Bemerkungen auf falschen Informationen, sagte der Sprecher. Der CDU-Generalsekretär hatte zuvor gefordert, die Botschaften Bonns in diktatorisch regierten Ländern wie Chile und Südkorea dürften nicht nur Kontakte zur Regierung unterhalten, sie müßten auch gegen Behinderungen demokratischer Parteien Stellung beziehen und Anlaufstelle für Menschen in Not sein.

Seite 8: Kontakte pflegen

Reagan akzeptiert den „Arbeitsplan" aus Moskau

Shultz und Schewardnadse bereiten im September Gipfel vor

DW. **Washington**

Die Vereinigten Staaten und die UdSSR haben sich auf einen Termin für ein Treffen ihrer Außenminister geeinigt. Der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse wird am 19. und 20. September in Washington mit seinem amerikanischen Amtskollegen George Shultz die Möglichkeiten eines zweiten Gipfeltreffens zwischen Kreml-Chef Michail Gorbatschow und US-Präsident Ronald Reagan für dieses Jahr prüfen. US-Regierungsvertreter teilten diesen Termin mit, der noch nicht offiziell bestätigt wurde. Gleichzeitig gab Reagan bekannt, daß er einen von der UdSSR vorgeschlagenen „Arbeitsplan" akzeptiert habe. Dieser sehe eine Reihe von Vorbereitungstreffen vor, die „zu einem fruchtbaren Gipfeltreffen im späteren Verlauf dieses Jahres führen könnten".

Am 22. September wird in New York die UNO-Vollversammlung beginnen, an der sowohl Shultz als auch Schewardnadse teilnehmen wollen. Eine Begegnung zwischen beiden hatte ursprünglich schon im Mai stattfinden sollen, war aber vom Kreml wegen des amerikanischen Angriffs auf Libyen abgesagt worden. Die beiden Außenminister sollen jetzt vor der UNO-Tagung die Gipfelvorbereitungen treffen. Ein Termin ist noch nicht festgesetzt. Das Treffen kann aber wegen der amerikanischen Kongreßwahlen erst nach dem 4. November stattfinden.

Reagan sagte, daß er in seinem jüngsten Brief an Gorbatschow seine Bereitschaft erklärt habe, den „Aufschwung" aufrechtzuerhalten. Er habe die Hoffnung ausgedrückt, daß das „Unverständnis und die Verdächtigungen" zwischen Washington und Moskau „uns nicht davon abhalten, unser Ziel zu erreichen".

Ohne Einzelheiten zu nennen, äußerte sich Reagan zuversichtlich darüber, daß die Abrüstungs-Verhandlungen zum Erfolg kommen könnten. Er bestätigte jedoch seine Weigerung, das SDI-Projekt aufzugeben, da dieses die Welt von der Bedrohung durch Atomraketen bewahren könne. Das SDI-Vorhaben werde „im vorgesehenen Zeitplan" weiterverfolgt.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Besteuerte Vorsorge

Von Heinz Heck

Der Bundesfinanzhof hat mit seinem Grundsatzurteil den Umweg über die Werbungskosten verstellt (WELT vom 30. Juli). Damit gilt weiterhin: Rentenversicherungs-Beiträge können nicht als Werbungskosten steuerlich voll abgesetzt werden. Sie lassen sich nur als Sonderausgaben steuermindernd berücksichtigen.

Da die Sonderausgaben-Höchstbeträge immer deutlicher hinter den jährlich steigenden Sozialversicherungsbeiträgen zurückbleiben, bezahlen immer mehr Bürger – und nicht nur die sprichwörtlichen oberen Zehntausend – einen steigenden Anteil ihrer Altersvorsorge aus versteuertem Einkommen. Die Absicht des Klägers war klar: Er wollte durch die Anerkennung als Werbungskosten gleichsam einen Umweg einschlagen, um doch noch zur steuerlichen Anerkennung zu kommen.

Es bleibt also dabei: Nur wenn der Gesetzgeber sich zur Anpassung der Sonderausgabenhöchstbeträge entschließen sollte, besteht diese Möglichkeit. In diese Richtung zielt übrigens eine Empfehlung des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium vom Juni: Pflichtbeiträge zur Rentenversicherung sollten künftig von der Besteuerung ausgenommen und Alterseinkünfte dafür normal besteuert werden.

Von den unmittelbaren und gewaltigen Einnahmeausfällen des Staates einmal ganz abgesehen: dadurch würde auch eine administrative Herkulesarbeit erforderlich, vor allem für die Übergangslösung. Der Charme des Konzepts geht allerdings über die bloße Zweckmäßigkeit hinaus. Denn der Gesetzgeber könnte auch, wenn er nicht tätig wird, durch die Karlsruher Verfassungshüter unter Handlungsdruck gesetzt werden. Im Juni-Gutachten nämlich heißt es unmißverständlich: Wenn heute „Zwangsbeiträge der Arbeitnehmer an die Sozialversicherungsträger in immer geringerem Maße effektiv steuerfrei bleiben“, so sei das „verfassungsrechtlich nicht unbedenklich“.

Das Fazit für die große Steuerreform der nächsten Legislaturperiode könnte lauten, daß der ohnehin knapp bemessene Finanzierungsspielraum durch weitere Reparaturarbeiten zusätzlich eingeengt wird.

Wo sind die Führer?

Von Monika Germani

Friedliche Verhandlungen können nur wirkungsvoll sein, „wenn sie auf dem Dialog zwischen der südafrikanischen Regierung und den freigewählten Führern der schwarzen Bevölkerung aufgebaut worden sind“, erklärte Großbritanniens Außenminister Howe zum Abschluß seiner Rundreise. Wen hat Sir Geoffrey mit diesen schwarzen Führern gemeint?

Gewiß, da war der eisige Empfang beim sambischen Präsidenten Kaunda. Da waren die Treffen mit den Regierungen in Botswana, Lesotho und Swaziland, deren Staatschefs Howe beschworen, Sanktionen zu verhindern. Bischof Tutu hat sich geweigert, mit dem Engländer zu sprechen, desgleichen Nelson Mandela, dessen Freilassung Howe so vehement fordert. Aber Howe hat endlich auch mit einem gemäßigten schwarzen Führer gesprochen, dem Zulu-Chief Mangosotho Buthelezi.

Dieser hat einen Plan vorgelegt, der die Bildung einer externen und einer internen Kommission vorsieht, unter Einbeziehung sowohl des ANC und Mandelas, aber auch der anderen schwarzen Führer, die zusammen unter dem Vorsitz eines „glaubwürdigen Vermittlers“ konferieren und über die Zukunft des Landes verhandeln sollen.

Aber die übrigen Vertreter der schwarzen Mehrheit in Südafrika hat Sir Geoffrey nicht gesehen. Jener Menschen, die jeden Morgen „mit den Füßen abstimmen“ und in die weißen Wohn- und Geschäftsbezirke strömen, um für sich und ihre Familien den Lebensunterhalt zu sichern und eine bessere Zukunft für ihre Kinder aufzubauen. Es gibt schwarze Führer, wie Buthelezi selbst, wie Bischof Mokoena, wie, so unpopulär es sein mag, die Führer der diskriminierten Heimatländer wie Lucas Mangope von Bophutatswana. Sie, die führenden Köpfe der großen Stämme, hat Howe geschnitten.

Sie selbst melden sich freilich nur selten zu Wort, aus Furcht vor den Mördern des ANC. Die Regierung Südafrikas wiederum ist zu ungeschickt, sie ins Gespräch zu ziehen, sie durch Konzessionen – und ausreichenden Schutz vor den Terroristen – zu ermutigen. So erhält, das hat der Besuch Howes gezeigt, der die größte Aufmerksamkeit, der den größten Lärm macht. Das ist unglücklicherweise der ANC.

Es war abzusehen

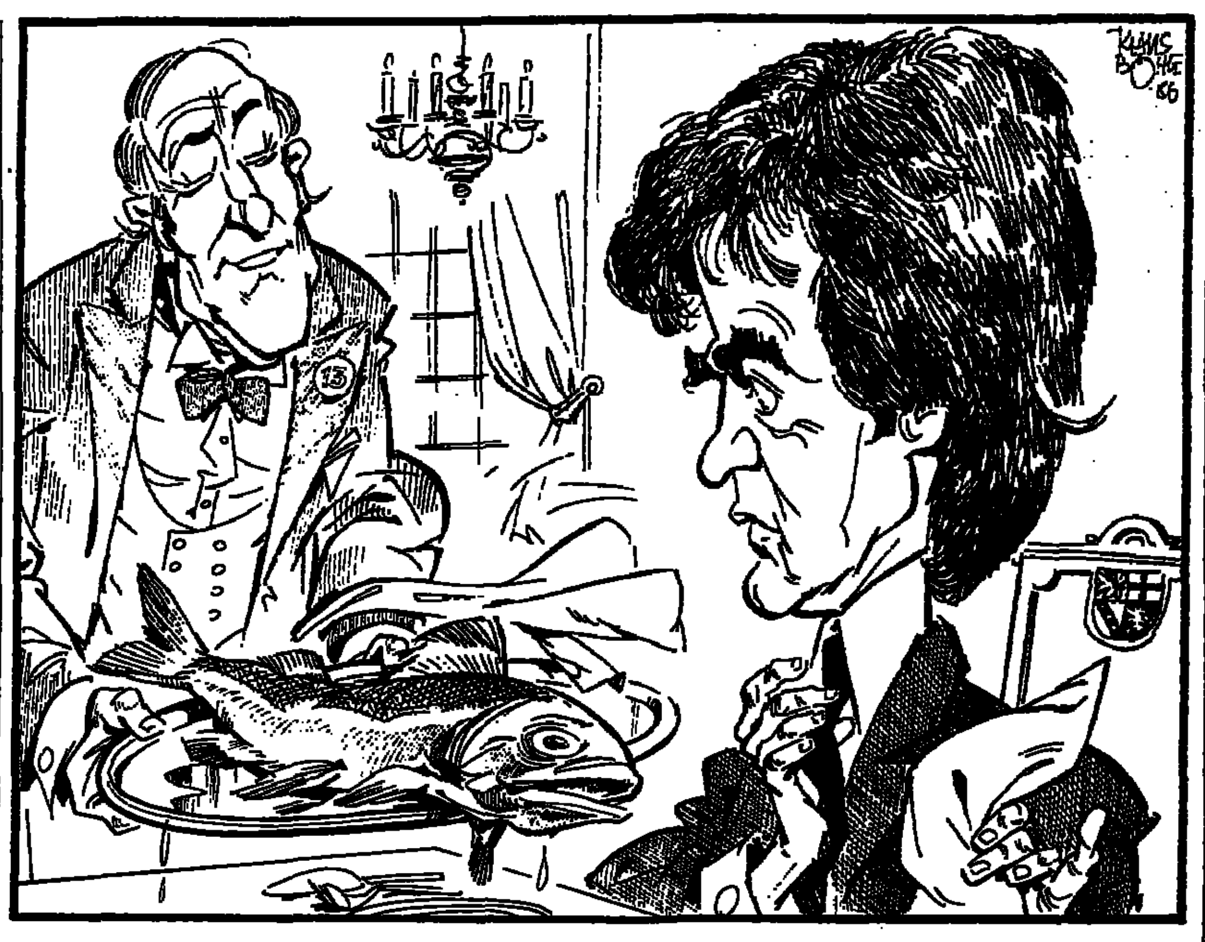
Von Knut Teske

Die Todesschüsse im Hamburger Polizeipräsidium sind und bleiben für den Nicht-Hamburger ein Rätsel: Wie konnte jemand, der eben aus dem Hochsicherheitstrakt zu einem Verhör geführt wird, zur geladenen Pistole greifen und ein Blutbad anrichten? Was jetzt dazu bekannt wird, da sich die näheren Einzelheiten nicht länger verschweigen lassen, spottet – in Hamburg muß man leider sagen: wieder einmal – jeder Beschreibung.

Fest steht danach heute schon: Die Hamburger Justiz hat Werner Pinzner, einen Mann, der fünf „Morde auf Bestellung“ gestanden hat, behandelt wie einen kleinen Taschendieb. Man ist auf Forderungen dieses Kriminellen eingegangen. Daß er nur noch im Beisein seiner Frau aussagen wollte und man ihm insofern entgegenkam, mag noch angehen. Daß aber diese Frau auf dem Weg ins Präsidium nicht untersucht wurde, ist schon unverständlich. Und daß man dann die beiden, deren überaus enge Bindung bekannt war, auch noch nebeneinander sitzen läßt, wobei es prompt zum Austausch der Waffe kam, ist – ja, was ist es? Sagen wir: Hamburger Praxis.

Und da liegt die Erklärung. Diese Schüsse im Präsidium sind der makabre Höhepunkt einer seit Jahren verfehlten Justizpolitik. Da konnte geschehen, was wollte, es wurden keine Konsequenzen gezogen. Was in den vergangenen Monaten im Hamburger Untersuchungsausschuß „Strafvollzug“ aus dem Gefängnisdschungel ans Tageslicht drang, vom Drogenhandel über Freigänge ins Bordell und Verbrechen in den Hafturlauben – die übrigens auch Pinzner begangen hat – bis zu Ausbrüchen: es hätte Schilda alle Ehre gemacht, wenn es nicht so bitter ernst wäre.

Diesmal haben die Kugeln auch einen Staatsanwalt getroffen. Vielleicht bringt das die Verantwortlichen zum Nachdenken. Aber hoffentlich nicht auf die bequeme Lösung (die sich schon abzeichnet!), dem Beamten alle Schuld in die Schuhe zu schieben. Sein leichtfertiger Umgang mit Pinzner – die Anklagebehörde war die Herrin des Verfahrens – muß im Licht der allgemeinen Laschheit gesehen werden, die als Hamburger Praxis zum Begriff geworden ist.



„Cyanidbutter bei die Fische, Herr Minister!“ KLAUS BÖHLE

Honeckers Asyl-Trick

Von Dieter Blumenwitz

Die Zahl von Asylbewerbern in der Bundesrepublik ist in den letzten Wochen explosionsartig gestiegen, weil die staatliche Fluggesellschaft der „DDR“, Aeroflot, Asylanten aus aller Welt zum Flughafen Schönefeld transportiert, von wo aus sie in kürzester Zeit nach West-Berlin geschickt werden. Auf dem Rücken der Ärmsten der Armen aus den Konfliktregionen unserer Welt versucht die „DDR“ auf diese Weise ihr politisches Geschäft zu machen. Sie nützt die Dissensspielräume, die die Ostvertragspolitik eröffnet hat, skrupellos aus, um mit einer Flut von Menschen, die mit den Nachkriegsproblemen Europas nichts zu tun haben, ihr staatliches Selbstverständnis und ihre Interpretation alliierten Rechts durchzusetzen.

Während sich die Bundesrepublik an der innerdeutschen Grenze des aus der „DDR“ auf sie gelenkten Ausländerstroms erwehren kann – seit dem 1. Juli wurden mehr als vierhundert Ausländer bei Helmstedt von den Grenzschutzbehörden abgewiesen –, ist sie an den Sektorengrenzen in Berlin, die die Westteile vom Ostteil der Stadt trennen, machtlos.

Nach Artikel 23 gilt das Grundgesetz grundsätzlich auch in Berlin; politisch Verfolgte genießen auch dort das Asylrecht des Artikels 16 Absatz 2 Satz 2. Das Genehmigungsschreiben der Militärgouverneure zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 stellt jedoch auch lapidar fest, daß Berlin „nicht durch den Bund regiert werden wird“. Auf der Grundlage von Artikel 2 Deutschlandvertrag respektiert die Bundesrepublik die von den drei Mächten „ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin“. Das Viermächteabkommen über Berlin vom 3. September 1971 bestimmt, „daß die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden“, wobei aber zu berücksichtigen ist, „daß diese Sektoren so wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden“.

Für die „DDR“ ist das Berlin-Abkommen das „vierseitige Abkommen über Westberlin“; die Bindungen (englisch „ties“, französisch „liens“) zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik stuft sie zu „Verbindungen“ herab; im übrigen entnimmt sie dem Viermächteabkommen die Bestätigung ihrer These von der „selbständigen politischen Einheit“ namens „Westberlin“. Sie macht sich den Umstand zunutze, daß sich die vier Mächte expressis verbis nicht über den Vertragsgegenstand einigen konnten; das Berlin-Abkommen heißt offiziell nur „vierseitiges Abkommen vom 3. September 1971“. In der für die Ostvertragspolitik typischen Hektik war es auch nicht möglich, vor der Unterzeichnung des Viermächteabkommens, das in englischer, französischer und russischer Sprache verbindlich ist, eine für beide deutschen Staaten verbindliche deutsche Übersetzung zu erzielen; nach dem Inkrafttreten des Berlin-Abkommens hat die „DDR“ hierin eine willkommene Gelegenheit gefunden, unter Rückgriff auf den russischen Text (das russische Wort „swiasy“ reicht etwas weiter als der entsprechende englische und französische Begriff) die rechtlichen Bindungen zwischen Berlin und der Bundesrepublik zu bloßen (Verkehrs-)Verbindungen umzufunktionieren.

Wie die im Staatsverlag der „DDR“ erschienene und vom Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der „DDR“ und vom Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR herausgegebene Dokumentation „Das vierseitige Abkommen über Westberlin und seine Realisierung“ zeigt, haben „DDR“ und UdSSR in den vergangenen Jahren das Ziel der Loslösung Berlins vom Bund und der rechtlichen Verselbständigung West-Berlins konsequent betrieben. Die „DDR“ versucht, die bestehende Einschränkung ihrer Kontrollrechte aus fortbestehenden Alliiertenrechten für den Verkehr nach Ost-Berlin abzubauen; dieser Versuch ist bei der Ausgabe neuer Diplomatenausweise kürzlich gescheitert. Nun soll das gezielte Einschleusen von Tausenden von Fremden die Verantwortlichen veranlassen, eine bloße Demarkationslinie zu einer völkerrechtlichen Staatsgrenze aufzuwerten, die dann West-Berlin als „selbständige politische Einheit“ ausgliedern würde. Die neueste Anmaßung der östlichen Seite besteht darin, daß man sich durch den Bonner Wunsch, den Transit einzuschränken, hinsichtlich West-Berlins nicht verpflichtet fühle, eben weil es nicht von Bonn regiert werde.

Von kaum zu überbietender Scheinheiligkeit ist weiter der Hinweis der östlichen Seite, die Bundesrepublik sei doch sonst immer für „Freizügigkeit“. Die im Rahmen der KSZE-Folgetreffen und auf der Grundlage der UN-Menschenrechtspakte bei den Warschauer-Pakt-Staaten angemahnte „Freizügigkeit“ betrifft das jedermann zustehende Recht, „jedes Land einschließlich seines eigenen zu verlassen“; dieses Recht versagen die Ostblockstaaten regelmäßig ihren Bürgern. Das Recht, sein Land verlassen zu dürfen, vermittelt jedoch nicht den völkerrechtlichen Anspruch auf Einreise in ein fremdes Land.

Auf westlicher Seite sollte eine grundsätzliche politische Überlegung nicht außer Betracht bleiben – das Prestige, das der „erste Arbeiter-und-Bauernstaat auf deutschem Boden“ weltweit verfolgt. Es muß der Mut aufgebracht werden, der Welt den Zynismus der „DDR“ vor Augen zu führen: siebzehn Millionen Deutsche werden hinter Mauer und Stacheldraht eingesperrt; gleichzeitig überschwemmt die „DDR“ den Rest des deutschen Volkes mit Tausenden von Fremden aus aller Herren Länder, um sich Machtvorteile im geteilten Deutschland zu sichern.

GAST-KOMMENTAR



Professor Dieter Blumenwitz ist Ordinarius für Staats- und Völkerrecht an der Universität Würzburg FOTO: SVEN SIMON

IM GESPRÄCH Mahathir Mohamed

Riskante Neuwahl

Von Volker S. Stahr

Knapp ein Jahr vor Ende der Legislaturperiode in Malaysia hat Premier Mahathir das Parlament aufgelöst und bereits für dieses Wochenende Neuwahlen angesetzt. Ein bißchen überraschend kam die Entscheidung, ist doch der Premier auf einem Tiefpunkt seiner Popularität; wirtschafts- und innenpolitische Krisen überschatten seit Monaten seine Amtsführung. Doch die Zahlen für 1987 sahen eher noch düsterer aus.

Dabei begann seine Amtszeit vor fünf Jahren verheißungsvoll. Der wohlhabende promovierte Mediziner, 1925 als Sohn eines indischen Vaters und einer malaiischen Mutter geboren, war der erste nichtadlige Premier. Er sollte und wollte eine neue Zeit einläuten, die Vorherrschaft der „Wirtschafts-Chinesen“ im Lande brechen und der malaiischen Mehrheit die ihrer Zahl entsprechende Rolle einräumen. In seiner politischen Frühzeit wurde ihm seine Haltung im ganz und gar nicht auf Konfrontation ausgerichteten Inselreich als ruhestörender Chauvinismus ausgelegt. 1969 wurde er dafür aus der (bis heute herrschenden Regierungspartei) UMNO ausgeschlossen. In den folgenden Jahren praktizierte er als Arzt in seiner Heimatprovinz und modifizierte seine Ideen in dem programmatischen Werk „Das malaiische Dilemma“. Seine bemerkenswerteste Erkenntnis war es gewesen, daß die Malaien ihren Wohlstand nicht einfach nur per Zuteilung erhalten sollten. Vielmehr müßten sie aus ihrer jahrhundertealten Apathie herausgerissen werden, um eine den Chinesen ebenbürtige Elite zu bilden. So sollten sie auch erst einmal jenes Mehr an Wohlstand schaffen, das verteilt werden konnte.

Mahathir wurde 1972 rehabilitiert. Als Erziehungsminister konnte er seine Ideen in Form eines Quotensystems zugunsten der Malaien an den Universitäten in die Politik einbringen. Sein väterlicher Freund und Förderer Premier Onn machte ihn 1976 zu seinem Vize. Als der schwerkranke Onn 1981 zurücktrat, folgte ihm Mahathir als Premier.



Vielen waren die Reformen zu schnell: Mahathir FOTO: SVEN SIMON

Seine Politik nannte Mahathir „Look east“. Nach dem Vorbild der emsigen und technologiebewußten Japaner und Südkoreaner wollte er sein Volk für ein malaiisches Wirtschaftswunder trimmen. Disziplin und Effizienz waren die Schlagworte. Bei den Wahlen 1982 verzeichnete die UMNO einen großen Erfolg.

Mittlerweile sind die Sympathien geschwunden. Die Wirtschaft stagniert. Dem Premier wirft man vor, Malaysia an die Wirtschaftsgroßmächte Japan und Südkorea verkauft zu haben und – schlimmer – dabei selbst profitiert zu haben. Innenpolitische Krisen kommen hinzu. Die islamistische PAS-Partei findet Zulauf.

Trotz dieser negativen Vorzeichen muß Mahathir bei den Wahlen noch keine direkte Abwahl fürchten. Noch deutlicher als in Japan beherrscht die UMNO mit ihrem Bündnis „Nationale Front“ die Parteienlandschaft. Sie verfügt über mehr als drei Viertel der Mandate. Doch wie bei keinem seiner Vorgänger war bei Mahathir das Volk die wichtigste Hausmacht. Einen klaren Einbruch bei den Wahlen würde er kaum politisch überleben.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

DONAU KURIER

Er meint zum Fall der „Aufbauhelfer“:

Die Verantwortung für einen etwaigen Abbruch der Entwicklungsarbeit sollte man indessen nicht nur den prowestlichen Guerilleros zuschieben. Die Hauptschuld trägt die marxistische Ortega-Junta, die die ursprünglichen Ziele der sandinistischen Revolution längst verraten hat. Nicht zuletzt bilden deshalb viele ehemalige Sandinisten heute den Kern der sogenannten Contras. Sie kämpfen gegen die Unterdrückung in ihrem Land.

HAARETZ

Die israelische Zeitung untersucht die Wirkung des Luftangriffs auf libysche Ziele:

Als die USA Terroristen-Stützpunkte in Libyen bombardiert hatten, haben nicht nur die anderen arabischen Länder und die Dritte Welt so getan, als seien sie darüber erschüttert. Nur Großbritannien hatte den USA erlaubt, seine Flugplätze für den Start der Bomber zum Angriff zu benutzen. Diplomaten in der Welt haben mit ernsten Gesichtern davor gewarnt, daß der Angriff den Zorn von Herrn Khadhafi verstärken werde und daß es besser sei, sich jetzt auf eine Welle von Terroranschlägen auf der ganzen Welt vorzubereiten. Inzwischen sieht es aber anders aus. Kein arabischer Staat eilte Khadhafi zu Hilfe. Soweit bekannt, hatte die Sowjetunion Khadhafi geraten, zurückhaltend zu bleiben. Der Herrscher selbst ist seit Wochen kaum gesehen worden. Keine libysche Terrorwelle hat die Welt erschüttert. Die Europäer haben ihre Sicherheitsmaßnahmen verstärkt, und es gibt Anzeichen für eine Einschränkung der Handelsbeziehungen mit Libyen. Es scheint, daß die USA und Israel recht haben in ihrer Auffassung, daß Terrorismus mit harter Hand gekontert werden müsse. Die terroristische Aktivität gegen die USA ist von 40 auf 25 Prozent gesunken. Der Nahe Osten ist nicht der gefährliche Boden für amerikanische Touristen. In Lateinamerika gab es im letzten Jahr 86 und im Nahen Osten nur 16 Aktionen gegen US-Ziele. Diese Zahlen geben Grund zur Hoffnung, daß sich der amerikanische Tourismus nach Europa und in den Nahen Osten erholen könnte.

The Washington Post

Sie meint zur Frage von amerikanischen Sanktionen gegen Südafrika:

Die republikanischen Senatoren haben eine vernünftige Meinung über Sanktionen. Sie geht dahin, daß sich ihre Auswirkungen nicht genau kalkulieren lassen, und es ist sicher unklug zu erwarten, wie es einige Verfechter der Gesetzesvorlage des Repräsentantenhauses tun, daß der Machtzugriff des Apartheid-Regimes so schwach und unbestimmt ist, daß er sich unvermeidlich lockert, wenn westliche Sanktionen angewandt werden. Aber an dem Punkt, wo politische Überzeugungskraft unzulängliche Ergebnisse hervorbringt und sich die Situation innerhalb Südafrikas jäh verschlechtert, ist es notwendig zu versuchen, den Druck zu verstärken.

Die Angst vor einer pazifischen „Ostfront“

Moskaus Werben um die asiatischen Staaten / Von Rose-Marie Borngäßer

Michail Gorbatschow nahm seine Visite in der östlichen Hafenstadt Wladiwostok zum Anlaß neuer Initiativen in der sowjetischen Asienpolitik. Kurzfristig geht es dabei um eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen vor allem zu China. Langfristig strebt die Sowjetunion eine Konferenz der Anrainerstaaten des Stillen Ozeans an, die ähnlich der KSZE-Konferenz von Helsinki den regionalen Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit gewidmet sein soll.

In diesem Zusammenhang unterbreitete der Kreml-Chef einen Fünf-Punkte-Plan, der seiner Darstellung nach dem Sicherheitsprozeß im asiatisch-pazifischen Raum dienlich wäre. Dazu zählt Gorbatschow zunächst einmal die Lösung von Problemen in den Beziehungen zwischen den Asean-Staaten und Indochina. Zweitens plädiert er für einen Stopp der Verbreitung der Kernwaffen in dieser Region. Drittens befürwortet er Verhandlungen über den Abbau von militärischen Flottenverbänden, insbesondere von Schiffen mit Atomwaffen. Viertens möchte der Generalsekretär auch im asiatischen Raum parallel zu den Vorschlägen für Europa eine radikale Kürzung der konventionellen Waffen sehen, und fünftens schlägt er eine Regional-Konferenz der Anrainerstaaten vor. Erörtert werden sollen unter anderem „sicherheitsbildende Maßnahmen für die Seewege im Pazifik“ sowie die „Unterbindung des internationalen Terrorismus“.

Am meisten beklatschten die Zuhörer den Vorschlag, diese Konferenz in – Wladiwostok abzuhalten. Wladiwostok ist bislang eine „geschlossene“ Stadt, zu der Ausländer keinen Zutritt haben. Gorbatschow sprach symbolisch von „unserem nach Osten weit geöffneten Fenster“ – ein schöner Begriff; wörtlich heißt Wladiwostok freilich „Beherrsche den Osten“ ...

Das Werben Moskaus um die Asiaten ist nicht neu. Auch wenn Gorbatschow den Ausdruck „asiatisches Sicherheitssystem“ vermied, handelt es sich doch um ein Vorhaben, das zum ersten Mal vom damaligen Parteichef Breschnew 1969 ins Spiel gebracht wurde. In den siebziger Jahren insistierte die sowjetische Diplomatie wiederholt auf dieses Vorhaben, mit der Helsinki-Konferenz als europäischem Vorbild. Sofern allerdings Moskau von einem solchen Treffen nach dem Helsinki-Vorbild die „Unverletzlichkeit“ der in Asien bestehenden Grenzen hatte bestätigt sehen wollen, stieß es schon zu Breschnews Zeiten auf Ablehnung durch Japaner und Chinesen.

Das Ziel, das sich hinter der Firmierung „asiatische Sicherheit“ verbirgt, ist es, den angeblichen Monopolanspruch der USA im pazifischen Raum zu brechen. Das wurde deutlich durch die Aussagen des stellvertretenden Außenministers Kapitsa, des Moskauer Asienexperten. In einer Pressekonferenz begründete er die sowjetische Einkreisungspolitik damit, daß er den Amerikanern vorwarf, sie wollten ihre Militärstützpunkte in Japan und Südkorea, auf den Philippinen und in Australien noch weiter ausbauen. Dagegen habe sein eigenes Land „keine einzige Militärbasis auf fremdem Territorium“.

Die vietnamesische Hafenstadt Da Nang wollte dieser Außenpolitiker nicht als einen Stützpunkt gewertet wissen. Denn die sowjetische Flotte habe „dank freundlicher Aufmerksamkeit“ der Machthaber in Hanoi dort lediglich das Recht zum Auftanken und zur Ausführung von Wartungsarbeiten.

Die Furcht Moskaus, daß die Amerikaner und Japaner eine exklusive pazifische Wirtschaftsgemeinschaft ins Leben rufen würden, um diese regionale Gruppierung dann in einen „militärischen Block“ zu verwandeln, rief in den letzten Wochen eine immer schärfere Tonart in den sowjetischen Medien zur Asienfrage hervor. Besonders Japan wird vorgeworfen, sich bereitwillig vor den „Kriegswagen“ der USA spannen zu lassen. Deshalb sei ein asiatisches Forum unumgänglich, las man kürzlich erst in der „Prawda“.

Japan gilt als Schlüsselglied einer antisowjetischen, antisozialistischen „Ostfront“. Ein zweiseitiges Militärabkommen Washingtons mit Tokio und Seoul würde das Dreieck schließen und somit die japanischen Inseln und Südkorea zu Raketen- und Kernwaffenstützpunkten der USA werden lassen, mutmaßt der Kreml.

Damit sei dann schließlich der Weg zur Schaffung einer „Pazifischen Gemeinschaft“ frei, in die neben den Verbündeten der Militärblöcke auch die Vereinigung südostasiatischer Staaten hineingezogen würde. Um das zu verhindern, ergriff nun der KPdSU-Sekretär erneut die Initiative.

In einem Kommentar zu Gorbatschows Vorstoß liest man jetzt in der „Iswestija“: „Die Verwirklichung der sowjetischen Initiative garantiert keine sofortige Lösung aller komplizierten Probleme Asiens. Sie wird aber in jedem Fall die Suche nach gegenseitig annehmbaren konstruktiven Übereinkommen erleichtern und zur Vertiefung der gegenseitigen Verständigung zwischen der Region beitragen.“ Falls die Asiaten darauf hereinfallen, muß man anmerken.

Der ‚Müll-Minister' rüstet zum großen Reinemachen

Den Briten wird – wohl nicht ganz zu Unrecht – ein ungestörtes Verhältnis zum Schmutz nachgesagt. Der Makel ist erkannt, und so hat Frau Thatcher einen Parade-Unternehmer beauftragt, das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden: Arbeitslose sollen dem Müll und dem Verfall zu Leibe rücken.

Von JOCHEN ZWIKIRSCH

Pete Tambo hat als Sohn kenianischer Einwanderer einen britischen Paß, einen sicheren Job beim Bezirksamt Haringey und ein Dienstfahrzeug: einen mit Besen, Schaufel und Mülltonne ausgerüsteten Handkarren, mit dem er tagtäglich in den Straßen des Nordlondoner Stadtteils patrouilliert. Illusionen über seine Mitmenschen hat der 41jährige Pete, Vater zweier Kinder, nicht mehr. Er ist Straßenkehrer.

„Mann", sagt er, „wenn ich den High-Street-Rinnstein abgefegt habe und mich umdrehe, dann ist er schon wieder so dreckig wie zuvor. Das ist ein Lebensjob – oder eben auch der große Frust, oder schlicht 'ne große Sauerei. Die schmeißen alles in die Gosse, was nicht niet- und nagelfest ist. Und du darfst den Dreck tagein, tagaus wegkehren." Dies für umgerechnet 1400 Mark im Monat, was nicht eben zu Sonderleistungen anreizt.

Wer mutwillig den Gehweg verschmutzt, und sei's auch nur mit einer leeren Zigarettenschachtel, wird – theoretisch – vom Amtsrichter mit 50 Pfund zur Kasse gebeten. Diesen guten Witz kann man auch im Londoner Regierungsviertel Westminster an vielen Papierkörben lesen. Die allerdings sind meist ebenso leer wie die Strafandrohung: In der britischen Hauptstadt liegt der Dreck auf der Straße. Das Geld auch. Sarkastische Beobachter meinen: Hätten die total überlasteten „Bobbies" der Millionen-Metropole auch nur halbwegs Muße und Motivation, gegen das Heer der Mini-Umweltsünder einzuschreiten, würde Schatzkanzler Nigel Lawson an weggeworfenen Frittentüten und Bananenschalen etwa so viel verdienen wie am Nordsee-Öl.

Gleichzeitig würde dies freilich den Zusammenbruch des britischen Rechtssystems bedeuten. Denn im Gegensatz zur Bundesrepublik kennt das Inselreich der Queen keinen Bußgeldkatalog. Selbst Ordnungswidrigkeiten kommen, mit allem damit verbundenen Papierkrieg, vor den Kadi. Kein Wunder, daß da weder die 6,768 Millionen Hauptstädter noch die 23 Millionen Touristen, die alljährlich gezählt werden, ein sonderliches Risiko im „Verschmutzen der Gehwege" zu erblicken vermögen.

Das Resultat ist nur zu offensichtlich. London ist die schmutzigste Kapitale außerhalb der Dritten Welt, behaupten Kritiker. Zugegeben: Schon von meinem ersten England-Besuch vor achtzehn Jahren brachte ich mit heim, daß Stadt und Land (und, mit Verlaub gesagt, auch Leute) nicht eben übermäßig reinlich sind. Da ist zum Beispiel die eingefleischte Angewohnheit, alles Unerwünschte schlicht zu Boden fallen zu lassen – man zähle nur einmal die Brandlöcher in den Teppichen der Pubs.

Da ist weiterhin die landläufige Gleichgültigkeit gegenüber dem Arbeitsplatz. Kantinen etwa, die jedem deutschen Betriebsrat den Kessel platzen ließen, sind hierzulande gang und gäbe. Putzkräfte übertreffen einander dabei, beim Aufwischen der Flure den Dreck in (un-)ästhetischen Mustern breitzuschmieren.

Entsprechend sieht das ganze Land aus: von außen vielleicht noch hui, von innen jedoch pfui, und letzteres heutzutage mehr denn je zuvor. Dies ist nunmehr auch der Regierungschefin aufgefallen, die – zumindest für sich selbst – schon immer auf die feinste englische Art Wert legte. Margaret Hilda Thatcher, die Krämerstochter aus dem mittelenglischen Grantham, verfügte drum kurzerhand den großen nationalen Ladenputz – Umwelt gleich inbegriffen. Deren zunehmender Verfall wird der „Eisernen Lady" nämlich von der Opposition immer heftiger um die Ohren gehauen, sei's nun zu Recht oder zu Unrecht. „Maggie", die erklärtermaßen zum dritten Mal um das Wohnrecht in 10, Downing Street zu kämpfen gedenkt, läßt deshalb wieder mal vor der eigenen Tür kehren.

Da hat sie auch zu tun. Allein im Großraum London müssen nach den jüngsten Zahlen der „Regierungsbuchprüfer" vom „Chartered Institute of Public Finance and Accountancy" (CIPFA) im laufenden Finanzjahr 2,742 Milliarden Tonnen Haus-, Industrie- und Straßenmüll gesammelt und beseitigt werden – knapp 55 Milliarden Zentner also, die teils verbrannt, teils sortiert und „recycled" und teils (zu immerhin 26 Prozent der Gesamtmenge) zwecks Neulandgewinnung auf Marsch- oder Sumpfgebiete gekippt werden.

Dies ist größtenteils Aufgabe von insgesamt sechzehn kommunalen „Waste Collection Authorities" – jeder Verwaltungsbezirk ist also für die eigene Müllabfuhr und Straßenreinigung verantwortlich. Doch da finden sich denn auch die Klemmpunkte, die immer drängender werden und London beileibe nicht sauberer machen: Ausweislich der jüngsten CIPFA-Statistik (die noch nicht veröffentlicht, aber der WELT vorab zugänglich gemacht worden ist) gibt es im Großraum London – 157,9 Quadratkilometer – noch ganze 1002 Müllmänner: also einen für knapp sechseinhalbtausend Mitbürger. Die Zahl der Straßenkehrer ist statistisch gar nicht erfaßt, dürfte sich jedoch in vergleichbaren Regionen bewegen.



Warten auf die Müllabfuhr: Unrat gehört zum Londoner Stadtbild
FOTO: ROLF KUNITSCH

Das ist die ganze Mannschaft, die sich im Laufe eines Jahres gegen knapp zweidreiviertel Milliarden Tonnen Unrat stemmen muß. Es sind mal mehr gewesen, die tagtäglich die undankbare Sisyphus-Arbeit gegen den Alltagsdreck leisteten. Doch bevor Margaret Thatcher nach sieben Regierungsjahren unvermittelt zur Sauberfrau der Briten wurde, hatte ihr Rotstift um die 150 000 Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen. Die zwangsbeschnittenen Bezirks-, Stadt- und Grafschaftsräte dampften denn auch in der Regel vom Ende der Lohnliste her ein. Eine pragmatische Entscheidung: Man spart besser an der Straßenreinigung als an den allemal schon ausgehungerten sozialen Diensten.

Nun soll das jedoch ganz anders werden, glaubt man den Offiziellen aus Whitehall. Frau Thatcher hält das Land zum verspäteten Frühjahrsputz an. Verwirklichen soll ihn Richard Branson. Der ist zwar genau ein Vierteljahrhundert jünger als die unverhoffte Chefin, indes auch deren Paradekapitalist. Der Hausboot-Bewohner hat nicht nur kürzlich (umstrittenerweise) das „Blaue Band" nach Großbritannien heimgeholt; er ist außerdem Chef von genau hundert eigenen Firmen in der Unterhaltungs- und Luftfahrtbranche.

„Maggies Müll-Minister": Richard Branson
FOTO: CAMERA PRESS

Nun ist der agile Selfmade-man (aktueller Börsenwert rund 1,1 Milliarden Mark) selbst unter Vertrag. Seine Aufgabe ist die Koordinierung eines mit großem Aufwand angekündigten langfristigen Projektes namens „UK 2000". Dabei geht es in Zusammenarbeit von führenden britischen Umwelt-Organisationen, Staat und willig gemachter Privatwirtschaft letztlich um das Aufpeppen der maroden Infrastruktur.

Im ersten „UK 2000"-Jahr sollen etwa 5000 Arbeitsplätze für sogenannte Freiwillige geschaffen werden, die sich gegen umgerechnet 228 Mark Wochenlohn zur Kommunalkosmetik verpflichten: zur Wiederherrichtung verfallener Wohnquartiere und Industrieanlagen, zu Arbeiten in verkommenen Parks, zur Anlage neuer Wanderwege, letztlich auch bei einer effektiven Beseitigung des Unrats. Endziel ist die Schaffung von 35 000 zunehmend nicht über die öffentliche Hand finanzierter Jobs für bislang Arbeitslose – kurz: ein Arbeitsbeschaffungs-Programm, das eines fernen Tages hauptsächlich von der Wirtschaft finanziert werden soll.

Damit hat Branson (ein britischer Kommentator: „Was er anfaßt, wird zu Gold") seine Spitznamen weg. Der Goldjunge ist augenblicklich zu „Maggies Müll-Minister" geraten, zum „Krempel-Umkrempler" und gar zum „Unratritter". Das alles ergrimmt den 36jährigen, dessen breites Lächeln ansonsten keineswegs gespielt ist, zutiefst.

Wir fragten Branson: „Knapp 3,23 Millionen Arbeitslose und dann ein eingestandenermaßen zunächst öffentlich finanziertes Programm, das innerhalb eines Jahres ganze 5000 neue Jobs zu schaffen verspricht – fürchten Sie nicht, Ihren guten Namen für einen politischen Propaganda-Effekt hergegeben zu haben?" Da lächelte Richard Branson mal wieder breit; genau um dies auszuschließen, sei er ja verpflichtet worden: „Ich muß die Sache bis ins nächste Jahrtausend hinein glaubwürdig und lebendig machen."

Dies zu erreichen, hat sich der Boss von hundert stramm privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen im bekannten Sturmschritt genau zwölf Monate Zeit gesetzt. Dann will der „Müll-Minister" aussteigen, um die Führung „bewährten Mitarbeitern" zu überlassen. Und dann ist Großbritannien mit einiger Sicherheit auch schon ein Stück aufgeräumter. Denn was Branson bisher gemacht hat, das hat er erfolgreich gemacht. (SAD)

Zwei Dutzend Staaten suchen einen gemeinsamen Nenner

Immer wieder macht sie von sich reden, mit Prognosen und Empfehlungen. Längst nicht immer werden diese beachtet, doch die 24 Mitgliedstaaten wollen die OECD als wirtschaftspolitisches Diskussions-Forum nicht missen. Was steckt hinter diesen vier Buchstaben?

Von JOACHIM SCHAUFUSS

Im vornehmen 16. Bezirk von Paris, am Rande des Bois de Boulogne, liegt das Château de la Muette, das „Schloß der Stille". Wegen des kürzlichen Sprengstoff-Anschlags der „Action directe" gegen die an dieser Adresse mutmaßlich konzentrierten „kapitalistischen Wirtschaftsinteressen" ist der Name ein wenig fragwürdig geworden. Und so still ist es um die Hausherren auch in aller Regel nicht, dafür sorgen sie schon selbst.

Das Schloß war einst ein Palais der Rothschilds, die es 1948 der OEEC, der Organisation für Europäische Ökonomische Zusammenarbeit, zur Verfügung stellten. Die OEEC war damit betraut, die 14 Milliarden Dollar im Rahmen des Marshall-Plans zum Wiederaufbau des kriegszerstörten Westeuropas optimal zu nutzen.

Längst ist die Organisation über ihre ursprüngliche Aufgabe hinausgewachsen. Schon 1960 wurde sie nach dem Beitritt der USA und Kanadas zur OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) erweitert. Dieser „Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung" gehören inzwischen 24 westliche Staaten an, darunter auch Japan (seit 1964), Australien und Neuseeland. Der geographische Rahmen ist also sehr weit gespannt.

Immerhin aber repräsentiert sie eine Gruppe von Staaten die 60 Prozent der Weltproduktion und 70 Prozent des Welthandels bestreiten. Außerdem vereinigt die in ihrem Rahmen 1974 gegründete Internationale Energie Agentur (IEA) die größten westlichen Ölverbraucher-Staaten (ohne Frankreich).



Das Hauptquartier der OECD: Château de la Muette, einst ein Palais der Rothschilds
FOTO: SABINE WIESS

Gegenwärtig beschäftigt die OECD (ohne IEA) rund 1700 Personen, darunter über 500 Wirtschaftsfachleute. Zu diesem Sekretariats-Personal kommen die ständigen Delegationen der Mitgliedstaaten. Leiter der deutschen Delegation ist Botschafter Klaus Meyer. Allein das Sekretariat kostet die Regierungen im Jahr 850 Millionen Francs oder umgerechnet 270 Millionen Mark. Davon trägt die Bundesrepublik entsprechend ihrem Anteil am Sozialprodukt der OECD-Zone 11 Prozent.

Die Frage, ob sich dieser Aufwand lohnt, ist nicht leicht zu beantworten. Denn die OECD hat ihre größte Wirkung eher im Verborgenen. Nach außen tritt sie vor allem als Wirtschafts-Forschungsinstitut in Erscheinung. Sie arbeitet dabei auf der Grundlage der in den einzelnen Mitgliedstaaten durchgeführten Untersuchungen und macht diese vergleichbar – was nicht immer sehr einfach ist. Jedenfalls genießt diese Arbeit des Sekretariats hohes internationales Ansehen.

Nicht immer dagegen überzeugt das Sekretariat mit seinen Prognosen. Die wichtigste ist der zweimal jährlich herausgegebene „Economic Outlook", der eine globale Beurteilung der Wirtschaftslage und Perspektiven im OECD-Bereich enthält. Er soll den Regierungen die Möglichkeit geben, ihre Wirtschaftspolitik und deren Auswirkungen auf die anderen Staaten zu überprüfen. Dabei ist allerdings unterstellt, daß diese Politik sowie die Ölpreise und die Wechselkurse unverändert bleiben – Hypothesen, die oft überholt sind.

Im übrigen produziert das OECD-Sekretariat am laufenden Band Broschüren zu allen möglichen Wirtschaftsthemen, die auch in der Bundesrepublik (Bonn, Simrockstraße 4) bezogen werden können – allerdings meist nur in Englisch oder Französisch, den beiden Amtssprachen der OECD. Beispiele des Themenkatalogs sind außer den Outlooks und verschiedenen statistischen Sammelwerken der Kapital-, Arbeits- und Stahlmarkt, der Schiffbau, die Stahlindustrie, die Wissenschaft, die Landwirtschaft, Investitionen, Umweltschutz, Tourismus, Datenverarbeitung und Bildungswesen. Dazu bedient man sich auch unabhängiger Experten aus den einzelnen Mitgliedstaaten.

Vor allem aber ist die OECD eine ständige internationale Konferenz und damit Treffpunkt von Politikern aus allen westlichen Industriestaaten zum Zwecke des gegenseitigen Gedankenaustauschs, der innerhalb und am Rande regelmäßiger Sitzungen stattfindet – meist hinter verschlossenen Türen. Was dabei bewegt wird, läßt sich deshalb erst später an den nationalen Entscheidungen erkennen. Oft werde eine mehr oder weniger starke Annäherung der Standpunkte erzielt, heißt es im Château.

Am stärksten ist noch der Einfluß, der von der Jahrestagung des Ministerrats der OECD, ihrem obersten Organ, ausgeht. Der kann, wie auch der auf der Ebene der Delegationschefs tagende Ständige Rat, Beschlüsse fassen und Empfehlungen geben – allerdings nur einstimmig. Jedem Mitgliedstaat, auch dem kleinsten steht also ein Vetorecht zu, jedoch kann es durch Stimmenthaltung eine Entscheidung ohne eigene Beteiligung zulassen. Dies ist im Konfliktfall das übliche Verfahren.

Allerdings werden die Ratsbeschlüsse in den Mitgliedstaaten nicht unmittelbar geltendes Recht. Die Regierungen übernehmen darin lediglich die Verpflichtung, die Beschlüsse ihren eigenen Gesetzgebungs-Organen zuzuleiten und deren Umwandlung in nationales Recht vorzuschlagen. Deshalb besitzt die Organisation auch keine direkten Sanktionsmöglichkeiten für den Fall der Nichteinhaltung von Beschlüssen. Trotzdem sind aufgrund solcher Beschlüsse sehr wichtige Abkommen zwischen den OECD-Staaten zustande gekommen. Dazu gehört der sogenannte „Trade pledge", ein handelspolitisches Stillhalte-Abkommen, welches protektionistischen Praktiken vorbeugt.

Ein weiteres Beispiel ist der OECD-Konsensus über die Mindestzinsen für öffentliche Export-Kredite, der in die gleiche Richtung zielt. Auch wurde ein Verhaltenskodex für Multis aufgestellt. Und ohne die OECD wäre es auch nicht schon 1961 zu einer weitgehenden Liberalisierung des Kapitalverkehrs gekommen sowie in jüngster Zeit nicht zu verschärften Kontrollen im grenzüberschreitenden Verkehr von Giftstoffen.

Meistens begnügt sich der Rat allerdings mit Empfehlungen. Sie sind zwar noch weniger bindend als seine Beschlüsse, aber sie werden nicht selten von den Regierungen als eine Art Selbstverpflichtung angesehen. Die Arbeiten des Rats werden durch einen aus 14 Mitgliedern bestehenden Exekutiv-Ausschuß vorbereitet und durchgeführt.

Die Hauptaufgabe der OECD besteht heute darin, in den Mitgliedsstaaten ein möglichst inflationsfreies optimales Wirtschaftswachstum zu erreichen, den Welthandel zu fördern und den Entwicklungsländern zu helfen. Dazu werden vom Sekretariat besondere Strategien entwickelt. Eine davon war die sogenannte Lokomotiv-Theorie, wonach insbesondere die Bundesrepublik durch eine starke Expansionspolitik das Weltwirtschaftswachstum fördern sollte. Sie wurde inzwischen zu den Akten gelegt. Seit dem zweiten Ölschock von 1981 proklamiert man vor allem den Abbau des öffentlichen Sektors und der Budget-Defizite sowie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die OECD kann zwar selbst keine Probleme lösen. Aber sie gibt doch Entscheidungshilfen. Damit leistet sie auch wesentliche Vorarbeit für entscheidungsfähige Konferenzen, wie insbesondere die Gatt-Runden oder die Weltwirtschaftsgipfel, für die ihr Ministerrat die Weichen stellt.

Letztlich aber ist die OECD ein Ort, wo Politiker ihre Probleme diskutieren, ihre Standpunkte vergleichen und ihre Erfahrungen austauschen können. So sagt es in aller Bescheidenheit Generalsekretär Jean-Claude Paye, der Hausherr im Schloß der Stille. Dieser Ton scheint allen Regierungen zu gefallen.

Aus Hannover kam versteckte Kritik an Strauß

mj, Hannover

Der niedersächsische Innenminister Wilfried Hasselmann (CDU) hat die Haltung der Bayerischen Staatsregierung und von Franz Josef Strauß zur Teilnahme von Österreichern an Demonstrationen gegen die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf kritisiert. In einem Interview der „Neuen Presse" hielt Hasselmann „solche Verhältnisse wie zwischen Bayern und Österreich" mit Blick auf theoretische holländische Proteste gegen das im Bau befindliche Kernkraftwerk Lingen im Emsland angesichts „besonders guter und freundschaftlicher Beziehungen" für undenkbar. Holländer könnten friedlich auch in Niedersachsen demonstrieren.

Gleichzeitig ging der Innenminister der CDU/FDP-Koalitionsregierung auf Distanz zu Forderungen

nach schärferen Rechtsmitteln gegen Gewaltdemonstrationen, wie sie innerhalb der Unionsparteien insbesondere von der CSU verfochten werden. Hasselmann meinte: „Wir müssen nur das geltende Recht auch anwenden." Zur Ausstattung der bayerischen Polizei mit Hartgummigeschossen merkte er an, die einzelnen Bundesländer sollten „nicht unterschiedlich handeln".

Hochschulen bis 1995 für Nachwuchs blockiert

Studie zur Lage der Habilitierten in Bonn vorgelegt

CHRISTIAN GEYER, Bonn

Den wissenschaftlichen Nachwuchs in der Bundesrepublik erwartet bis 1995 eine „Berufungsblockade". In den nächsten 10 Jahren ist nicht damit zu rechnen, daß an den Universitäten Stellen als Hochschullehrer frei werden. Das sei ein „alarmierendes Zeichen" für die Zukunft der deutschen Wissenschaft, sagte der Präsident des Deutschen Hochschulverbandes, Professor Hartmut Schiedermair, gestern bei einer Pressekonferenz in Bonn.

Die geringen Aussichten, auch bei höchster Qualifikation eine Lebenszeitprofessur zu erhalten, halte oftmals gerade die Begabtesten davon ab, den Beruf des Hochschullehrers anzustreben. „Die Besten wandern in nicht-universitäre Bereiche ab". Damit drohe den Universitäten ein „neuer Qualitätseinbruch", wenn Mitte der neunziger Jahre viele der jetzt amtierenden Hochschullehrer aus Altersgründen ausscheiden würden und dann nicht genügend qualifizierte Nachwuchskräfte in Reserve stünden.

Schiedermair stützte seine Einschätzung auf die Ergebnisse der ersten umfassenden Untersuchung über das berufliche Schicksal der seit 1980 in der Bundesrepublik Habilitierten.

Jeder Fünfte am Ziel

Die Studie wurde von Professor Ulrich Karpen (Universität Hamburg) auf Anregung des Deutschen Hochschulverbands und mit finanzieller Unterstützung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft durchgeführt. Rund 80 Prozent der Dekane aller wissenschaftlichen Hochschulen der Bundesrepublik beteiligten sich an dieser Erhebung.

Von den insgesamt 4603 erfaßten jungen Wissenschaftlern, konnte nur ungefähr jeder Fünfte (rund 740) als Professor auf Lebenszeit berufen werden, sagte Karpen bei der Vorstellung seiner Studie. Weitere 640 Habilitierte haben eine Lebenszeitstelle im akademischen Mittelbau inne. 1384 Habilitierte befinden sich in ungesicherter Stellung. Ihre Stellen sind zeitlich befristet, für 394 von ihnen läuft das Beschäftigungsverhältnis Ende des Jahres aus. Rund 1800 Habilitierte haben außerhalb der Universität einen Arbeitsplatz gefunden.

Als „erschreckendes Problem" wertete Karpen die „Überalterung" der Nachwuchswissenschaftler. Mehr als die Hälfte der Habilitierten auf ungesicherten Stellen seien älter als 40 Jahre, jeder zehnte Wissenschaftler auf einer befristeten Stelle sogar älter als 45. Für sie würden die Berufungschancen rapide sinken. Zusätzlich werde ihre Lage noch dadurch dramatisiert, daß auch die Förderprogramme wie das „Heisenberg-Programm" oder die „Fiebiger-Professuren" für sie nicht mehr zur Verfügung stünden.

Frauen in der Minderheit

Die Lage in den Sprach- und Kulturwissenschaften bezeichnet die Studie als „besonders prekär". Schuld daran hätten die Sparmaßnahmen der Länder und die Verlagerung der Kapazitäten bei Lehramtsstudiengängen. Kritisch sei die Situation auch in den Fächern Mathematik, Physik, Biologie und Geographie. Während die Lage in der Rechtswissenschaft noch „fast normal" sei, werden die Beschäftigungschancen in der Sozialwissenschaft und in der Volkswirtschaft als „ungünstig" bezeichnet.

Auffällig sei auch die Tatsache, daß nur 6 Prozent der Habilitierten Frauen seien. Sie stellen lediglich 5,2 Prozent der Professoren, bei den Lehrstuhlinhabern sogar nur 2,8 Prozent. Die Zahlen für 1986/87 ließen allerdings einen Anstieg der Frauen erkennen.

Angesichts der „dramatischen Aussichten" forderte Schiedermair Bund und Länder auf, verstärkt Mittel zur Förderung der Wissenschaft einzusetzen. „Der Bund muß jetzt zeigen, was ihm die deutsche Wissenschaft wert ist". Auch im privaten Stiftungsbereich müßten vermehrte Anstrengungen unternommen werden. So könnte beispielsweise mit der Vergabe von „Stiftungsprofessuren" erreicht werden, daß Hochschullehrer schon ab dem 62. Lebensjahr ihren Platz für Nachwuchskräfte frei machen und sich selbst ganz der Forschung widmen. Schiedermair hofft, daß sich viele Studienabsolventen trotz der gegenwärtigen Lage für den Hochschulberuf entscheiden und auf „die Marktlücke 1995 spekulieren".

Staatssekretär Jahn zu den Hintergründen von Zwangsversteigerungen

Das Märchen vom Staat, der die Bauherren in die Pleite schickt

Von FRIEDRICH-A. JAHN

In jüngster Zeit mehren sich die Stimmen, die den Staat und seine Wohnungsbauförderung als Verursacher von Eigenheim-Zwangsversteigerungen ansehen. „Häuslebauer geraten durch staatliche Subventionen in die Pleite", so die Behauptung in der Fernsehsendung „Panorama" vom 22. Juli 1986.

Der dort dargestellte Sachzusammenhang zwischen staatlicher Förderung und der Pleite des Häuslebauers ist unsinnig; denn nicht die staatliche Förderung ist Ursache dieser „Pleiten".

In den meisten Fällen liegen die Ursachen in der – von unseriösen Baubetreuern und Finanzierungsvermittlern geförderten – Übernahme zu hoher Belastungen oder in der Überschätzung von Selbsthilfemöglichkeiten sowie in der Änderung persönlicher Verhältnisse (z. B. Krankheit, Ehescheidungen).

Bei heutigen Zwangsversteigerungen spielen zumeist noch die hohen Zinsen zu Beginn der 80er Jahre, die Eigenheimer bei der Erst- oder Anschlußfinanzierung akzeptieren mußten, eine wesentliche Rolle.

Hilfen aufzeigen

Hierfür zeichnet nicht die Regierung Helmut Kohl, sondern die frühere SPD-Regierung Schmidt mit ihrer Schuldenpolitik verantwortlich.

Wenn bedauerlicherweise in wenigen Fällen keine Hilfe mehr möglich ist, weil sich die Hauseigentümer zu stark belastet haben, wäre es die sachdienlichste Medienaufgabe, Hilfsmöglichkeiten aufzuzeigen, um die Zahl dieser Fälle zu verringern und für die Zukunft weitgehend auszuschließen.

Hier einige Hinweise für Familien, die durch den Erwerb oder Bau von Wohneigentum in Schwierigkeiten geraten sind: Das Wichtigste ist eine fachkundige Prüfung,

– ob ein Lastenzuschuß im Rahmen des Wohngeldgesetzes, der insbesondere für kinderreiche Familien in Betracht kommt, gewährt werden kann,

– ob alle Steuervorteile ausgeschöpft sind und

– ob durch Umfinanzierung die Belastung gesenkt werden kann.

Einzelne Bundesländer haben in begrenztem Umfang die Möglichkeit geschaffen, in Einzelfällen Wohneigentumssicherung durch Nachsubventionierung über Zuschüsse und Darlehen durchzuführen.

Die Kreditinstitute sind größtenteils bereit, sich auf den individuellen Finanzierungsfall einzustellen und einen neuen Finanzierungsplan aufzustellen, wenn die Aussicht besteht, daß die Belastungen mittelfristig getragen werden können. In Betracht kommen hier Maßnahmen der



Staatssekretär Jahn verweist auf die Erblast der SPD-Regierung

Tilgungsstreckung und der Umschuldung mit günstigeren Konditionen. In über 75 Prozent aller Fälle, in denen eine Zwangsversteigerung droht, wird die Zwangsversteigerung selbst letztlich vermieden.

Vorbeugen ist allerdings besser als Heilen. Deshalb sollten Familien, die Wohneigentum erst erwerben wollen, eine Reihe wichtiger Hinweise in der Broschüre des Bundesbauministers „Wie hilft der Staat beim Bauen?" beachten:

– Die Belastung sollte nicht nur für die ersten zwei oder drei Jahre, sondern für einen längeren Zeitraum ermittelt und in der Höhe begrenzt werden.

– Die Selbsthilfe am Bau sollte realistisch eingeschätzt werden.

– Die Fördermöglichkeiten sollten frühzeitig geklärt werden. Wer auf öffentliche Förderung angewiesen ist, sollte erst mit dem Bau beginnen beziehungsweise das Kaufeigenheim erwerben, wenn die Fördermittel bewilligt sind. Die Bewilligungsbehörden der Länder prüfen auch die Belastungsgrenzen im Einzelfall. Darauf hat die Bundesregierung immer wieder hingewirkt.

Die Notlage der Betroffenen wird vom Staat also nicht ignoriert und auch nicht auf die leichte Schulter genommen.

These widerlegt

Es ist jedoch keinem, der in eine Zwangslage geraten ist oder aber Wohneigentum bauen oder erwerben möchte, geholfen, wenn die sinnvollen und politisch gewollten Hilfen des Staates quasi als Verführung zur Pleite dargestellt werden. Millionen zufriedener Hausbesitzer widerlegen diese These in eindrucksvoller Weise.

Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 ausgeführt: „Wir wollen, daß viele Bürger Wohnungseigentum erwerben können."

Dementsprechend hat die Bundesregierung dafür gesorgt, daß ab 1. Januar 1987 die Wirkung der jetzigen 7b-Abschreibung deutlich verbessert wird und darüber hinaus kein Eigentümer mehr den Wohnwert seines selbstgenutzten Eigenheimes oder seiner selbstgenutzten Eigentumswohnung versteuern muß.

Selbstgenutztes Wohneigentum sichert dem einzelnen Bürger Freiheit und Unabhängigkeit, dient der Vermögensbildung und leistet zugleich einen wichtigen Beitrag zur privaten, vom Staat unabhängigen Altersvorsorge.

Eigentumsfreiheit und Baufreiheit dürfen deshalb nicht verteufelt werden.

Dr. Friedrich-Adolf Jahn (CDU), ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

CSU spricht von „Bubenstück" Genschers

lz. München

Die Affäre um den abgesagten Auftritt des österreichischen Vizekanzlers Norbert Steger beim Anti-WAA-Festival am vergangenen Wochenende sowie um die Rolle, die Außenminister Hans-Dietrich Genscher dabei spielte, droht die Bonner Regierungskoalition zu belasten. Die Kompromißbereitschaft der CSU innerhalb der Koalition werde dadurch nicht gefördert, erklärte der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber. Die CSU-Zeitung „Bayernkurier" wirft Genscher vor, das Koalitionsklima grob beeinträchtigt und die Wahlaussichten der Koalition verschlechtert zu haben.

Anlaß der Kritik ist die Erklärung, die Genscher seinem Amtskollegen Steger gegeben hatte, nämlich daß Bayern gegen ihn ein Einreiseverbot erwäge und er deshalb vom geplanten Besuch abrate. „Infamer geht es wirklich nicht mehr", schreibt dazu der Chefredakteur des „Bayernkurier", Scharnagl. An Genschers Behauptung sei kein Wort wahr. Hierbei handele es sich um ein „Bubenstück", eine Instinkt- und Stillosigkeit sowie um eine Unverschämtheit, die „auf einer glatten Unwahrheit" beruhe. „Von seiner Tätigkeit als Dauerreisender rund um die Welt verwirrt, vermag Genscher offensichtlich die Grenzen zwischen Erfindung und Wirklichkeit nicht mehr zu erkennen", heißt es weiter.

Die Reaktionen aus dem Auswärtigen Amt sind nicht eindeutig. Obwohl die Darstellung Genschers, Bayern habe Steger die Einreise verweigern wollen, offensichtlich nicht zu belegen ist, beharrte das Auswärtige Amt gestern darauf, daß das Münchner Innenministerium „auf unterer Arbeitsebene" nach den Möglichkeiten eines Einreiseverbots für den österreichischen Vize-Kanzler gefragt habe.

Andererseits hatte ein Sprecher zuvor erklärt, man werde zu den Vorwürfen nicht öffentlich Stellung nehmen. Auch Genscher hat seinen Vorwurf gegen Bayern nicht mehr wiederholt und nur erklärt, er begrüße, daß Steger seinem Rat gefolgt und nicht zu dem Festival gekommen sei. Vor dem Rock-Festival in Burglengenfeld war bekannt geworden, daß Steger eine Rede gegen die Nutzung der Atomenergie und die Inbetriebnahme der Wiederaufarbeitungsanlage halten wollte.

Streit in NRW jetzt um Kollegschulen

dpa, Düsseldorf

Die geplante Gründung von zwei Kollegschulen in Duisburg und Minden ist nun zum Objekt im Schulstreit zwischen der NRW-Landesregierung und der CDU-Opposition geworden. In den Projekten sieht die CDU einen „eklatanten Bruch" der Vereinbarungen der Kultusminister der Länder, die Zahl der Kollegschulen nicht weiter zu erhöhen. Hingegen sagte der neue Staatssekretär im NRW-Kultusministerium, Friedrich Besch, die Planung entspreche „voll inhaltlich den Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz". Weitere Schulen dieses Typs seien danach nicht geplant.

FDP-Vorstoß für anderes Wahlrecht

dpa, Bonn

Eine Änderung des Wahlrechts ist nach Ansicht der sozialpolitischen Sprecherin der FDP-Fraktion im Bundestag, Irmgard Adam-Schwaetzer, notwendig, um Frauen größere Chancen in der Politik zu ermöglichen. Das Wahlrecht solle so geändert werden, daß mit der Stimmabgabe auch die Reihenfolge der Kandidaten auf den Listen verändert werden kann, damit Wählerinnen und Wähler Frauen von hinteren Listenplätzen „nach vorne" holen könnten. Staatlich verordnete Wettbewerbsvorteile für Frauen lehne die FDP hingegen ab.

DGB-Mahnung an die Sowjets

dpa, Düsseldorf

Der Vorsitzende des DGB, Ernst Breit, hat sich für eine Zusammenarbeit der Industrienationen in West und Ost eingesetzt, um die Gefahren der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu bannen. In seinem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Zentralrats der Gewerkschaften der UdSSR, Stepan Schalajew, gestern in Düsseldorf nannte Breit es als Ziel der internationalen Absprachen, die Sicherheitsstandards überall zu verbessern und auf dem höchstmöglichen Stand zu vereinheitlichen. Der Informationsaustausch müsse reibungslos sein.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Kündigung nach Fortbildung kann teuer werden

dpa, Kassel

Arbeitnehmer, denen der Betrieb eine Fortbildung finanziert hat, und die wenig später kündigen, müssen unter Umständen einen Teil der Kosten zurückerstatten. Diesen Grundsatz bestätigte jetzt das Bundesarbeitsgericht im Falle eines Bankangestellten. Er hatte knapp zwei Jahre nach einem Lehrgang sein Arbeitsverhältnis gelöst und sollte darum zwei Drittel der Kosten von insgesamt 27 000 Mark zurückzahlen. Das Gericht bezeichnete die mit der Bank getroffene Vereinbarung, wonach der Erstattungsbetrag für einen Zeitraum von drei Jahren jeweils auf der Basis ganzer Jahre berechnet werden sollte, als „in gewissen Grenzen zulässig". Der Angestellte hatte dagegen nach Monaten abrechnen wollen und die Bindung als unzulässig angesehen.

(Aktenzeichen 5 AZR 159/85)

„Sorge um die Kirche der Geschwätzigkeit"

idea, Bonn

Der Herrenmeister des Johanniterordens, Wilhelm Karl Prinz von Preußen, hat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vorgeworfen, sie äußere sich „laufend" zu Fragen, „die weit außerhalb kirchlicher Kompetenz und theologischen Sachverstands liegen". Dabei sei die Kirche von ihrem Wesen her unpolitisch. In der Zeitschrift der evangelischen Ordensgemeinschaft schrieb er von seiner Sorge um die „Kirche der Geschwätzigkeit". Darum sei auch ein anderer Frieden zu predigen als „jener innerweltliche", zu dem das von der EKD unterstützte Friedenskonzil der Kirchen führen solle. Statt sich in Disputen um Frieden und Demokratie zu engagieren, solle die Kirche zum Schutz der Familie aufrufen und sich dem „verständnisvollen Umgang mit dem Feminismus" versagen.

In der „DDR" Schießunterricht für Zwölfjährige

AP, Berlin

„DDR"-Schüler wird jetzt schon mit zwölf Jahren Schießunterricht erteilt. Die Gesellschaft für Sport und Technik (GST), die für die vormilitärische und wehrsportliche Erziehung zuständig ist, will nach einem Bericht des „Berliner Informationsbüros West" damit erreichen, daß sich mehr Jugendliche als bisher für einen militärischen Beruf entscheiden oder einen längeren Dienst in den Streitkräften anstreben. Es seien auch verstärkt „schießsportliche Massenveranstaltungen" angekündigt worden. Die GST wolle möglichst viele Bürger für das Schießen gewinnen, um so „in erforderlichem Maß zur Gewährleistung einer hohen Verteidigungskraft beizutragen". In mehreren Schulen, Betrieben und Häusern der „Jungen Pioniere" seien Schießräume eingerichtet worden.

Waldsterben im ‚Ländle' hält unvermindert an

Starker Nadelverlust vor allem im mittleren Schwarzwald

HARALD GÜNTER, Stuttgart

In den älteren Waldbeständen Baden-Württembergs ist das Baumsterben im vergangenen Jahr weiter vorangeschritten. Dies geht nach Informationen der WELT aus der jüngsten Bestandsaufnahme des Gesundheitszustandes der Tannen und Fichten auf den 1978 im ganzen Land ausgewiesenen Dauerbeobachtungsflächen hervor. Einziger Lichtblick: Das Tempo des Nadelverlustes hat sich spürbar verlangsamt. Experten im Stuttgarter Umweltministerium sprechen daher von einer „Abflachung des Krankheitsprozesses auf hohem Niveau".

Als Hauptschadensgebiete Baden-Württembergs – und damit des ganzen Bundesgebietes – gelten unverändert der mittlere und südliche Schwarzwald sowie der schwäbisch-fränkische Wald nordöstlich von Stuttgart. In diesen Regionen hat sich der Nadelverlust der unter Beobachtung stehenden Tannen zwischen Frühjahr 1985 und Frühjahr 1986 um drei bis vier Prozentpunkte verstärkt. Etwas besser war es dagegen um die Tannenbestände im nördlichen Schwarzwald bestellt. In den Wäldern des Neckarlandes stagniert das Krankheitsbild sogar. Insgesamt hat sich der Nadelverlust auf allen 27 Tannen-Beobachtungsflächen des Landes gegenüber dem Vorjahr von 45 auf 47 Prozent erhöht.

Seit 1980 kontrolliert die Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Freiburg zweimal im Jahr den Schadensverlauf in den Beobachtungsgebieten. Erfaßt werden dabei jeweils 1652 Tannen im Mindestalter von 60 bis 70 Jahren. Rund 67 Prozent dieses Baumbestandes war zu Beginn der Untersuchungsreihe noch gesund, 22 Prozent kränkelnd, insgesamt gut zehn Prozent krank, sehr krank oder abgestorben. Zweieinhalb Jahre später, im Frühjahr 1983, war keine einzige Tanne mehr gesund.

„Fieberkurve der Fichten"

Dafür mußten bereits 85 Prozent aller Bäume in die fortgeschrittenen Schadensklassen „krank" bis „abgestorben" eingestuft werden. Diese Quote erhöhte sich – nun allerdings spürbar langsamer – auf rund 93 Prozent bei der Frühjahrsinventur dieses Jahres.

Eine vergleichbare Fieberkurve gibt es seit Frühjahr 1983 hinsichtlich des Krankenstandes der Fichten. Dabei werden (ebenfalls zweimal im Jahr) 2534 gekennzeichnete Bäume bewertet. Ergebnis: Die letzten „Gesundschreibungen" erfolgten im Frühjahr 1984. Seitdem stieg der Nadelverlust der „Gesamtkollektive" aller 24 Beobachtungsflächen auf 28 Prozent. Knapp 60 Prozent des Bestandes präsentierte sich bei der letzten Frühjahrserhebung krank (Nadelverlust 26 bis 60 Prozent) oder sehr krank (Nadelverlust über 60 Prozent), der Rest erhielt das Prädikat „kränkelnd". Bemerkenswert: Anders als bei den Tannen hat sich der Gesundheitszustand der älteren Fichten in den letzten drei Jahren kontinuierlich verschlechtert. Stabilisierungstendenzen sind hier nicht erkennbar.

Unterdessen hat die Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt (FVA) ihr Beobachtungsprogramm in Übereinstimmung mit dem Stuttgarter Umweltministerium auf Buchen und Kiefern ausgedehnt.

Ergebnis alarmierend

Bei den Konifergehölzen wurde mit der systematischen Krankendiagnose erst in diesem Jahr begonnen. Vergleichsergebnisse liegen also noch nicht vor. Bei den insgesamt 1546 Buchen der 29 Beobachtungsflächen wird nur einmal im Jahr Inventur gemacht. Daher gibt es lediglich Erkenntnisse über den Entwicklungssprung von 1984 auf 1985. Das Ergebnis ist alarmierend: Innerhalb eines Jahres sank der Anteil der gesunden Bäume von knapp 30 auf rund sechs Prozent. Außerdem entdeckten die Kontrolleure im Sommer 1985 die ersten Buchen mit einem Blattverlust von über 60 Prozent. Besonders dramatisch verschlechterte sich die Situation dieser Laubbaumart im Odenwald und im Schwarzwald.

Die beschriebene Bestandsaufnahme in den Beobachtungsgebieten ist eine von zwei angewandten Diagnosemethoden. Vorteil: Über einen längeren Zeitraum können Umwelteinflüsse auf das Leben und Sterben eines bestimmten Baumes nachvollzogen werden. Der Nachteil liegt darin, daß die Ergebnisse keinen Rückschluß auf den Zustand der Wälder insgesamt zulassen, weil weder Holzeinschlag noch Wiederaufforstung berücksichtigt werden. Solche Bewirtschaftungsmaßnahmen kommen dagegen bei der großflächigen Waldschadensinventur zum Tragen. Konsequenz: Der Gesamteindruck ist nicht ganz so niederschmetternd. Zwar gelten gut 66 Prozent des baden-württembergischen Waldbestandes als geschädigt. Mitte 1985 konnte die Forstverwaltung jedoch bei drei der fünf Hauptbaumarten des Landes erstmals wieder einen höheren Anteil gesunder Flächen ausmachen.

Echternach ermuntert zu privater Hilfe

hs, Hamburg

Bei der Entwicklungshilfe soll man nach Auffassung des Hamburger CDU-Landesvorsitzenden Jürgen Echternach nicht alle Aktivitäten dem Staat überlassen, sondern auch zu privaten Opfern bereit sein. Echternach, der dem Bundestagsausschuß für Entwicklungshilfe angehört, setzte dieses Bekenntnis zum persönlichen Engagement für die Notleidenden in der Dritten Welt durch das „Colombo-Projekt" um: Der Hamburger CDU-Landesverband betreut zwei Werkstätten im Slumgebiet Henemullah am nördlichen Stadtrand der Metropole von Sri Lanka.

Nach der Rückkehr von einem Besuch des seit 1983 von den hanseatischen Christdemokraten geförderten Projekts sagte Echternach: „Ich habe viele junge Menschen gesprochen, die mit ungeheurem Eifer dabei sind. Wir befinden uns auf dem richtigen Weg – wenn unsere Hilfe auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist". „Vollständig vernachlässigt" und „die Bewohner gehören zu den ärmsten Schichten des Landes" – so lautete die Bewertung von Entwicklungshilfe-Fachleuten der Konrad-Adenauer-Stiftung, als sie sich in dem von etwa 6500 Menschen bewohnten Slumgebiet umsahen. Hunger, hohe Arbeitslosigkeit und eine steigende Kriminalitätsrate kennzeichneten das Leben im Elendsviertel an der Temple Road, jede Woche starb ein Säugling. Dort, wo andere Hilfseinrichtungen aufgegeben hatten, fing der französische Lasalliander-Orden an – im wörtlichen Sinn: Bruder Emmanüll und seine Helfer bezogen die von anderen Orden verlassenen Unterkünfte. Das war 1981, zwei Jahre später übernahm die Hamburger CDU – von Echternach, der hier auf der Rückreise von Japan zwei Tage Station gemacht hatte, auf das Notgebiet hingewiesen – die Betreuung. Der Weg, das Vertrauen der Slumbewohner zu gewinnen, führte über zwei kleine Werkstätten. „Wir wollten keine Elitebildung unterstützen, sondern wirklich Hilfe zur Selbsthilfe geben", sagte Echternach der WELT.

In diesen Werkstätten lernen Kinder und Jugendliche einfache handwerkliche Tätigkeiten kennen. Außerdem werden täglich Kurse in Lesen und Schreiben angeboten. Dort, wo sonst Jugendkriminalität und Drogenhandel dominieren, wird nützliche Arbeit geleistet. Hamburgs CDU brachte jedes Jahr 16 000 Mark für das Colombo-Projekt auf, in erster Linie durch Spenden. Echternach ist überzeugt: „Das Geld ist gut angelegt. Und: Wir wissen wo die Spenden hinfließen."

CSU erntet Wohlwollen der Bauern

PETER SCHMALZ, München

Die Erwartungen des Gerold Tandler sind beachtlich: Im August läßt er sich erst zum 50. Geburtstag und voraussichtlich nur wenige Tage später zur Geburt seines fünften Kindes (und womöglich ersten Sohnes) gratulieren, einige Wochen später will er am 12. Oktober abends gemeinsam mit der CSU einen großen Wahlsieg feiern. Er kalkuliert bei der Wahl zum elften bayerischen Nachkriegs-Landtag ein Ergebnis, das sich an dem von vor vier Jahren orientiert – und damals waren es immerhin 58,3 Prozent oder 133 der 204 Abgeordneten.

Verflogen sind die Sorgen der Parteizentrale, in der man vor Monaten noch mit Einbußen um drei bis fünf Prozent rechnete, nachdem erst die einst treuen Landwirte und dann auch noch das sowjetische Reaktorunglück in Tschernobyl Unruhe gebracht hatten. Inzwischen aber spüren die christsozialen Wahlkämpfer vor Ort ein freundlicheres Klima.

Tschernobyl abgeklungen

„Die Stimmung bei den Bauern hat sich geändert", meint Staatssekretär Edmund Stoiber und registriert wie Tandler, daß die Landwirte zwar noch nicht beruhigt sind, aber dennoch die Leistungen der CSU in der jüngsten Agrarpolitik anerkennen.

Auch die Diskussion um die radioaktive Strahlung und um den Atomstrom ist zwar noch nicht völlig abgeklungen, wurde aber von einem neu entflammten Thema verdrängt, das offensichtlich den Landtags- wie den Bundestagswahlkampf beherrschen wird. CSU-Generalsekretär Tandler: „Die Fragen um die Asylproblematik sind den Leuten draußen wichtiger als die Kernenergie."

Natürlich rechnen beide damit, daß auch in dieser Frage die klare Haltung der CSU, die eine Ergänzung des Grundgesetzes fordert, vom Wähler honoriert wird, dennoch äußern beide ihr Bedauern, daß diese Thematik nun in den Wahlkampf gezerrt wird. Tandler befürchtet, es könnte dann, wenn sich die Parteien nicht bald auf wirksame Regelungen verständigen, zu einem Klima zwischen Deutschen und Ausländern kommen, das sowohl den Verhältnissen im Inneren wie dem Ansehen der Bundesrepublik im Ausland schaden wird.

Auch die Auseinandersetzungen um den Bau der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf fürchtet die CSU nicht. Daß die Anlage auch tatsächlich gebaut wird, ist für Staatssekretär Stoiber ohne jeden Zweifel, denn schließlich sei es das Markenzeichen der CSU und der bayerischen Staatsregierung, „daß sorgfältig abgewogen und dieses auch durchgesetzt wird". Und wenn die SPD so sehr auf den Kampf gegen die WAA und die gesamte Kernenergie setze, dann werde das für sie in beiden Wahlkämpfen ein Rohrkrepierer. Die Wähler seien zu klug, meint Stoiber, als daß sie den Sozialdemokraten beim Ausstieg folgen würden, ohne Alternativen zu sehen.

Überhaupt traut man in der CSU-Führung den Genossen um den neuen bayerischen Spitzenkandidaten Karl-Heinz Hiersemann keinen Aufschwung zu. Wenn der gewichtige Hiersemann („Die neue Kraft Bayerns") als Wahlziel „35 plus x" angibt, dann amüsiert sich Stoiber: „Da kann ich nur lachen." Gestützt auf Umfragen, sieht Tandler die Oppositionspartei wieder beim alten Ergebnis. Damals, kurz nach der Wende und voll in der Verratskampagne der SPD, waren es magere 31,9 Prozent.

Keine Chance für FDP?

Die Grünen könnten den Einzug ins Maximilianeum knapp schaffen oder verpassen, der FDP wird dagegen keine Chance gegeben. Hier zumindest deckt sich die Meinung der CSU mit der von Hiersemann, der keinen Zweifel hegt an der Niederlage der Liberalen: „Wenn ich überhaupt wo sicher bin, dann da."

Und wie steht es um die eigene Zukunft? Für den SPD-Kandidaten ist sie klar: Hiersemann löst Helmut Rothemund auf dem Stuhl des SPD-Fraktionsvorsitzenden ab. Stoiber, dem ein Drang nach Bonn nachgesagt wurde, möchte die Zeit in der Staatskanzlei „gerne verlängern", räumt jedoch ein, sein Verbleiben dort sei „absolut an die Person des Ministerpräsidenten gebunden". Und Tandler, den manche schon wieder als Innenminister sahen, will Fraktionschef bleiben. Sollte Strauß ihn auch noch weiterhin als Generalsekretär wünschen, wäre das sehr einfach: „Eine Verlängerung braucht's nicht – das geht so lange, bis ein Neuer kommt." Besonders eifrig scheint Tandler nicht nach einem Nachfolger Ausschau zu halten.

Andreotti: „Umgang mit der Macht reibt vor allem den auf, der sie nicht besitzt“

WELT-Gespräch mit dem italienischen Außenminister / „Die Deutschen stehen mutig und fest zum Bündnis“

Um den italienischen Außenminister Giulio Andreotti ranken sich nicht nur zahlreiche Anekdoten. Andreotti gehört zu den einflußreichsten Politikern Italiens. Bei der Bildung der neuen italienischen Regierung, mit der der amtierende Ministerpräsident Bettino Craxi beauftragt ist, spielt Andreotti die Rolle der „Alternative“: Die Democrazia Cristiana will Craxi nur dann akzeptieren, wenn er im Frühjahr des kommenden Jahres das Regierungsruder an die größte Partei des Landes zurückgibt. Für die Nachfolge hält sich Giulio Andreotti bereit. Das Gespräch mit dem italienischen Außenminister führte die römische Journalistin Carlotta Tagliarini.

Giulio Andreotti, der 68jährige, steht seit fast drei Jahrzehnten auf der Schaubühne der italienischen Politik. Fünfmal war er Ministerpräsident, gerade hat er wieder versucht, es zu werden, der Versuch scheint nur vorerst gescheitert zu sein. Man nennt Andreotti „Minister auf Lebenszeit“, weil er abwechselnd durch sechs verschiedene Ministerien schnürte. Auf die Bemerkung, Andreotti sei ein Fuchs, sagte Bettino Craxi: „Auch Füchse enden beim Kürschner.“ Dafür scheint die Zeit noch nicht reif zu sein.

In seinem Arbeitszimmer steht ein breites Bücherbord mit Andreottis Spezialität: Glöckchen. Der Politiker, der feinstes Läuten hört, ist hinter Glöckchen her, wo immer er sie findet. Bei Pferderennen wettet er vorsichtig und bescheiden, er ist Anhänger des Fußballklubs „Roma“. Zehn Bücher hat er geschrieben, Geschichtsromane, Biographien, Tagebücher – einige Bestseller, viele Longseller. Andreotti gehört zu den Schülern des „Vaters des Vaterlandes“, Alcide de Gasperi, der ihn als jungen Mann holte, als die italienische Republik 1946 aus der Taufe gehoben wurde. In einem Brief schrieb de Gasperi über Andreotti: „Er ist ein vielversprechender junger Mann und zu allem fähig. Hoffentlich wird er nicht zu allem fähig.“

Andreotti tastet an ein goldporzellanenes Exemplar der Glöckchen, so als wolle er einen Klang zum Schweigen bringen. „Man sagt vieles über mich“, sagt er. „Umgang mit der Macht ist nicht einfach. Sie reibt vor allem den auf, der sie nicht besitzt. Ich halte Macht einfach für ein notwendiges Mittel, um etwas zu realisieren. Man kann auch ohne dieses Mittel Einfluß geltend machen, aber nur sehr viel schwächer. Dabei rede ich nicht nur von Politik. Ein Schriftsteller, ein großer Journalist, ein bedeutender Prediger – auch sie besitzen Macht, denn sie beeinflussen die öffentliche Meinung. Ich war oft in der Regierung, bin jetzt wieder seit drei Jahren Außenminister, aber ich habe nie Pläne gemacht, ich glaube nicht an Pläne. Damit bin ich gut gefahren, denn weil ich keine Pläne machte, erlebte ich keine Enttäuschungen, und das Leben ermöglicht es dann doch irgendwie, daß man etwas in die Tat umsetzen kann.“

Andreotti präsentiert sich gern als Pragmatiker. Als Außenminister gilt er mal als Garant amerikafreundlicher Politik, mal als Befürworter einer Öffnung gegenüber dem Osten, dann wieder als enger Gesprächspartner arabischer Länder. Aus diesem Grunde zeichnen Karikaturisten ihn mit dem Sternenbanner in der Hand, Hammer und Sichel auf der Brust und Arafat-Tuch auf dem Kopf. Von 1976 bis 1979 hat er mit parlamentarischer Unterstützung der Kommunisten regiert. „Was hindert Sie daran, das zu wiederholen?“

Andreotti: „Die damaligen Bedingungen waren anders als heute. Italien befand sich in bösen finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten und stand unter terroristischem Beschuß. Die Kommunistische Partei war in verantwortlicher Weise bereit, die Regierung leben zu lassen, um nicht die Verantwortung für eine Katastrophe tragen zu müssen. Das war ein wirklich außergewöhnlicher Moment. Heute scheint mir, glücklicherweise, eine solche Lage nicht gegeben zu sein. Insofern halte ich eine Wiederholung jenes Modells nicht für angebracht. Aber es gibt ein bedeutendes Dokument aus dieser Zeit, das im November 1977 auch von der KPI unterschrieben wurde. Darin steht: ‚Grundsätzliche Bezugspunkte der italienischen Politik sind das Atlantische Bündnis und die Europäische Gemeinschaft.‘“

WELT: In der Bundesrepublik gibt es politische Kräfte, Teile der Sozialdemokratie und die Grünen, die sich von Amerika entfernen wollen und von einer mitteleuropäischen Zukunft träumen. Machen Ihnen die Regungen eines europäischen Neutralismus Sorgen, glauben Sie, daß sich dahinter ein neuer Nationalismus verbirgt?

Andreotti: Ich komme aus der politischen Schule von de Gasperi. Er war darüber besorgt, daß mitten in Europa die Vorbedingungen zu neuen Konflikten oder sogar eines dritten Weltkriegs entstehen könnten. Er weigerte sich, den Brüsseler Pakt von 1948 (Frankreich, Großbritannien, Beneluxstaaten) zu akzeptieren, weil er antideutsch ausgerichtet war. Wir sind der Westeuropäischen Union



Achtet seit Jahrzehnten in der Politik auf jeden Laut: Christdemokrat Giulio Andreotti FOTO: IMAGO PRESS/LUCIANO AMENDOLA

(WEU) erst beigetreten, als sich die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in das Atlantische Bündnis abzeichnete. Ich glaube durchaus, daß der Traum einer Einigung Deutschlands in der Perspektive von Abrüstung und Entmilitarisierung geträumt werden könnte. Das würde aber ein Vakuum schaffen, das ich für außerordentlich gefährlich hielte. Doch ich glaube nicht, daß das ein wirklich aktuelles Problem ist.

WELT: Wie beurteilen Sie die deutsche Außenpolitik, und was hat zu den wiederholten Mißverständnissen zwischen Ihnen und einigen deutschen Politikern geführt?

Andreotti: Ach, das ist eben manchmal die Art, Sätze aus dem Zusammenhang zu reißen und darauf herumzureiten. Aber im Laufe meines politischen Lebens hatte ich immer sehr gute Beziehungen zu den Deutschen. Heute, bei Problemen, die uns am meisten beschäftigen, wie zum Beispiel bei der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft auf Spanien und Portugal, war mein Verhältnis zu Genscher konstruktiver und enger. Aber was die Hauptfrage betrifft: Die Bundesrepublik stand in der ganzen Nachkriegszeit bis heute mutig und fest zum Atlantischen Bündnis und zur Europäischen Gemeinschaft. Auch zur östlichen Welt hat sie allezeit kohärente Beziehungen unterhalten. Die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sind sehr intensiv und in etlichen Teilen – Wirtschaft und Handel – auch institutionalisiert. Alles in allem besteht sehr viel Ähnlichkeit mit unserer politischen Linie.

WELT: Amerika. Bei dem Angriff auf Libyen entstand der Eindruck, daß die italienische Außenpolitik weder mit der amerikanischen noch mit der europäischen gleichläuft. Worin bestand diese italienische Politik, die viele mit Ihrer „persönlichen“ Politik gleichsetzen. Handelt es sich dabei vielleicht um eine Vatikan-nahe Politik?

Andreotti: Ich fürchte, da geht einiges durcheinander. Es gibt „meine“ Politik nicht, nur die Politik der Regierung. Daß es dabei verschiedenartige Töne und Abstimmungen gibt, ist nebensächlich, nicht zentral. Zu Libyen hat Italien alte Beziehungen, im letzten Jahr arbeiteten dort 17 000 Italiener. Und wenn die Krise vorüber ist, wenn weder Khadhafi noch ich an der Macht und am Leben sein werden, müssen das libysche und das italienische Volk immer noch am Mittelmeer zusammenleben, sie sind Nachbarn. Unter diesem Gesichtspunkt vertreten wir andere Positionen als Völker, die weit weg voneinander leben. Das gilt aber nicht für den Kampf gegen den Terrorismus. Wir haben bewiesen, daß wir diesem Problem innerhalb Italiens den Vorrang einräumen, wir haben nie aus Angst Risiken gemieden.

WELT: Wer steckt nach Ihrer Meinung hinter dem Terrorismus: einzelne Personen, Staaten wie Libyen und Iran – oder die ungelösten Probleme des Nahen Ostens?

Andreotti: Der Terrorismus ist ein sehr komlexes Phänomen, und es ist zu bequem, ihn in ein oder zwei geographische Kästchen einzuordnen. Ein Weg, seine Gefährlichkeit zu verringern, besteht in der Lösung der Probleme, die dem Terrorismus als Motiv und Vorwand dienen. Eines dieser Probleme ist das der Palästinenser. 1,5 Millionen Palästinenser leben seit 40 Jahren in Flüchtlingslagern – heute haben sie nicht einmal mehr Schulen und werden von allen Seiten verfolgt und bombardiert. Solange sich das nicht ändert, existiert ein ungeheures Reservoir, Mitglieder für terroristische Gruppen anzuwerben.

WELT: Was halten Sie von der oft wiederholten Äußerung Gorbatschows, Europa sei „unser gemeinsames Haus“?

Andreotti: Das ist nicht neu. Schon 1975, bei der Helsinki-Konferenz, gab es eine Gemeinsamkeit aller europäischen Länder, außer Albanien. Alle, die Sowjets eingeschlossen, haben anerkannt, daß auch Amerikaner und Kanadier in die europäischen Entscheidungen einbezogen sind. Das ist wichtig, und insofern hat Gorbatschow nichts erfunden, sondern nur etwas betont. Neu ist, daß im letzten Jahr die Länder des Warschauer Paktes um Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft nachgesucht haben, nachdem sie die EG lange Zeit als „Kapitalisten-Vereinigung“ kritisiert hatten.

WELT: Würden Sie den Europäern raten, die Abrüstungsvorschläge Gorbatschows ernsthaft in Erwägung zu ziehen? Sind Sie mit Gorbatschow einverstanden?

Andreotti: Ja – wobei die atomare Null-Lösung nicht nur Gorbatschows Vorschlag ist. Als erste haben die Amerikaner diese Idee geäußert. Die Vorschläge überholen sich oft gegenseitig. Wesentlich ist, dabei realistisch zu bleiben und in zwei Punkten Übereinstimmung zu erzielen, die bis jetzt offen geblieben sind: Kontrolle und Symmetrie. Heute gibt es zum Glück die Satelliten, die eine Kontrolle sehr erleichtern. Diesbezüglich sind die Fähigkeiten in Ost und West ziemlich gleichmäßig verteilt. Es gibt auch einen Traum, den ich seit langer Zeit mit der Wissenschaftler-Gruppe ERICHE von Prof. Zichichi vorantreibe. Es ist der Traum, daß alle Forschungslabors geöffnet und eine Zusammenarbeit zwischen Forschern ohne Unterschied der politischen Herkunft eingeleitet wird.

WELT: Manche halten Andreotti für einen Voltaire, der jeden Morgen zur Messe geht, andere für die beste Nachahmung der ägyptischen Sphinx. Das rührt vielleicht daher, daß Andreotti die Diplomatie in der ältesten Schule der Welt, dem Vatikan, erlernt hat. Er war persönlicher Freund aller Päpste von Pius XII. bis Johannes Paul II. Würde er die Vorhersage wagen, daß der nächste Papst ein Farbiger wird?

Andreotti: Ich glaube, der schönste Tag wird sein, an dem man gar nicht mehr darauf achtet, ob einer farbig ist oder nicht. Die Tatsache, daß gegenwärtig an der Spitze der vatikanischen Kongregation, welche die Bischöfe aus aller Welt auswählt, ein Kardinal aus dem westafrikanischen Benin steht, macht zwei Realitäten bewußt: die afrikanische, aus der Menschen wie der Heilige Augustinus kamen, und die Realität der Dritten Welt, in der zwei Drittel aller Katholiken der Erde leben. Und zur Frage: Als guter Katholik weiß ich nur, daß der Heilige Geist selbst den Papst aussucht, und dem kann ich keine Vorschläge machen.

WELT: Noch einmal. Ist es möglich, daß die Welt eher einen farbigen Papst zu sehen bekommt als einen farbigen Führer der USA oder einen muslimischen Generalsekretär der UdSSR?

Giulio Andreotti steht wieder bei seinen Glöckchen und tastet von einem zum anderen. „Verehrte“, sagt er, „ich komme für Ihre deutschen Leser auf den Heiligen Geist zurück. Der handelt in göttlicher Vorsehung und macht sich keine Gedanken über irgendwelche Wahlergebnisse. Aber es dürfte ihm nicht entgangen sein, daß die Sorgen um Wahlergebnisse in den USA und in Rußland ein bißchen unterschiedlich sind.

Von der Chance, Angst und Mutlosigkeit zu überwinden

Der Heidelberger Krebs-Informationsdienst – Eine Anlaufstelle für Hilfesuchende

Von ANNETTE TUFFS

Seit längerer Zeit kann ich einen Knoten in meiner Brust tasten. Gibt es eine Möglichkeit zu klären, ob ich Krebs habe?“ So lautete die telephonische Anfrage einer anonymen Anruferin beim Krebsinformationsdienst (KID) im Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) in Heidelberg. Sie wurde darüber informiert, daß durch eine Mammographie und eine Gewebeentnahme aus der Brust geklärt werde könne, ob es sich um einen bösartigen Tumor handle und an eine ärztliche Stelle in ihrem Umkreis verwiesen, die entsprechende Untersuchungen ausführt. Einige Wochen später meldete sich die Anruferin wieder bei KID an und bedankte sich für die Information; der tatsächlich festgestellte Brustkrebs konnte entfernt werden, ohne daß bereits die Lymphknoten befallen waren.

Solche positiven Erlebnisse bestärken die Mitarbeiter des Krebsinformationsdienstes, die seit über einem Jahr täglich, außer am Wochenende, Anrufern aus der Bundesrepublik und benachbarten Ländern über alles, was mit Krebs zu tun hat, Auskunft erteilen. Vollständig besetzt ist der Informationsdienst nun seit Juni 1986: Zwölf freiwillige Mitarbeiter beantworten die Anfragen an vier Telefonen von sieben Uhr morgens bis 20 Uhr abends. Fünf fest angestellte Mitarbeiter recherchieren vorwiegend die Antworten.

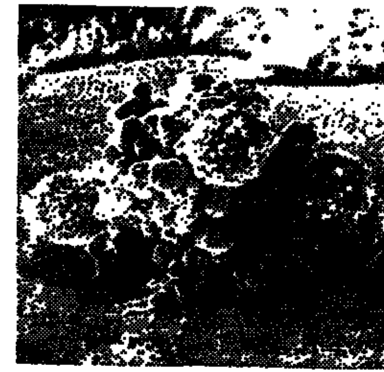
Alle Mitarbeiter sind fachlich qualifiziert

Auch die freiwilligen Mitarbeiter bei KID üben zumeist einen Beruf im Gesundheitswesen aus oder waren auf diesem Sektor einmal tätig. In einer dreiwöchigen Fortbildung wurden sie mit vielen Bereichen der Erforschung, Verhütung und Behandlung von Krebs intensiv vertraut gemacht. Zum Training, das ständig fortgesetzt wird, gehört es auch, sich in der Gesprächsführung zu üben, sowie die psychischen Anforderungen, die im Telefondienst an den einzelnen gestellt werden, verarbeiten zu lernen.

Da viele Anrufer schwerwiegende, belastende Probleme vortragen, ist es für die Mitarbeiter von KID nicht immer einfach, sich diesem Leidensdruck auszusetzen, dabei mit Einfühlungsvermögen auf den Anrufer einzugehen und ihm gleichzeitig sachgerechte Information zu vermitteln.

Leiterinnen des Projektes, das vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit zunächst für drei Jahre gefördert wird, sind Hilke Stamatiadis-Smidt, die Pressesprecherin des DKFZ, und die Psychotherapeutin Dr. Almuth Sellschopp vom Institut für medizinische Psychologie der Universität München. Das starke Bedürfnis nach mehr Information über Krebs wurde durch die vielen Anfragen deutlich, die aus der Bevölkerung an die Pressestelle des DKFZ gingen.

Bei der psychosozialen Betreuung von Krebspatienten machte Dr. Almuth Sellschopp die Erfahrung, daß mehr und bessere Information wesentlich dazu beiträgt, Angst und



Eine einzelne Krebszelle bricht beim Angriff von „Killerzellen“ auseinander. FOTO: LENNART NILSSON

Mutlosigkeit zu überwinden und damit die Chancen im Kampf gegen den Krebs erhöht.

Als Modell diente der amerikanische „Cancer Information Service“, der seit mehr als zehn Jahren in allen Bundesstaaten der USA Anlaufstelle für Informationssuchende ist. Der deutsche Krebsinformationsdienst konnte zunächst auf die Unterlagen, die von den Amerikanern zu den wichtigsten Anfragen erstellt worden waren, und ihre langjährigen Erfahrungen aufbauen.

Mittlerweile wurde ein eigenes „Antwortenbuch“, das auf die Bedürfnisse der Bundesrepublik zugeschnitten ist, erarbeitet. Zur Zeit wird es in eine Datenbank umgesetzt, auf die beim Telefonieren sofort zurückgegriffen werden kann. Möchte sich zum Beispiel jemand über das Krebsrisiko, das mit der Einnahme der „Pille“ verbunden ist, informieren, liegen alle Antworten mit den neuesten wissenschaftlichen Ergebnissen zu diesem Problem sofort vor.

Experten aus der ganzen Bundesrepublik, insbesondere Wissenschaftler aus dem DKFZ und Ärzte aus dem Tumorzentrum Heidelberg-Mannheim, haben die Texte, die ständig auf den neuesten Stand gebracht werden, überprüft. Kann eine Frage nicht direkt beantwortet werden, wird die notwendige Information recherchiert und dann im Rückruf mitgeteilt. „Am Anfang hat das manchmal zwei Wochen gedauert“, so eine Mitarbeiterin bei KID.

Für die Nachforschungen stehen mehrere Datenbanken zum Thema Krebs zur Verfügung, die Auskunft über die neuesten wissenschaftlichen Veröffentlichungen geben. Außerdem werden Fachleute aus onkologischen Arbeitskreisen – Wissenschaftler und Kliniker – hinzugezogen. Besonders wichtig ist die griffbereite Kartei mit den Adressen von Tumorzentren, Nachsorgekliniken, Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen, an die verwiesen werden kann. „Der Krebsinformationsdienst ist keine Beratungsstelle. Er kann nur Informationen vermitteln, darf aber nicht etwa die Funktion eines Arztes übernehmen, der den einzelnen Patienten berät“, betont Hilke Stamatiadis-Smidt.

So werden einem Krebspatienten, der nach einer alternativen Behandlungsmethode für seine Erkrankung fragt, die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse, die dazu vorliegen, mitgeteilt und empfohlen, die gewünschte Behandlung mit seinem Arzt zu besprechen.

Kein Anrufer muß die Identität preisgeben

Alle Anfragen werden festgehalten, so daß das Bedürfnis der Bevölkerung nach bestimmten Informationen eingeschätzt werden kann. Bei jedem Anruf, der selbstverständlich anonym behandelt wird, werden Angaben zum Anrufer und seinem Anliegen notiert, die sich aus dem Gespräch ergeben. Eine ständige Verbesserung des Informationsservice ist nur möglich, wenn ein Überblick darüber gewonnen werden kann, welcher Anrufer zu welchem Problem welche Art von Information sucht.

Eine erste Auszählung vom Juni 1986 ergab, daß von 200 Anrufern etwa zwei Drittel krebskranke Patienten und ein Drittel Angehörige waren. Weitaus die meisten Anrufe von Patienten kamen nach der ersten Behandlung. Die Mehrzahl der Anrufer war weiblich. Bei den Anfragen zu bösartigen Tumoren stand der Brustkrebs mit über 20 Prozent an erster Stelle, gefolgt von Darm-, Lungen- und Prostatakrebs.

Der Krebsinformationsdienst wird, so hoffen die Initiatoren, somit auch in der Lage sein aufzuzeigen, wo mögliche Schwachstellen bei der Übermittlung von Informationen im Gesundheitswesen liegen könnten. Erstmalig ist damit die Chance gegeben, Reaktionen der Bevölkerung auf Mitteilungen in Presse, Rundfunk und Fernsehen, die zum Thema Krebs gegeben werden, zu erfassen und auszuwerten.

Der Krebsinformationsdienst ist während der Woche täglich von 7 bis 20 Uhr unter der Rufnummer 06221/41 01 21 zu erreichen. Es besteht die Möglichkeit, zurückgerufen zu werden.

Lubbers kündigt Erhöhung der Asylantenquote an

Den Haag für eigenständigere Sicherheitspolitik Europas

HELMUT HETZEL, Den Haag

Die christlich-liberale Haager Regierung unter Führung von Ministerpräsident Lubbers plädiert für eine eigenständigere europäische Sicherheitspolitik im Rahmen der NATO. Den Haag will außerdem die mit dem Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen abgesprochene freiwillige Asylantenquote von 250 auf 500 Personen verdoppeln und sich im europäischen Verband noch stärker als bisher für eine wirksamere Bekämpfung des internationalen Terrorismus einsetzen. Mit diesen drei zentralen Aussagen steckte der alte und neue christdemokratische Haager Regierungschef gestern vor dem Parlament in Den Haag in seiner Regierungserklärung die außen- und sicherheitspolitische Linie seines Kabinetts „Lubbers II“ ab, das damit seine Amtsgeschäfte aufnahm.

Angesichts des negativen Ergebnisses der im Auftrag der EG vom britischen Außenminister Sir Geoffrey Howe geführten Sondierungsgespräche in Südafrika erachtet Den Haag nunmehr „weitergehende Maßnahmen“, so wie sie auf dem letzten EG-Gipfeltreffen von den Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft in Den Haag vereinbart wurden, für „unvermeidlich“.

Für die Haager Regierung, so führte Lubbers weiter aus, stehe die Mitgliedschaft in der NATO und die Sicherheitspartnerschaft mit den USA auch weiterhin zentral innerhalb der gesamten Friedens- und Sicherheitspolitik des Landes. Allerdings hält Den Haag es auch für nötig und wünschenswert, daß die Westeuropäer insgesamt eine „europäische Identität“ bei der Sicherheitspolitik entwickeln und dadurch ihr Gewicht innerhalb der NATO verstärken.

Der neue Fraktionsvorsitzende der Arbeiterpartei und Oppositionsführer Wim Kok nahm in seiner bemerkenswerten Jungfernrede vor dem Parlament vor allem die Innenpolitik der Koalition aufs Korn. Kok wies auf die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit von rund 700 000 (12,5 Prozent) hin, und kritisierte die Privatisierungspläne der Regierung für Staatsbetriebe sowie die von der christdemokratischen CDA blockierte Euthanasie-Gesetzgebung.

Hussein will dem Beispiel König Hassans nicht folgen

Öffentliche Erklärung vor Bushs Ankunft in Amman

PETER M. Ranke, Amman

In ungewöhnlicher Weise hat König Hussein von Jordanien noch vor dem Eintreffen von US-Vizepräsdent George Bush das Ergebnis des Besuchs vorweggenommen. Vor jordanischen Journalisten sagte er auf eine Erklärung von Bush in Jerusalem, er werde keine direkten Gespräche mit Israelis führen wie König Hassan von Marokko. Nur eine internationale Friedenskonferenz aller Beteiligten mit den fünf ständigen Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats sei der einzige annehmbare Rahmen für direkte Gespräche mit Israel.

Damit hat König Hussein ein deutliches Stopp-Signal für alle amerikanischen Hoffnungen gesetzt, der israelisch-marokkanische Dialog könne mit ihm fortgesetzt werden. Als Grund sehen politische Beobachter die wachsende Feindschaft radikaler Palästinenser gegen den König, die auch scharfe Sicherheitsmaßnahmen für den Bush-Besuch notwendig machen. Bush wird sich nur einen Tag lang in Amman aufhalten, dann Vorposten der Armee besuchen und die Hauptgespräche mit Hussein im leicht zu sichernden Hafen Aqaba und auf der Yacht des Königs führen.

Israels Premier Peres hat Bush ein persönliches Schreiben für den jordanischen König mitgegeben. Einzelheiten über den Inhalt der Botschaft wurden nicht bekannt. Bush bekam von Peres auch einen Brief für den ägyptischen Präsidenten Mubarak, den er im Anschluß an seine Gespräche mit Hussein in der nächsten Woche treffen wird.

Wie fanatisch die Gegnerschaft radikaler Palästinenser gegen Bush und die amerikanische Politik ist, erfuhr der Vizepräsident am Dienstagabend im arabischen Ost-Jerusalem. Zu einem Empfang mit Diskussion im Generalkonsulat kamen nur 17 der über 25 eingeladenen palästinensischen Ex-Bürgermeister, Kaufleute und Nobateln. Denn sie waren von der Abu-Nidal-Gruppe mit dem Tod bedroht worden, und der Arafat-Vertreter in Ost-Jerusalem, Feisal Husseini, hatte gedroht: „Wer zu dem Empfang geht, ist kein Palästinenser mehr. Er wird künftig nicht sehr komfortabel leben.“ (SAD)

Der Sternenhimmel im August

Von ERICH ÜBELACKER

Die in Deutschland recht kurzen Augustnächte bieten dem Sternfreund eine Fülle interessanter Beobachtungsobjekte. Alle fünf mit bloßem Auge sichtbaren Planeten und der eindrucksvollste Sternschnuppenschwarm des Jahres sind in diesem Monat zu beobachten.

Kurz nach Sonnenuntergang wird über dem westlichen Horizont Venus sichtbar, die nach wie vor strahlender Abendstern ist. Am 24. 8. ist ihre von der Erde aus sichtbare Hälfte genau halb beleuchtet, sie sieht also im Fernrohr wie ein kleiner Halbmond aus, am 27. des Monats erreicht sie ihren größten Winkelabstand von der Sonne. Am 1. 8. geht Venus um 22.30 Uhr, zum Monatsende gegen 21.10 Uhr unter.

Mars, der im Juli seine erdnächste Stellung erreicht hatte, ist immer noch sehr hell und steht um 23 Uhr tief im Süden. An seiner roten Farbe, die ihm den Beinamen „Kriegsplanet“ einbrachte, ist er leicht zu erkennen. Auch die beiden Riesenplaneten Jupiter und Saturn stehen um 23 Uhr über dem Horizont. Während der Ringplanet Saturn im Südosten zu finden ist, geht der viel hellere Jupiter bei Einbruch der Dunkelheit gerade im Osten auf. Seine vier größten Monde sind leicht im Kleinfernrohr zu erkennen, jeden Abend stehen sie in einer anderen Position, immer wieder erzeugen sie Finsternisse oder werden verfinstert.

Das selten abwechslungsreiche Planetenschauspiel im August '86 findet vor der eindrucksvollen Kulisse der Sommersternbilder statt. Diese bestehen aus Fixsternen, fernen Sonnen, die nicht Lichtminuten wie Venus und Mars, sondern Lichtjahre von uns entfernt sind.

Hoch über dem Südhorizont erkennt man um 23 Uhr das große Sommerdreieck mit Wega in der Leier, Deneb im Schwan und Atair im Adler, das mitten in der Milchstraße liegt, die aus Millionen fernen Sonnen besteht. Unter dem Sommerdreieck findet man das Tierkreissternbild Schütze, in dem der rote Mars zu Gast ist. Zu den Tierkreisbildern, durch die sich Sonne, Mond und Planeten bewegen, gehören auch der bei uns nie ganz sichtbare Skorpion und die Waage, welche knapp über dem Südwesthorizont steht. Darüber findet man Herkules, Schlange und Schlangenträger. Im Westen gehen die Frühlingssternbilder Bootes und Krone unter, während das bekannteste nördliche Sternbild, der Große Wagen oder Große Bär in mittlerer Höhe im Nordwesten zu sehen ist.

Stellt man die Sternkarte, um den Himmel über dem nördlichen Horizont zu simulieren, auf den Kopf, so zeigen die beiden unteren Wagensterne zum Polarstern im Kleinen Wagen oder Kleinen Bären. Im Nordosten findet man das „Himmel-W“, die Kassiopeia, welche in unseren Breiten, ähnlich wie der Große Wagen, nie untergeht, da ihr Kreis um den ruhenden Polarstern, den Dreh- und Angelpunkt der täglichen Himmelsbewegung, zu klein ist, um den Horizont zu berühren.

Im Osten sind bereits die Herbststernbilder erschienen, zu denen zum Beispiel der Pegasus gehört, den man auch „Herbstviereck“ nennt. Strenggenommen gehört der rechte Eckstern dieses großen Quadrats schon zur Andromeda, in welcher der berühmte Andromedanebel, ein fernes Milchstraßensystem mit rund 400 Milliarden Sternen, unter günstigen Bedingungen schon mit bloßem Auge zu sehen ist.

Knapp über dem Südosthorizont findet man die Tierkreisbilder Steinbock und Wassermann, eine an sich unscheinbare Himmelsregion, die zur Zeit jedoch vom hellen Jupiter belebt wird.

So interessant die Augustabende 1986 auch sind, sie werden, zumindest Mitte des Monats, noch von den Morgenstunden übertroffen. Kurz vor Sonnenaufgang gibt dann Merkur, der sonnennächste Planet, ein kurzes Gastspiel am Morgenhimmel. Um den 11. 8. kann man, ebenfalls in den Morgenstunden, den stärksten Sternschnuppenschwarm des Jahres, die Perseiden, beobachten.

Auf ihrer Bahn um die Sonne kreuzt die Erde Mitte August einen Meteoritenstrom, der aus Überresten des 1862 entdeckten Kometen Swift-Tuttle besteht. Unser Planet stößt mit diesen Teilchen zusammen, die mit 60 km/sek in die Hochatmosphäre eindringen, deren Atome und Moleküle zum Leuchten anregen und bis zu 100 Sternschnuppenerscheinungen pro Stunde erzeugen.

Der Morgenhimmel liegt, wie man sich leicht klarmachen kann, in Fahrtrichtung des Raumschiffs Erde. Kurz vor Sonnenaufgang werden daher von unserer Erdhälfte besonders viele Partikel eingefangen, die dann oft sehr helle Lichtspuren am Himmel erzeugen. In diesem Jahr stört der helle Mond nicht bei der Sternschnuppenbeobachtung, am 13. 8. erreicht er am Abendhimmel das erste Viertel und erst am 19. des Monats die Vollmondstellung.

Vom Umgang mit dem Kreml

Ein „Spielplan" des ehemaligen US-Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski

Es ist das alte und immer wieder neu zu bedenkende Thema, dem sich Zbigniew Brzezinski in seinem jüngsten, fast 300 Seiten dicken Buch widmet: Wie gelingt es den USA, die „historische" Rivalität mit der kommunistischen Weltmacht Sowjetunion in einer Weise zu kontrollieren und letztlich in einen Wettstreit einmünden zu lassen, in dem militärische Mittel ihre Bedeutung verlieren und die friedlichen dominieren?

Während der Präsidentschaft Jimmy Carters diente Brzezinski im Weißen Haus als Nationaler Sicherheitsberater. Mit Cyrus Vance, dem Außenminister Carters, lag er ständig im Streit. Und immer ging es um dasselbe: Wie sollte sich Washington auf die doppelgesichtige Außenpolitik der Sowjets einlassen? Sollte es auf die Hoffnung setzen, die Moskau mit ungewissen Signalen von „Entspannungspolitik" erzeugte, oder besser nicht und auf der Grundlage gesunden Mißtrauens der sowjetischen Politik der Stärke ausschließlich das Entsprechende entgegensetzen?

Letzlich konnten damals weder Brzezinski noch Vance den Richtungsstreit entscheiden. Dies vermochte nur der Präsident selbst. Doch war Carter nicht der Mann der eindeutigen Richtungsweisung. Lange favorisierte er die „Entspannung" gegenüber der Sowjetunion, bis er mit dem Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan erkennen mußte, daß diese Politik „tot" sei. „Detente" sei das falsche Wort gewesen, bekannte Carter im Frühjahr 1980.

Was der „Professor of Government" an der Columbia University in New York und Berater am renommierten „Center for Strategic and International Studies" an der Washingtoner Georgetown University zum amerikanisch-sowjetischen Verhältnis sagt, ist eine einfache Erkenntnis, wenn sie nur nicht so schwer zu verwirklichen wäre: Für die USA reicht es schon, im Rivalitätsstreit mit der Sowjetunion nicht zu verlieren; dann hat sie bereits die Oberhand. Umgekehrt aber verlöre die Sowjetunion, wenn sie nicht ihrerseits versuchte, die Oberhand gegenüber den USA zu gewinnen.

Wenn Brzezinski über Rußland nachdenkt, holt ihn letztlich seine Kindheit wieder ein. Am 28. März 1928 wurde er in Warschau als Sohn eines Diplomaten geboren, lebte später mit seinen Eltern in Frankreich und Deutschland, bevor er 1938 bei Kriegsausbruch mit ihnen nach Montreal ging, wo der Vater bis 1945 am polnischen Konsulat tätig war. Nach wissenschaftlicher Ausbildung in Montreal und an der Harvard-Universität richtete die Columbia University eigens für Brzezinski ein Institut zum Studium des Kommunismus ein. Lange bevor Carter Präsident geworden war, bat er den Intellektuellen polnischer Herkunft, ihm als Berater in Fragen der Außenpolitik zur Verfügung zu stehen.

Jahrzehnte der Analyse sowjetischer Politik stecken in Sätzen wie den folgenden: „In dieser sich lang hinziehenden Rivalität haben die Sowjets einen Vorteil, die USA aber eine Verpflichtung: ihre Beständigkeit' gegenüber unserer Ungeduld und dem Mangel an Stetigkeit. Die amerikanische Öffentlichkeit und sogar die Verantwortlichen in der Außenpolitik haben die Tendenz, zwischen utopischen Erwartungen vom ewigen Frieden und apokalyptischen Ängsten vor dem allerletzten Krieg hin- und herzuschwanken sowie zwischen dem die Geschichte ignorierenden Glauben, Amerikaner und Russen seien grundsätzlich geistesverwandt, und der manichäischen Obsession, daß mit dem ‚Reich des Bösen' nicht der geringste Kompromiß möglich ist."

> Zbigniew Brzezinski:
> **Game Plan – A Geostrategic Framework for the Conduct of the U.S.-Soviet Contest**
> The Atlantiv Monthly Press, Boston/New York. 288 S., 18,95 Dollar.

Schärfer als früher im Amt weiß sich Brzezinski heute zu artikulieren, wenn er schreibt: „Um seinem Rivalen durch Abnutzung die Atemluft zu nehmen, setzt Moskaus Strategie auf die sich gegenseitig steigernden schädlichen Folgen der sowjetischen Militärmacht und auf regionale Turbulenzen, um die Vereinigten Staaten als die Führungsmacht und als Stabilitätsfaktor ersten Ranges auf der Welt zu ersetzen."



Schärfere Töne als zu seiner Zeit im Weißen Haus: Zbigniew Brzezinski mit Jimmy Carter FOTO: AP

Hinter dem Buchtitel „Spielplan" verbirgt sich die Vorstellung, die USA in erster Linie, aber auch alle anderen Mitglieder der freien Welt seien aufgerufen, in einem weit vorausschauenden „Spiel" die machtpolitischen Akzente so zu setzen, daß die Sowjetunion eben nicht die Oberhand gewinnen kann.

Dieser Aufgabe wegen muß es den USA um viel mehr gehen, als allein die drei „zentralen strategischen Fronten" zu halten, die die Sowjets von ihrer eurasischen Landmasse aus vorzutreiben suchen. Die erste ist die in Europa, stellt Brzezinski fest, wo die Russen mit Ende des Zweiten Weltkrieges gegenüber Griechenland und der Türkei einerseits, aber auch gegenüber Deutschland ihren Einfluß ausgeweitet haben oder dieses versuchten. Die zweite sieht er in Fernost. Dort gelang es den Sowjets dank der Voraussicht des Generals Douglas MacArthur nicht, Japan fest in ihren Griff zu nehmen. Immerhin richteten sie sich auf den Kurilen-Inseln und auf Sachalin ein. In Korea wurde der sowjetische Einfluß am 38. Breitengrad gestoppt. Schließlich markiert Brzezinski die dritte strategische Front in Südwestasien, wo die „trügerische Ruhe" mit dem Abzug der Briten „östlich von Suez" 1970 vorbei gewesen sei.

Nicht nur auf diesen Schauplätzen machtpolitischer Rivalität an den Außenbezirken des sowjetisch kontrollierten Eurasiens sucht Brzezinski nach dem westlichen Regisseur, um den kommunistischen Einfluß zu bremsen, sondern auch dort, wo die „Dilemmata des Friedens" im Nahen Osten, die Rassenunruhen im südlichen Afrika oder die Bemühungen um wirtschaftliche und demokratische Gesundung in Mittelamerika die USA herausfordern, weil indirekt oder direkt die Sowjetunion daraus Nutzen ziehen könnte.

Seine Ratschläge zu Nicaragua für die Verantwortlichen im Weißen Haus könnten präziser nicht sein: „Besonders wichtig ist, Zentralamerika nicht zur Zone des Wettstreites in der amerikanisch-sowjetischen Rivalität werden zu lassen. Bereits das würde einen Rückschlag für die USA ungeachtet des möglichen Ausgangs bedeuten, weil es das Eindringen sowjetischer Macht über Kuba auf das Schlüsselland der westlichen Hemisphäre kennzeichnete." Deshalb, so fordert der Autor, müßten die USA alle Anstrengungen – einschließlich nötigenfalls des Gebrauchs ihrer Streitkräfte – unternehmen, um ein Ergebnis zu erzielen ähnlich dem, was er an anderer Stelle für die Zukunft Afghanistans empfiehlt: von außen garantierte Neutralität und interne Selbstbestimmung.

Brzezenski meint aber zu wissen, daß selbst unter Reagan die Instrumente in Washington zur Planung einer langfristig angelegten und zwischen allen entscheidenden Stellen abgestimmten Außenpolitik noch nicht ausreichend entwickelt sind. Kein Hehl macht er aus seiner Abneigung insbesondere gegen die Inhaber der führenden Positionen im State Department: „Die Planungsverantwortlichen und ihr Stab im Außenministerium sind nicht das richtige Mittel, weil sie zu häufig dazu neigen, Diplomatie mit Außenpolitik zu verwechseln." Als einzige Institution mit der Fähigkeit, über lange Fristen eine stetige Außenpolitik zu entwickeln, sieht der frühere Sicherheitsberater letztendlich das Weiße Haus.

Für Europa hat der „Europäer" Brzezinski seinen „Spielplan" schon entwickelt: aufgeteilt in Zonen amerikanischen und sowjetischen Einflusses, sei es wegen der gegenwärtigen Bedingungen für die Beziehungen mit den USA nicht gerade nutzbringend. Im übrigen verschärfe es die amerikanisch-sowjetische Rivalität, meint Brzezinski. Er favorisiert deshalb den Gedanken, amerikanische Truppen aus Europa „nach und nach zurückzuziehen". Das würde nach seinem Urteil die verantwortlichen Politiker auf unserem Kontinent dazu anhalten, die Frage der Erhaltung der europäischen Sicherheit direkter anzugehen, und schließlich dazu führen, daß Europa mehr Verantwortung für sich selbst übernähme und somit „authentischer" würde.

Sarkastisch meint Brzezinski: „Dies wäre eine milde Schock-Therapie für die lethargischen und selbstzufriedenen Europäer." Und für die USA brächte das Entstehen eines mehr für sich selbst verantwortlichen Europas einen „geopolitischen Bonus". Es wäre seinen Worten zufolge ein riesiger Schritt in Richtung auf einen Globus mit mehr als nur zwei Kraftzentren. Dazu käme, daß Westeuropa für Osteuropa attraktiver würde, ohne daß dies als amerikanischer Erfolg auf sowjetische Kosten erschiene.

Brzezinski glaubt, engere Beziehungen zwischen den Teilen Europas könnten sich stufenweise entwickeln, von besserer wirtschaftlicher Kooperation bis hin zu einer „besonderen Sicherheitsvereinbarung für Mitteleuropa" ähnlich dem österreichischen Staatsvertrag von 1955.

RÜDIGER MONIAC



Unterstützung von der Kavallerie: Berittene Aufklärungsabteilung 1940 im Raum von Sedan FOTO: DIE WELT

Entsatz für Stauffenberg

Ein Buch über Georg Freiherr von Boeselager

Am Morgen des 20. Juli preschten drei Schwadronen des Kavallerie-Regiments Mitte durch Brest-Litowsk. Es galt, einige wartende Flugzeuge nach Berlin zu erreichen. Das Kavallerie-Regiment des Oberstleutnants und Eichenlaubträgers Georg Freiherr von Boeselager sollte rechtzeitig in der Reichshauptstadt eintreffen, um den Putschisten unter Stauffenberg als Abriegelungstruppe zur Verfügung zu stehen.

Das Bemühen der jungen Schwadronschefs war umsonst. Die Schwadron des Oberleutnants Frevert-Niedermein wurde gestoppt, weil Brest-Litowsk wegen der näherrückenden Front bereits zur Festung erklärt worden und jede Bewegung ohne Genehmigung des Festungskommandanten untersagt war. Die nachfolgende Einheit des Rittmeisters König hatte noch versucht, unter Umgehung der Stadt zum Flugplatz zu gelangen. Beide Offiziere erfuhren am Abend des Tages, daß der Versuch, Hitler zu beseitigen, gescheitert war. Sie konnten später glaubwürdig versichern, einen Befehl zur Verlegung des Regiments an einen anderen Frontabschnitt befolgt zu haben.

> Heinz W. Doepgen:
> **Georg von Boeselager, Kavallerie-Offizier in der Militäropposition gegen Hitler**
> Verlag E. S. Mittler u. Sohn, Herford. 160 S., 29,80 Mark.

Diese bisher unbekannte Geschichte erzählte Frevert-Niedermein, später General der Bundeswehr, als Philip von Boeselager, jüngerer Bruder des einstigen Regimentskommandeurs und einziger Überlebender von fünf Söhnen der Familie, in diesen Tagen ein neues Buch über seinen Bruder vorstellte. Das dritte seit 1945. Denn längst ist der im August 1944 an der Spitze seiner Männer gefallene rheinische Freiherr zum Symbol der neuen deutschen Armee geworden, tragen Kasernen und Straßen seinen Namen, erinnert ein internationaler Aufklärer-Wettbewerb der NATO, der zu den härtesten Prüfungen der Allianz gehört, an den ehemaligen Wehrmachts-Offizier.

Diesmal ging es dem Autor Heinz W. Doepgen, Staats-Archivar in Siegburg, um eine bisher weniger beachtete Komponente der Führerpersönlichkeit Boeselagers: Wie kam es, daß der schneidige Frontoffizier zum Widerstand geriet und sich 1943 spontan für ein direktes Pistolenattentat auf Hitler zur Verfügung stellte? Obwohl dies scheiterte, ist festzuhalten, daß Offiziere der Wehrmacht, so sie von Verbrechen des Regimes direkt und unwiderlegbar erfuhren, aus Erziehung, Ehrgefühl, Gewissen und moralischer Pflicht heraus zum Eidbruch und Tyrannenmord fähig wurden und handelten.

Solches war bei Boeselager der Fall. Durch Zufall geriet er 1943 im Stab der Heeresgruppe Mitte, in dem sein jüngerer Bruder Philip als Ordonnanzoffizier des Feldmarschalls Hans von Kluge diente, an Henning von Treskow, ersten Generalstabsoffizier der Heeresgruppe. Treskow, und mit ihm einige Kameraden im Stab, wußten zu diesem Zeitpunkt um die Greueltaten der SD-Einsatzgruppen im rückwärtigen Heeresgebiet und wirkten seit Monaten auf eine Beseitigung des Übels an der Wurzel hin.

Ein Gespräch mit Boeselager führte zu sofortiger Übereinstimmung beider Männer. Von nun an stellte Boeselager einen von Kluge gebilligten neuen Kavallerie-Verband aus 3000 Mann in zweifacher Perspektive auf: einer offiziellen als „Feuerwehrverband" hinter der zurückweichenden Front der Heeresgruppe, einer geheimen als Putschtruppe für die Beseitigung Hitlers. Gleichzeitig erklärten sich zwölf Offiziere des Verbandes ihrem Kommandeur gegenüber bereit, Hitler bei einem Besuch des Kluge-Hauptquartiers zu erschießen.

Hitler erschien, aber die Pistolen blieben in den Futteralen. Warum? Der Feldmarschall, ewiger Zauderer und von seinen Offizieren seiner Vorsicht wegen der „kluge Hans" genannt, hatte das Attentat verboten, weil Himmler nicht miterschienen war, den man hatte mit ausschalten wollen, und man Racheakte der Wehrmacht gegenüber fürchten mußte.

Auch wenn dieser Vorgang an das Lenin-Wort von den Deutschen erinnert, die für eine Revolution erst eine Bahnsteigkarte lösen: Es bleibt, daß Offiziere der Wehrmacht den Versuch gewagt haben. Zu ihnen gehörte Georg von Boeselager, der Jesuitenschüler, der Haudegen, der fürsorgliche Vater seiner Soldaten an der Ostfront, der Aufständische aus Gewissen. Für jedes dieser Attribute hat er verdient, von der Bundeswehr geehrt zu werden.

AUGUST GRAF KAGENECK

Kein Anschlußverbot

Zur neubearbeiteten Auflage des Staatslexikons

Die im Jahre 1876 zum 100. Geburtstag von Josef Görres gegründete „Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland" brachte in den Jahren 1889 bis 1896 die erste Auflage des Staatslexikons in fünf Bänden heraus. Nachdem die sechste Auflage in acht Bänden in den Jahren 1957 bis 1963 erschienen war, veranlaßten der rasche politische, gesellschaftliche und kulturelle Wandel in der Bundesrepublik sowie tiefgreifende Veränderungen im internationalen Bereich die Görres-Gesellschaft und den Verlag, drei Ergänzungsbände (1969-1972) herauszubringen.

Die siebte Auflage, die zunächst in fünf Bänden erscheinen soll, wird in der Tradition der bisherigen Auflage stehen. Das Gesamtwerk, an dem mehr als 700 Autoren der verschiedensten Disziplinen mitwirken, wird über 1300 Artikel, davon circa 240 biographische Beiträge, umfassen. Da sich auch die Neuauflage mit weitreichenden Herausforderungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft konfrontiert sieht und bestrebt ist, aktuell zu sein, werden bis auf einzelne Ausnahmen alle Artikel neu abgefaßt.

Um den Aufgaben im Rahmen des zur Verfügung stehenden Umfangs gerecht zu werden, beschränken sich die „Länder-Artikel" auf die Bundesrepublik Deutschland und ihre elf Länder sowie auf die benachbarten deutschsprachigen Staaten (DDR, Österreich und Schweiz). Für die „Länder-Artikel" ist ein gesonderter Band vorgesehen, der die Staaten oder Staatenregionen der Welt behandeln soll. Diese Anordnung bietet nach Ansicht der Herausgeber zwei Vorteile: In den fünf Bänden des Grundwerks wird Platz für die Sachthemen gewonnen; ferner sind bei diesen Anordnungen die Daten und Informationen über die Länder der Welt nicht über fünf Jahre auseinandergezogen.

Die übersichtlich gegliederten Artikel sind von unterschiedlichem Umfang und behandeln neben Biographien und internationalen Organisationen die Staatsorgane, Behörden und zahlreiche politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Institutionen und Organisationen der Bundesrepublik Deutschland. Hinzu kommen theoretisch angelegte Beiträge über wichtige Problemfelder aus den Bereichen Recht, Wirtschaft und Gesellschaft. Hervorzuheben ist auch, daß wichtige Begriffe des Völkerrechts und der Außenpolitik berücksichtigt worden sind.

Besonders ausführlich sind die Artikel über die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik sowie über die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und Bremen. Die Darlegungen über die beiden Staaten in Deutschland, die sich jeweils in die Abschnitte Geschichte, Gebiet, Bevölkerung und Sozialstruktur, Recht, Wirtschaft, Religiöse Verhältnisse und Kultur gliedern, haben Handbuchcharakter.

Erfreulich ist auch, daß neben dem Stichwort „Deutsche Ostgebiete" die „Deutsche Frage" gesondert und ausführlich erläutert wird. Mit Nachdruck wird auf das „Offenhalten der deutschen Frage" hingewiesen und betont, daß dazu auch politische und rechtliche Elemente zählen, „die den ‚friedlichen Wandel' in Europa gewährleisten: So enthalten die Ostverträge und die KSZE-Schlußakte keine Garantie der Grenzen in Mitteleuropa. Insbesondere gibt es für die beiden deutschen Staaten kein ‚Anschlußverbot', wie dies aufgrund des österreichischen Staatsvertrages von 1955 für das wiederhergestellte Österreich gilt." Die Ausführungen über die „Stellung der Kirchen" zur „deutschen Frage" schließen mit dem wichtigen Hinweis, daß alle Schritte der „Vatikanischen Ostpolitik" hinsichtlich der Kirche in der DDR bisher vom Bemühen bestimmt gewesen seien, die Fakten nach keiner Seite zu präjudizieren.

> **Staatslexikon**
> Recht, Wirtschaft, Gesellschaft in 5 Bänden. Herausgegeben von der Görres-Gesellschaft. 7., völlig neu bearbeitete Auflage. 1. Band: „Abendland – Deutsche Partei". Verlag Herder, Freiburg. XII Seiten und 1302 Spalten. Subskriptionspreis bis zum Abschluß der Ausgabe im Herbst 1989: 198 Mark; danach 248 Mark.

Zu den besonderen Glanzpunkten des „Staatslexikons" gehören die biographischen Abrisse, die gleichfalls von dem Bemühen geleitet sind, die jeweilige Persönlichkeit in den geschichtlichen Zusammenhang zu stellen. Biographische Abhandlungen sind unter anderem Konrad Adenauer, Peter A. Altmeier, Karl A. Arnold, David Ben Gurion, Otto von Bismarck, Hans B. Böckler, Heinrich Brüning, Winston S. Churchill und Alcide de Gasperi gewidmet.

Mit der Neuauflage des „Staatslexikons" entsteht trotz des notwendigen Zwanges zur Selektion ein Universalbild von Staat und Gesellschaft. Detaillierte Literaturhinweise und beachtliches statistisches Material tragen zu dem hohen wissenschaftlichen Rang des Unternehmens bei.

JENS HACKER

Geschichts-Arabesken

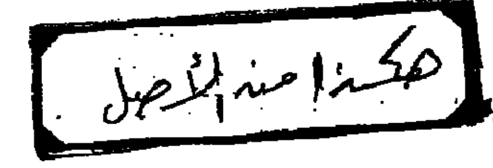
„Mir bleibt auch nichts erspart", wird auf dem Titel dem alten Kaiser Franz Joseph in den Mund gelegt. Sein Lieblingsspruch „Es war sehr schön. Es hat uns sehr gefreut", wäre bei diesem Band auch fehl am Platze. Denn in der Sammlung **„K. u. k.- Karikaturen und Karikaturen zum Zeitalter Kaiser Franz Josephs"** von Karl Vocelka (Verlag Jugend & Volk, Wien, 112 S. mit zahlr. Abb., 43 Mark) werden die siebzig Regierungsjahre des Monarchen nicht nostalgisch zur „guten alten Zeit" verklärt.

Der habsburgische Vielvölkerstaat barg zahlreiche Konflikte und damit das rechte Futter für Karikaturisten, angefangen bei der Sonderrolle für Adel und Militär, über den Verfassungsstreit, den Krieg mit Preußen, die Probleme mit den nationalen Minoritäten bis zu den Krisen, die in den Ersten Weltkrieg mündeten und zum Sturz der Monarchie führten.

Obwohl sich der Autor lediglich auf deutschsprachige Publikationen stützt – es gab natürlich auch tschechische und ungarische Karikaturenblätter, die die Vorherrschaft der Wiener besonders aufs Korn nahmen –, entsteht kein sehr schmeichelhaftes Bild von Alt-Österreich. Es ist eher das Gemälde einer Konfliktgesellschaft, die sich in ihrem Hochmut nicht einmal der Probleme bewußt war und darum auch keine Lösungen anzubieten vermochte.

Nur darf man bei dem Vergnügen an den Karikaturen nicht vergessen, daß sie als Mittel der Geschichtsschreibung allein stets einseitig und darum ungenügend sind. Mehr als ein paar Arabesken – vergnügliche allerdings – können sie nicht zur Historie beitragen.

P. D.



James Cloppenburg

31. August 1902 — 25. Juli 1986

In tiefer Trauer

Dr. Elisabeth Cloppenburg, geb. Oppenländer
Jürgen und Vera Cranz, geb. Cloppenburg
Karin Kehl, geb. Cloppenburg
Michel und Ingrid Bourne, geb. Cloppenburg
Dr. Ulf und Sigrid Cloppenburg, geb. Hambloch
Harro Uwe und Irmelin Cloppenburg, geb. Johnssen
Christa Cloppenburg
21 Enkel und Urenkel

4030 Ratingen 1, Haus Zandvliet, Im Junkernbusch 2

Hl. Messe und Beisetzung finden im engsten Kreis statt.

James Cloppenburg

Er war unser Vorbild.

Wir werden unsere Arbeit in seinem Sinne fortführen.

Wir danken und trauern.

Peek & Cloppenburg

Beirat, Geschäftsführung, Betriebsräte
und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

EKD rät zu gezielten Sanktionen

idea, Hannover

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) spricht sich für eine Reihe von „kalkulierten Sanktionen" gegen Südafrika aus. Die Erneuerung des Kulturabkommens mit Pretoria soll an Bedingungen geknüpft und staatlich verbürgte Exportversicherungen nicht mehr gewährt werden. Als weitere politische Initiativen schlägt die EKD den Stopp des Hochtechnologieexports sowie das Verbot des Verkaufs von Krügerrand-Münzen vor. Deutsche Unternehmen sollen ihre Kapazitäten nicht mehr ausweiten, deutsche Banken ihr Engagement einschränken.

In der vom Rat der EKD einstimmig verabschiedeten Erklärung wird betont, daß sich die EKD die Forderung nach einem umfassenden Boykott nicht zu eigen mache, da dies „unabsehbare, vermutlich auch chaotische Folgen" haben könne. Gezielte Sanktionen seien jedoch „ethisch" vertretbar, und auch unbeabsichtigte Nachteile für Unterdrückte müßten in Kauf genommen werden. Weiter heißt es, daß angesichts der Erfolglosigkeit der bisherigen politischen Bemühungen, es nicht länger vertretbar sei, das Mittel der wirtschaftlichen Sanktionen nicht anzuwenden. Die Kirche fordert die Freilassung der politischen Gefangenen und die Rückkehr der ins Exil gezwungenen Apartheids-Gegner. Auch solle die südafrikanische Regierung den verbotenen Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) zulassen, und diesen als Partner für Verhandlungen über die Zukunft Südafrikas akzeptieren.

Pretoria macht ANC für Scheitern verantwortlich

Howe: Mission noch nicht beendet / Druck auf Thatcher

-ni/DW. Johannesburg

Nach dem Scheitern der Südafrika-Mission des britischen Außenministers und EG-Ratsvorsitzenden Sir Geoffrey Howe wächst der Druck auf Premierministerin Thatcher.

Die Regierungschefin wurde gestern von Oppositionskreisen gedrängt, auf der am Sonntag in London beginnenden Konferenz von sieben Commonwealth-Staaten Sanktionen gegen Pretoria zuzustimmen. Der Außenpolitische Ausschuß des Unterhauses setzt sich in einem jetzt veröffentlichten Bericht ebenfalls für derartige Maßnahmen ein.

„Falsche Annahme"

Die Regierung in Pretoria hat den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) für das Scheitern der Mission verantwortlich gemacht. Zugleich warf sie Howe vor, sein Konzept für eine Lösung der Probleme in Südafrika beruhe auf einer falschen Annahme. Über den staatlichen Rundfunk, der in der Regel die Meinung der Regierung wiedergibt, wurde gestern die Version verbreitet, der britische Außenminister sei fälschlicherweise davon ausgegangen, daß der ANC zu ernsthaften Verhandlungen mit der Regierung bereit sei. Dies sei jedoch nicht der Fall, hieß es.

Der südafrikanische Präsident Pieter Willem Botha hatte nach Abschluß seiner Beratungen mit dem britischen Außenminister dessen Hauptforderung, den inhaftierten Schwarzen-Führer Nelson Mandela freizulassen, abgelehnt, da Mandela nicht bereit sei, der Gewalt abzuschwören. Zugleich lehnte er Gespräche mit dem Afrikanischen Nationalkongreß ab, solange der ANC unter kommunistischer Kontrolle stehe.

Zu möglichen Reaktionen im Westen sagte Botha: „Wenn man Druck auf uns ausübt, bis wir mit dem Rükken an der Wand stehen, dann gibt es für uns keine Alternative als in Selbstrespekt aufzustehen und der Welt zu sagen: Südafrika läßt sich nicht zum Selbstmord zwingen." Das Land habe frühere Embargos bei Öl und Militärgütern überstanden und werde auch mit allen zukünftigen Sanktionen fertig.

Der Präsident äußerte auch scharfe Kritik am Westen. Er hoffe, „daß die hysterischen Ausbrüche westlicher Länder bald vorbeigehen". Howe warf er vor, daß während der Gespräche *klar geworden sei, der Brite* sei als „Abgesandter der zwölf EG-Staaten nicht an einer positiven Südafrika-Politik interessiert, sondern nur daran, Druck auf uns auszuüben, damit wir der bedingungslosen Freilassung Mandelas zustimmen und den ANC zulassen".

Dennoch erklärte Botha seine Bereitschaft zu einem Treffen mit Politikern aus Afrika und Europa, „mit dem Ziel, die Probleme unserer Region zu identifizieren und nach Lösungen zu suchen".

Der britische Außenminister, der gestern nach London zurückgekehrt war, sagte vor seinem Abflug, er habe „noch nicht" den Fortschritt erreicht, den er sich erhofft habe. Er lehnte es jedoch ab, von einem Scheitern seiner Mission zu sprechen. Die jetzige *Reise sei nur Teil der gesamten* Bemühungen für eine Lösung in Südafrika gewesen. Howe kündigte zugleich an, daß er in Kürze mit Vertretern des ANC zusammentreffen werde. Die Führung des ANC hatte Kontakte mit ihm bisher abgelehnt.

In einem Interview mit dem südafrikanischen Fernsehen sprach sich der Minister gegen „Strafmaßnahmen" gegen Pretoria aus. Durch seine *Besuche und Gespräche mit afrikanischen* Führern und Südafrikas Nachbarn sei ihm klar geworden, „welchen materiellen und menschlichen Schaden ein Wirtschaftskrieg anrichten kann", fügte er hinzu. Allerdings werde es „neue Maßnahmen" geben.

Streit um Textilabkommen

In den Vereinigten Staaten ist es wegen eines Textilabkommens mit Südafrika jetzt zum Streit zwischen der Regierung und dem Kongreß gekommen. Abgeordnete des Repräsentantenhauses und des Senats äußerten harte Kritik an der Entscheidung der Reagan-Administration, daß die bisher unbegrenzten Textilimporte aus Südafrika in den nächsten fünf Jahren nur um vier Prozent ansteigen dürfen.

Die Kritiker wiesen darauf hin, daß als Bezugsjahr 1985 gewählt sei, in dem diese Importe eine Rekordhöhe erreicht hatten. Die Regierung schreibe mit dem Abkommen einen unhaltbaren Zustand fest und gebe dies auch noch als Versuch aus, Südafrika wirtschaftlich unter Druck zu setzen.

Geißler: Botschaften in Diktaturen sollen Kontakte zur Opposition pflegen

CDU-Generalsekretär berichtet über seine Erfahrungen in Korea, auf den Philippinen und in Chile

BERNT CONRAD, Bonn

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat die Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in diktatorisch regierten Ländern wie Chile und Südkorea aufgefordert, gegen die Behinderungen demokratischer Parteien Stellung zu beziehen und nicht nur Kontakte zu den Regierungen, sondern ebenso zur demokratischen Opposition zu pflegen. Die Botschaften *müßten auch* Anlaufstellen für Menschen sein, die aus politischen Gründen in Not gerieten. Geißler zog diese Konsequenz aus Reisen nach Korea, den Philippinen und Chile, über die er gestern vor der Presse in Bonn berichtete.

„Moralisch pervers"

Direkte Kritik übte der Unionspolitiker an der *Botschaft in Chile*, deren Kontakte zur christlich-demokratischen Opposition gleich Null seien, obwohl diese Kräfte die volle Unterstützung der CDU hätten und die Bundesregierung für die Menschenrechte in Chile eintrete. Unter Anspielung auf das von ihm öffentlich gerügte Verhalten des deutschen Militärattachés in Santiago (WELT vom 29. Juli) betonte Geißler: „Nicht zu verantworten ist eine direkte oder indirekte Unterstützung von repressiven Maßnahmen durch Vertreter der deutschen Botschaft." Diese repressiven Maßnahmen belasteten die deutsch-chilenischen Beziehungen. Das sollte der Bundesaußenminister, den er ebenso wie den Bundeskanzler über seine Reise unterrichten werde, der Regierung Pinochet klarmachen.

Der CDU-Generalsekretär sagte, die Verteidigung der Freiheit durch die westliche Allianz werde diskreditiert, „wenn in Ländern , die im weitesten Sinne zur westlichen Welt oder zur Einflußsphäre der freiheitlichen Demokratien gehören, wie Südkorea, Südafrika und Chile, die Opposition unterdrückt und die Menschenrechte verletzt werden". Wenn die dortigen Regierungen die Menschenrechte mit der Begründung mißachteten, sie müßten den Kommunismus bekämpfen, dann sei dies „politisch und moralisch pervers". In Wirklichkeit arbeiteten sie den radikalen Kräften links und rechts in die Hände.

Geißler verlangte: „Willkürliche Verhaftungen, Mißbrauch beim Einsatz der Geheimpolizei, Unterdrükkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Folter und Ausweisung Andersdenkender dürfen von den demokratischen Staaten nicht hingenommen werden. Dies gilt auch für die Bundesregierung. Sogenannte stille Hilfe genügt nicht. Alle Oppositionsführer, sowohl in Südkorea wie in Chile, haben bestätigt, daß die wirksamste Hilfe zum Schutz vor Repressalien und Willkür die öffentliche Anteilnahme der westlichen Demokratien ist."

Appell an deutsche Politiker

Nach Ansicht des Unionspolitikers muß die Forderung nach weltweiter Anerkennung der Menschenrechte zu einem Thema des EG-Ministerrates und der Europagipfel gemacht werden. Deutsche Politiker, insbesondere der CDU, sollten bei Besuchen in *diktatorisch regierten Ländern* auch mit der demokratischen Opposition Kontakt aufnehmen, gegen Menschenrechtsverletzungen protestieren und politische Gefangene aufsuchen. Wirtschaftliche Sanktionen gegen Chile oder Südkorea würden von den dortigen Oppositionspolitikern abgelehnt, weil sie in erster Linie die Arbeitnehmer träfen.

In der UdSSR mehr „Selbstverwaltung"

rtr, Moskau

Die Bezirks- und Gemeinderäte der Sowjetunion bekommen mehr Einfluß auf die Wirtschaft und das Sozialwesen in ihren Gebieten. Nach einem Beschluß der Staats- und Parteiführung sollen die Räte der Volksbeauftragten künftig für die Lebensmittel- und Überschußverteilung selbst zuständig sein. Auch Umweltschutz und die Verteilung der Arbeit gehören demnächst zu ihren Aufgaben. Der Beschluß folgt einer Absichtserklärung von Parteichef Michail Gorbatschow, der mehr Selbstverwaltung und Selbstverantwortung für lokale Gremien gefordert hatte, um die Wirtschaft effektiver zu gestalten.

Nach dem Beschluß sollen die Wünsche der Bürger vor Entscheidungen stärker berücksichtigt werden. Den Räten wird bei etlichen nationalen Maßnahmen auf ihrem Gebiet ein Mitspracherecht eingeräumt.

Weinberger zieht Parallelen zu 1939

rtr, Washington

Mit einem historischen Vergleich will US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger Kritiker davon überzeugen, daß Kürzungen in Militärhaushalten für den Westen bedenklich sind. Er sehe die Gefahr, daß eines Tages zwar die Strategie da sei, nicht aber die nötigen Waffen, sagte Weinberger vor Militärexperten in der Militärakademie Fort McNair. Es könnte dem Westen dann so gehen wie Großbritannien 1939, als es trotz der Warnungen Winston Churchills und anderer wegen fehlender Mittel nicht in der Lage gewesen sei, mit dem Angriff der Deutschen fertig zu werden.

Heute fehle es nicht an Strategien. Es fehle allerdings an der Bereitschaft des Westens, die Bedrohung aus Moskau so ernst zu nehmen wie seinerzeit die Bedrohung, die von Hitler ausgegangen war.

Kirche in Chile klagt Justiz an

KNA, Santiago de Chile

Der Tod des 19jährigen chilenischen Studenten de Negri beschäftigt noch immer die katholische Kirche des Landes. Die Bischofskonferenz ist im Besitz einer Videocassette mit *Aufnahmen, wie eine 25köpfige Mili*tärpatrouille am 2. Juli in der chilenischen Hauptstadt den Studenten und seine Begleiterin mit einer brennbaren Flüssigkeit übergossen und angezündet haben. De Negri ist seinen Verletzungen erlegen, die Frau kämpft noch immer mit dem Tod.

Die Justiz verfolgt die Aufklärung des Falles in den Augen der Bischöfe nur „halbherzig". Ein Untersuchungs- und ein Militärgericht haben nur auf Anklage wegen Totschlags gegen den leitenden Offizier der Patrouille entschieden; die restlichen 24 Soldaten sollen straffrei bleiben. Die Kirche fordert eine Untersuchung durch den Obersten Gerichtshof.

UNO-Bericht spricht von „Völkermord"

AP, Bonn

Die Vereinten Nationen haben in ihrem jüngsten Bericht über die Menschenrechte in *Afghanistan* darauf hingewiesen, daß eine Weiterführung des Krieges „unweigerlich zu einer an Völkermord grenzenden Situation" führe. Die Zahl der Kriegsopfer und Verletzten unter der Zivilbevölkerung sei durch „ständige Bombardierungen und Massaker" seit den beiden voraufgegangenen Berichten „erheblich gestiegen". Es würden Krankenhäuser bombardiert, chemische Waffen sowie Minen, als Kinderspielzeug getarnt, eingesetzt. Die Folterung von Gefangenen mit grausamsten Mitteln sei „tägliche Praxis".

Alle drei Berichte, die von dem UNO-Sonderberichterstatter Felix Ermacora zusammengestellt wurden, sind erstmals in einer deutschen Gesamtausgabe erschienen und wurden gestern vom Bonner Friedensforum der Presse vorgestellt. Der Sprecher der Organisation, Thomas Heilmann, wies darauf hin, daß in dem jüngsten Bericht erstmals der Begriff Völkermord auftaucht.

Zum erstenmal wird auch berichtet, daß jährlich etwa tausend afghanische Kinder zur Erziehung in sozialistische Länder geschickt werden. Die Organisation „Perwarischgahi watan" (Heimat-Kindererziehungsstätte), die mit dem Geheimdiest in Verbindung stehe, nehme in erste Linie Waisen von gefallenen Armeeangehörigen sowie Kinder von Parteimitgliedern auf. In einigen Fällen seien Kinder gegen den eigenen Willen sowie Kinder von Häftlingen eingeliefert worden. Die Acht- bis Zehnjährigen sollten etwa zehn Jahre in der Organisation bleiben. Auf dem Lehrplan stünden Marxismus-Leninismus, Russisch- und Musikiunterricht sowie die Unterweisung in Propagandatechniken.

Von den ursprünglich 18 Millionen Afghanen hätten inzwischen fünf Millionen das Land verlassen, hinzu kämen 1,5 bis zwei Millionen Heimatlose im eigenen Land. Nach wie vor kontrolliere die afghanische Regierung lediglich 150 Orte. Das Bonner Friedensforum bewertete das Angebot des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow, sechs Regimenter abzuziehen, als „irreführend und zynisch". Zu den Besatzungstruppen kämen weitere rund 50.000 Soldaten, die von sowjetischem Boden aus regelmäßig in die Kämpfe eingriffen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Plus und Minus im Handwerk

Reale Umsatzveränderung 1985 in %

Die Umsätze im Handwerk insgesamt schrumpften im letzten Jahr um 2,7 Prozent. Doch neben einigen Branchen wie dem Bau, die im Schatten stehen, gibt es andere wie die Maschinenbauer, die wenig Grund zur Klage haben. QUELLE: GLOBUS

FÜR DEN ANLEGER

Bremen: Eine kräftige Steigerung der Aktienumsätze kennzeichnete 1985 das Geschäft der Wertpapierbörse. Der Maklerumsatz liegt bei 500 Mill. DM monatlich. (S. 11)

Paris: Insgesamt 6 Mrd. Franc an Barmitteln hat die französische Regierung bei der Auktion von Schatzwechseln erlöst.

DM-Anleihe: Der Anfangsindex für die Ermittlung der Rückzahlungskurse der beiden Tranchen der 200-Mill.-Anleihe mit Aktienindexbindung wurde mit 610,79 festgelegt, teilt die Deutsche Bank mit.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 252,36 (248,69); Chemie: 144,86 (143,74); Elektro: 291,10 (285,68); Auto: 648,92 (641,72); Maschinenbau: 140,74 (138,68); Versorgung: 144,37 (142,97); Banken: 398,45 (386,78); Warenhäuser: 152,67 (148,23); Bauwirtschaft: 455,97 (466,79); Konsumgüter: 164,29 (163,35); Versicherung: 1354,38 (1343,68); Stahl: 148,39 (146,11).

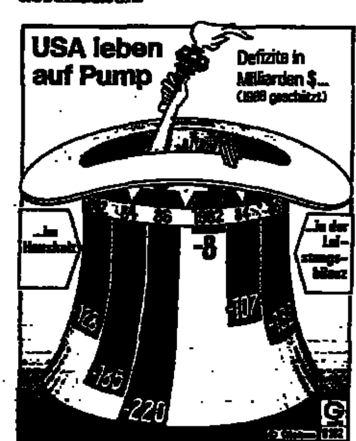
Nachbörse: Freundlich.

WELTWIRTSCHAFT

Frankreich: Eine umfangreiche Privatisierungsaktion soll der Wirtschaft wieder zu mehr Schlagkraft verhelfen. Denn der Staat sei naturgemäß kein guter Unternehmer, erklärte Premierminister Chirac. (S. 10)

Kanada: Mit den USA wurden Verhandlungen über eine Freihandelszone begonnen. Protestiert wurde gegen die Subventionierung der amerikanischen Getreideexporte auch nach China und in die UdSSR.

USA: Für Juni weist die Handelsbilanz einen Fehlbetrag von 14,17 Mrd. Dollar aus. Er liegt am oberen Rand der Erwartungen. Im ersten Halbjahr erreichte sie die Rekorddefizitsumme von 79,54 Mrd. Dollar. Der Haushalt wird in diesem Jahr wahrscheinlich mit einem Minus von 220 Mrd. Dollar abschließen.



MÄRKTE & POLITIK

GmbH & Co. KG: Die Bundesregierung hat sich bei der EG-Kommission in Brüssel offiziell gegen den Plan gewandt, die Vorschriften zur Veröffentlichung von Unternehmensergebnissen auf diese Rechtsform auszudehnen.

Maschinenbau: Der Auftragseingang ist im Juni real um 11 Prozent gestiegen. Aus dem Inland kamen dabei 19 Prozent mehr Bestellungen, aus dem Ausland nur 5 Prozent.

Welttextilabkommen: In der Endphase der Verhandlungen haben sich neue Komplikationen ergeben. So ist noch offen, was im Falle einer plötzlichen Flut billiger Importe geschehen soll. (S. 10)

Bundeskartellamt: Der Stromkonzern RWE wird sich mit einer geringeren Preiserhöhung zufrieden geben. Die Tarife für Sonderabnehmer werden nur um 3,7 statt wie geplant um 5 Prozent steigen. Darauf einigte man sich im Mißbrauchsverfahren, das von der Berliner Wettbewerbsbehörde eingeleitet worden war.

Japan: Die Autoexporte sind trotz der Yen-Aufwertung auf den Rekord von 3,44 Mill. gestiegen.

DIW: Der rapide Ölpreisverfall bringt die Wirtschaftsplanung der „DDR" durcheinander. Damit dürfte der neue Fünfjahresplan bereits überholt sein. (S. 10)

Einzelhandel: Die Fachgeschäfte haben im ersten Halbjahr 3 Prozent mehr umgesetzt.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Fusion: Die französische Regierung hat grünes Licht für die Gründung einer Telefonholding von der CGE und dem US-Konzern ITT gegeben. (S. 10)

Commerzbank: Die „erst zaghaft eingeleitete Steuersenkung muß konsequent fortgesetzt werden", erklärte Vorstandsvorsitzender Seipp. Mit dem laufenden Geschäftsjahr des Geldinstituts ist er rundum zufrieden. (S. 11)

Rotaprint: Die Beschäftigten des angeschlagenen Druckmaschinenherstellers fordern eine schnelle Senatsentscheidung über die Bürgschaft.

Bremer Vulkan: Der Aufsichtsrat hat dem Antrag des Vorstands zugestimmt, 89 Prozent des Aktienkapitals der Seebeckwerft zu erwerben. (S. 10)

Münchener Rück: Die Dividende von 9 DM ist auch nach der erfolgten Kapitalerhöhung sichergestellt.

NAMEN



[illegible]: Der Vorsitzende des Vorstands, Karl Heinz Krutzki (Foto), vollendet heute sein 60. Lebensjahr. Er ist seit über 35 Jahren für das [illegible]unternehmen tätig und gehört der Geschäftsführung seit [illegible] an.

[illegible]: Jürgen Cillmann, zuvor Vorstandsmitglied der Kaufring eG, wurde als Geschäftsbereichsleiter Personal und Recht in die Geschäftsleitung der Filial-Handelsgesellschaften der Gruppe berufen. Amtsvorgänger Helmut Adrian scheidet „im beiderseitigen Einvernehmen" zum 31. August aus.

Peek & Cloppenburg: James Cloppenburg, Senior des unter seiner langjährigen Führung zu bald 1 Mrd. DM Textileinzelhandelsumsatz aufgeblühten Familienunternehmens, ist im Alter von 83 Jahren gestorben.

Das beste Mittel, das bisher gegen die Bevölkerungsexplosion gefunden worden ist, sind Sportsendungen im Fernsehen – rund um die Uhr.
Robert Finch, amerikanischer Politiker

Bund, Länder und Gemeinden nehmen wieder mehr Steuern ein

Sparer befürchten neue Ausgabenwelle der Politiker und sehen Reformbasis bedroht

HEINZ HECK, Bonn

Die Steuereinnahmen im ersten Halbjahr 1986 betrugen 193,9 Mrd. Mark und lagen damit um 3,9 Prozent über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Damit hellt sich das zuvor düstere Bild der Einnahmeentwicklung weiter auf und bestätigt die Steuerschätzer in ihrem Urteil vom 28. Mai, als sie erklärten, das Schätzergebnis vom November 1985 und damit auch die Soll-Ansätze im Haushalt 1986 „seien nahezu voll bestätigt" worden.

Der Bund erwartet für 1986 insgesamt eine Zunahme um 2,5 Prozent auf 211,4 Mrd. (Länder 6,1 Prozent und 163,6 Mrd.). Der Bund kassierte im ersten Halbjahr 97,0 Mrd. (plus 1,8 Prozent). Für die ersten vier Monate hatte die Zuwachsrate nur 1,2 Prozent betragen und seinerzeit Finanzminister Stoltenberg zu skeptischen Prognosen über die Steuereingänge 1986 veranlaßt. Die günstigen Ergebnisse für Mai (plus 4,8 Prozent) und Juni (plus 3,5) bestätigen die Erwartung, daß die Steuerschätzungen erreicht werden dürften.

Die Länder haben im ersten Halbjahr ihre Steuereinnahmen um 5,6 Prozent auf rund 76 Mrd. gesteigert, die Gemeinden verbuchen eine 2,9 prozentige Zunahme auf 12,3 Mrd. Mark. Für die EG ergibt sich in diesem Jahr durch eine Erhöhung des Anteils von 1,0 auf 1,4 Prozent der Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer eine deutliche Steigerung: Plus 16,0 Prozent auf 8,6 Mrd. Mark.

Das Zahlenbild bestätigt nicht nur die Annäherung an die Schätzwerte vom Mai für alle Gebietskörperschaften, sondern auch das seit Jahren zu beobachtende Zurückbleiben des Bundes: Betrug sein Anteil am Steuerkuchen 1982 noch 48,4 Prozent, so waren es 1985 nur noch 47,2 und werden es 1990 nur noch gut 45 Prozent sein (darin ist der künftige Adlerlaß an die EG nicht einmal berücksichtigt). Ein Rückgang um drei Prozentpunkte entspricht 1990 mehr als 16 Mrd. Mark.

Während Stoltenberg die Haushaltsprobleme vor allem auf der Einnahmeseite sieht, fürchtet die Sparerschutzgemeinschaft, daß die Haushaltsdisziplin „von einer neuen Ausgabenwelle überrollt zu werden droht". Die Steuerreform könnte ihre finanzielle Basis verlieren, noch bevor man sie in Angriff genommen habe. Ungeachtet der hohen Haushaltsdefizite „sehen viele Politiker schon wieder Spielraum für zusätzliche Ausgaben".

Diese Entwicklung stelle die Finanzplanung mehr und mehr in Frage. Seit die für Bund und Länder geltende Leitlinie von drei Prozent 1984 und 1985 „annähernd eingehalten wurde", so dürfte sie 1986 deutlich überschritten werden. Auch in den kommenden Jahren dürfte diese Grenze „ohne eine schärfere Zügelung der konsumtiven Ausgabenexpansion kaum einzuhalten sein" – es sei denn zu Lasten der ohnehin kaum noch wachsenden öffentlichen Investitionen.

Auch wenn über die nächste Steuerreform erst in der kommenden Legislaturperiode entschieden werde, so würden die Weichen bereits heute gestellt: „Der wiedererwachte Hang zur Ausweitung der Sozialleistungen und das Versagen beim Abbau von Subventionen engen die Chancen einer durchgreifenden Reform zusehends ein."

Nur ein einziges Prozent zusätzliches Ausgabenwachstum im Jahr summiere sich bis 1990 auf rund 35 Mrd. Mark – also weit mehr, als selbst in optimistischen Varianten als Steuerentlastung netto vorgesehen sei.

Preise werden 1987 leicht steigen

HWWA schätzt die „hausgemachte" Inflationskomponente auf zwei Prozent

JAN BRECH, Hamburg

Trotz eines langsamen Anstiegs der Preise im zweiten Halbjahr 1986 geht das Hamburger HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung davon aus, daß der Preisindex für die Lebenshaltung im Durchschnitt des Jahres kaum höher als im Vorjahr sein wird. Erst für 1987 fällt die Prognose ungünstiger aus. Die Hamburger Wirtschaftsforscher rechnen dann mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von zwei Prozent.

Das HWWA nennt zwei Gründe. Zum einen werden die Einfuhrpreise nach dem vorausgegangenen starken Rückgang wieder steigen, zum anderen vergrößert sich der Spielraum für Preiserhöhungen im Inland. Der „monetäre Mantel" der Wirtschaft ist größer geworden und bei erhöhter Auslastung der Kapazitäten und weiter wachsender Nachfrage wird es den Unternehmen erleichtert, höhere Preise durchzusetzen.

Zur Sicherung der Preisstabilität sind nach Meinung des HWWA anhaltende Bemühungen erforderlich. Das gilt vor allem für die Geldpolitik, die im bisherigen Verlauf des Jahres expansiv war. Sofern die Ausdehnung der Geldmenge über die Zielvorgaben hinaus kurzfristiger Natur sei, brauche das für die Preisentwicklung keine negativen Folgen zu haben, meint der HWWA.

Auf längere Sicht könnte allerdings ein wie 1986 angeschlagenes Tempo der monetären Expansion nicht ohne Gefahr für die Geldstabilität durchgehalten werden. Auch die Lohnpolitik müsse sich ständig an den Erfordernissen der Preisstabilität ausrichten. Der Anstieg der Lohnstückkosten in diesem Jahr um reichlich 2,5 Prozent sei auf Dauer mit „relativer Preisstabilität" nicht vereinbar.

Die augenblicklichen Stabilitätserfolge wären ohne das Zusammenwirken von Geld-, Finanz- und Lohnpolitik nicht möglich gewesen, erklärt das Institut. Das Ausmaß des Erfolgs beruhe jedoch auf den außergewöhnlich günstigen außenwirtschaftlichen Einflüssen. Allein der Verfall des Dollarkurses und der Ölpreise hätten ein Absinken der effektiven Einfuhrpreise für Rohöl und Mineralölprodukte um etwa zwei Drittel bewirkt. Ohne die Verbilligung von Kraftfahrstoff und Heizöl auf der Verbraucherstufe wäre der Index der Lebenshaltung zur Jahresmitte etwa 1,5 Prozent höher als im Vorjahr.

In dieser Rate schlägt sich außerdem die Verbilligung anderer Importgüter nieder. Die Wirkungen, die insgesamt von niedrigen Einfuhrpreisen auf die Entwicklung der Verbraucherpreise ausgehen, lassen sich nach Aussage des HWWA aber nur grob schätzen. Die exakte Trennung von „importierten" und „hausgemachten" Komponenten sei schwierig, weil indirekte Wirkungen nicht ermittelt werden könnten. Den hausgemachten Verbraucherpreisanstieg schätzt das HWWA auf etwa zwei Prozent. Diese Rate kennzeichne den eigentlichen Stabilisierungserfolg.

Bund verschuldet sich, um Zinsen zu bezahlen

HH. Bonn

Die Neuverschuldung des Bundes seit 1983 hat ihre alleinige Ursache in den Zinszahlungen für die Schulden der früheren Bundesregierung. Der CDU-Abgeordnete Dietrich Austermann, im Haushaltsausschuß des Bundestages unter anderem für die Bundesschuld zuständig, belegt diese These mit folgenden Zahlen: Die Nettokreditaufnahme in der Zeitspanne 1983 bis 1986 beträgt etwa 108 Milliarden Mark. Demgegenüber sind in den vier Jahren rund 114 Milliarden Mark Zinsen zu zahlen. Das habe die diesjährige Sitzung des Bundesschuldenausschusses – erstmals unter Vorsitz des neuen Rechnungshofpräsidenten Heinz Günter Zavelberg – ergeben.

Angesichts der von Jahr zu Jahr geringeren Neuverschuldung und des damit einhergehenden Zinsrückgangs am Kapitalmarkt steige der Zinsaufwand des Bundes geringer an als zunächst erwartet. Austermann weist darauf hin, daß zum Beispiel der Zinsendienst 1987 mit voraussichtlich 31 Milliarden Mark um rund 1,8 Milliarden Mark niedriger ausfallen werde als in der Finanzplanung des Vorjahres angesetzt. Die Bruttokreditaufnahme (Nettokreditaufnahme plus Umschuldung) liege 1986 mit 84,5 Milliarden weit über dem Vorjahr (72,5).

AUF EIN WORT

„Eine Versicherungswirtschaft, die in ihre Philosophie nur die vier Grundrechenarten einbezieht, wird diesen Anforderungen ebensowenig gewachsen sein wie eine Versicherungswirtschaft, die bereit sein könnte, Weltrisiken ohne Verbund auf der Basis nationaler Finanzrahmen zu decken."

Dr. Helmut Gies, Vorstandsvorsitzender der Aachener und Münchener Beteiligungs-AG, Aachen. FOTO: DIE WELT

Opec ringt um freiwillige Förderkürzungen

DW. Genf

Die 13 Minister der Organisation ölexportierender Staaten (Opec) haben ihre Beratungen in Genf gestern erneut unterbrochen. Der Opec-Vorsitzende und nigerianische Ölminister Rilwanu Lukman erklärte, sechs Stataen hätten sich bereiterklärt, ihre Förderung um insgesamt 1,6 Millionen Barrel pro Tag zurückzunehmen.

Darunter sind die wichtigen Förderstaaten Saudi-Arabien, Kuwait, Venezuela, Nigeria und Indonesien. In Einzelberatungen versucht Indonesiens Ölminister Subroto auch die anderen Opec-Mitglieder zu freiwilligen Förderkürzungen zu bewegen. Angestrebt wird, so verlautete in Genf, eine Begrenzung der täglichen Fördermenge um insgesamt drei Mill. Barrel. Iran und Irak sollen davon vorerst ausgenommen werden. Nach Angaben von Lukman beträgt die derzeitige Opec-Tagesförderung 20,52 Millionen Barrel.

Die angestrebten freiwilligen Beschränkungen sollen bis zur nächsten außerordentlichen Opec-Konferenz gelten, die voraussichtlich schon im September stattfinden soll. Nach eigenen Angaben sanken die Opec-Einnahmen im ersten Halbjahr 1986 insgesamt auf 36,7 Milliarden Dollar nach 56,4 Milliarden Dollar im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Der Druck wächst

Von W. HADLER, Brüssel

Zeit zum Nachdenken haben die Landwirtschaftsminister der EG in diesen Wochen. Dennoch ist unwahrscheinlich, daß sie neue Ideen für die Reform der europäischen Agrarpolitik aus dem Urlaub mitbringen. Alle denkbaren Reformansätze sind in den letzten Jahren bereits erwogen und diskutiert worden. Was politisch konsensfähig war, erwies sich jedoch bisher immer wieder als unzureichend und widersprüchlich.

Die jüngsten Zahlen über die Entwicklung der Lagerbestände bestätigen den Ernst der Lage. Trotz aller Anstrengungen zur Schaffung eines besseren Verhältnisses von Angebot und Nachfrage steigen die Agrarüberschüsse in der Gemeinschaft munter weiter.

Die Agrarpolitik der EG ist reformbedürftig. Die Entwicklung der Lagerbestände bestätigt den Ernst der Lage. Bisher haben jedoch alle Bemühungen zur Eindämmung der Überschüsse nicht ausgereicht.

Als hätte es keine kostspieligen Versuche gegeben, den „Butterberg" abzutragen, haben die unverkäuflichen Vorräte aus öffentlichen Lagerhäusern inzwischen die Rekordhöhe von 1,3 Millionen Tonnen erreicht. Die Milchpulverbestände betragen 900 000 Tonnen, und an Rindfleisch türmen sich mittlerweile „Reserven" von 700 000 Tonnen auf.

Hinzu kommen Weizenvorräte von rund 10 Millionen Tonnen und Überschüsse von Gerste in Höhe von fünf Millionen. Sogar für Mais mußte die Gemeinschaft kürzlich erstmals Exportsubventionen bereitstellen. Nicht einmal das früher begehrte Getreide kann indes ohne Schwierigkeiten auf den internationalen Märkten untergebracht werden, da andere Erzeugerländer mit ähnlichen Überschüssen kämpfen. Auch für den aus der Weindestillation gewonnenen reinen Alkohol (zehn Millionen Hektoliter) gibt es kaum eine nutzbringende Verwendung.

Nahezu hoffnungslos ist die Situation bei den Milcherzeugnissen. Niemand zeigt mehr Interesse an „Altbutter", selbst wenn sie so gut wie gar nichts kostet. Gratisverteilungen an sozial Schwache gefährden zumindest teilweise den Verkauf von Frischware. Andererseits verschlingt die Lagerung Kosten, die in keinem Verhältnis mehr zum Wert des Streichfettes stehen.

Der Gesamtwert der in der EG eingelagerten Agrarüberschüsse ist inzwischen so dramatisch gesunken, daß eine Berichtigung des Buchwertes um rund 9,7 Milliarden Mark notwendig wäre. Neben der Butter verliert auch das Gefrierfleisch rapide an Qualität. Ungenießbar gewordene Butter soll jetzt mit hohen Subventionen an Kälber verfüttert werden, was dem Versuch gleichkommt, den Güterkreislauf auf ein Minimum zu verkürzen. Außerdem sollen Schweine und Geflügel von der teuren Trockenmilch profitieren. Die zu befürchtenden Produktivitätserfolge in diesem Sektor beurteilt die Kommission als ungefährlich, da die Schweinemäster und Hähnchenfabriken bisher nur einen minimalen Preisschutz genießen.

Das vertrackte ist, daß der EG das Geld ausgegangen ist, um ihre Subventionen zur Stützung der Preise und Exporte im bisherigen Umfang fortzusetzen. Schon 1986 ist der gerade erst aufgestockte Plafond für die Mehrwertsteuereinnahmen der Gemeinschaft voll „verplant" worden. Für das kommende Haushaltsjahr deutet sich für die Agrarpolitik ein Fehlbetrag von 5,4 Milliarden Mark an, obwohl sich die Ausgaben seit 1980 verdoppelt haben.

Der für 1987 vorgesehene Ansatz von 49,4 Milliarden Mark wird nur dann ausreichen, wenn es zu einem drastischen Anstieg der Dollarkurse kommen sollte.

Mehrausgaben können jedoch nur finanziert werden, wenn die Mitgliedsstaaten zu Abstrichen an anderen EG-Politiken bereit sind. Die jüngsten Brüsseler Etatberatungen haben deutlich gemacht, daß nicht alle Regierungen die politischen Prioritäten gleich sehen. Anders als früher gibt es im Ministerrat heute eine „Sperrminorität", die Zuschüsse aus dem Brüsseler Regional- und Sozialfonds für mindestens ebenso wichtig hält wie die Agrarmarktordnung.

Die südlichen EG-Länder ziehen erheblich geringeren Nutzen aus der Agrarpolitik als die durchweg wohlhabenden „Nordlichter". Zumindest die kostspieligen Überschüsse an Milch, Getreide und Fleisch gehen nicht auf ihr Konto. Auch im Europaparlament verliert die Agrarlobby an Einfluß.

Fest steht, daß die bisherigen Bemühungen nicht ausgereicht haben, die Überschüsse einzudämmen. Ohne zusätzliche Opfer für die Landwirte wird es daher wohl nicht abgehen, wenn der gemeinsame Agrarmarkt überhaupt gerettet werden soll. Unabweislich ist vor allem die Notwendigkeit, die Milchquoten weiter zu reduzieren.

Wider besseres Wissen haben die Agrarminister in diesem Frühjahr den geplanten Aufkauf von Milchquoten hinausgezögert und auf deutschen Wunsch auf eine Senkung des Butter-Mindestpreises verzichtet. Die Zeche dafür muß demnächst gezahlt werden.

Flop in Orange

Py. – Alle Jahre wieder gibt es bei den großen internationalen Modemessen in der Bundesrepublik lange Gesichter. Modemacher, Hersteller und Handel machen sich gegenseitig bittere Vorwürfe. Die einen, weil sie nicht vor modischen Fehlentwicklungen gewarnt wurden, die anderen, weil sie den Warnungen nicht gefolgt sind. Die Frühjahrs- und Sommermode ist, was die übermächtigen Schnitte und einige schaurig-schrille Farben angeht, kräftig danebengegangen. Das kann man an den Umsätzen der Hersteller ablesen. Dagegen zeigen die Umsatzzahlen des Handels, daß die Frau nicht kaufmüde geworden ist. Nur kaufte sie etwas anderes, als ihr angeboten wurde.

Wenn der Handel die „wenig glückliche Hand" der Lieferanten beklagt, ist diese Kritik eher geschmeichelt. Denn schon vor einem Jahr wurde vor diesen „Neon-Farben" gewarnt, dem aufdringlichen Orange, Apfelgrün und Zitronengelb. Mit der sonst so oft beschworenen Nähe zu den Kundinnen war es nicht so weit her. Vor Jahren hatte die Branche einen ähnlichen Reinfall, der für viele Unternehmen das „Aus" bedeutete. Auch in diesem Jahr dürfte die steigende Zahl von Unternehmenspleiten im Bereich der DOB kein Zufall sein.

Der Handel, der auf die umsatzstarken Jeans, auf die Farben Schwarz, Weiß und Khaki setzte, hatte mit seinen Orderwünschen bei den Stammlieferanten keinen Erfolg. Sofortlieferanten mußten einspringen, um dem Handel mit frischer Ware über die zweite Jahreshälfte zu helfen. Modischer Mut ist ja ganz schön, aber ein wenig mehr Feeling für Tragbares ist überlebensnotwendig. Mindestens jetzt müßte mancher Hersteller begriffen haben, daß Modediktate selten ein positives Echo bringen.

Vorruhestand wird nur wenig genutzt

Arbeitsmarkt-Studie: Zwei Drittel der frei werdenden Arbeitsplätze werden neu besetzt

HEINZ STÜWE, Bonn

Die Möglichkeiten des Vorruhestandes werden bislang nicht voll ausgeschöpft. Den knapp 45 000 Personen, die Ende vergangenen Jahres Vorruhestandsgeld bezogen, steht schätzungsweise eine dreiviertel Million Menschen im Alter zwischen 58 und 62 Jahren gegenüber, denen mit dem am 1. Mai 1984 in Kraft getretenen Gesetz eine neue Möglichkeit für das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben geschaffen wurde. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung zum Thema „Beschäftigung und Ausgliederung älterer Arbeitnehmer", die in den Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Heft 2/1986) veröffentlicht ist.

Der Autor der Studie, Gerhard Kühlewind vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg, erklärt die nur teilweise Nutzung des Vorruhestands damit, daß nur für gut ein Drittel der in Frage kommende Arbeitnehmer Vorruhestandsvereinbarungen bestehen. Wenn das Vorruhestandsgeld nach Tarifvertrag sich auf die gesetzliche Mindesthöhe von 65 Prozent des letzten Bruttoverdienstes beschränke, sei der Anreiz nicht allzu groß. Andererseits verbleibe für den Arbeitgeber trotz des staatlichen Zuschusses von 35 Prozent der Aufwendungen nach Feststellung der Bundesanstalt für Arbeit immer noch eine Belastung von 80 000 DM in fünf Jahren pro Vorruhestandsfall.

Zwischen 60 und 70 Prozent der durch Vorruhestand freigewordenen Arbeitsplätze werden durch Neueinstellungen wiederbesetzt. Das sei mehr als ursprünglich erwartet, heißt es in der Studie. Die neben dem Vorruhestand existierenden Möglichkeiten, vorzeitig Altersruhegeld zu beziehen, zum Beispiel aufgrund von Schwerbehinderung, Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit, sind seit 1979 nach Feststellung der Experten verstärkt genutzt worden. Im vergangenen Jahr wurde dagegen erstmals wieder ein Rückgang registriert. Kühlewind sieht darin aber weniger eine Trendwende, sondern eine Reaktion auf gesetzliche Änderungen, etwa die Verschärfung der Voraussetzungen für Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten.

Die derzeitige Gesetzeslage schaffe ungleiche Zugangsmöglichkeiten für die vorgezogene Rente. Vermißt wird ein geschlossenes Konzept, das auch einen schrittweisen Übergang in den Ruhestand beinhalten müsse.

Köhler: Entwicklungshilfe wird meist positiv bewertet

Ministerium hat jetzt Untersuchungen veröffentlicht

HH. Bonn

Rund 30 Prozent aller vom Bonner Entwicklungsministerium (BMZ) untersuchten Projekte werden „uneingeschränkt positiv", weitere 33 Prozent „mit Einschränkung positiv" bewertet. Das ist die Bilanz einer gestern vom Parlamentarischen Staatssekretär Volkmar Köhler (CDU) vorgelegten Erfolgskontrolle für die Jahre 1976 bis 1984. Weitere 25 Prozent seien „teils positiv, teils negativ" und nur zwölf Prozent „überwiegend negativ" zu beurteilen.

Nach Angaben Köhlers wurden 262, also sechs Prozent aller Projekte aus dieser Zeit, untersucht. Da man hauptsächlich Problemfälle unter die Lupe genommen habe, sei die Auswahl nicht einmal repräsentativ. Für das BMZ ist der Leistungsquerschnitt somit günstiger, als diese prozentuale Verteilung wiedergibt.

Köhler erinnert daran, daß das BMZ zu den wenigen öffentlichen Institutionen gehört, die ihre Arbeit regelmäßigen Wirkungsprüfungen in Form von Evaluierungen unterziehen. Bisher habe man die Prüfungsergebnisse als hausinterne Arbeitsunterlage behandelt. Vor allem aus zwei Gründen ist das BMZ mit den Ergebnissen jetzt an die Öffentlichkeit gegangen: Die Bundesregierung messe der erhöhten Wirksamkeit der Entwicklungshilfe große Bedeutung bei. Außerdem soll eine differenziertere Darstellung der Projektwirklichkeit mehr Interesse und Verständnis für Entwicklungshilfe wecken.

Fünf-Jahres-Plan der „DDR" ist schon überholt

dpa/VWD/AP, Berlin

Die „DDR" will in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre den Lükken bei der Versorgung der Bevölkerung verstärkt zu Leibe rücken. In einer Untersuchung der SED-Direktive für den Fünfjahresplan 1986–1990 kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin zu dem Schluß, daß die Ostberliner Wirtschaftsplaner dem Export jedoch weiterhin Vorrang vor dem privaten Verbrauch einräumen und daß die Plan-Zahlen wegen des drastischen Ölpreisverfalls bereits in wichtigen Bereichen überholt seien.

Die geplanten „Exportüberschüsse" seien nur zu erreichen, wenn die ohnehin niedrigen Westimporte noch weiter gedrosselt und zusätzliche Produkte in den Westen verkauft werden könnten. Die im Westhandel in den vergangenen Jahren erzielten Exporterfolge seien zu einem großen Teil von Mineralölerzeugnissen und Rohstoffen getragen worden. Gehe man davon aus, daß die „DDR" 1984 in den Westen vierzehn Mill. Tonnen Erdöl und Erdölprodukte geliefert habe, so seien das 30 Prozent der Westexporte gewesen. Zu heutigen Preisen erziele die „DDR" dafür nur etwa ein Drittel des damaligen Erlöses, das bedeute einen Ausfall von 20 Prozent. Zwar ergebe sich auch eine Entlastung auf der Importseite. Allerdings beträfe diese nur den Handel mit den Opec-Ländern, denen gegenüber die „DDR" ohnehin Exportüberschüsse erwirtschafte.

Kritisch äußert sich das DIW zur Ostberliner Preispolitik, die weiterhin an dem 1979 eingeschlagenen Kurs mit subventionierten Produkten des Grundbedarfs und teureren Produkten für höhere Ansprüche festhalte. Für untere Einkommensklassen, denen die billigen hochsubventionierten Waren zugute kommen sollen, seien die höherwertigen Waren wegen der sehr hohen Preise häufig unerreichbar. Die mittleren und höheren Einkommensschichten profitierten dagegen ohne Notwendigkeit von den niedrigen Preisen im Grundbedarf. Diese Subventionierung führe zur Verschwendung.

Wie es in der Untersuchung weiter heißt, sei für den gesamten Planungszeitraum bis 1990 eine Investitionssumme von 346 Mrd. DM vorgesehen. Für die fünf Jahre kalkulierten die Planer dabei eine jährliche durchschnittliche Zuwachsrate von 3,7 Prozent. Im Bereich der industriellen Warenproduktion würden die vierprozentigen Wachstumsraten der letzten drei Jahre angepeilt.

Das Thema Arbeitszeitverkürzung sei in der SED-Direktive nach wie vor tabu, betont das Institut. Es werde in den Anleitungen nicht angesprochen. Die normale Wochenarbeitszeit in der „DDR" betrage immer noch 43 3/4 Stunden.

PERSONALIEN

Prof. Dr. **Hans Luik**, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Vorstandsmitglied der Schitag Schwäbische Treuhand-AG, Stuttgart, feiert am 1. August seinen 60. Geburtstag.

Claude Bouchy (40) hat am 1. Juni 1986 die Geschäftsführung der Eli Lilly Deutschland GmbH, Bad Homburg, übernommen.

Helmut Ungerathen (48) wurde bei der Deutscher Herold Lebensversicherungs-AG und Deutscher Herold Allgemeine Versicherungs-AG, Bonn, zum Mitglied der Vorstände bestellt.

Dr. **Hans-Joachim Rudolph**, Vorstandsmitglied der Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München, tritt zum 1. August 1986 in den Ruhestand. Er bleibt der Bank als Mitglied des Beirats verbunden.

Jürgen Bosche wurde als stellvertretendes Vorstandsmitglied und **Manfred Ruppert**, bisheriges stellvertretendes Vorstandsmitglied, zum ordentlichen Vorstandsmitglied der beiden Unternehmen des Berliner Verein Unternehmen bestellt.

Hansgeorg Klanten, Mitglied der Vorstände des Berliner Verein Krankenversicherung aG, und des Berliner Verein Lebensversicherung aG, Köln, ist in den Ruhestand getreten.

Eric Destrée übernimmt die Leitung der Monroe Auto Equipment GmbH, Eschborn. Er ist Nachfolger von **Peter Bertram**.

Dr. **Manfred Kils** wurde zum ordentlichen und Dr. **Christian R. Sapthat** wurde zum stellvertretenden Mitglied im Vorstand der PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg AG, Raubling, bestellt.

„Der Staat ist naturgemäß kein guter Unternehmer"

Umfangreiche Privatisierungsaktion soll die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft verbessern

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Durch die Nationalisierungen der sozialistischen Regierung von 1982 hat sich der schon zuvor sehr groß gewesene Einfluß des Staates auf die französische Wirtschaft beträchtlich verstärkt. In der Industrie vergrößerte der staatliche Sektor ohne die Monopolunternehmen seinen Anteil von zehn auf 16 Prozent der Beschäftigten, von 21 auf 28 Prozent der Wertschöpfung und von 30 auf 36 Prozent der Investitionen. Im Bankwesen nahm er sogar von 47 auf 78 Prozent des Kreditvolumens und von 59 auf 88 Prozent der Kundeneinlagen zu.

Die neue bürgerliche Regierung will diese Aktion nicht nur voll rückgängig machen, sondern darüber hinaus auch früher verstaatlichte Unternehmen privatisieren. Dadurch soll, wie Premierminister Chirac erklärte, die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft wesentlich verbessert werden. Denn der Staat sei naturgemäß kein guter Unternehmer. Deshalb wäre die „Bilanz" der aus ideologischen Gründen durchgeführten (neuen) Verstaatlichungen auch sehr negativ ausgefallen.

Vor allem mit der Verstaatlichung der sechs großen Industriekonzerne mit der Siemens vergleichbaren Compagnie Generale de l'Electricité (CGE) an der Spitze und den in ihren Branchen führenden Gesellschaften Thomson (Elektronik), Rhone-Poulenc (Chemie), Saint-Gobain (Baumaterial), Pechiney (Aluminium) und Bull (EDV) wollten die Sozialisten das Wirtschaftswachstum vorantreiben und die Arbeitslosigkeit abbauen. Tatsächlich aber *mußten* diese Konzerne trotz gewaltiger staatlicher Kapitaldotationen prozentual mehr Arbeitskräfte freisetzen als die übrige Industrie. Allerdings hat sich ihre Ertragslage in letzter Zeit erheblich verbessert (siehe Tabelle).

Wesentlich günstiger entwickelt haben sich auch die Industrieunternehmen, an denen die sozialistische Nationalisierung nur zu staatlichen Mehrheitsbeteiligungen führte. Das sind die Telefonbaugesellschaften CGCT und die beiden Rüstungskonzerne Dassault und Matra. Sie stehen ebenfalls auf der Privatisierungsliste der neuen Regierung. Außerdem will sie den schon 1941 unter staatliche Kontrolle geratenen Mineralölkonzern Elf-Aquitaine privatisieren. Dagegen bleiben die von den Sozialisten durch Kapitalisierung staatlicher Forderungen „stillschweigend" verstaatlichten Stahlkonzerne Usinor und Sacilor weiterhin im Staatsbesitz. Auch wurde von der ursprünglich beabsichtigten Privatisierung des 1945 enteigneten Automobilkonzerns Renault Abstand genommen. Diese drei Konzerne weisen immer noch sehr hohe Verluste aus.

Im Bankwesen werden dagegen alle neu verstaatlichten Institute, mit den beiden Finanzgruppen Paribas und Suez an der Spitze, privatisiert. Dazu kommen die 1945 verstaatlichten Großbanken BNP, Credit Lyonnais und Société Générale, deren Privatisierung sich Staatspräsident Mitterrand zunächst energisch widersetzt hatte.

13 Versicherungskonzerne

Auch die schon vor den Sozialisten staatlich gewesenen Versicherungskonzerne AGF, UAP und GAN – zusammen 13 Gesellschaften – wurden auf die Privatisierungsliste gesetzt. Dazu kommt das seit 1936 staatliche Verlagshaus Havas.

Nach dem jetzt von der Nationalversammlung in erster Lesung gebilligten Gesetzentwurf, mit dessen definitiver Verabschiedung in der nächsten Woche zu rechnen ist, sollen in dieser Legislaturperiode (bis Frühjahr 1991) insgesamt 95 Unternehmen privatisiert werden, darunter noch in diesem Jahr eine Großbank und ein Versicherungskonzern sowie wahrscheinlich Havas. Die Teilprivatisierung des Fernsehens ist einem besonderen Gesetz vorbehalten.

Darüber hinaus ermächtigt das Gesetz die Regierung, staatliche Beteiligungen von weniger als 50 Prozent an allen Gesellschaften, die nicht auf dem Gesetzeswege nationalisiert wurden, dem privaten Sektor zu übertragen. Auf diese Weise könnte insbesondere die deutsche Hoechst-AG ihre Mehrheitsbeteiligung an dem mit ihr stark integrierten französischen Farmakonzern Roussel-Uclaf nach oben abrunden. Im übrigen besteht auf Grund früherer Gesetze die Möglichkeit, an den nationalisiert bleibenden Unternehmen Aktien (auch an die Belegschaft) zu veräußern. Die Regierung hat also für weitere Privatisierungsaktionen noch großen Spielraum. Die Verfassung verbietet lediglich die Privatisierung von verstaatlichten Versorgungsunternehmen einschließlich der Elektrizitäts- und Gaswerke.

Allerdings hatte schon die sozialistische Regierung von diesen Ausnahmeregelungen Gebrauch gemacht, und dabei insbesondere eine Reihe von zum Teil sehr bedeutenden Tochtergesellschaften des verstaatlichten Wirtschaftssektors verkaufen oder an der Börse einführen lassen. Außerdem ermächtigte sie verschiedene Industriekonzerne und Banken zur Emission von stimmrechtslosen Beteiligungstiteln, die wie Aktien an der Börse gehandelt werden.

Diese indirekte „Privatisierung" kann sich für die Durchführung der bürgerlichen Denationalisierungsaktion als Erleichterung erweisen. Denn durch die vorgesehene Umwandlung der Beteiligungstitel in echte Aktien (mit Stimmrecht) wird der französische Kapitalmarkt geschont. Das große Problem besteht nämlich für die Regierung darin, daß dieser Markt nicht zum Nachteil des normalen Kapitalbedarfs der Wirtschaft überfordert wird. Schätzt man doch den Börsenwert der zu privatisierenden Gesellschaften auf 200 bis 300 Mrd. Franc (70 bis 100 Mrd. DM).

Bedeutende Kursgewinne

Demgegenüber hatte die sozialistische Regierung für die Entschädigung der Aktionäre nur 23 Milliarden Franc aufgewendet. Dazu kamen zwar bedeutende staatliche Kapitaldotationen. Dank der Börsenhausse der letzten Jahre und der bei den meisten verstaatlichten Unternehmen verzeichneten Ertragsverbesserung dürfte also dem Staat ein bedeutender Kursgewinn verbleiben.

Den Privatisierungserlös will die Regierung vor allem für den Abbau der Staatsschulden (einschließlich der früheren Entschädigungen) verwenden, die sich auf etwa 1200 Milliarden Franc belaufen. Dies wäre wohl das wichtigste Ergebnis ihrer Aktion. Den dadurch könnten auch die laufenden Budgetdefizite stark reduziert und in weniger inflatorischer Weise (über die Notenpresse) finanziert werden. Das Gegenargument der Opposition, daß der Staat „seine Möbel" (Substanz) verkauft, überzeugt so gesehen nicht.

Eine andere Frage ist, wie weit sich der effektive Einfluß des Staates auf *die Wirtschaft vermindert. Insbesondere* der Bankensektor unterlag schon vor seiner Nationalisierung einer strengen staatlichen Kontrolle und konnte kaum Kredite verweigern, die ihm von den Behörden im „nationalen Interesse" aufgezwungen wurden. Und bei den Industrieunternehmen bleibt der Staat auch nach ihrer Privatisierung meist der größte Auftraggeber. So dürfte auch nach der Privatisierung der direkte wie indirekte Einfluß des Staates auf die Wirtschaft immer noch erheblich größer sein als in den meisten anderen europäischen Ländern.

Netto-Gewinne und -Verluste in Mill. Franc

	1981	1982	1983	1984	1985
CGE	+586	+638	+662	+797	+1185
St.-Gobain	+578	+369	+724	+1201	+753
Thomson	-168	-2208	-1251	-35	+583
Rhone-Poulenc	-268	-787	+129	+2026	+2310
Pechiney	-1668	-3008	-295	+546	+750
Bull	-449	-1351	-625	-489	+110

Begrenzte Liberalisierung

Verlängerung des Welttextilabkommens wird erwartet

ALFRED ZÄNKER, Genf

In Genf wird intensiv um die Erneuerung des am 31. Juli auslaufenden Welttextilabkommens gerungen. Diese aus dem Jahre 1974 stammende und bereits zweimal verlängerte Vereinbarung deckt den Rahmen für die Lieferungen der Dritten Welt in die Industrieländer ab. Beide Seiten sind sich darüber einig, daß das Abkommen bis Ende der achtziger Jahre verlängert werden soll. In der Endphase der Verhandlungen haben sich aber neue Komplikationen ergeben.

Offen ist noch, was im Falle einer plötzlichen Flut billiger Textilimporte geschehen soll. Die Industrieländer suchen hier eine restriktive Regelung. Außerdem wollen die Amerikaner *jetzt das Abkommen auf alle Pro*dukte aus natürlichen Textilfasern ausdehnen. Man will vor allem auch Seide, Jute und Sisalprodukte einbeziehen. Einige Länder, so heißt es, hätten die Ausfuhr bei diesen Produkten stark ausgeweitet, um die bestehenden Quoten zu umgehen. Dem widersetzen sich besonders China sowie Pakistan als Jute-Lieferant und andere Entwicklungsländer.

Die Amerikaner stehen unter massivem Druck ihrer protektionistischen Textilindustrie. In Genf sollen sich nicht weniger als 30 amerikanische Textil-Lobbyisten aufhalten, um die eigenen Unterhändler zu „überwachen". Auch schwebt über den Textil-Gesprächen das Damoklesschwert der für den 6. August vorgesehenen amerikanischen Kongreßdebatte über die protektionistische Jenkins Bill. Präsident Reagan hat *diese Gesetzesvorlage, die auf eine* drastische Kürzung der Textileinfuhr abzielt, zwar durch sein Veto vorübergehend blockiert, könnte nun aber vom Kongreß überstimmt werden.

Wenn es dazu kommen sollte, wäre nicht nur das Textilabkommen, sondern auch die neue Welthandelsrunde im Rahmen des Gatt gefährdet. Die große Gatt-Runde, über die gegenwärtig gleichfalls in Genf verhandelt wird, erstrebt eine weitere umfassende Liberalisierung des Welthandels in den neunziger Jahren, vor allem bei Dienstleistungen und auch im Agrar*handel.*

Die Entwicklungsländer machen ihre Teilnahme an der Gatt-Runde jedoch davon abhängig, daß zunächst eine zufriedenstellende Regelung in dem für sie besonders wichtigen Tex*tilsektor* erfolgt. Sie bestehen auch darauf, daß in der neuen Runde über die Rückkehr zum freien Textilhandel auf der Grundlage der Gatt-Regeln entschieden wird. Wenn sich die Amerikaner abschotten sollten, bestünde zudem die Gefahr, daß europäische Märkte mit Textilien überschwemmt würden.

Trotzdem rechnet man in europäischen Delegationskreisen damit, daß das Textilabkommen nochmals bis Ende 1990 verlängert und in begrenztem Maße liberalisiert wird. Es dürften weniger Quoten und etwas höhere Zuwachsraten bei weniger „empfindlichen" Erzeugnissen vereinbart werden. Davon sollen vor allem die mittleren und armen Entwicklungsländer profitieren. Die ärmsten Länder – wie Bangladesch, Sri Lanka, Kolumbien und Peru – sollen ganz vom Quotensystem befreit *werden.*

Auch im Lager der Entwicklungsländer sind die Interessen heute unterschiedlich. Einige Schwellenländer, besonders die Asean-Gruppe, könnten sich inzwischen die Liberalisierung der eigenen Textileinfuhr leisten. Sie ziehen es aber vor, das Quotensystem beizubehalten, um sich vor einem Ansturm der Konkurrenz aus China, Pakistan, Brasilien und anderen billigen Entwicklungsländern zu schützen.

Deutscherseits ist man darüber enttäuscht, daß die europäische *Kommission nicht stärker auf erwei*terten Marktzugang in den Schwellenländern wie Korea und auch in den Staatshandelsländern bestanden hat. Deutsche Fabrikanten seien heute zum Beispiel in der Lage, auch als Lieferanten von Geweben und Vormaterialien in Schwellenländern Fuß zu fassen, würden daran jedoch durch Quoten und hohe Zölle gehindert. Auch habe die Kommission nicht energisch genug darauf bestanden, Marken- und Musterschutz strenger zu fassen, um die Nachahmung europäischer Muster und Modelle vor al*lem in Südostasien zu verhindern.*

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Volcker: Keine Rezession

Washington (dpa) – US-Notenbankchef Paul Volcker sieht keine Anzeichen für eine Rezession in den USA. Bei einer Anhörung vor dem Bankenausschuß des Repräsentantenhauses sagte er am Dienstag, trotz eines verlangsamten Wachstums seien keine Signale für eine Rezession auszumachen. Das Handelsbilanzdefizit der USA sei die Hauptursache für die derzeit träge US-Wirtschaft.

Abkommen gebilligt

Paris (Reuter) – Die Regierung Frankreichs hat die Vereinbarung des staatlichen CGE-Konzerns mit der ITT Corp über die Fusion der Telekommunikations-Bereiche beider Unternehmen gebilligt. Dies teilte Industrieminister Alain Madelin in Paris mit. Die französische Cie Generale d'Electricite (CGE) und der US-Konzern ITT hatten zuvor den Zusammenschluß der Geschäftsbereiche per 31. Juli dieses Jahres vereinbart.

Küppersbusch verkauft

Frankfurt (VWD) – Die AEG AG, Frankfurt, will ihren gesamten Anteil an der Küppersbusch AG, Gelsenkirchen, der zuletzt bei 44,84 Prozent lag, an mehrere Privatpersonen verkaufen. Auch das Aktienpaket in Höhe von 52 Prozent, das derzeit bei Rechtsanwalt Dr. Hütsch liegt, wird dem Vernehmen nach in neue Hände übergehen.

Schlechtere Zahlungsmoral

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Zahlungsmoral der deutschen Unternehmen hat sich im 2. Quartal 1986 deutlich verschlechtert. Nach einer Untersuchung der Frankfurter Wirtschaftsauskunftei Schimmelpfeng gehen immer mehr Firmen dazu über, „durch ein gezieltes Verschleppen von Zahlungszielen das eigene betriebliche Umlaufvermögen zu finanzieren".

Industriehilfen gekürzt

Paris (dpa/VWD) – Der französische Ministerrat hat den Abbau der direkten staatlichen Hilfen für die Industrie um elf Mrd. Franc im nächsten Jahr beschlossen. Bereits im August dieses Jahres sollen die Zinssätze für Kredite an mittelständische Unternehmen von 8,75 auf 8,25 Prozent gesenkt werden.

Umsatzplus bei Linde

Wiesbaden (Wb.) – Die Linde AG, Wiesbaden, erwartet für 1986 eine Umsatzsteigerung von zehn Prozent. Im ersten Halbjahr hat der Konzern seine Umsätze um 14 Prozent auf 1,35 Mrd. DM, den Auftragseingang um zwölf Prozent auf 1,56 Mrd. DM und den Auftragsbestand um sieben Prozent auf 2,53 Mrd. DM gesteigert.

Saarstahl-Darlehen

Brüssel (VWD) – Mit einer bis 1992 befristeten Stundung der Rückzahlung von Darlehen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) hat die EG-Kommission dem in einer tiefgreifenden Sanierungsphase steckenden deutschen Unter*nehmen* Saarstahl Völklingen *unter* die Arme gegriffen. Diese Genehmigung erstreckt sich auf Ausleihungen in einer Gesamthöhe von rund 100 Mill. DM.

RWE: Nur 3,7 Prozent

Berlin (rtr) – Die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG (RWE) gibt die für 1986 eingeplanten Kosten für Umweltschutzinvestitionen nach Angaben des Bundeskartellamtes nicht im vollen Umfang an seine Sonderabnehmer weiter. Die Kosten würden nicht um fünf, sondern nur um 3,7 Prozent weitergewälzt, teilte die Behörde mit. Das bedeute für die Industrie und die RWE-Strom abnehmenden Stadtwerke eine Einsparung von 175 Mill. DM.

GmbH und Co KG

Bonn (AP) – Die Bundesregierung hat sich bei der EG-Kommission in Brüssel offiziell gegen deren Plan gewandt, die Vorschriften zur Veröffentlichung von Unternehmensergebnissen auf die Rechtsform der GmbH und Co KG auszudehnen.

Großauftrag für Hänsel

Düsseldorf (J. G.) – Einen knapp 10 Mill. DM teuren Auftrag zur Lieferung einer kompletten Pralinenpackstraße erhielt die Otto Hänsel GmbH, Hannover, von der Schweizer Schocoladenfabriken Lindt & Sprüngli AG.

Südamerika-Abkommen

Buenos Aires (AP) – Der argentinische Präsident Raul Alfonsin und sein brasilianischer Amtskollege Jose Sarney haben ein Akommen über engere wirtschaftliche Zusammenarbeit beider südamerikanischer Länder unterzeichnet. Der Vertrag regelt den Austausch von Investitionsgütern und gegenseitige Geschäfte.

EG: Strahlenschutz verbessern

Kontrolle hinkt der wissenschaftlichen Entwicklung nach

Ha. Brüssel

Ein rund um die Uhr funktionierendes Informationssystem über radioaktive Belastungen hat die EG-Kommission den Mitgliedsregierungen vorgeschlagen. Außerdem will die Behörde darauf dringen, daß die nach dem Euratomvertrag gebilligten *Grundnormen für den Strahlen*schutz verbessert werden.

Wie der zuständige britische Kommissar Clinton Davis gestern mitteilte, haben Untersuchungen ergeben, daß die Euratomnormen in den meisten EG-Staaten nicht oder nur unvollkommen in nationales Recht umgesetzt wurden. Die Kommission habe deshalb gegen mehrere Regierungen, darunter die deutsche ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet.

Es gehe nicht darum, „mit dem Finger auf die Industrie zu zeigen", meinte der Kommissar. Ganz sicher habe die Strahlenkontrolle jedoch in vielen Mitgliedsländern nicht mit der Entwicklung der Nuklearindustrie Schritt gehalten.

Nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl sei die EG-Behörde des*halb nicht in der Lage gewesen, die* aus der Radioaktivität der Luft und der Kontaminierung von Lebensmitteln entstandenen potentiellen Gefährdungen korrekt zu bewerten. Die Methoden der Stichprobenerhebung seien von Land zu Land unterschiedlich gewesen, die Ergebnisse in verschiedenen Maßeinheiten ausgedrückt und oft verspätet und unvollständig übermittelt worden.

Die vorgeschriebenen Sicherheitskontrollen seien niemals voll eingehalten worden. Die „Mauer des Schweigens" darüber müsse endlich gebrochen werden. Während bei der Gründung der Euratom die Kernenergie in den Anfängen gesteckt habe, arbeiteten heute in der EG 50 Atomkraftwerke, die etwa ein Drittel des Strombedarfs deckten.

Die Kommission ist sich freilich im klaren darüber, daß sie auf den politischen Willen der Regierungen angewiesen ist. Dies gilt auch für das geplante EG-einheitliche System von Höchststrahlungswerten bei Lebensmitteln. Die Frage ist, wie die Rolle der EG angesichts der Bemühungen um eine Abstimmung in größerem Rahmen, nivelliert werden müßte. Versuche zu gemeinsamen Sicher*heitsnormen für Kernkraftwerke zu* kommen, stehen noch am Anfang.

Kernenergie spielt in Großbritannien bescheidene Rolle

Bergleute sträuben sich gegen Ausbau aus Furcht vor Zechenstillegungen – Große Öl-, Gas- und Kohlevorkommen

WILHELM FURLER, London

Großbritannien hat die größten Energie-Ressourcen von allen Ländern in der Europäischen Gemeinschaft. Als einziges EG-Land ist es Netto-Exporteur von Energie. Dies ist in erster Linie ein Geschenk der *Nordsee. Die nachgewiesenen* Ölreserven im britischen Nordseesektor liegen bei rund einer Milliarde Tonnen. Darüber hinaus werden die förderwürdigen Reserven auf bis zu 4,8 Mrd. Tonnen geschätzt. Hinzu kommen nachgewiesene und vermutete Gasreserven im britischen Off-shore-Gebiet von bis zu 2,5 Mill. mcm (ein mcm gleich eine Million Kubikmeter).

Darüber hinaus besitzt Großbritannien große Vorräte an Kohle, vor allem an Steinkohle, die seit dem 13. Jahrhundert gefördert wird. Offiziell werden die *Kohlereserven auf 190* Mrd. Tonnen geschätzt, wovon allerdings nur rund 45 Mrd. Tonnen bei herkömmlichen Abbaumethoden als förderbar gelten. Aber selbst diese Menge würde ausreichen, den gegenwärtigen Bedarf für mindestens 300 Jahre zu decken.

Der große Reichtum an fossilen Energieträgern erklärt auch, warum die Kernenergie in Großbritannien eine bescheidene Rolle spielt – jedenfalls im Vergleich zu Frankreich und auch zu Deutschland. Entsprechend kann auch der Reaktorunfall von Tschernobyl wenig Auswirkungen auf das künftige Energiekonzept der britischen Regierung haben.

Gegenwärtig steuert die Kernenergie 6,41 Prozent zur Primärenergieversorgung Großbritanniens bei. Wie schwer sich die Kernenergie am britischen Energiemarkt tut, zeigt das geringe Wachstum: Seit 1980 ist der Anteil der Atomkraft am Primärenergieaufkommen um ganze 2,5 Prozentpunkte gestiegen.

Zu der ursprünglich gar nicht beabsichtigten Zurückhaltung im Ausbau der Kernenergie haben die Macht der Bergleutegewerkschaft, die Furcht vor Zechenstillegungen mit ihren strukturpolitischen Folgen und nicht zuletzt das immer reichlicher sprudelnde schwarze Gold aus der *Nordsee* geführt. *Heute* tragen 14 Kernkraftwerke (sowie vier experimentelle Anlagen oder Prototypen) zur Elektrizitätsversorgung bei. Gemeinsam haben sie eine Bruttokapazität von 11 000 Megawatt.

Nur wenig Proteste

Der geringe Zuwachs liegt in keiner Weise daran, daß die Atomkraftgegner im Vereinigten Königreich besonders stark organisiert wären. Im Gegenteil: Erst die jüngsten Zwischenfälle in der großen Aufberei*tungsanlage Sellafield*, durch die Teile der Irischen See radioaktiv verseucht wurden, haben die Organisationen Greenpeace und Friends of the Earth auf den Plan gerufen und damit eine gewisse Anti-Kernkraft-Bewegung ausgelöst.

Den kürzlich vom Ölkonzern BP vorgelegten Energiestatistiken zufolge erreichte der Kernenergieverbrauch in Großbritannien im vergangenen Jahr 13 Mill. Tonnen Öläquivalent gegenüber 11,5 Mill. Tonnen im Jahr zuvor. Die neun sogenannten „Magnox"-Reaktoren (gebaut zwischen 1962 und 1971 für jeweils rund 400 Megawatt) sowie die fünf gasgekühlten Reaktoren vom Typ AGR (gebaut zwischen 1976 und 1985 für je 1320 Megawatt) decken nur etwa 19 Prozent des britischen Strombedarfs.

Auch wenn die beiden letzten gasgekühlten Reaktoren der AGR-Serie 1988 in Betrieb gehen, und wenn für den Bau des ersten britischen Druckwasserreaktors Sizewell B (150 km nordöstlich von London) mit 1200 Megawatt nach jahrelangen Anhörungsverfahren grünes Licht gegeben werden dürfte, wird sich am Ungleichgewicht zwischen fossilen Energieträgern und der Kernkraft wenig ändern. Allerdings hat Energieminister Walker im Umfeld der Tschernobyl-Diskussion jetzt eindringlich vor den schwerwiegenden Folgen einer Welt ohne Kernenergie gewarnt und seine eigene Regierung aufgefordert, die Kernkraft erheblich voranzutreiben.

Im Gesamtenergie-Verbrauch Großbritanniens liegt das Öl unangefochten an erster Stelle. Zwar verringerte sich der Ölverbrauch 1985 gegenüber dem Vorjahr um 13,2 Prozent auf 77,8 Mill. Tonnen. Doch dieser Rückgang ist ausschließlich eine Folge der Normalisierung im britischen Steinkohlebergbau nach dem einjährigen Kohlestreik, der im März 1985 zu Ende ging. Entsprechend hat sich die britische Kohleproduktion zwischen 1984 und 1985 um 83,3 Prozent auf 57,2 Mill. Tonnen Öläquivalent erhöht. 1983 hatte die Produktion noch bei 70,1 Mill. Tonnen Öläquivalent gelegen.

Hatte der Ölverbrauch am gesamten britischen Energieverbrauch 1985 einen Anteil von 38,5 Prozent (1984: 46,5 Prozent), erreichte der Kohleverbrauch mit 61,9 Mill. Tonnen *Öläquivalent einen Anteil von* 30,66 Prozent (1984: 23,6 Prozent). Seit dem Ende des Bergarbeiterstreiks wurden von der Nationalen Kohlebehörde fast 30 Gruben stillgelegt. Die Belegschaft wurde um nahezu 40 000 Mitarbeiter reduziert. Auch um weitere Zechenstillegungen wird der britische Kohlebergbau nicht herumkommen.

Erdgas auf Platz drei

Unangefochten auf Platz drei im britischen Energieverbrauch liegt Erdgas, das zum überwiegenden Teil aus eigenen Vorkommen im britischen Nordseesektor und aus einigen Inlandfeldern bezogen wird. 1985 stieg die Produktion gegenüber dem Vorjahr um 6,5 Prozent auf 35,4 Mill. Tonnen Öläquivalent, der Verbrauch um *6,4 Prozent auf 47,9 Mill. Tonnen* Öläquivalent. Damit hält Erdgas einen Anteil am Gesamtenergieverbrauch von 23,7 (23,3) Prozent. Der Anteil der Wasserkraft ist mit 1,3 Mill. Tonnen Öläquivalent verschwindend gering und hat sich seit 1975 praktisch nicht verändert. Die staatlichen Hilfen für erneuerbare Energien werden verstärkt vorangetrieben.

Die WELT veröffentlicht in loser Folge Beiträge zur Energiepolitik anderer Länder.

Kredittauschgeschäfte locken

Banken erfinderisch bei Lateinamerika-Umschuldungen

BERND PARSON, New York

Die zeitlich und finanziell aufwendigen Umschuldungsverhandlungen mit lateinamerikanischen Staaten haben den Erfindergeist einiger Banken geweckt. Warum nicht, so fragen sie, Kredite für Unternehmensbeteiligungen in den Schuldnerländern eintauschen? Auch die Länder selbst sehen Vorteile in solchen Kredit-Swaps: Sie könnten damit ihre Schulden in der Landeswährung begleichen, und der Kapitalzustrom würde das Wirtschaftswachstum fördern.

Das Konzept ist nicht neu. Nach Auskunft amerikanischer Bankiers haben aber Kredittauschgeschäfte erst in jüngster Zeit an Bedeutung gewonnen. Auch das hochverschuldete Mexiko hat die Genehmigung für Kapitalinvestitionen dieser Art in begrenztem Rahmen zugelassen.

Kredit-Swaps werden inzwischen von zahlreichen international tätigen Banken praktiziert, und auch deutsche Kreditinstitute sind mit dabei. Die Bankers Trust Co., New York, tauschte im Januar einen Chile-Kredit in Höhe von 30 Mill. Dollar gegen *eine Beteiligung an einer Versiche*rungsgesellschaft ein. Davor hatte die Bank Brasilien-Kredite für eine Beteiligung an einer Handelsbank in Zahlung gegeben. Ein ähnlicher Swap fand im Dezember statt, als die New Yorker Irvin Trust Co. durch den Umtausch eines Teils ihrer Ausleihungen an Argentinien ihre Beteiligung bei der argentinischen Banco Irvin Austral in Buenos Aires von 50 auf 100 Prozent aufstockte.

In den meisten Fällen handelt es sich um verhältnismäßig bescheidene Beträge, wenn man bedenkt, daß *Lateinamerika im Ausland etwa 340* Mrd. Dollar Schulden hat. Doch auch bei kleineren Außenständen müssen die Banken eine Menge Zeit und Aufwand darauf verwenden, um sich bei Restrukturierungen auf dem laufenden zu halten. „Für Banken, die in einem Land mit einer kleinen Summe exponiert sind, bieten Kredit-Swaps eine elegante Art, sich von der Sache zu verabschieden", sagt Winfried H. Späh, Senior General Manager der Dresdner-Bank-Niederlassung in New York.

Es gibt auch Swaps, bei denen Bankkredite mit Abschlägen an individuelle Investoren in den Schuldnerländern verkauft werden. Mexiko-Kredite zum Beispiel werden dem Vernehmen nach schon für 60 Cent je Dollar verkauft, während Chile-Kredite etwa 70 Cent bringen. Das Schuldnerland kauft den Kredit zu einem höheren Preis zurück, als die von dem Investor aufgebrachte Summe. Dies gibt dem Investor die Möglichkeit, in eine bereits existierende Tochtergesellschaft zu investieren oder eine Neuinvestition zu geringeren Kosten vorzunehmen.

Für das Schuldnerland ergeben sich aus den Kredit-Swaps mehrere Vorteile. Einmal können sie einen Teil ihrer Schuldenlast in der Landeswährung abtragen. Auch geht der zukünftige Zinsaufwand zurückgehen, und die Kapitalinvestitionen können einen Beitrag zur Förderung der Binnenwirtschaft leisten. (dpa/VWD)

Das Inland schnitt besser ab

Münchener Rück: Beitragseinnahmen sind gestiegen

Py. Düsseldorf

Die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, München, rechnet für das Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) mit einem Jahresüberschuß von etwa 57 (47) Mill. DM, der auch nach der erfolgten Kapitalerhöhung auf 590 (475) Mill. DM im Frühjahr die Dividende von neun DM je 50-DM-Aktie sicherstellt. In einem Aktionärsbrief mit den vorläufigen Ergebnissen des Geschäftsjahres wird vom Vorstand ein „befriedigendes Bild" des Abschlusses 1985/86 gezeichnet.

Die Bruttobeitragseinnahmen sind danach um sieben (zehn) Prozent auf etwa 11,8 Mrd. DM gestiegen. Im Inlandsgeschäft sei die Umsatzsteigerung deutlich höher ausgefallen als im Jahr zuvor. Insbesondere die Kfz- und Unfallversicherung hatten ein überdurchschnittliches Wachstum. Im Auslandsgeschäft wurde das Prämienvolumen gegenüber 1985/86 in geringerem Umfang gesteigert. Der Zuwachs stammte aus allen Märkten, jedoch aus Europa stärker als aus Übersee.

Sehr unterschiedlich war auch das technische Ergebnis. Sowohl nach Ländern als auch nach Versicherungszweigen wurde es nochmals stärker belastet als im Vorjahr. Das negative Ergebnis (677 nach 628 Mill. DM) ist ähnlich wie im Vorjahr sowohl auf einen nicht befriedigenden Verlauf in Teilbereichen als auch auf eine Belastung zurückzuführen, die aus Naturkatastrophen und aus Großschäden erwachsen sind.

Dennoch werde sich nach Angaben des Aktionärsbriefs keine Entnahme, „sondern erneut eine sehr kräftige Zuführung zu den Schwankungsrückstellungen (1984/85: 119 Mill. DM) ergeben", womit sich auch eine weitere Stärkung der Reservekraft der Münchener Rück ergibt.

Während im Inlandsgeschäft ein spürbar verbessertes Ergebnis zu erwarten ist, ist im Auslandsgeschäft mit einer ebenso deutlichen Ergebnisverschlechterung zu rechnen. Sie rührt vor allem aus dem Bereich der Haftpflichtversicherung und aus den Erdbebenschäden in Mexiko.

Das allgemeine Geschäft, das ist das Ergebnis aus den gestiegenen Kapitallagen, wird einen deutlich höheren Überschuß als 1984/85 bringen.

Die Commerzbank ist rundum zufrieden

Teilbetriebsergebnis stark verbessert – Seipp: Steuersenkungen konsequent fortsetzen

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Walter Seipp, Vorstandschef der Commerbank AG, Frankfurt, hält die wirtschaftliche Lage und die Aussichten derzeit für „besser, als es die Stimmung wahrhaben will". Zwar werde die Steigerung der Unternehmensgewinne nach Unterschreiten der Dollar-Schmerzgrenze von 2,20 DM nur noch etwa die Hälfte der ursprünglich vorausgesagten 20 Prozent erreichen. Doch das sei „kein Grund zur Panik".

Immerhin habe man statt des „crash landing" des Dollars einen „geordneten Rückzug bei hastigem Tempo" erlebt. Und das Gesamtbild der Konjunktur sei ohnehin durch eine sich beschleunigende Inlandsnachfrage geprägt: „Der private Konsum als weitaus wichtigstes Nachfrage-Aggregat steht in den Startlöchern."

Möglichkeiten zur weiteren Stärkung der Konjunktur sieht Seipp keinesfalls in einer Politik des leichten Geldes, sondern vielmehr in der Fiskalpolitik. Dabei gehe es vor allem um „eine konsequente Fortsetzung der erst zaghaft eingeleiteten Steuersenkung". Nach der quantitativen sei nun die qualitative Haushalts-Konsolidierung – durch Umstrukturierung von den konsumtiven hin zu den investiven Ausgabenschwerpunkten und durch Erleichterung der Steuerlast – gefragt.

Die Commerzbank selbst erwartet nach einem „rundum zufriedenstellenden" ersten Halbjahr 1986 auch für das Gesamtjahr wieder steigende Erträge. Trotz eines erneut hohen Wertberichtigungs- und Risikovorsorge-Bedarfs aus der angespannten Lage vieler Schuldenländer ebenso wie aus der nur langsam abebbenden Insolvenzwelle im Inland soll auch der Konzern den Rekordertrag des Vorjahrs wenigstens wieder erreichen.

In den ersten sechs Monaten hat die Bank ihr Teilbetriebsergebnis um stolze 20 Prozent auf 437 (365) Mill. DM erhöht. Durch Eigenhandelserträge, die „höher als in jedem anderen Semester unserer Firmengeschichte" ausfielen, habe das Gesamtbetriebsergebnis noch wesentlich stärker zugenommen, so Seipp. Schon das Halbzeit-Resultat lasse eine weitere Steigerung des Gesamtergebnisses erwarten, das 1985 erstmals die Milliarden-Marke übersprungen hatte.

Am guten Abschneiden im ersten Halbjahr waren alle Ertragselemente beteiligt. So hat das gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt um 9 Prozent auf 86,7 Mrd. DM gestiegene Geschäftsvolumen auch eine Steigerung des Zinsüberschusses um 8,5 Prozent auf 1078 (993) Mill. DM gebracht. Die Zinsspanne blieb mit 2,55 Prozent nahezu unverändert. Das Kreditvolumen hielt sich mit 50,6 (50,2) Mrd. DM fast auf dem Jahresanfangs-Niveau. Bei der privaten Firmenkundschaft waren längerfristige Festsatz-Kredite besonders gefragt.

Die Erhöhung des Provisionsüberschusses um 19 Prozent auf 478 (365) Mill. DM stammte ganz überwiegend aus dem Wertpapier- und Konsortialgeschäft, dessen Provisionen in den ersten sechs Monaten bereits zwei Drittel des gesamten Vorjahresvolumens ereichten. Die Aufwandspositionen stiegen proportional zum Geschäftsvolumen um 8,7 Prozent auf 1,12 (1,03) Mrd. DM, von denen gut zwei Drittel auf die Personalkosten entfielen.

Aktien überflügelten Renten

Bremer Wertpapierbörse konnte ihre Stellung festigen

ww. Bremen

Die Bremer Wertpapierbörse hat 1985 und im laufenden Jahre ihre Stellung als Kapitalmarkt des nordwestdeutschen Wirtschaftsgebietes gefestigt und weiter ausgebaut. Für 1985 ist nach 1983 ein neuer Nachkriegsrekord zu melden: Der gesamte Maklerumsatz erhöhte in 1985 gegenüber 1984 um rund 100 Prozent.

Der nach strengsten Maßstäben ermittelte reine Maklerumsatz in Werten, die in Bremen amtlich notiert sind oder im geregelten Freiverkehr gehandelt werden, wird zum ersten Mal angegeben, er beträgt zur Zeit monatlich im Durchschnitt etwa 500 Mill. DM. Kommen zu diesem Betrag die Umsätze unter Maklern etc. hinzu, liegt der Betrag rund 700 Mill. DM im Monat und das Volumen des Bremer Platzes als Kapitalmarkt des nordwestdeutschen Wirtschaftsgebietes in börsennotierten Werten beträgt monatlich 2 Mrd. DM.

Die Steigerung wurde besonders durch die hohen Aktienumsätze beeinflußt: Gegenüber 1984 stiegen sie um 180 Prozent. Dagegen erhöhte sich der Rentenumsatz 1985 um rund 40 Prozent.

Erstmals war 1985 der Aktienumsatz wieder höher als der Rentenumsatz: 60 Prozent wurden im Aktienmarkt und 40 Prozent im Rentenmarkt umgesetzt. „Damit scheint eine Entwicklung abgeschlossen zu sein, die 1963 einsetzte", heißt es dazu im Geschäftsbericht. Denn damals hatten Renten und Aktienumsatz jeweils einen Anteil von 50 Prozent.

„Das erste Halbjahr 1986 brachte erneut einen Boom im Umsatz beider Märkte, der sich erst zum Ende des Halbjahres abschwächte", berichtet Geschäftsführer Axel Schubert. Im ersten Halbjahr wurden die Aktien der Feldmühle Nobel AG und der VIAG AG amtlich neu eingeführt. Die Aktien der aqua signal AG, Bremen, sind allein in Bremen in den geregelten Freiverkehr einbezogen. Gegenwärtig läuft das Zulassungsverfahren der Th. Goldschmidt AG, Essen.

Erfolgreich gegen den Trend

Sparkasse München erstmals über Zehnmilliardenmarke

sz. München

Auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 1985 kann die Stadtsparkasse München zurückblicken. Wenn auch in der Entwicklung einzelner Sparten die Akzente verschieden gesetzt waren, so gab es nach den Worten von Vorstandsvorsitzendem Josef Turiaux jedoch „viel Licht und wenig Schatten". Herausragendstes Merkmal: Während die Sparkassen im Bundesdurchschnitt mit knapp sechs Prozent das schwächste Bilanzsummenwachstum seit der Währungsreform zu verzeichnen hatten, erzielte die Stadtsparkasse ein „Wachstum wie seit sieben Jahren nicht mehr". Mit einem Plus von 8,5 Prozent auf 10,2 Mrd. DM wurde sogar erstmals die Zehnmilliardenmarke übertroffen.

Getragen wurde diese Entwicklung in erster Linie von den Kundeneinlagen, die um 6,9 Prozent auf 9,1 Mrd. DM stiegen. Anlagefavorit waren mit 5,3 Mrd. DM die Spareinlagen. Besonders gefragt waren dabei die Sondersparformen wie beispielsweise das Zuwachssparen mit Bonus (plus 11,2 Prozent auf über 500 Mill. DM).

Als ein weiterer Schwerpunkt erwies sich das Kreditgeschäft mit gewerblichen und privaten Kunden, das um 11,7 Prozent auf über 4,1 Mrd. DM ausgebaut werden konnte. Gefragt waren hier vor allem langfristige Ausleihungen. Hingegen haben die öffentlichen Haushalte ihre Engagements um 11,7 Prozent auf 1,7 Mrd. DM abgebaut. Das gesamte Kundenkreditvolumen nahm daher nur um 3,5 Prozent auf 5,8 Mrd. DM zu. Einschließlich Banken waren es 6,3 Mrd. DM (plus 2,2 Prozent).

„Im wesentlichen erfüllt" haben sich auch die Ertragserwartungen des Instituts, wenn auch die Zinsspanne sich auf 3,53 (3,72) Prozent zurückbildete und der Zinsüberschuß auf 167 (199) Mill. DM sank. Das Provisionsgeschäft brachte 38,5 (36,4) Mill. DM. Es verblieb ein Jahresüberschuß von 30 (32) Mill. DM, der voll in die Sicherheitsrücklage eingestellt wurde. Die haftenden Eigenmittel erhöhen sich dadurch auf 452 Mill. DM.

Neue Brennertechnik spart Kosten

Erfolgreich im Wettbewerb: Saacke in Bremen baut Industriefeuerungsanlagen

W. WESSENDORF, Bremen

Die Bremer Firma Saacke GmbH & Co. KG leitet nach Worten ihrer Geschäftsführung eine neue Epoche auf dem Energiemarkt ein. Das seit 55 Jahren auf dem Gebiet der Industriefeuerungsanlagen tätige Unternehmen entwickelte die erste mit Steinkohlenstaub gefeuerte Dreizug-Kesselanlage in der Bundesrepublik in Betrieb. Außerdem stellte Saacke eine neue Verfahrensweise zur nichtkatalytischen Reduktion von Stickoxyden beim Betrieb von schwerölgefeuerten Dreizug-Kesselanlagen vor.

„Die bahnbrechende Produktinnovation", erklärte die Geschäftsführung, „eignet sich vor allem zum Betrieb von industriellen Kesselanlagen von 2,5 bis 20 Megawatt." Damit soll vornehmlich der „kleine Wärmemarkt" in der Industrie angesprochen werden. Die neuen Kohlenstaubbrenner können nach Firmenangaben in aller Regel problemlos an bestehende Kesselanlagen montiert werden. Eine mittlere Anlage dieser Art erfordert einen Investitionsaufwand zwischen 700 000 und 1,2 Mill. DM.

Nach Berechnungen des Unternehmens lassen sich mit der neuen Technik Kosteneinsparungen von 20 bis 30 Prozent im Vergleich zur Verbrennung von Leichtöl erzielen – auch unter Zugrundelegung der augenblicklich niedrigen Ölpreise.

Der neue Kohlestaubbrenner kann sowohl mit Stein- als auch mit Braunkohlenstaub wie auch mit anderen brennbaren Stäuben beschickt werden. Der modulare Aufbau aller Brennkomponenten ermöglicht nicht nur eine leichte Umstellung auf den zweiten Brennstoff Gas (ein Gasbrenner ist schon installiert), sondern ebenso eine kurzfristige Umrüstung auf jeden anderen Brennstoff.

Es fällt auch keine lästige Schlacke mehr an, nur sogenannte Flugasche (Gewebefilter) in geringen Mengen; denn das neue System verbrennt die Kohle mit einem „phantastischen" Wirkungsgrad – der Staub verbrennt zu 98 Prozent. Bei Saacke heißt es dazu: „Diese optimale Verbrennung bedeutet zugleich eine drastische Umweltentlastung gegenüber herkömmlichen Kohleverbrennungssystemen."

Auch die neue nichtkatalytische Reduktion von Stickoxyden bei Schwerölverfeuerung senkt die Immission weit unter die gesetzlich vorgeschriebenen Werte. Eine Anlage mittlerer Größe erfordert Investitionen von rund 200 000 Mark.

Beide Verfahren wurden vom Bundesminister für Forschung und Technologie unterstützt, das Kohleprojekt auch von der Ruhrkohle AG. Saacke hofft damit, den Umsatz von 155 Mill. DM im vergangenen Jahr um 10 bis 13 Prozent zu steigern. 481 Mitarbeiter zählt das aus einem Familienbetrieb gewachsene Unternehmen in der Bundesrepublik. Weltweit sind es rund 1000. Vertragspartner mit Vertrieb befinden sich in 28 Ländern. Das Lieferprogramm umfaßt heute neben den Brennern sämtliche erforderlichen Aggregate und Einrichtungen zum Betrieb und zur Automatisierung dieser Anlagen.

AVA bleibt weiter auf Expansionskurs

hdt. Bielefeld

Die AVA Allgemeine Handelsgesellschaft der Verbraucher AG, Bielefeld, befindet sich weiter auf Expansionskurs. Der Umsatz des Einzelhandelsunternehmens, der 1985 um 9,5 Prozent auf 1,67 (1,53) Mrd. anstieg, erhöhte sich im 1. Halbjahr 1986 bei stabilen Preisen nochmals um 7,9 Prozent, nicht eingerechnet die 103 Mill. DM Umsatz, die die am 1. März d. J. erworbene Helco-Gruppe, Göttingen, einbrachte. Zum 1. September werden außerdem die drei Magnet-SB-Warenhäuser von Bommers & Schuchart übernommen.

Wie auf der Hauptversammlung am 30. 7. 86 bekanntgegeben wurde, konnte die Erhöhung des Grundkapitals um rund 2,4 Mill. DM auf 14,6 Mill. DM planmäßig abgeschlossen werden, da die Aktionäre ihr Bezugsrecht trotz des hohen Ausgabekurses von 650 DM weitgehend ausschöpften. Die Hauptversammlung ermächtigte den Vorstand, das Grundkapital bis zum 30. 7. 91 um weitere 7,3 Mill. DM zu erhöhen. Zustimmung erhielt der Vorschlag, aus dem Bilanzgewinn von 7,2 (5,8) Mill. DM eine Dividende von 12 + 10 (12+3) DM je 50-DM-Aktie auszuschütten.

Reichel-Schachtel an Schörghuber

Bm. Essen

Das Tauziehen um eine Schachtelbeteiligung (27 Prozent) der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank (Bayernhypo) an der Reichelbräu AG, Kulmbach, zwischen der Schörghuber-Gruppe (Paulaner/Hacker-Pschorr), München, und der Erste Kulmbacher Actienbrauerei, Kulmbach, ist zugunsten von Josef Schörghuber ausgegangen.

Die Reichelbräu hat ein Aktienkapital von 8,2 Mill. DM. Sie ist mit Beteiligungsgesellschaften (zum Beispiel über 50 Prozent der Kulmbacher Mönchshof-Brauerei GmbH) Hektolitermillionär. Zudem hält sie eine große Coca-Cola-Beteiligung, die wahrscheinlich den Ausschlag dafür gegeben hat, daß Schörghuber den Zuschlag erhielt, wofür ein Aufwand in der Größenordnung von 15 Mill. DM erforderlich gewesen sein soll. Weitere Schachteln an Reichelbräu halten die Familien Meussdoerffer (Franz Meussdoerffer ist geschäftsführender Gesellschafter der Kulmbacher Mönchshof-Brauerei) und Schlutius (früher Herta-Wurstwaren); die Oetker-Gruppe hält acht Prozent. Rund 15 Prozent liegen bei Familien im Raume Kulmbach.

Bankaktien schafften Auftrieb

Zum Schluß jedoch kursdrückende Gewinnmitnahmen

DW. – Angeregt durch die bereits veröffentlichten oder vor der Bekanntgabe stehenden Halbjahresberichte der Banken, gab es in deren Aktien an der Mittwochbörse umfangreiche Meinungskäufe. Auch in anderen Bereichen waren gelegentlich Sonderbewegungen zu beobachten. Die Aktientendenz blieb insgesamt freundlich. Vom Dollar gab es keine störenden Einflüsse mehr. Eine gewisse Müdigkeit ist indessen bei Kapitalerhöhungen zu beobachten. Sie sind angesichts kritischer gewordener Anleger keine Selbstgänger mehr.

Die Zwischenergebnisse der Commerzbank und der Bayerischen Hypobank vermochten den Börsenhandel nur zum Teil zu befriedigen. Der Kurs der Bayernhypo fiel gegenüber dem Vortag sogar zurück. Große Erwartungen werden nun in die Zahlen der Deutschen Bank gesetzt, deren Kurs erstmals seit langer Zeit vorübergehend die Marke von 800 DM überschreiten konnte. Die publizierten Nixdorf-Ergebnisse lösten bei den Nixdorf-Aktien eine Kaufwelle aus und ließen ihren Kurs um rund 20 DM anziehen. Fest auch Warenhauswerte wegen des gut anlaufenden Sommerschlußverkaufes, der als Indiz für die erwartete Konsumwelle angesehen wird. Sehr schleppend ist der Handel in BMW-Bezugsrechten, die erneut unterhalb der rechnerischen Parität gehandelt wurden. Gerade sensationell niedrig ist der Bezugsrechtkurs für die jungen Aktien von Orenstein & Koppel. Mit einer DM wurde er weiter unterparitätisch festgesetzt.

Frankfurt: Ymos lagen um 13 DM fester. Schiess verbesserten sich um 4,70 DM. Didier legten um 14 DM kräftig zu. Binding lagen um 5 DM und Contigas um 7 DM schwächer.

Düsseldorf: Conc. Chemie erhöhten um 4 DM und Gildemeister um 9 DM. Keramag stockten um 4 DM auf. VDN verloren 7 DM. Glas Schalke verminderten um 5 DM und Heinrich um 8 DM.

Hamburg: HEW gingen zu 128 DM (plus 0,50 DM) um. Phoenix Gummi und Bremer Vulkan gaben um jeweils 1,50 DM nach. Beiersdorf verminderten um 1 DM. Vereins- und Westbank stockten um 14 DM weiter auf.

Berlin: Tempelhofer Feld wurden um 40 DM höher taxiert. Berliner Elektro zogen um 10 DM an. Schering erholten sich um 6 DM und Berliner Kindl um 2,50 DM. Berthold büßten 6 DM ein.

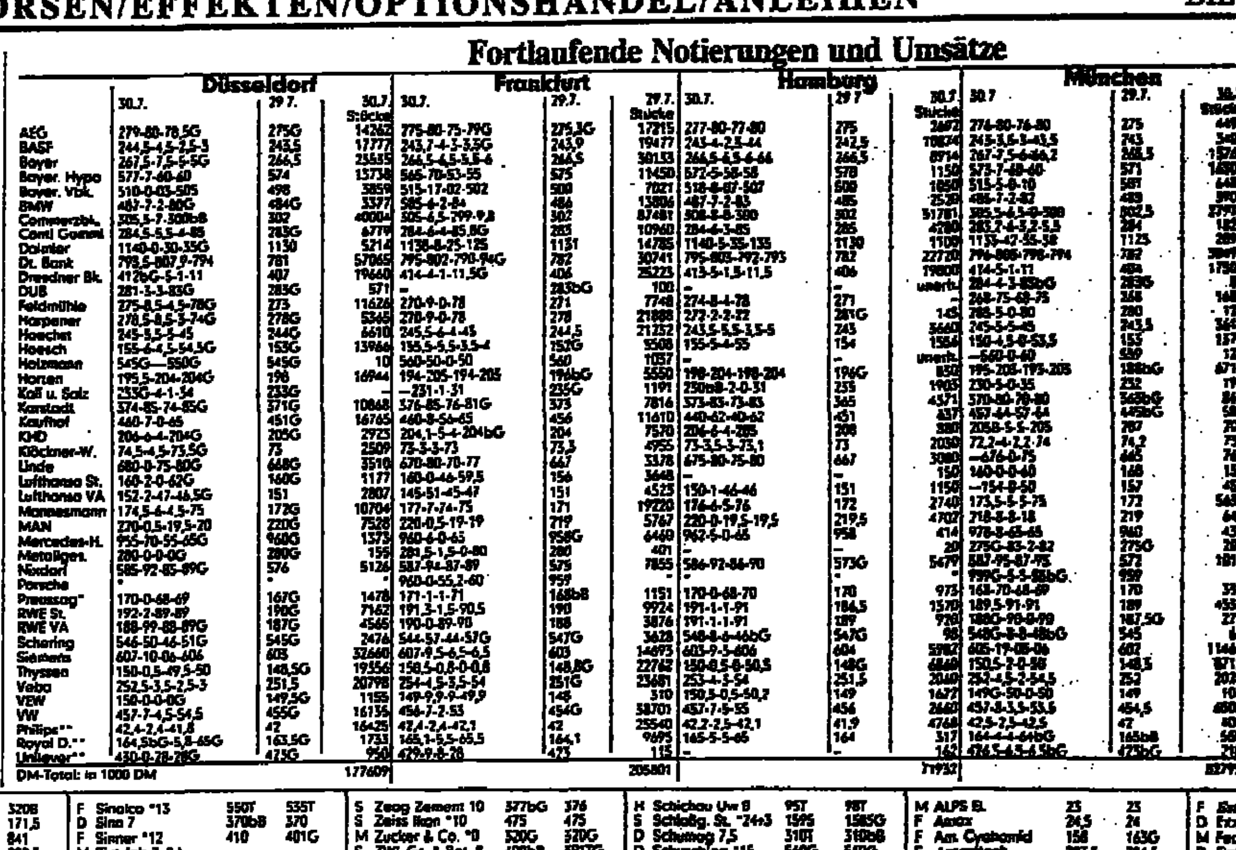
München: Agrob und Deckel AG verminderten jeweils um 1 DM. Escada gaben um 23 DM und Gehe um 3 DM nach. Neue Baumwolle Hof verbesserten sich um 8 DM und Esterer um 5 DM.

Stuttgart: Württ. Leinen wurden um 70 DM höher gehandelt. DLW verbesserten sich um 9 DM. IWKA konnten den Vortagesverlust fast (plus 11,90 DM) ausgleichen.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 252,36 (248,69)
WELT-Umsatzindex: 2748 (3121)
Advance-decline-Zahl: 131 (65)
38-Tage-Linie: 264,25 (264,67)
200-Tage-Linie: 271,71 (271,57)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

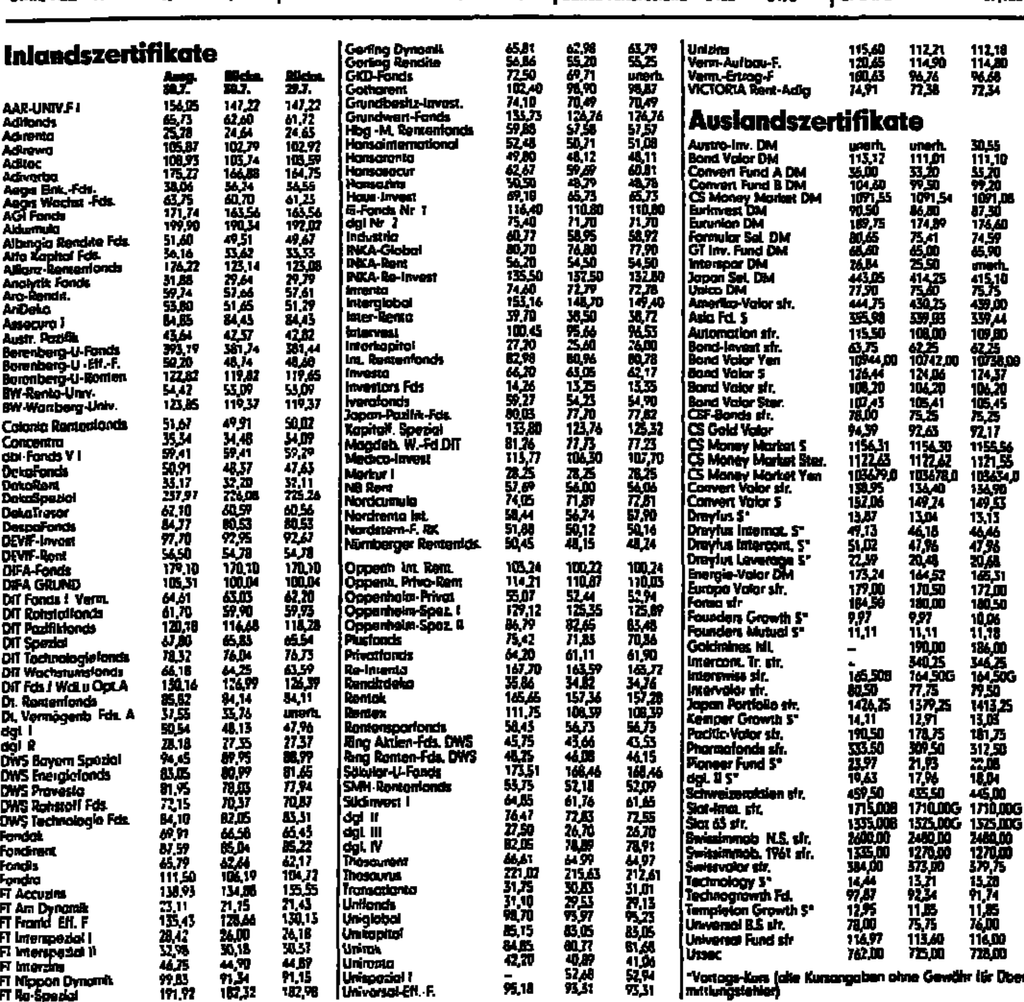


Inland

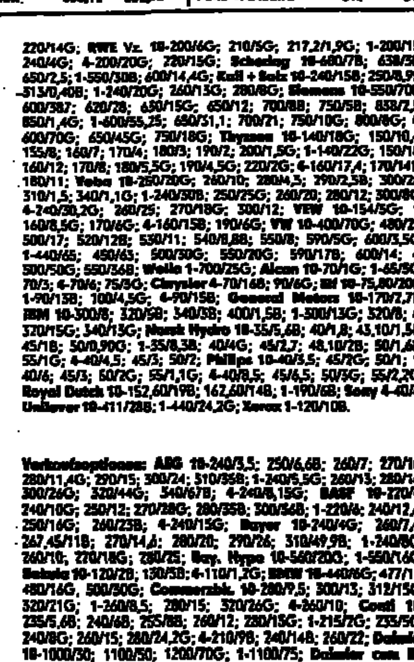


Ausland

Inlandszertifikate



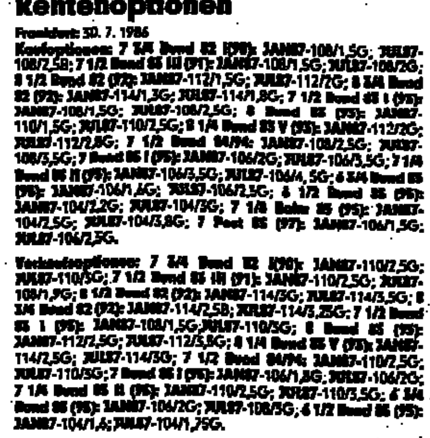
Optionshandel



Rentenoptionen



Junge Aktien



Devisenmärkte

In Erwartung der US-Außenhandelsbilanz für Juni fiel man am 30. Juli an den Devisenmärkten in eine Lethargie zurück und verhielt sich abwartend. Der Kurs des Dollar behauptete sich knapp bei 2,12 und wurde mit 2,1197 amtlich notiert. Das wiederum enorm hohe Defizit von 14,17 Mrd. Dollar verdarb später die Stimmung und innerhalb weniger Minuten gab der Kurs um 2,11 nach. Eine technische Erholung führte zu einer Befestigung des Britischen Pfundes auf 3,167. Auch einige andere Währungen konnten sich verbessern. Für das Irische Pfund, den Belgischen Franc, den Französischen Franc und die Dänische Krone wurden allerdings nochmals historische Tiefstkurse ermittelt. US-Dollar in: Amsterdam 2,389; Brüssel 43,85; Paris 6,87; Mailand 1456,00; Wien 14,907; Zürich 1,702; Ir-Pfund/DM 2,967; Pfund/Dollar 1,4941; Pfund/DM 3,167.

Devisen und Sorten

Alles in Hundert; ¹) Dollar; ²) 1 Pfund; ³) 1000 Lire; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.

LANCIA. NOCH MEHR RASSE IN DER MITTELKLASSE.



DER NEUE LANCIA PRISMA.

Wer in der europäischen Mittelklasse zur Spitzenklasse gehören will, braucht Ehrgeiz, Können und Erfahrung. Alles gute Lancia-Tugenden. Und deshalb stellen wir uns ständig der Herausforderung des Marktes. Jetzt in der Mittelklasse. Wir haben beim Lancia Prisma fast jedes Detail in Frage gestellt. Und neu beantwortet. Nur eines nicht: das bewährte Grundkonzept mit klassischer Stufenheck-Karosserie, variablem Kofferraum und quer eingebauten Motoren. Fast alles andere ist neu: Die Front ist jetzt (wie beim Lancia Thema) leicht nach hinten geneigt, was zu niedrigerem Luftwiderstand führt.

Der vergrößerte Frontspoiler bietet Platz für integrierte Zusatzscheinwerfer, die hinteren Stoßflächen greifen weiter um die Karosserie herum.

Innen gibt es neue, ergonomisch geformte Sitze, neu gezeichnete Instrumente und eine Heizungs- und Lüftungsanlage mit größerem Luftdurchsatz.

Die Schaltung arbeitet leichter, Bedienungshebel und -knöpfe wurden zum Teil neu angeordnet, die Lautsprecher-Positionierung wurde akustisch verbessert, Straßenlage und Lenkung wurden durch Modifikationen am Fahrwerk weiter optimiert und darüber hinaus erhielten einige Versionen einen Lenkungsdämpfer.

Am meisten hat sich bei den Motoren getan: Das Triebwerk des Prisma 1500 erhielt einen neuen Vergaser mit Schubabschaltung, eine elektrische Gemischvorwärmung im Ansaugrohr und eine hochmoderne Kennfeld-Zündung. Es leistet 55 kW/75 PS und macht diese Variante 160 km/h schnell. Der Verbrauch konnte noch weiter auf 5,8 l/100 km bei 90 km/h, 7,7 l bei 120 km/h und 9,5 l im Stadtverkehr gesenkt werden.

LANCIA

Die 1,6-l-Maschine im Prisma 1600 i.e. wurde weitgehend neu konstruiert. Der Zylinderkopf wurde um 180° gedreht. Die Auspuff-Seite liegt jetzt vorn direkt im kühlenden Fahrtwind, die neue Einspritzanlage IAW von Weber Marelli ist gegen Winterkälte auf der Hinterseite des Motors geschützt. Die Grundform des Aggregats mit zwei obenliegenden Nockenwellen blieb unverändert. Modifiziert wurde in erster Linie der Zylinderkopf, die Nockenwellen, die Kolben sowie das Ansaug- und Auspuffsystem.

Die IAW-Einspritzung zeichnet sich durch die Kombination von Zündung (mit statischer Kontrolle) und Einspritzanlage aus; beide Elemente werden von einem elektronischen Steuerelement versorgt. Der Motor leistet damit 80 kW/108 PS, das Drehmoment wurde gegenüber der Vergaserversion nochmals gesteigert und die Höchstgeschwindigkeit stieg auf 185 km/h. Ergebnis: Dieser neue 1,6-l-Einspritzmotor ist temperamentvoll und drehfreudig, durchzugstark und elastisch – und zudem leise und sparsam.

Der Prisma Turbo Diesel mit 59 kW/80 PS und 170 km/h Höchstgeschwindigkeit hat schon einen der modernsten Diesel-Motoren seiner Klasse. Aber selbstverständlich erhielt er sämtliche Verbesserungen an Karosserie, Interieur und Technik wie die Benzin-Versionen.

Mehr war beim besten Willen nicht zu verbessern. Überprüfen Sie es selbst. Bei einer Probefahrt.

Lancia Prisma 1500: Vierzylinder Reihenmotor mit obenliegender Nockenwelle, 1465 ccm, 55 kW/75 PS, Fünfganggetriebe, 0–100 km/h 12,1 Sek., 160 km/h.

Lancia Prisma 1600 i.e.: Vierzylinder Reihenmotor mit 2 obenliegenden Nockenwellen, IAW-Einspritzung, 1574 ccm, 80 kW/108 PS, Fünfganggetriebe, 0–100 km/h 10,0 Sek., 185 km/h.

Lancia Prisma turbo diesel: Vierzylinder Reihenmotor mit obenliegender Nockenwelle, 1911 ccm, 59 kW/80 PS, KKK-Turbolader und Ladeluftkühlung, Fünfganggetriebe, 0–100 km/h 12,9 Sek., 170 km/h.

Renten weiter erholt

In Anlehnung an eine leichte Renditesenkung in den USA tendierte der deutsche Rentenmarkt am Mittwoch ebenfalls freundlich. Die schon am Vortag zu beobachtende Auslandsnachfrage nach längerlaufenden öffentlichen Anleihen ließ deren Kurse um weitere 0,30 Prozentpunkte steigen. Die jüngste 6¼prozentige Nordrhein-Westfalen-Anleihe wurde zu ihrem Emissionskurs von 99,65 Prozent in den amtlichen Handel eingeführt. Am Pfandbriefmarkt gaben die Renditen um etwa die gleiche Spanne nach, um die sie am Dienstag heraufgesetzt worden waren.

F	4½ Dt.Bk.Lux 78 m.O.S	308G	306
F	4½ dgl. 78 o. O. S	97,6	97,6G
F	6¼ dgl. 83 m. O.	240G	235G
F	6¼ dgl. 83 o. O.	94,5	94,75
F	3¾ dgl. 83 m. O.	225G	222G
F	3¾ dgl. 83 o. O.	94	93
F	6¼ dgl. 86 m. O.	136,1	133
F	6½ dgl. 86 o. O.	100,15	100,1
F	3¾ Didier 85 m. O	127T	127T
F	3¾ Didier 85 o. O.	78,5	78
F	4 Dresdn.Bk. 83 m. O	189G	188G
F	4 dgl. o. O.	95,1bG	95,1
F	8 dgl. 84 m. O.	214G	213G
F	8 dgl. 84 o. O.	108,5	108,5
F	6½ dgl. 86 m. O	169,5	168,5
H	6½ dgl. 86 o. O.	101,65	101,7
F	3½ Fuji 84 m. O.	125,5	126
F	3¼ dgl. 84 o. O	92	92

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	30.7.	29.7.
8 Afr. Entwicklr. 79/87	101,25G	101,25G
10 dgl. 82/89	109,5T	109,5G
8 dgl. 84/91	105,65G	105,55
9 Air Canada 82/92	111G	111,25
7½ dgl. 83/93	105,35G	105,35G
9½ Akzo 82/89	105bG	104,75G
7½ Allied Chem. 84/94	103,25	103,75G
8¼ AMCA Ltd. 85/91	104G	104
8¼ A.N.A.S. 83/88	105,05G	105,05G
8½ dgl. 84/91	107,5G	107,75
5½ Am. Express 79/87	100G	100
8 Arab.Banking 83/88	104,3	104,3

	30.7.	29.7.
8¾ E.D.F. 82/92	107,75T	108T
8½ dgl. 85/95	108	107,95
7 Eletrobras 77/87	100,55T	100,55
7 dgl. 79/87	100,15G	100,2bG
5¼ ELF Aquit. 78/88	99,25	99,75
6¾ Embart Corp. 85/95	102,15	102,15T
6¾ Ericsson LM 72/87	101G	101G
6¼ Escom 72/87	99,75T	99,25T
7 dgl. 73/88	100G	100
9½ dgl. 80/87	99,75	100
9½ dgl. 82/90	101,65	101T
8½ dgl. 85/90	97,5	97,5
8 dgl. 84/92	91,5	92,5
8½ dgl. 84/92	94,5	96T
7½ Ercel 75/88	102T	101,5G
5½ Euratom 77/87	ausg.	100,75T
7½ dgl. 85/95	104,35G	104,35
6¼ Eurofima 72/87	100,25	100,25T

	30.7.	29.7.
8¾ Courtaulds 72/87	102,5T	102,5T
8 Credit Depui 83/91	107,5T	107,5T
7¾ dgl. 85/97	105T	105T
8¾ Credit Fonc. 82/92	107,5G	107,5
8¾ dgl. 83/90	108,5G	108,5G
7¾ dgl. 84/92	104,7	104,5G
6 Credit Nat. 77/87	100,35G	100,35G
8¾ dgl. 84/94	108,75G	108,75T
8 CREDIOP 71/91	105,5G	105,5G
7½ Degussa 84/94	104,5	105,25
8¼ Den Danske 76/86	100,4G	100,4G
6,34 Dow Chem. 85/95	101,5	101,5
6 Dt. Bk. Fin. 85/91	103,65	105,65
4,687 Dr.Bk.Fin 85/90	100,6G	100,6

	30.7.	29.7.
6½ Export Dev. 84/90	104,9	104,5T
7¼ Exp.Bk.Korea 85/90	104T	103,75T
10½ Ferrovie 82/87	103,3G	103,3
8¾ dgl. 83/88	105	104,8G
8 dgl. 84/91	106,8G	106,8
8 Fin. f. Bk. 71/86	100G	100G
7 dgl. 72/87	105T	102,75T
8½ dgl. 80/90	102T	101,85T
10 Fins. Komm. 82/92	–	–
7 Finland 72/87	103,25G	103,25G
10½ dgl. 81/86	100,9	100,9
9¾ dgl. 82/89	110G	110G
7½ dgl. 83/88	103,5G	103,5

	30.7.	29.7.
7½ dgl. 83/93	104,15	104
7½ dgl. 83/93	105,3	105
8 dgl. 83/90	108G	108G
7 dgl. 84/92	102,9	102,8
7 dgl. 85/95	104	103,8
7 Montreal 69/89	102T	102,5T
6 dgl. 72/92	100,8G	100,8G
6¾ dgl. 75/93	104,75G	104,75G
7 dgl. 77/87	101,6G	101,6G
7½ Mount Isa 83/90	104,25	104,35G
7¾ dgl. 84/92	104	104,5
11 Nat.Financ 82/90	106,75	106,15
8 Nederl. Gas 79/86	100,25T	100,25T

	30.7.	29.7.
8 Sperry Corp 84/94	105,5	105,5
6¾ Stand.Chart.78/88	100,5	100,5
6 Statoil 78/88	100,75T	100,75G
6¾ dgl. 79/87	101,4	101,25G
7½ Sterling Dr.84/94	103,9	103,75G
7¾ Südafrika 71/86	99bG	99,5G
7 dgl. 72/87	99,5	99,5
9 dgl. 80/87	108,25bG	99,85
8½ dgl. 85/91	95,5	96
7¾ dgl. 84/92	98,75	92
8 Sumitomo 85/91	110T	109,5T
6¾ Sveriginvbk 72/87	104,5bG	104,25T
7 dgl. 73/88	104,8G	104,8G

	30.7.	29.7.
10¼ Svenska Ex 81/91	109,95	109,5G
9½ dgl. 82/87	104,4	104,4G
5½ Tauernaut. 78/93	98,6G	98,6G
9½ dgl. 82/94	115,6G	115,95
6 TVO-Kraftw. 78/88	100,2G	100,2G

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei, PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart

		30.7.	29.7.
F	6 Nichi Ltd. 80/88	385G	385G
F	3¾ Nissan Mot. 78/86	104T	104T
F	3¾ Nito Boseki 84/89	150	150
F	4½ Orient Fin. 79/87	385G	385G
F	4 Pirelli Fin. 85/92	169G	169
F	3¾ Renown Inc. 84/90	146	151
F	3½ Ricoh Comp. 78/86	200G	200G
F	6¾ Rothm. Int. 73/92	107,5T	107,5G
F	6½ Seibu 76/87	405T	405T
F	6 Taiyo Yuden 82/88	141G	141G
F	3½ Tok.Elec. 78/87	430G	430G
F	4 Tokyu Land 79/86	220G	220G
F	3¼ Tsubakimoto 85/90	97	97

		30.7.	29.7.
F	7 dgl. 85 o.O.	103,3	103,25
F	6¾ dgl. 85 m. O.	103,5bG	103G
F	6¾ dgl. 85 o. O.	101G	101,25
F	3½ C.Itoh F.84 m.O.	195G	195G
F	3½ dgl. 84 o. O.	95,2	95,15G
F	4 Chujitsuya 85 m. O.	170G	170G
F	4 Chujitsuya 85 o. O	94,25	94,25
F	3½ Cobk.I.78 m.O.DM	166G	166G
F	3½ dgl. 78 o. O. DM	97,25G	97,25bG
F	5 Conti 84/94 m. O.	255T	255T
F	5 dgl. 84/94 o. O.	91,7bG	91,7T
F	5¼ Cop. Habk. 85 m. O.	124,5G	124
F	5¾ dgl. 85 o. O	97,75T	98

			30.7.	29.7.
F	6 dgl. 78 II	7/88	102,2	102,7
F	6½ dgl. 77	5/89	103,55	103,5
F	8 dgl. 79 I	7/89	107,6G	107,6
F	6 dgl. 78 I	2/90	102,65	102,65
F	8 dgl. 80 II	7/90	108,8G	108,8G
F	9 dgl. 81	3/91	113,6	113,6G
F	10½ dgl. 81	9/91	120,95	120,95
F	10¼ dgl. 81	11/1	120,4G	120,4G
F	8 dgl. 80 I	2/92	109,95	109,95
F	10 dgl. 82	3/92	119,3G	119,3
F	9¾ dgl. 82	7/92	117,9	117,85
F	8 dgl. 87	11/92	110,75	110,5
F	7¾ dgl. 83	1/93	108,55	108,55

		30.7.	29.7.
F	6¾ dgl. 84/94	99,9	99,9
F	6 Lowi.Rent.Bk.RS15	100,05	100,05
F	6 dgl. RS 16	100,15G	100,15G
F	6½ dgl. RS 60	100,95G	100,95G
F	7 dgl. 94	103,6G	103,6G
F	7 dgl. 99	100G	100G
F	8 dgl. 101	105,4G	105,4G
F	7½ dgl. 102	105,1G	105,1G
F	9½ dgl. 126	101,8G	101,8G
D	6½ Dt.Ausgl.Bk. 77	101,55G	101,55G
D	5½ dgl. 78	100,75G	100,7
D	7 dgl. 79	101,25	101,25
D	6 dgl. 86	95,8G	95,7G

Warenpreise – Termine

Durchweg schwächer schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Kupfer setzte seine Abwärtsbewegung fort. Während Kakao erneut zulegen konnte, büßten die Kaffeenotierungen weiter ein.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	29.7.	28.7.
Sept.	261,75	260,00
Dez.	264,00	263,00
März	261,00	260,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)

Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	237,78	237,08
Am. Durum	235,56	234,86

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Juli	95,00	95,00
Okt.	98,00	98,10
Dez.	99,50	99,60

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Juli	86,70	85,50
Okt.	76,50	76,20
Dez.	76,20	76,20

HAFER Chicago (c/bush)

Sept.	100,75	101,00
Dez.	108,50	109,00
März	111,00	111,50

MAIS Chicago (c/bush)

Sept.	169,00	174,00
Dez.	172,75	175,50
März	183,00	185,75

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Juli	105,00	105,20
Okt.	84,00	84,20
Dez.	84,30	84,50

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	29.7.	28.7.
Sept	185,50	187,00
Dez.	188,85	190,00
März	190,75	191,60

KAKAO New York ($/t)

	29.7.	28.7.
Sept.	2018	1985
Dez.	2048	2025
März	2083	2062
Umsatz	2609	3489

ZUCKER New York (c/lb)

Nr 11 Sept.	6,36	6,60
Okt	6,57	6,80
Jan.	6,74	6,95
März	7,18	7,34
Mai	7,37	7,52
Umsatz	8624	12601

Iso-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb) 6,35 unerh.

KAFFEE London (£/t) Robusta

	29.7.	28.7.
Juli	1860-1865	1872-1885
Sept.	1880-1880	1892-1895
Nov.	1900--	1970-1975
Umsatz	7857	2247

KAKAO London (£/t)

Juli	1420-1445	1429-1430
Sept.	1459--	1447-1448
Dez	1498-1499	1492-1493
Umsatz	4076	3274

ZUCKER London ($/t) Nr 6 (fob)

	29.7.	28.7.
Aug.	134,00-136,00	146,40
Okt.	144,40-144,60	152,00-152,60
Dez.	151,00-154,00	158,00-159,40
Umsatz	3469	2854

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg

schw	30.7.	29.7.
Saraw.spez.	867,50	867,50
weiß.Saraw.	1167,50	1160,00
weiß.Munt.	1182,50	1175,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	29.7.	28.7.
Sept.	102,00	101,00
Nov	103,50	102,85
Jan	104,80	104,70
März	106,35	106,70
Mai	107,90	108,00
Umsatz	300	200

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

29.7.	28.7.
30,00	30,00

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk 17,62 17,50

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Aug.	16,20	16,50
Sept	16,37	16,65
Okt.	16,54	16,80
Dez.	17,10	17,32
Jan.	17,20	17,40
März	17,45	17,65
Mai	17,70	17,85

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb)
Mississippi-Tal fob Werk. 16,50 16,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	16,50	16,50
Choise white hog 4 % fr. F.	9,25	9,25

TALG New York (c/lb)

top white	10,25	10,00
fancy	9,75	9,50
bleichf.	9,50	9,25
yellow max. 10% fr.F	8,50	8,25

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Juli	60,70	61,10
Aug.	55,70	56,40
Okt.	54,00	54,85

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Aug.	85,35	87,35
Febr.	79,65	81,50
März	78,37	80,25

HÄUTE Chicago (c/lb)

	29.7.	28.7.
Ochsen einh. schwere River Northern	70,00	68,00
Kühe einh. schwere River Northern	60,00	60,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Aug.	519,25	521,25
Sept.	503,75	505,25
Nov.	505,00	506,75
Jan	514,25	515,50
März	523,50	524,50
Mai	529,50	530,50
Juli	533,00	534,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Aug	150,50	150,20
Sept	147,00	146,60
Okt.	145,80	146,70
Dez.	148,00	148,40
Jan.	148,80	148,50
März	151,00	151,00
Mai	153,80	153,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	29.7.	28.7.
Juli	239,40	240,50
Okt.	246,00	246,00
Dez.	251,00	251,20

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

29.7.	28.7.
10,50	10,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

jegl. Herk.	30.7.	29.7.
cif	565,00	565,00

LEINÖL Rotterdam ($/t)
jegl. Herk. ex Tank 415,00 415,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra
cif 210,00 207,50

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg)
roh Niederl. fob Werk 76,00 79,50

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen
cif 235,00 235,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr 1
cif 194,00 194,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	29.7.	28.7.
Okt.	30,80	30,95
Dez.	31,70	31,90
März	32,55	32,98
Mai	33,40	33,80
Juli	34,10	34,70
Okt.	35,15	–

KAUTSCHUK New York (c/lb)
Händlerpreis loco RSS–1 43,87 unerh.

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	30.7.	29.7.
Aug.	528-533	528-532
Okt.	523-525	522-529
März	524-526	–
Umsatz	2214	2225

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	30.7.	29.7.
Juli	41,00	41,00
Okt.	41,50	41,50
–	–	–
–	–	–
Umsatz	0	0

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg)
Merino-Schweißw. Standard

	30.7.	29.7.
Okt.	638,00-643,00	641,00-643,00
Dez.	642,00-648,00	–
März	647,00-655,00	–
Umsatz	11	2

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	30.7.	29.7.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	30.7.	29.7.
Aug.	12364	12349
Sept.	12341	12335

KAUTSCHUK London (p/kg)

	29.7.	28.7.
RSS 1 Aug.	58,50-59,50	60,00-61,00
RSS 1 Sept.	58,50-59,50	60,00-61,00
RSS 2 Aug.	57,00-58,00	58,50-59,50
RRS 3 Aug.	56,00-57,00	57,50-58,50

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	30.7.	29.7.
Aug.	216,00-218,00	218,00-220,00
Sept.	216,00-218,00	217,00-219,00
Nr. 2 Aug.	211,50-212,50	213,00-214,00
Nr. 3 Aug.	208,50-209,50	210,00-211,00
Nr. 4 Aug.	206,50-207,50	207,50-208,50

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)

	30.7.	29.7.
BWC	267	267
BWD	267	267
BTC	310	310
BTD	310	310

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben. 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	30.7.	29.7.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	239,00-239,16	240,43-240,59
dritt. M.	242,18-242,33	243,58-243,74
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	79,35-79,51	80,25-80,41
dritt. M.	81,10-81,25	81,82-82,14
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	831,59-834,76	838,68-839,30
dritt. M.	842,70-844,28	849,69-851,26
ZINK: Basis London		
lfd. Mon	161,87-165,05	162,07-165,22
Prod.-Pr.	178,39	178,22
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)

30.7.	29.7.
14,21	14,19

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	30.7.	29.7.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	283,44-285,67	286,37-288,58
BLEI in Kabeln	87,00-88,00	88,00-89,00
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW) Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	30.7.	29.7.
MS 58, 1.VS	270-272	272
MS 58, 2.VS	324-329	326-332
MS 63	295-299	298-302

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	30.7.	29.7.
Leg. 225	290-305	290-305
Leg. 226	292-307	292-307
Leg. 231	327-342	327-342
Leg. 233	337-352	337-352

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	30.7.	29.7.
PLATIN (DM/g)	32,40	32,55
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	27816	27930
Rückn.-Pr.	23600	23700
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	24470	24620
Rückn.-Pr.	23820	23960
verarbeitet	25670	25830
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	24020	24075
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	348,40	350,46
Rückn.-Pr.	337,70	339,80
verarbeitet	363,60	365,80

Internationale Edelmetalle

	30.7.	29.7.
GOLD (US-$/Feinunze) London		
10.30	351,35	353,30
15.00	351,65	351,25
Zürich mitt.	351,50-351,90	353,35-353,85
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	78050	78000
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	332,70	338,25
3 Mon.	340,60	346,15
6 Mon.	348,60	354,30
12 Mon.	364,60	370,50
PLATIN (£/Feinunze) London	29.7.	28.7.
fr. Markt	301,60	304,70
PALLADIUM (£/Feinunze) London	29.7.	28.7.
f. Händl.-Pr.	75,45	76,10

New Yorker Metallbörse

	29.7.	28.7.
GOLD H & H Ankauf	351,25	353,60
SILBER H & H Ankauf	502,00	502,50
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	438,00-440,00	438,00-440,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	112,00-113,00	112,00-113,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Juli	352,10	354,80
Aug.	352,10	355,00
Okt.	355,10	358,00
Dez.	358,50	361,20
Febr.	362,00	364,80
Umsatz	35000	45000
SILBER (c/Feinunze)		
Juli	502,00	503,50
Aug.	502,00	504,40
Sept.	504,00	506,50
Dez.	512,50	515,00
Jan.	515,80	518,20
März	522,00	523,80
Mai	527,30	529,70
Umsatz	7000	17600

KUPFER (c/lb)

	29.7.	28.7.
Juli	58,10	58,60
Aug.	58,15	58,50
Sept.	58,40	58,75
Dez.	59,00	59,35
Jan.	59,25	59,55
März	59,55	59,95
Mai	60,00	60,30
Umsatz	4000	4200

Londoner Metallbörse

	30.7.	29.7.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	753,00-753,50	758,00-759,00
3 Mon.	763,00-763,50	768,00-768,50
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	250,00-250,50	256,00-257,00
3 Mon.	255,50-256,00	261,00-261,50
KUPFER grade A (£/t)		
mitt. Kasse	874,50-875,00	891,50-892,00
3 Monate	894,00-894,50	912,00-913,00
ab. Kasse	–	884,50-885,00
3 Monate	–	904,00-904,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	845,50-846,00	858,00-860,00
3 Monate	867,00-868,00	878,00-882,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	532,00-533,00	537,50-538,50
3 Monate	532,50-533,00	535,25-535,50
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	170-190
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	40-46

Energie-Terminkontrakte

	29.7.	28.7.
HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)		
Aug.	33,45-33,70	32,10-32,20
Sept.	34,50-34,70	33,00-33,20
Okt.	35,50-35,70	33,95-34,20
Nov.	36,25-36,40	34,80-35,00
GASÖL – London ($/t)		
Aug.	94,00-94,50	94,25-94,75
Sept.	97,00-97,25	97,25-97,50
Okt.	99,50-99,75	99,50-100,00
Nov.	102,00-102,50	102,50-102,75
Dez.	104,25-104,75	104,00-105,00
Jan.	100,00-107,00	106,00-106,50
Febr.	97,00-107,00	103,00-108,00
März	–	103,00-109,00
BENZIN – New York (c/Gallone)		
Aug.	32,70-33,00	32,20-32,35
Sept.	32,70-32,90	31,80-32,10
Okt.	32,60-32,70	31,50-31,70
Nov.	32,55	31,40
ROHÖL – New York ($/Barrel)		
Sept.	11,35-11,45	11,03-11,10
Okt.	11,38-11,43	10,95-11,00
Nov.	11,50-11,55	11,00-11,10
Dez.	11,65-11,70	11,15-11,30
Jan.	11,71	11,53
ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob		
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	7,00N	7,00N
Forties	8,85	8,75
N.Sea Brent	9,05	8,80
Bonny Light	9,05N	9,05N

Kartoffeln

London (£/t)	29.7.	28.7.
Nov.	123,00	120,00
Febr.	132,00	132,00
April	202,90	198,00
Mai	210,30	207,00
New York (c/lb)	29.7.	28.7.
Nov.	3,53	3,58-3,64
März	3,79	3,80-3,88
Mai	4,58	4,64
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	29.7.	28.7.
Sept.	152,40	150,00
Nov.	149,50	147,20
Jan.	153,00	151,50
März	156,30	154,60-155,00

Devisenterminmarkt

Die Abschwächung der Dollar-Zinssätze am 30.7. führte zu einer Verringerung der US-Dollar-Terminabschläge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,39-0,29	1,03-0,93	2,02-1,82
Pfund/Dollar	0,44-0,42	1,24-1,21	2,39-2,34
Pfund/DM	2,10-0,70	4,70-3,30	8,50-7,10
FF/DM	15+1	27-11	48-32

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 30.7.: Tagesgeld 5,00-5,50 Prozent; Monatsgeld 4,55-4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,55-4,70 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,70 Prozent, 6 Mon. 4,70 Prozent.
Privatdiskontsätze am 30.7.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,908 Prozent, und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,908 Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 30.7.: 3,5 Prozent, Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 30.7.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6⅝-6¾	4½-4¾	4⅝-4⅞
3 Monate	6⅝-6¾	4½-4¾	4⅝-4⅞
6 Monate	6⅝-6¾	4½-4¾	4⅝-4⅞
12 Monate	6½-6¾	4½-4¾	4⅝-4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 30.7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,50; Verkauf 19,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,00; Verkauf 19,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 30.7. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar (Kopf)	920,00	1276,80
5 US-Dollar (Indian)**	595,00	743,65
5 US-Dollar (Liberty)**	345,00	507,30
1 £ Sovereign alt	180,75	228,86
1 £ Sovereign Elizabeth II.	171,25	218,03
20 belgische Franken	132,75	177,56
10 Rubel Tscherwonez	177,50	229,71
2 südafrikanische Rand	164,50	209,19
Krüger Rand, neu	730,75	872,96
Maple Leaf	753,75	899,18
Platin Noble Man	970,50	1146,27
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	204,50	261,63
20 schweiz. Franken „Vreneli"	148,50	197,79
20 franz. Franken „Napoléon"	143,00	191,52
100 österr. Kronen (Neuprägung)	702,50	856,71
20 österr. Kronen (Neuprägung)	140,00	182,40
10 österr. Kronen (Neuprägung)	71,75	98,90
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	325,50	405,27
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	74,50	107,73

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,53). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50, Kurs 99,50, Rendite 5,62

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 30.7.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	57,025	6,50
Commerzbank	100,00	22.5.95	59,80	6,01
Commerzbank	100,00	4.8.00	42,25	6,34
Deutsche Bk. 5	287,00	23.1.95	138,50	8,97
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	111,68	5,35
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	81,52	5,35
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	56,74	6,50
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	109,99	6,80
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	53,50	6,44
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,52	6,25
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,66	6,72
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	58,04	6,35
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,65	6,83
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	28,53	6,75
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	27,14	6,85
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	15,59	6,46
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	57,70	6,40
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,70	6,40
WestLB 605	100,00	1.6.01	38,70	6,61
WestLB 606	100,00	1.8.06	27,15	6,73
WestLB 500	126,86	16.2.89	113,45	4,48
WestLB 501	137,01	16.2.90	115,20	5,01
WestLB 503	115,76	3.10.88	105,65	4,29
WestLB 504	141,85	1.10.91	108,35	5,35
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	–
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	64,375	8,12
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	58,00	10,30
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	63,125	8,63
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	63,125	8,53
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	60,125	8,04
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	52,875	8,79
Penney (A+)	100,00	17.2.94	52,875	8,77
Sears (AA)	100,00	27.5.94	52,75	8,48
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	51,125	8,61
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	50,125	8,31

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)		Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,65	(4,65)	100,4	101,2	102,2	103,1	104,1	105,0
2	4,95	(4,95)	100,1	101,8	103,6	105,5	107,4	109,2
3	5,23	(5,23)	99,40	101,8	104,5	107,5	110,0	112,7
4	5,52	(5,53)	97,85	101,4	104,8	108,3	111,8	115,3
5	5,71	(5,73)	96,55	100,8	105,1	109,3	113,5	117,8
6	5,94	(5,95)	94,90	100,3	104,7	109,7	114,6	119,5
7	6,23	(6,22)	92,70	98,75	103,7	109,2	114,8	120,5
8	6,50	(6,51)	90,30	96,35	102,5	108,5	114,6	120,6
9	6,59	(6,60)	88,85	95,45	102,1	108,7	115,3	121,9
10	6,61	(6,63)	87,85	94,95	102,1	109,2	116,3	123,4
15	7,00	(7,02)	81,00	90,05	100,0	108,2	117,2	126,3

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 113,031 (112,988)
Performance-Rentenindex: 245,456 (245,351)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	29. Juli	6,25-6,313
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	6,275
	60–270 Tage	6,00
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,275
	60 Tage	6,25
	90 Tage	6,225
Certificates of Deposit	1 Monat	6,20
	2 Monate	6,20
	3 Monate	6,20
	6 Monate	6,20
	12 Monate	6,25
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,86
	26 Wochen	5,88
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,38
	30 Jahre	7,48
US-Diskontsatz		6,00
US-Primerate		8,00
Geldmenge M1	14. Juli	673,1 Mrd. $ (-1 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
Sept.	135,25	135,75
Dez.	136,20	136,75

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	29.7.	28.7.
9¾ EEC 90	105,125	105,625
11¼ dgl. 90	110,75	111
10¾ EIB 93	109	109,5
11 dgl. 91	112,625	113,125
11¼ dgl. 90	113,125	113,5
11¾ dgl. 95	118,25	119,875
12 dgl. 95	121,5	122,625

	29.7.	28.7.
6¾ Sears 91	103,375	103,875
6¾ Swed.Ex.91	102,75	102,625
7 TRW 94	103,125	102,875
6¾ Un.Tech.92	103,25	103,125
6¾ W.Disn.96	103,75	103,625
6¾ World Bk96	104,5	104,375
6¾ dgl. 90	104,25	104,25
6¾ dgl. 94	105,625	105,5
7 dgl. 94	107,875	107,75

	29.7.	28.7.
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	99	99
8½ dgl. 87	99	99
9 Paribas 92	102,25	102,25
10¾ Paribas89	102,75	102,75
8 Philips 89	101	101
7¾ Renault 88	99,25	99,25
7¾ Sogenal 91	100	100
9¾ dgl. 92	106	106
10¾ Solvay 87	100,25	100,25

Euro-Yen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52852

ECU

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

WERDER BREMEN

Rudi Völler hat Vertrag bis 1990 unterschrieben

dpa, Bremen

Das Rennen um Rudi Völler ist entschieden. Der Fußball-Nationalspieler bleibt bei Werder Bremen. Er hat gestern einen Vertrag bis zum 30. Juni 1990 unterschrieb. Der Entschluß wurde dem 26 Jahre alten Profi durch einen „Vertrag auf Lebenszeit" eines Sportartikelherstellers (Puma) erleichtert.

„Wir wollen den Ausverkauf deutscher Spieler ins Ausland mit dieser Aktion verhindern und hoffen damit, einen entsprechenden Beitrag geleistet zu haben", begründete Puma-Firmenchef Armin Dassler die langfristige Bindung von Völler, dessen derzeitiger Vertrag bei Werder erst am 30. Juni 1987 ausgelaufen wäre. „Wir haben es in langwierigen Verhandlungen geschafft, unseren wertvollsten Spieler zu halten", freute sich Werder-Manager Willi Lemke.

Ursprünglich war die Unterschrift von Rudi Völler unter das Vertragswerk, das auch eine Klausel für einen Wechsel ins Ausland offen läßt, schon bei der Weltmeisterschaft im Juni in Mexiko erwartet. Doch damals scheiterte das Unternehmen. Völler kommentierte den Vertrag mit Werder so: „Ich fühle mich in Bremen sehr wohl. Hier habe ich mir eine Position geschaffen. Mein Verhältnis ist besonders zu Trainer Otto Rehhagel sehr gut."

Durch den überraschenden Kontrakt mit Werder Bremen ist Bayern München im Kampf um Völler endgültig abgeblitzt. Der deutsche Meister hatte sich in den vergangenen Wochen intensiv um den Angriffsspieler bemüht. „Es bestand ein Kontakt zu den Münchnern, doch ich bin froh, daß jetzt alles vorbei ist", meinte der Werder-Stürmer, der in der neuen Saison mit den Bremern endlich einmal Meister werden will.

Dazu soll auch der Transfer von Dieter Schlindwein (früher SV Waldhof Mannheim) beitragen. Er wurde kurzfristig für die Abwehr verpflichtet, nachdem Werder schon vor dem Start der Bundesliga am 9. August erhebliche Personalsorgen (Pezzey, Meier, Burdenski, Sidka, Neubarth und Kutzop sind verletzt und fallen längerfristig aus) hatte. „Ich hatte Schlindwein schon lange im Auge. Der Wechsel ist jetzt vollzogen. Welche Position er bei uns in der Abwehr spielt, verrate ich erst im ersten Spiel gegen den 1. FC Nürnberg", meinte Otto Rehhagel, Trainer von Werder Bremen.

FECHTEN / Im Florett auf Silber abonniert

Gold für Emil Beck gab es nur beim Rededuell

ANDREAS SCHIRMER, Sofia

Dem Duell auf der Planche folgte ein verbales Nachgefecht. Minuten nach der 4:9-Niederlage der deutschen Florettherren gegen Italien im Finale der Weltmeisterschaften in Sofia lieferten sich Bundestrainer Emil Beck und der italienische Fecht-Manager Attilio Fini vor der Presse einen rhetorisch-ironischen Zweikampf.

Frage eines Journalisten: Wird Italien auch in den nächsten Jahren stärker sein als Deutschland?

Fini: „In den nächsten zwei Jahren bleiben wir oben."

Beck: „Nein, das war das letzte Mal."

Weitere Frage eines Journalisten: Die deutschen Fechter scheinen den Italienern physisch überlegen zu sein. Müssen sie nicht in dieser Hinsicht etwas tun?

Fini: „Fechten ist doch kein Boxkampf, deshalb haben wir keine Angst."

Und eine weitere Frage: Sind die Italiener technisch besser?

Fini: „Ja!"

Beck: „Das glaubt nur er."

Bundestrainer Beck und sein italienischer Gegenspieler sind die Entertainer auf der Bühne des Fechtsports. Immer zu showreifen Szenen vor Journalisten und Kameras bereit, ziehen sie hinter den Kulissen mit taktischer Raffinesse die Fäden. Trotz ihrer unterschiedlichen Charaktere haben sie eines gemeinsam: Mit an Fanatismus grenzender Leidenschaft führten sie ihre Länder an die Spitze der Fecht-Hierarchie.

Im Herrenflorett-Mannschaftskampf hält der 56jährige Römer (Beck: „Ich nenne ihn Cäsar") allerdings seit Jahren die Trümpfe in der Hand. Die Mannschaft der Italiener gewann am Dienstag abend in der Sporthalle „Septemvri" zum dritten Mal in Serie den Titel und ist mit insgesamt 18 Goldmedaillen WM-Rekordhalter. „Italien hat fünf Fechter die alle fünf Siege machen können. Ich habe nur zwei", weiß Beck. Dennoch verlor sein Team von 45 Gefechten nur acht.

Tatsächlich waren Matthias Behr (31) und Mathias Gey (26) die Eckpfeiler in der Nationalmannschaft, in der nur Fechter aus Tauberbischofsheim standen. Architekturstudent Gey verlor erst im Finale seinen ersten Teamkampf, nachdem er zuvor 18 Mal ungeschlagen geblieben war. „Manchmal bekommt man es nicht vom Kopf in den Arm", ärgerte er sich nach seiner ersten Niederlage gegen Weltcup-Sieger Andrea Cipressa beim Stande von 4:6. Zuvor hatte er aber den neuen Einzel-Weltmeister Andreas Horella (5:3) entzaubert und gezeigt, daß er nicht umsonst als Favorit galt. „Im nächsten Jahr sind wir aber dran", hofft Gey endlich auf eine erfolgreiche Revanche.

Dazu müßte aber auch das Nachwuchs-Trio Thorsten Weidner (18), Ulrich Schreck (24) und Michael Gerull (24) treffsicherer werden. „Bis zu den Olympischen Spielen 1988 habe ich ein schlagkräftiges Team", meint Trainer Beck, der 1976, 1977 und zuletzt 1983 die bundesdeutsche Florett-Equipe auf den Thron hievte. Bei der WM-Generalprobe vor wenigen Wochen in Nördlingen hat das Beck-Team mit einem Sieg über Italien bereits gezeigt, wie dicht sie den Südländern auf den Fersen ist.

Trotz der erneuten Niederlage der Florettherren hat Emil Beck allen Grund zur Zufriedenheit. Erstmals in der Geschichte der Welttitelkämpfe führen die deutschen Fechter zur Halbzeit die Länderwertung mit 51 Punkten vor Italien (49) und der UdSSR (34) an. „Wenn wir die Führung verteidigen könnten, wäre es ein Traum", erklärt der 51jährige Erfolgscoach.

Im Degen-Wettbewerb war der Druck für den Tauberbischofsheimer Elmar Borrmann offenbar zu groß. Bereits in der ersten Runde kam für den Weltmeister von 1983 das nicht einkalkulierte vorzeitige Aus. In der zweiten Runde erwischte es dann Olympiasieger und Weltcupsieger Alexander Pusch, den deutschen Ranglisten-Ersten Arnd Schmitt (Leverkusen) und Thomas Gerull. Nur der Routinier Volker Fischer (35) erreichte die dritte Runde.

Gestern gab es auch den ersten Skandal bei der WM in Sofia. In der zweiten Runde des Degen-Wettbewerbs wurde der Kubaner Ismael Durruti vom Technischen Direktorium wegen Manipulation ausgeschlossen. Der Fechter aus Kuba hatte seine Waffe so präpariert, daß er mittels Daumendruck den elektrischen Kontakt herstellen konnte. Der Schwede Jerri Bergström hatte im Gefecht mit Durruti gemerkt, daß die elektrische Trefferanzeige, ohne daß er getroffen worden war, einen Treffer für den Kubaner anzeigte. Daraufhin wurde dessen Waffe untersucht.

Weiß der Tennis-Verband nicht, wie alt seine Spieler sind?

Eines muß man dem Deutschen Tennis-Bund (DTB) ja lassen. Für Überraschungen ist der mitgliederstärkste Verband der Welt allemal gut. Nach dem unerwartet positiven Auftreten des Federationcup-Teams in Prag folgte dann prompt der Ausgleich. Und damit schön alles ausgewogen ist, diesmal im negativen Bereich.

Da fuhren vor zwei Wochen vier junge Nachwuchsspieler des DTB nach Saloniki, um dort an der Vorrunde des Galea-Cups teilzunehmen. Einem Mannschaftswettbewerb, 1950 ins Leben gerufen, vergleichbar mit dem Daviscup, an dem aber nur Spieler teilnehmen dürfen, die nicht älter als 20 Jahre sind. Gut vorbereitet und unterstützt von Coach Niki Pilic und Kapitän Wolf-Dieter Späth schlugen sich dann auch die Jungen recht wacker. Nach 4:1-Siegen über Griechenland und Dänemark wurde die Qualifikation für die Endrunde im französischen Vichy geschafft.

In Vichy gab es dann am vergangenen Wochenende nach einem guten Kampf nur eine knappe 2:3-Niederlage. Dabei tat sich ein bislang Unbekannter mit zwei Einzelsiegen positiv hervor. Alexander Mronz, Bundesligaspieler aus Leverkusen („Für mich ist es eine Ehre, den DTB zu vertreten"). So schön, so gut, nur kam am Abend nach dem Spiel ein

STAND ● PUNKT

kleines Problem auf: das Geburtsdatum von Alexander Mronz.

Denn plötzlich stellte sich heraus, daß Mronz nicht wie dem Reglement entsprechend, 1966 geboren wurde, sondern schon am 7. 4. 1965 in Köln das Licht der Welt erblickte.

Künstlerpech läßt sich so etwas nennen, doch ganz so einfach können sich die Verantwortlichen die Sache nicht machen. Zu groß ist die Verantwortung des DTB, den Spielern und nicht zuletzt auch den übrigen internationalen Verbänden gegenüber. Denn natürlich kam der Leverkusener auch bei den Siegen in Saloniki zum Einsatz. Eine im nachhinein betrachtet geradezu unerträgliche Vorstellung.

Aber damit ist diese leidige Geschichte noch nicht aus der Welt. Im Gegenteil, der Rattenschwanz folgt noch. Um die Teilnahme von Mronz am Galea-Cup zu sichern, wurden die beiden ersten Bundesligaspiele seines Vereins vom DTB-Spielleiter Karl-Heinz Herfs verlegt. Leidtragende sind nun die beiden Münchner Vereine Groß-Hesselohe und Iphitos. Denn anstatt am vergangenen Freitag und Sonntag dürfen die Bayern die Nachholspiele gegen die Westdeutschen an zwei Wochentagen jeweils um 13.00 Uhr nachtragen.

Einnahmeverluste, der ohnehin durch die Ferientermine gebeutelten Liga, sind genau so programmiert, wie Schadenersatzansprüche der Beteiligten. „Wir werden uns sehr genau überlegen, welche Forderungen wir an den DTB stellen werden", derart moderat äußerte sich der erste Vorsitzende vom TC Iphitos, Arno Hartung.

Weitaus weiter will der Verantwortliche des Lokalrivalen Groß-Hesselohe, Dieter Bleicher, gehen: „Wie bitteschön, konnten wir innerhalb von sechs Tagen unsere 1000 Dauerkarteninhaber einzeln über die Verschiebung informieren? Die vom DTB interessieren wohl nur Becker und Jelen bei den Herren, alles andere ist denen wurscht. Wir werden jetzt erst mal unter Protest gegen Leverkusen spielen."

Bliebe ein Vorschlag für den DTB. Sollte es noch einmal derartige Probleme geben, empfiehlt sich der Spruch „Tennis '86, Namen, Daten, Ergebnisse nachzulesen". Herausgeber ist der DTB-Arbeitskreis Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

H.-J. POHMANN

SPORT-NACHRICHTEN

Rosendahl kehrt zurück

Gummersbach (dpa) – Gerd Rosendahl, Mitglied der Handball-Weltmeisterschaft von 1978, wird wieder für den VfL Gummersbach spielen. Rosendahl war zuletzt beim Regionalligaklub TV Wermelskirchen.

Rekord knapp verpaßt

Edinburgh (dpa) – Nur um 15 Hundertstelsekunden verpaßte die 17jährige Sarah Hardcastle (England) den acht Jahre alten Weltrekord im 800-m-Freistilschwimmen. Bei den Commonwealthspielen im schottischen Edinburgh siegte sie in der Europarekordzeit von 8:24,77 Minuten.

Bruno boxt weiter

Edinburgh (sid) – Boxprofi Frank Bruno (Großbritannien) wird seine Karriere fortsetzen. Das bestätigte der Schwergewichtsboxer erstmals nach seiner Niederlage im WM-Kampf gegen Witherspoon (USA).

Laffite wurde operiert

Paris (sid) – In einer elfstündigen Operation wurden dem Formel-1-Rennfahrer Jacques Laffite (Frankreich) die zahlreichen Becken- und Beinbrüche gerichtet, die er sich bei einem Unfall beim Großen Preis von England in Brands Hatch zugezogen hatte. Die mehrfach gebrochene Ferse wird in zwei Wochen operiert.

Negrete nach Lissabon

Lissabon (sid) – Der mexikanische Fußball-Nationalspieler Manuel Negrete (26) wird in der kommenden Saison für Sporting Lissabon spielen. Er wird von seinem Klub UNAM Mexiko für ein Jahr an den portugiesischen Erstligaverein ausgeliehen.

Brabham mit Ford-Motor

London (sid) – Der Formel-1-Rennstall Brabham unter Leitung von Bernie Ecclestone hat sich in das Lola-Team des Amerikaners Carl Haas eingekauft und wird künftig sechszylindrige Ford-Turbomotoren einsetzen.

ZAHLEN

FUSSBALL

Zweite Liga, 1. Spieltag: Osnabrück – Hannover 96 1:2 (1:1). – **Freundschaftsspiele:** Viersen – Solingen 1:2, Klein-Karben – Leverkusen 1:3, Breisach – Frankfurt 1:11, Kilia Kiel – HSV 2:4, VfR K'lautern – 1. FC K'lautern 0:12, Versmold – Düsseldorf 0:8, Stuttgart – Dynamo Bukarest 1:1, Stadtauswahl Idar-Oberstein – Bochum 0:9.

TENNIS

Damen-Turnier in San Diego, erste Runde: Fairbank (Südafrika) – Meier (Deutschland) 6:4, 5:7, 7:6.

FUSSBALL / Die Prämien der Bundesligaklubs

Blau-Weiß handelte Betrag für den Meistertitel aus

sid, Berlin

Aufsteiger Blau-Weiß 90 Berlin führt unkonventionelles und bei Profis bislang ungewohntes Denken in die Fußball-Bundesliga ein: Die Spieler setzen sich selbst unter Erfolgszwang. Bei den Prämien-Verhandlungen mit dem Vorstand verzichteten sie auf eine sogenannte Nicht-Abstiegsprämie. Statt dessen handelten sie eine Meisterschafts- und eine UEFA-Cup-Prämie aus – ein ehrgeiziges Ziel für einen Aufsteiger, der noch vor zwei Jahren in der Amateurliga spielte.

Auf folgende Regelung haben sich Vorstand und Spieler verständigt: 1000 Mark Prämie gibt es für jeden Punktgewinn, zusätzlich 500 beziehungsweise 250 Mark für den Fall, daß die Mannschaft Tabellenführer ist oder einen UEFA-Cup-Platz belegt. Außerdem werden die Spieler an den Zuschauer-Einnahmen beteiligt. Wenn der Schnitt am Saisonende über 18 000 liegt, erhält jeder Spieler pro Zuschauer 10 Pfennig.

Berater des Berliner Spielerrats in Prämienfragen war Horst Feilzer, der für 250 000 Mark von Bayer Uerdingen nach Berlin gewechselt ist. In Uerdingen wurden in der vergangenen Saison hohe Prämien gezahlt. 116 000 Mark als Zusatzhonorar erhielten die Spieler, die in allen Spielen beteiligt waren: 17 000 Mark davon wurden für den überraschenden Einzug ins Europacup-Halbfinale gezahlt, 99 000 Mark für die 45 Bundesligapunkte.

Auch in der kommenden Saison werden in Uerdingen wieder die höchsten Prämien gezahlt. 4400 Mark gibt es pro Sieg für jeden Spieler. Die Prämien-Regelungen der übrigen Klubs: 1250 pro Punkt zahlen Bremen und Hamburg. In Mönchengladbach gibt es 2000 Mark pro Punkt für einen Tabellenplatz zwischen eins und vier, auf einem Abstiegsplatz gibt es keinen Pfennig mehr.

Bayer 04 Leverkusen zahlt nach Tabellensituation gestaffelt zwischen 2000 und 1500 Mark. Bei Borussia Dortmund gibt es an den ersten acht Spieltagen 1000 Mark pro Punkt, danach ist die Höhe abhängig vom Zuschauerzuspruch. 750 Mark je Punkt zahlt Aufsteiger Homburg und in Schalke gibt es gar nur 500 Mark. Wird der Zuschauerschnitt von 20 000 übertroffen, ist die Mannschaft allerdings mit einem Drittel an der Gesamteinnahme beteiligt.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Gut für Spitzenposition

„Wieder Minister?"; WELT vom 25. Juli

Sehr geehrte Herren,

der Beschluß des Landgerichts Bonn, der Otto Graf Lambsdorff nunmehr endgültig von dem Vorwurf der Bestechlichkeit befreite, hat für die nordrhein-westfälische FDP mehrere Konsequenzen.

Zum einen wird sich Graf Lambsdorff jetzt verstärkt mit seiner ganzen Schaffenskraft dem Bundestagswahlkampf der FDP widmen können. Zum anderen kommt Graf Lambsdorff, der wie nur wenige andere die FDP in Person als Markenartikel repräsentiert, nach der Bundestagswahl jetzt erst recht für eine Bonner Spitzenposition in Frage, sofern der Wähler dies will.

Landespolitisch hat dieses Verfahren auch die Konsequenz, daß die näheren Umstände des Ermittlungsverfahrens, insbesondere wie die Anklage gegen Graf Lambsdorff wegen Bestechlichkeit zutande gekommen ist, wieder ins Licht der Öffentlichkeit rücken.

Die damalige SPD-Justizministerin Inge Donnep und die immer noch im Amt befindlichen leitenden Beamten, wie der Strafrechtsabteilungsleiter Professor Kunert oder Generalstaatsanwalt Bereslav Schmitz, sind bereits durch die Art der Einwirkung auf dieses politisch motivierte Verfahren in die deutsche Rechtsgeschichte eingegangen.

Und Professor Kunerts Äußerungen zur endgültigen Abfassung der Anklage gegen Graf Lambsdorff, „er hätte das Gefühl gehabt, versagt zu haben, wenn er nicht zu diesem Ergebnis gekommen wäre", sind bereits als Beispiel der politischen Justiz in den Sprachschatz der geflügelten Worte übernommen.

Otto Graf Lambsdorff als Symbol der Bonner Wende von '82 ist von seinen politischen Widersachern in Bonn und Düsseldorf in eine Schlammschlacht ohnegleichen hineingezogen worden, mit staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren, Anklage und einem Prozeß in Bonn. Doch seine politischen Gegner werden jetzt mit dieser Wende fertig werden müssen; ihre Helfer in den Magazinen „Spiegel" und „Stern" allemal.

Mit freundlichen Grüßen
Jürgen W. Möllemann,
Vorsitzender des FDP-Landesverbandes NRW
Dr. Achim Rohde,
Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion NRW

Sicherlich werden Ministerien nicht in der parlamentarischen Sommerpause besetzt, sondern nach gewonnener Wahl. So unsinnig daher Spekulationen über die Besetzung einzelner Ministerien zum jetzigen Zeitpunkt sind, so muß doch – ohne Festlegung auf ein konkretes Ministeramt – die gestellte Frage ein Diskussionsthema sein. Dies liegt an der Person Otto Graf Lambsdorffs: Sei es



Dr. Walter Döring, F.D.P.

sechs Jahre als Bundeswirtschaftsminister oder sei es als wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion – stets hat Otto Graf Lambsdorff an exponierter Stelle sein überragendes Fachwissen deutlich gemacht.

Und daß eine Persönlichkeit vom Kaliber des Grafen Lambsdorff für eine ganze Reihe verschiedener Ministerien erste Wahl sein könnte, das zeigt sich auch an der jetzigen Regierungsmannschaft, die durch einen Grafen Lambsdorff in ihren Reihen deutlich aufgewertet würde. Dieser ungemein kämpferische und leistungsstarke Politiker wäre ein sicherer Aktivposten in der bürgerlich-liberalen Koalition.

Die Art und Weise, wie gegen Lambsdorff mit dem Vorwurf der Bestechlichkeit vorgegangen wurde, hatte Methode: Es sollte gezielt einer der Architekten dieser Koalition aus der Regierung „herausgeschossen" werden, es sollte die FDP gezielt an empfindlicher Stelle getroffen werden. Von daher hätte eine Rückkehr von Lambsdorff ins Kabinett zweifellos auch Symbolwert. Die neue Bundesregierung wäre gut beraten, wenn sie das ungeheure „human capital", das sich in der Person von Graf Lambsdorff konzentriert findet, für sich nutzen würde.

Dr. Walter Döring,
FDP-Landesvorsitzender Stuttgart

„Otto Graf Lambsdorff hat seine Ehre wieder." Hatte er sie denn verloren? Das wäre wohl erst der Fall gewesen, wenn sich der Vorwurf der Bestechlichkeit als der Wahrheit entsprechend erwiesen hätte. Es erwies sich jedoch, daß dieser Vorwurf nicht zu Recht bestand: Eine Ohrfeige für die „Staatsanwälte in Bonn und Köln und die Rau-Regierung in Düsseldorf". Haben die ihre Ehre noch?

Einen Verdächtigten schon während eines Prozesses wegen ehrlosen Verhaltens bereits so zu behandeln, als sei der Grund für die Anklage erwiesen, ist eine Vorverurteilung.

So haben die Richter nicht gehandelt, und Graf Lambsdorff war berechtigt, zu sagen: „Noch gibt es Richter in Bonn!" Wie lange wird es sie noch geben?

Der erste Satz des Kommentars hätte demnach wohl heißen müssen: „Der Versuch, die Ehre Otto Graf Lambsdorffs anzutasten, mißlang."

Prof. Dr. W. Reinbach,
Heidelberg

Einwände

„Wir brauchen eine Raketenabwehr in Europa"; WELT vom 21. Juli

General Rogers spricht von einer neuen Gefahr, die von den Dislozierungen sowjetischer Kurzstreckenraketen der Typen SS-21, SS-22 und SS-23 ausgeht. Die Operationsbasen für FOFA-Einsätze sowie rückwärtige logistische Einrichtungen zur Versorgung der vorne kämpfenden NATO-Verbände, so sagt Rogers, wären dieser neuen konventionellen, nuklearen oder chemischen Bedrohung ausgesetzt.

Zumindest hier gibt es einige Einwände:

- Vor Jahresfrist hat bereits Verteidigungsminister Wörner auf mögliche Auswirkungen auf unsere Abschreckungsstrategie (Waffenverbund der Triade) hingewiesen und forderte Verbesserungen der integrierten NATO-Luftverteidigung.
- Forschungsergebnisse aus dem SDI-Projekt und eigene europäische Wehrforschung, zum Beispiel eine europäische ATBM-fähige Flugabwehrrakete oder eine „improved Patriot", beziehungsweise „Hawk" mit ATBM-Eigenschaften in Verbindung mit einer Leistungssteigerung in der elektronischen Kampfführung in „vernetzten Systemen", könnten diese Bedrohung in den 90er Jahren abschwächen.

General Rogers mußten diese wichtigen europäischen Forderungen bekannt sein, zumal in der SDI-Architektur auch eine Studie des SDIO über europäische Anwendungsmöglichkeiten (Teltschik-Besuch) seinerzeit vorlag.

Horst Stangier,
Hauptfeldwebel der Reserve
Würzburg

Wort des Tages

„Idealismus ist ein Maß der Vollkommenheit, das in direktem Verhältnis zur eigenen Entfernung vom Problem zunimmt."

John Galsworthy, englischer Autor (1867–1933)

Dynamit

„Ist der ‚neue Mensch' überhaupt zu stoppen?"; Geistige WELT vom 19. Juli

Das Ei des Kolumbus: Die bisher mißglückte Kostendämpfung im Medizinbereich realisieren durch Gen-Manipulation. Haefner hält die „genetische Lotterie", also die hergebrachte Zeugung, sozusagen auf gut Glück, für überholt. Er schlägt statt dessen „Klonierung" vor; dabei müsse „nur eine Körperzelle im Reagenzglas zur Embryonalteilung angestoßen werden". Diese Art menschlicher Fortpflanzung sei aus vielen Gründen angezeigt, wenn nicht unausweichlich.

Konkretisiert wird die (wissenschaftlich lösbare) Idee am Beispiel Gesundheit. Im Erbgut unserer Population schleppten wir eine Vielzahl von Genen mit, die in ihrer Wirkung „außerordentlich negativ" seien, von genetisch bedingter Fehlsichtigkeit bis zu schweren Stoffwechselstörungen. Frage des Verfassers: Warum diesen Zustand erhalten, wenn es technisch möglich wäre, ihn zu verändern?

Schon heute drohten uns die Kosten des medizinischen Systems zu erdrücken. „Woher also die Legitimation, auf ‚positive' Korrekturen im Erbgut zu verzichten?" Politisch sei die Diskussion auf die Dauer nicht durchzustehen, schon gar nicht bei zunehmend alternder Gesellschaft.

Wenn eine intelligente Familie, argumentiert Haefner, sich statt für die herkömmliche „Lotterie" fürs Klonieren eines bekannten Individuums entscheide, um mit einiger Sicherheit ein gesundes und begabtes Kind zu bekommen, dann sei es „auch moralisch und politisch nicht einfach zu begründen, warum das verboten werden soll". Der Wettlauf der Nationen wird nach Überzeugung des Autors (irgendwann) mit „genetischen Waffen" fortgesetzt. Und wo, fragt er, ist dann die Position der Deutschen? Ernstgenommen wäre dieser Diskussionsbeitrag Dynamit. Und die einstigen Rasse-Ideologen mit ihrem „Lebensborn" zur Züchtung nordischer Auslese erwiesen sich posthum als die reinsten Stümper.

Albert Müller,
Bonn 2

Unbekannt?

Von Ihnen wird ein uraltes spanisches Gesetz mit gegen Juden angedrohten Strafen erwähnt. Unbekannt scheint zu sein, daß General Franco eine Universität für jüdische Kultur auf Staatskosten einrichtete, die wohl kaum dem Zweck dient, Israelis hinzurichten. Außerdem besteht seit der Regierung des Generals Primo de Rivera ein Gesetz, welches die Juden spanischer Abstammung als Spanier anerkennt. Während des deutschen Holocaust wurden von Franco über 60 000 Juden den Nazis entrissen. (Rabbi Chaim Lipschitz, Brooklyn, N. Y.)

Arnold Daetz,
Hamburg 76

Erneuerung

„Städtebau weiter fördern"; WELT vom 11. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist Ihnen und dem Direktor des Bonner Städtebauinstitutes, Herrn Oschmann, zuzustimmen, wenn der Einhalt des undifferenzierten Rückzuges des Bundes aus der Förderung des sozialen Wohnungsbaues gefordert wird.

Es trifft zu, daß der Mietwohnungsneubau wegen der generellen Sättigung des Marktes und wegen der als abgeschlossen zu betrachtenden Wiederaufbauphase weitgehend eingestellt wurde. Doch sind an seiner Stelle die behutsame Stadt- und Dorferneuerung, der Denkmalschutz sowie die Nachbesserung von Großsiedlungen der 50er, 60er und 70er Jahre getreten.

In diesem Sinne halte ich auch aus öffentlichen Mitteln unterstützten Wohnungsneubau (Miete oder Kauf) aus folgenden Gründen für erforderlich:

- städtebaulich, insbesondere bei Baulückenschließungen in der Sanierung oder zur Abrundung anderer baulicher Situationen;
- sozialpolitisch, um gezielte Eigentumspolitik zu betreiben, zum Beispiel aus mietenpolitischen Gesichtspunkten.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Branoner,
Bezirksstadtrat
Leiter der Abteilung Bau- und Wohnungswesen, Berlin 44

Personen

UNIVERSITÄT

Die katholische Münsteraner Theologin **Hedwig Meyer-Wilmes-Müller** (32) erhält als erste Deutsche einen Lehrstuhl für feministische Theologie an der Universität Nijmegen in den Niederlanden. Nach Angaben der Universität Münster ist dies der einzige Lehrstuhl dieser Art in Europa. Die 32jährige wissenschaftliche Mitarbeiterin am Katholisch-Ökumenischen Institut der Universität Münster ist die älteste Tochter von insgesamt zehn Kindern einer Bauernfamilie aus Harsewinkel (Kreis Gütersloh). Ihre neue Stelle übernimmt die Theologin am 1. September.

ZIRKUS

Der Sänger **Freddy Quinn** ist für seine Verdienste um die Zauberwelt im Zirkuszelt vom Zirkus Simoneit-Barum zum Ehrendirektor ernannt worden. Es ist die erste Ernennung zum Ehrendirektor eines



Freddy Quinn

großen Zirkus überhaupt. Die Urkunde soll in der am 23. August um 20.15 Uhr im Ersten Programm ausgestrahlten TV-Show „Ein Abend für ... Freddy Quinn" überreicht werden.

RUHESTAND

Paul Riegger, mit 90 Jahren ältester Stadtrat Deutschlands, hat nach 24jähriger Zugehörigkeit zum Kommunalparlament sein Mandat in Villingen-Schwenningen niedergelegt. In einem Brief an Oberbürgermeister **Gerhard Gebauer** wies das Mitglied der Freien Wählervereinigung (FWV) auf sein gesegnetes Alter hin, verhehlte aber nicht, daß er des Kämpfens und Streitens müde sei. Im Gemeinderat bewege sich nichts mehr. Die Fronten der großen Fraktionen seien zu starr. Riegger stand stets auf dem letzten Platz der Freien Wählerliste, errang aber jeweils die meisten Stimmen. Sein Mandat im Kreistag Schwarzwald-Baar will er noch behalten. „Dort sind die Sitzungen zügiger, und ich finde für meine Vorschläge mehr Verständnis."

EHRUNG

Den Gustav-Heinemann-Preis für Kinder- und Jugendbücher erhalten in diesem Jahr **Anatol Feind** für sein Buch „Keine Angst, Maria" und **Reinhard Michl** und **Tilde Michels** für ihr Bilderbuch „Es klopft bei Wanja in der Nacht". Der mit 10 000 Mark dotierte Preis, der an das Wirken des früheren Bundespräsidenten erinnert, soll im November in Essen verliehen werden.

KIRCHE

Papst **Johannes Paul II.** hat den 69jährigen Bischof von Bozen und Brixen, **Joseph Gargitter**, mit Rücksicht auf dessen angegriffene Gesundheit von der Leitung seiner Diözese zurücktreten lassen. Zum neuen Bischof des Südtiroler Bistums ernannte der Papst den 46jährigen Kapuzinerpater Dr. **Wilhelm Emil Egger**, bisher Prodekan des Instituts für Philosophie und Theologie am Bozen-Brixener Priesterseminar und freier Dozent an der Universität Innsbruck. Bischof Gargitter hatte die Diözese Bozen und Brixen seit Mai 1952 geleitet.

GESTORBEN

Der amerikanische Rechtsanwalt und Verleger **William A. Peter**, der bis vor wenigen Jahren die größte Kette deutschsprachiger Zeitungen in den USA herausgab, ist in Omaha (US-Bundesstaat Nebraska) an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben. Er war 69 Jahre alt. Peter, der auch an einer Druckerei beteiligt und Chef eines Reisebüros war, hatte die zehn in verschiedenen Bundesstaaten erscheinenden Wochenblätter vor drei Jahren verkauft. Vor zwei Jahren erwarb er die deutschsprachige Wochenzeitung „Abendpost", die heute noch in Omaha erscheint. 1971 hatte die Bundesrepublik Deutschland Peter für seinen Beitrag zur Wahrung der deutschen Kultur in den USA und für seine Rolle bei der Ansiedlung von 10 000 ostdeutschen Flüchtlingen in Nebraska nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

J. Rovans Buch über Deutsche und Franzosen

Auf Abbé Mozins Spur

Die deutsch-französischen Beziehungen sind ein dankbares Thema. Sie lassen Raum für viele Autoren. Mit deutsch-französischen Anekdoten „fürs zarte Alter" beschäftigte sich schon Abbe Mozin 1810 bei Cotta. Heute scheint das Verhältnis der beiden Länder zum festen Teil in den Verlagsprogrammen zu gehören. Bei dem einen nennt man es den „langen Weg zur Freundschaft", bei den anderen „Bilanz einer schwierigen Partnerschaft", bei Piper stehen nun „Deutsche und Franzosen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts" unter dem Titel „Zwei Völker eine Zukunft".

Der Autor des Schwellenwerks, Joseph Rovan, ist wie kaum ein anderer



berufen, über die gemeinsame Zukunft der beiden Völker nachzudenken: 1918 in München geboren, 1933 *nach Frankreich emigriert*, aktiv in der Resistance, deportiert nach Dachau, nach dem Krieg Mitarbeiter in der Französischen Hohen Kommission in Deutschland, Publizist deutscher und französischer Medien, Professor an der Sorbonne für deutsche Geschichte und Politik. Seine These: „Wenn die getrennte Geschichte Deutschlands und Frankreichs, der beiden Herznationen unseres Kontinents, so weiterläuft wie bisher, dann führt sie in den Abgrund von Dekadenz und Unfreiheit!".

Das klingt recht apodiktisch. Rovan nähert sich diesem Urteil mit Fragen und Erfahrungen. Er fragt nach den verschiedenen Vorstellungen von Nation, nach dem Selbstbewußtsein der Völker und ihrer Identität, nach dem politischen Willen in Bonn und Paris. Er sucht und versucht Antworten und findet Ansätze im Föderalismus und der Dezentralisierung. Seinen flott geschriebenen Gedanken hängt bisweilen jedoch ein voluntaristischer haut gout an, zum Beispiel, wenn er schreibt: „Wegen der extremistischen, untoleranten, von der Überzeugung, die Wahrheit allein zu besitzen, gezeichneten Haltung eines Teiles der ‚Grünen' stößt deren Eingliederung in das System auf so große Schwierigkeiten, und ähnlich steht es in Frankreich mit den Kommunisten, wie es der Versuch Mitterrands, sie an der Regierung zu beteiligen, zwischen 1981 und 1984 gezeigt hat, und das gleiche gilt für die plötzlich aufgeschossene rechtsradikale Front Nationale, die für die demokratische Rechte kein Partner sein kann oder sein dürfte."

Warum nicht, fragt sich der Beobachter, der Koalitionen zwischen dieser *Front Nationale und den Bürgerlichen in manchen Regionen feststellt?* Soll es in Frankreich keinen Pluralismus geben? Immerhin stehen hinter den Rechtsradikalen und hinter den Kommunisten ein Fünftel der französischen Wähler. Rovan greift diese These in einem anderen Essay seines Buches wieder auf, wenn er über das heute so aktuelle Thema Asylanten spricht. Er schlägt vor: „Die Kompetenz für die Einwanderungspolitik in *ihren großen Linien muß auf die europäische* Ebene übergeleitet werden", um „das Aufkommen von rassistischen Antieinwandererbewegungen von der Art der französischen Front Nationale" zur Bedeutungslosigkeit zu relativieren. Wie diese Überleitung aussehen soll, sagt Rovan nicht.

Rovan denkt in Kontinenten. Aber ist dieses geopolitische Denken heute noch so unumstritten wie vor einigen Jahrzehnten? Ist der Nationalstaat wirklich am Ende? Angesichts verschiedener Zahlenspiele ist Europa natürlich eine Weltmacht, und das Tandem Paris–Bonn ihr Motor. Aber sind diese Zahlen stichhaltige Argumente angesichts der Tatsache, daß europäische Nationen so unverändert an ihren Souveränitätsansprüchen festhalten, von den Deutschen freilich abgesehen? Der Elan für die Idee Europa ist heute erlahmt. Geblieben ist der politische Wille. Reicht er aus, um den Traum von der Einheit zu verwirklichen?

Bewegend ist Rovans Aufsatz aus dem Jahre 1945. Er läßt auch junge Leser spürbar die Ratlosigkeit dieser Zeit nachempfinden. Er macht das Werk zu einem interessanten Sommerbuch, an französischen Gestaden und Stränden zu lesen, vielleicht auch an der Nord- und Ostseeküste.

JÜRGEN LIMINSKI

Joseph Rovan: Zwei Völker eine Zukunft. Piper, München 1986, 210 S., 28 Mark



Geschichten imaginiert: Soutters „Silberspiegel-Ebenholzspiegel" in der Schirn FOTO: KATALOG

Fingermalerei von Louis Soutter und Arnulf Rainer in der Frankfurter Schirn

Wenn Ungeduld die Hände drängt

Louis Soutter hat direkt mit den Fingern auf Papier gemalt. Arnulf Rainer bediente sich derselben Technik – wahrscheinlich von Soutter, den er schätzt, inspiriert. Was lag näher, als die beiden Künstler in der Ausstellung „Arnulf Rainer/Louis Soutter – Die Finger malen" (in der Frankfurter Schirn Kunsthalle) zusammenzuführen?

Die übereinstimmende malerische Technik erweist sich allerdings in der Praxis als zu schwaches Band. Soutter kam zur Fingermalerei im Alter, weil seine Sehkraft nachließ und er mit den sklerotischen Gelenken Feder und Pinsel nicht mehr führen konnte. Für Rainer ergab sich diese Malweise dagegen aus künstlerischer Ungeduld, dem Bemühen, Einfälle ohne Umweg schnell und direkt niederzuschreiben.

Während Soutter Geschichten imaginiert, bleibt Rainer in der gestischen Demonstration stecken. Mag er zum Beispiel seine Ikonenübermalungen auch als Dialog oder Duell verstanden wissen wollen, eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem vorgegebenen Bild wird bei ihm nicht deutlich. Selbst an der Kraft zum Ikonoklasmus mangelt es ihm. Da sind einfach nur Farben dick über die schwarz-weißen Aufnahmen von Christusbildern in breiten Streifen, die noch die Fingerspuren erkennen lassen, gezogen worden, ohne überzeugenden Bezug zwischen Untergrund und Hinzufügung.

Selbst wo sich Rainer für seine Fingerspiele – bevorzugt mit sattem oder leuchtendem Rot – mit einer weißen Leinwand begnügt, entsteht nur ein Stück Dekoration, ob sich die Fingerspuren nun zu einem leuchtenden Fächer oder zu einem Rhombus formen. Und wenn sich im „Zweihandbild" die rote Farbe vom kräftigen Handabdruck in ausgedünnten Linien zu einem großen Winkel verbinden, der von einer riesengroßen Signatur bedrängt wird, dann entsteht nur der einer Wandaktie.

Soutters Fingermalereien sind von ganz anderer Qualität. Während er bei seinen frühen Zeichnungen das Blatt mit dichten Schraffuren überzog, aus denen sich die hellen Figuren von zusammengedrängten Gestalten oder Köpfen in enger Nachbarschaft abhoben – Titel wie „Verloren", „Wir leiden an der Liebe", „Hysterie", „Buchstabenzirkus" verraten die Belastungen des Gemüts – stehen nun einfache, *schwarze Gestalten ohne* jede Binnenzeichnung, die an Höhlenzeichnungen erinnern, auf hellem Grund in einem eigenartigen Spannungsverhältnis zueinander. Selbst wenn das Blatt „Spiel" heißt, erwekken die vier Figuren mit ihren heftigen Bewegungen eher den Eindruck eines zwanghaften Rituals, so wie die „Geschmeidigkeit" eher an einen Hexentanz erinnert.

Der Katalog unrecht, wenn er meint, das Malen mit den Fingern sei – von einigen Ausnahmen wie bei Tizian oder Chuck Close abgesehen – als ernsthafte Technik nicht akzeptiert worden. In der chinesischen Malerei gibt es eine Schule der Fingermalerei, die in der Qing-Zeit durch Gao Qipei (um 1672–1734) zu großer Popularität gelangte, unter seinen schwachen Nachfolgern allerdings zum Kunststück degenerierte. Denn entscheidend war nicht, daß diese Bilder mit den Fingern gemalt wurden: Die Technik hatte hinter Inhalt und Form zurückzutreten. Das sollte heute nichts anders sein. Und da stellt sich nun auch bei Soutter und Rainer der angeblich gemeinsame Nenner als trennendes, weil auf die Bildqualität verweisendes Element heraus. (Bis 17. August; Linz: 26. *März bis 10. Mai 1987;* Katalog 29 Mark)

PETER DITTMAR

Die 33. Internationalen Ferienkurse in Darmstadt

Charmante Zauberinnen

Als Friedrich Hommel vor einigen Jahren die Leitung der Darmstädter Ferienkurse übernahm, tat er das unter Betonung von Darmstädter Traditionen, deren Gültigkeit ins Wanken geraten schien: Serialismus und Postserialismus, Sonoristik und die ganze akademische Schulphilosophie der Neuen Musik wurden unbeirrt forgesetzt und schufen auch Berührungspunkte zum Pariser Ircam und zu den Universitäten der Neuen Welt, die inzwischen das Bild der Szene mitprägen.

Entwicklungen und Erfolge haben diesem Konzept recht gegeben. Die Darmstädter Ferienkurse, denen aus den Gründerjahren der Ruch des Elitären und Esoterischen anhaftete, sind heute eine akzeptierte und bereitwillig geförderte Massenveranstaltung. Komponisten der Neuen Welt, die in den fünfziger Jahren die Nase rümpften, fühlen sich heute als Darmstädter Vortragsgäste geschmeichelt; weltberühmte Ensembles wie das Londoner Arditti-Quartett oder das Kronos-Quartett aus San Francisco wetteifern darin, Werke auch unbekannter junger Komponisten hier in gültigen Interpretationen vorzustellen.

Aber wichtiger: Daß die existentiellen Aufbrüche der Neuen Musik in den fünfziger und sechziger Jahren ihren Sinn hatten, ihre kreative Kraft bewahren, zeigt sich zum Beispiel im Schlußkonzert der Flötenklasse von Pierre-Ives Artaud: Da führt der Weg, etwa bei dem 1962 geborenen David Dramm oder der 1957 geborenen Carmen Maria Cârneci, aus der sonoristischen Technik in fesselnde neue, dramatische Inhalte.

Wenn die 1953 geborene Bukaresterin Adriane Hölszky (jetzt in Stuttgart) im Komponistenforum ihren Begriff der „geschlossenen Zeitfelder" erläutert, ihr Komponieren im Gitternetz struktureller Schichten, oder der Brünner Komponist Alois Piños sein Tongruppensystem entwickelt und anknüpfend die informationstheoretischen Konsequenzen der Restriktion und der Aufwertung kompositorischer Elemente, dann wird deutlich, wie die Darmstädter Ansätze der fünfziger Jahre ihre phantasiereiche, fruchtbare Fortsetzung gerade in der Musik des europäischen Ostens fanden, dessen byzantinische und folkloristische Elemente hier auf ein adäquates Koordinatensystem stießen.

Um so bedauerlicher, daß in diesem Jahr die rumänischen Komponisten, die in der Vergangenheit Darmstadt viel verdanken und denen gleichzeitig Darmstadt viel verdankt – Myriam Marbé, Stefan Niculescu und Anatol Vieru – allesamt nicht anreisen durften, mit Ausnahme von Aurel Stroe, der von einer amerikanischen Gastprofessur zurückkehrend nun nicht mehr in seine Heimat zurückdarf.

Darmstädter Musik wird also in einem zur Idee gewordenen Darmstädter Stil fortgeführt, von dem sich manche Interpreten geradezu eingeengt fühlen. Keine Rede mehr von der vor zwei Jahren noch so intensiv diskutierten neuen Tonalität; eher noch lebendig erweisen sich bestimmte lyrisch-impressionistische Traditionen, die in den Werken junger Komponisten immer wieder aufleben.

Neue Musik aber als das nie Dagewesene, völlig aus dem Rahmen Fallende bleibt doch die Ausnahme, und sie zentriert sich auffälligerweise gerade dort, wo Frauen die Hand im Spiel haben und – als Interpretinnen, Komponistinnen oder beides – blutvolle Dramatik in den keuschen Darmstädter Alltag tragen. Einen solchen unerwarteten Lichtblick bot das Frankfurter „Belcanto-Ensemble" um Dietburg Spohr: Sechs Frauenstimmen, in allen exotischen und theatralischen Sätteln gerecht, ließen in einem Konzert mit völlig unterschiedlichen Werken von Younghi Pagh-Paan, Martin Almstedt, Cheng-iek Chang, Henri Pousseur und Adriane Hölszky den Atem anhalten: Deren geordneter kompositorischer Makrokosmos lebt nämlich aus einem überbordenden Mikrokosmos szenisch-ritueller Elemente. Ihr Vokalquintett „Es kamen schwarze Vögel" scheint ein ähnlicher Glücksfall wie seinerzeit das „Ritual für den Durst der Erde" ihrer Landsmännin Myriam Marbé.

Und dann das Schlußkonzert der Vokalklasse Brenda Mitchell-Hubbard mit der großen Dramatik einer Szene aus Violeta Dinescus Ionesco-Oper „Hunger und Durst" *(die inzwischen den Dresdner Carl-Maria-von-*Weber-Preis erhielt), gesungen von der ungestümen Christina Ascher, *und der szenischen Realisation von* Sylvano Bussottis „Lachrimae" – diese Frauen sind Zauberinnen, und hier liegen wohl die Ansätze, um das Darmstädter Erbe gültig fortzuentwickeln.

DETLEF GOJOWY

Jugendwerkstatt in Köln-Nippes: Ausbildungsbetrieb als Übungsobjekt

An der Werkbank statt auf der Parkbank

Jugendwerkstätten sollen „schwer vermittelbaren" Jungen und Mädchen, *die noch keine Lehrstelle* gefunden haben, handwerkliche Grundfertigkeiten beibringen und sie an einen geregelten Tagesablauf gewöhnen. *Die langfristige* Perspektive liegt dabei meistens im Nebulösen. Ausbildungswerkstätten, wie die von einem ökumenischen Verein und der Stadt *Köln geförderte* in Nippes, wollen jedoch mehr bieten. Wenn auch nicht abzusichern ist, daß die jungen Leute von hier aus direkt in „normale Betriebe" eingegliedert werden können – nach drei Jahren sollten sie zumindest ihren Gesellenbrief haben.

Eine Woche lang hat sich ein Aufnahmeteam *in der ehemaligen* Sargfabrik in Nippes umgesehen, hat Kameras und Scheinwerfer zwischen Kreissäge, Fräse und Hobelbank postiert. Zu sehen *sind in den großen* Produktionshallen nun frisch eingezogene Zwischenwände, selbst verlegte Rohre, eigenhändig installierte *Waschräume* – der Ausbildungsbetrieb als Übungsobjekt. Fünf der Lehrlinge zeigen, wie es bei ihnen zu Hause aussieht, was sie in ihrer Freizeit machen. Für die Szene „Jugendliche auf dem Weg zur Arbeit" fuhr *Monika Roggenbuck* (21), *die in der* Tischlerei lernt, die Wegstrecke in den Betrieb gleich mehrmals kameragerecht mit dem Mofa ab.

Autorin Susanne Sturm: „*Von die*sen jungen Leuten hat eine ganze Reihe nur das Abgangszeugnis Klasse sechs, nicht selten mit dem Vermerk horrender Fehlzeiten. Das Beispiel von Nippes soll zeigen, daß ein bißchen Entegegenkommen genügt, um

Treffpunkt, ZDF, 22.10 Uhr

auch diese Jungen und Mädchen daran zu gewöhnen, jeden morgen um *acht pünktlich auf der Matte zu ste*hen." Wunschpublikum ihres Films sind „Leute, die über ‚Randgruppen-Jugendliche' schimpfen. Ich zeige sie mal nicht auf der Parkbank, sondern an der Werkbank."

Der Film des Münchner Produktionsteams ist nicht der erste Fernsehbeitrag über die Kölner Ausbildungswerkstatt; das Regionalfernsehen hat bereits zweimal berichtet. Stellt sich die Frage, was danach passierte. Erika Hörr vom Arbeitsamt Köln: „Höchstens, wenn mal in den *Lokalzeitungen ganz konkret* gesagt wird: In diesem oder jenem Betrieb sind Lehrstellen frei, kommt gelegentlich eine Nachfrage. Fernsehbeiträge, und dann noch solche über etwas ungewöhnliche Projekte, zeigen bei unseren Berufsberatern überhaupt keine Resonanz."

Matthias Lehmann, einer der Sozialarbeiter der Kölner Initiative, vermutet, daß während des Filmberichts nicht allzu viele betroffene Jugendliche vor dem Fernsehgerät sitzen werden. Und wenn sich die Hauptdarsteller aus dem Kölner Vorort ihr „Special" heute abend angesehen haben, gehen sie erst mal in die Betriebsferien. Sozialarbeiter Lehmann ist skeptisch: „Wir hatten hier eine Woche lang diesen enormen technischen Aufwand des Produktionsteams. Nützlicher wäre eine längerfristige begleitende Beobachtung" gewesen, die Gewißheit für die Jungen und Mädchen, *daß die mit* der Kamera immer mal wieder 'reingucken".

SABINE KOBES

Wie das ZDF den Wahlkampf programmiert

Soviel wie nötig, so wenig wie möglich", *faßte Wolfgang Herles*, beim ZDF zuständig für Sondersendungen, das Konzept zur Wahlkampf-Berichterstattung des Senders zusammen. Dem Informationsanspruch wollen die Mainzer gerecht werden, indem sie zum einen die Haltung der Parteien zu Sachthemen verdeutlichen, zum anderen die der Personen berücksichtigen.

In diesem Winterwahlkampf präsentiert das ZDF drei Hearings, in *denen Politiker aller fünf Parteien zu* Sachthemen Stellung beziehen. Dabei soll versucht werden, so Herles, eine kontroverse Diskussion in Gang zu bringen. Notfalls müsse beispielsweise durch ein Klingelzeichen verhindert werden, daß lange Statements abgegeben würden.

Ein indirektes Spitzenduell will das ZDF mit den Fragerunden „Was nun, Herr Kohl?" am 16. Oktober und „Was nun, Herr Rau?" am 13. November bieten. Direkt konfrontiert werden die beiden Kanzlerkandidaten dann miteinander und mit den Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien in der sogenannten Elefantenrunde, die zusammen mit der ARD „Drei Tage vor der Wahl" ausgestrahlt wird. Martin Bangemann wird in der von ZDF-Chefredakteur Reinhard Appel geleiteten Runde „Journalisten fragen – Politiker antworten" am 11. September zu Wort kommen. Für den 18. Dezember lädt Appel fünf Politikerinnen zu einer Diskussion mit Journalistinnen ein.

Wie ähnlich oder wie verschieden sind die Spitzenkandidaten? Dieser Frage wollen Wolfgang Herles und Joachim Jauer nachgehen. Für „Die Reportage" am 13. Januar begleitet Herles eine Woche lang den SPD-Ministerpräsidenten auf seiner Wahlkampftour, während Jauer mit dem Bundeskanzler durch die Republik fährt.

„Man kann damit leben", urteilte Herles über die geplante Berichterstattung von den ausstehenden Parteitagen. Nach einer langjährigen Vereinbarung kommt den beiden großen Parteien jeweils eine halbe Stunde, den drei kleinen jeweils 15 Minuten Parteitags-Sendezeit in ARD und ZDF im Jahr zu. Bei einer Verdopplung der Parteitage im Wahlkampfjahr einigten Sender und Parteien sich darauf, daß jeweils nur eine Anstalt von einem Parteitag berichtet. „Der journalistische Konkurrenzkampf ist weg", bedauerte Herles. Rund eine halbe Million Mark wird es zusätzlich kosten, daß ARD und ZDF den technischen Aufwand nun nicht wie zuvor teilen.

MARTINA SCHLINGMANN

KRITIK

Liegt Tschernobyl am Rhein?

Liegt Tschernobyl am Rhein? Mit einer „Kinderdemo" leitete Franz Alt seinen ARD-**Report** ein. 5000 waren *auf den Rheinwiesen* gegenüber dem Bundeshaus aufgeboten worden, um gegen die Atomkraftwerke zu protestieren. Doch da gab es keine *Demonstration vor der sowjetischen* Botschaft, kein Aufbegehren gegen Schluderei und Pfusch beim Bau und der Unterhaltung von Atomkraftwerken *in der UdSSR, und auch keinen* Protest geschädigter Landwirte gegen den ukrainischen Regen. Es ging einzig und allein um das Abschalten deutscher Atomkraftwerke. Der Zuschauer mußte sich fragen, ob Tschernobyl am Rhein liegt. Nach dem sowjetischen atomaren Menetekel darf es keine bundesdeutschen Atomkraftwerke mehr geben. Dieser rotgestrickte Faden zog sich durch die gesamte Sendung.

Diskussion mit Kindern auch in Berlin. Sie haben Angst. 50 000 atomare Sprengköpfe in Ost und West sind genug. *Wer ist nicht dieser Mei*nung? Aber in welches Verhängnis kämen wir, folgten wir den Linksideologen, die uns als Vorleistung ein einseitiges Abrüsten empfehlen.

Auch Infas mußte herhalten, um in Prozenten die Angst der Kinder und Jugendlichen vor einem atomaren Krieg zu unterstreichen. Diese Angst endet nicht bei Jugendlichen; wir alle müssen mit ihr leben. Aber der nüchterne Beweis ist nun mal, daß das atomare Patt zwischen Ost und West uns über 40 Jahre Frieden beschert hat. Schließlich Bilder aus deutschen Atomkraftwerken, in denen angeblich die dort Beschäftigten einer höheren Bestrahlung ausgesetzt sind als erlaubt. Offizielle Vertreter bestreiten dies. Der Vorwurf wird aufrecht erhalten. Ein Thema, das eine sachliche Diskussion mit allen Betroffenen verdient. Dies blieb uns Franz Alt wieder einmal schuldig.

SIEGFRIED IHLE

Krawall – ja, aber verhindert

Dem ZDF gebührt ein Lob für Aktualität. Bernard Tapie – Frankreichs Wirtschaftswunderkind – wird es verkraften, daß er nun erst am 28. August über unsere Bildschirme flimmert. Am Dienstag nahmen seinen Platz die Dienstreisenden der Republik *in Sachen Protest gegen* die Kernkraft ein. Am Wochenende trafen sie sich zu Zehntausenden auf einer Wiese in Burglengenfeld – rund 20 Kilometer vom Bauzaun der geplanten Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf entfernt. Die Crème der deutschen Rockmusiker spielte zum Protest auf und machte einen Reingewinn von über 1 Millionen Mark, der künftigen Musikdemos dienen soll. Das ZDF begleitete die 6000 Dienstreisenden vier Tage lang von Freitag bis Montag.

Krawall – Nein Danke hieß der Titel der Sendung. In der Tat blieben die befürchteten Auseinandersetzungen aus. Doch wo fängt die Gewalt an? Der Titel suggeriert, daß nur friedlich eingestellte Kernkraftgegner *in Richtung Burglengenfeld* unterwegs waren. Und genau das war nicht der Fall. Immerhin mußte die Polizei 65 Personen festnehmen und über *3000* Waffen *aller* Art sicherstellen. Anstatt „Krawall – Nein Danke" hätte die Sendung auch „Krawall – Ja, aber verhindert" heißen können.

Bis auf den unglücklichen Titel gefielen die fünf Autoren durch ihren Hang zur Objektivität. Kernkraftgegner, Dorfpolitiker, Einwohner und leitende Sicherheitskräfte kamen zu Wort. Unverständlich blieb, daß die Einsatzleitung keine einfachen Polizeibeamten *vor die Kamera ließ.* Als Zuschauer wartete man förmlich auf die Eindrücke, Stimmungen und Ängste der jungen Beamten vor dem Zaun.

THOMAS LINKE



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Bühne frei für Marika
11.35 Das schönste Buch der Welt
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.50 Klamottenkiste
Der Theaterbesucher
15.05 *Unsere kleine Farm*
Almanzos Bruder
15.50 Tagesschau
16.00 Ossy Zimmermanns Zimmitationen
Ein „Cabrietist" aus der Schweiz
16.45 Die Abenteuer von Tom Sawyer und Huckleberry Finn
Unter falschem Namen
17.15 Der Mann und der Adler
Film von Marie Bardischewski
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Franz Liszt
Live aus dem Festspielhaus Bayreuth:
Gedenkkonzert zum 100. Todestag von Franz Liszt
Solisten: Krystian Zimmerman, Klavier. Robert Schunk, Tenor
22.00 Der 7. Sinn
22.05 *Eine Rose aus Montreux*
Himmlische Stimme
Mit Gyula Bodrogi, Imre Antal und Peter Balasz
22.30 Tagesthemen
23.00 *Fecht-Weltmeisterschaften*
Finale
Degen-Einzelwertung
23.20 Strafmündig
Fernsehfilm
Von Gert Heidenreich
Regie: Roland Gall
1.05 Tagesschau
1.10 Nachtgedanken

ZDF

15.00 heute
15.05 Kiwi –
Abenteuer in Neuseeland
Der Muschelräuber
15.30 Ferienkalender
Studiogast: Inge Meysel
16.05 Der Stein des Marco Polo
Der Dichter
16.30 Ein Fall für TKKG
Das Geheimnis der chinesischen Vase
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 *Königlich Bayerisches Amtsgericht*
Der Viehdiebstahl
19.00 heute
19.30 Mord à la carte
Englischer Kriminalfilm
Von Agatha Christie
Mit Peter Ustinov, Faye Dunaway
Regie: Lou Antonio
21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Aids – klarer gesehen
21.45 heute-journal
22.10 Treffpunkt
Jugendwerkstatt Köln-Nippes
„...und später werd' ich Meisterin"
22.40 Abschied
Schwed.-finn. Spielfim (1982)
Regie: Tuija-Maija Niskanen
Der Film ist in Zusammenarbeit mit Ingmar Bergman entstanden
0.05 heute

III.

WEST
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Die unsichtbare Frau
Amerikanischer Spielfilm (1940)
21.25 *Amerika literarisch*
Max Frisch: „Amerikaerfahrung"
Von Beate Hopf und Klaus Lehmann
22.25 Reisewege zur Kunst
Türkei: Von Troja nach Didyma
23.10 Der Sternenhimmel im August
23.25 Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Theologie nach Soweto
Frank Chikane – Hoffnung für Südafrika
19.00 Musik für uns – Musik für Euch
19.15 Der Malawi-See
Tauchen in Afrikas schönstem Aquarium
Bericht von A.und W. Sigl
20.00 Tagesschau
20.15 Kampf der Titanen
Englischer Spielfilm (1981)
Mit Laurence Olivier, Claire Bloom, Ursula Andress
Regie: Desmond Davis
Hera hat Grund zur Eifersucht: Aus dem Seitensprung von Göttervater Zeus mit der Königstochter Danae ist ein Sohn hervorgegangen. Poseidon muß die Titanen auf Argos loslassen.
22.10 Guernica
Pablo Picasso und die Politik
22.55 Wege zum Menschen
Logotherapie
23.40 Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.32 Fame
19.20 Hessenschau
Ab 20.00 Uhr: wie NORD

SÜDWEST
16.00 Alles in Butter
Französischer Spielfilm (1963)
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Schwarzes Theater
18.32 Mad Movies
19.00 Abendschau
19.26 Sandmännchen
19.30 Panik um Kingkong
Amerikanischer Spielfilm (1949)
21.00 *9 aktuell*
21.15 Igel
21.45 Sport unter der Lupe
22.30 Show-Bühne (10)
23.15 Nachrichten

BAYERN
16.00 Geheimtip für Tommy
16.30 Verkehrskarussell
17.15 Der Sternenhimmel im August
17.30 Von den drei Wirklichkeiten
17.50 Ein Fall für Männdli
18.15 ABC der Wirtschaft
18.45 Rundschau
19.00 Schwester Maria Bonaventura
Amerikanischer Spielfilm (1951)
20.25 Flash Gordon
20.45 Die weißen Mönche von Hauterive
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
23.20 Rundschau
23.25 Fellow Travellers
Israelischer Spielfilm (1982)

SAT 1

15.00 Marco
Anschl.: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Kobra, übernehmen Sie!
Das Geheimnis der Schatulle
Anschl.: Lionel Hampton
18.00 Boomer, der Streuner
Anschl.: Dies war Aubrey
18.30 APF-blick
18.45 Treibstoff
Motormagazin
19.45 Der Glockengießer von Tirol
Deutscher Heimatfilm (1956)
21.30 APF-blick
22.15 Konzert
„New Orleans"
22.45 High Chaparral
Der Verbündete
Anschl.: APF-blick

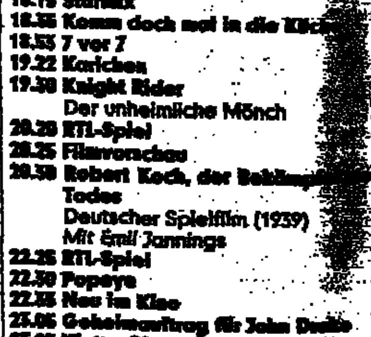


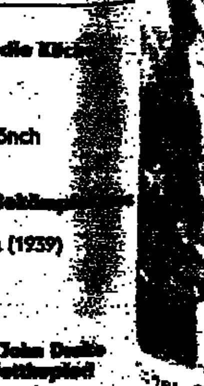
19.00 Nachbar Europa
Vom Wein der Seefahrer und dem Fisch der Bauern
19.45 Das internationale TV-Kochbuch
20.00 Tagesschau
20.15 Graf Yoster gibt sich die Ehre
Der goldene Elefant
Auf Gegenseitigkeit
21.05 *Itzhak Perlman*
Porträt des „Kronprinzen der Geiger"
22.05 Der Draufgänger
Amerikanischer Spielfilm (1940)
Mit Clark Gable, Spencer Tracy, Claudette Colbert, Hedy Lamarr
Regie: Jack Conway
Anschließend: Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Derrick
20.30 Rundschau
21.15 Frühstück am Corcovado
Dokumentation über die österreichische Brasilien-Expedition von 1817
Von Dieter Wittich und Hannes Zell
22.00 Zeit im Bild 2
22.20 Rache für Jesse James
Amerikanischer Spielfilm (1940)
Mit Henry Fonda, Gene Tierney, Jacky Cooper, John Carradine
Regie: Fritz Lang
23.50 Nachrichten







18.15 Starmix
18.35 Komm doch mal in die Küche
18.53 7 vor 7
19.22 Karichen
19.30 Knight Rider
Der unheimliche Mönch
20.20 RTL-Spiel
20.25 Filmvorschau
20.30 Robert Koch, der Bekämpfer des Todes
Deutscher Spielfilm (1939)
Mit Emil Jannings
22.25 RTL-Spiel
22.30 Popeye
22.35 Neu im Kino
23.05 Geheimauftrag für John Drake
23.25 Wetter/Horoskop/Betthupferl

Weinlob des Dichters

P. F. R. – „Küchen-" oder „Makkaroni-Latein" war zu Zeiten der Humanisten ein Schimpfwort, doch man darf daraus keineswegs auf eine Verachtung leiblicher Genüsse schließen. Der Küche verdankt die Kultur eine Fülle von Stimulantien, und die Sprache, die ja nicht nur verräterisch ist, spiegelt dies treulich-behaglich wider.

Selbst Ätzendes wird so kulinarisch zum Wohlbekömmlichen hin abgeschmeckt: „Satura", das Herkunftswort für „Satire", bezeichnete bei den alten Römern eine Art Kaltschale, vergleichbar unserem „Tuttifrutti". Ähnlich ist der Bezug beim „Potpourri", dem nicht nur französischen Zungen mundenden herzhaften Eintopf.

Von Thomas von Aquin wird berichtet, er habe seiner gewaltigen Leibesfülle wegen lediglich vor einem Schreibtisch mit halbkreisförmiger Einbuchtung Platz finden können. Vor allem der Käsegenuß scheint bei ihm enorm angeschlagen zu sein.

Was war demgegenüber nicht Kant, der Gesundheitsfanatiker, für ein armer Tropf! Tee duldete er zu Hause lediglich als geschmacklich geringfügig aufgebessertes heißes Wasser. Da ist es schon ein rechter Trost, daß wenigstens Fichte und Hegel im Idealismus des Denkens den Realismus des Genießens hochhielten. Sonst – auch aus philosophischen Gründen – nicht gut aufeinander zu sprechen, tauschten sie zumindest die Listen ihrer Weinhändler aus.

Jean Paul, der, in Küchendingen äußerst bescheiden, Kartoffeln und Bier über alles schätzte, brach über Weimar den Stab des Asketen. Schiller verargte er den fast mokkastarken Kaffee, Goethe den Wein. Der floß denn freilich auch nicht selten in Strömen. Auf dem Weg zur Buchmesse in Leipzig führte Verleger Cotta das Honorar des Geheimrats manches Mal flüssig in Fässern mit sich.

Es ist nur recht und billig, daß Dichter und Denker nun auch vom Weinbau geehrt werden. Zwei Traubenzüchtungen sind nach Justinus Kerner, dem schwäbischen Romantiker, und nach Ortega y Gasset benannt. In Württemberg gibt es als Spezialität den Schillerwein. In vino sapientia.

Galaktischer Zauber: Joe Dantes Film „Explorers"

Feurige Zickzackbahn

Eine lauschige Kleinstadt bevölkerte er mit flauschigen Pelztierchen, die jedoch nach falscher Pflege als bissige Plagegeister die spitzen Zähne bleckten. Und als ob diese „Gremlins" die Nerven seiner Landsleute noch nicht genug gekitzelt hätten, plazierte der amerikanische Regisseur Joe Dante in „Unheimliche Schattenlichter" ein ähnliches Monster auf der Tragfläche eines Düsenjets. Dort durfte es nicht nur die Ruhe eines Fluggastes empfindlich stören, sondern auch die blinde Technik-Zuversicht manches Kinogängers nachhaltig erschüttern.

Schien Dante also bislang darauf bedacht, in Amerikas Gartenlauben skurrile Blumen des Bösen zu züchten, so tummelt er sich jetzt auf abgegrastem Rasen. Denn während in Hollywoods Krieg der Sterne immer noch Feuerpause herrscht, stillt er das galaktische Fernweh des Publikums in seinem Film „Explorers" nun mit einer merkwürdigen Mischung aus missionarischem Weltraumzauber à la „E.T." und den genormten Kinderträumen der einschlägigen Computerfilme.

Zunächst nämlich sind seine drei Helden durchaus erdverbundene Knirpse, die nachts von hochkomplizierten Schaltkreisen träumen und tagsüber lieber vor dem Elektronenhirn als über den Schularbeiten hokken. Und siehe da, ihre abstrakten Traumgebilde lassen sich problemlos in den Computer füttern, der die Programmierer prompt mit einem kugelförmigen Energiefeld auf der Weite des Alls belohnt.

Erste Flugversuche mit dieser rasanten Seifenblase enden zwar mit schmerzhaften Abstürzen, doch rasch ist aus einer ausrangierten Jahrmarktgondel eine Kapsel gebastelt, die das Tüftlertrio auf feuriger Zickzackbahn zu außerirdischen Wesen führt. Diese freilich entpuppen sich als schleimige Kreuzung aus Nashorn und Grashüpfern, beziehen ihr plattes Menschenbild von der Mattscheibe, plappern Werbespots nach und lassen zu dröhnender Rockmusik die langen Saugnäpfe schlackern. Eine eher alberne als unheimliche Begegnung also und nur ein karger Lohn nach langer Reise.

Allerdings entspricht diese grob und grell skizzierte Gegenwelt leider nur allzu genau dem ebenfalls lieblos gezeichneten Kleinstadtmilieu, aus dem die halbwüchsigen Flugpioniere aufgebrochen sind. Überhaupt scheint Joe Dante stets nur mit Fertigteilen etlicher Geschichten zu jonglieren. Die Phantasie des Regisseurs geht in diesem Film schon recht bald zur Neige. In dem Reich hinter den Spiralnebeln warten statt bizarrer Einfälle nur die sattsam bekannten Kapriolen jener teuren Tricktechnik, die George Lucas und seine Sternenkrieger sehr viel besser beherrschen.

HARTMUT WILMES

Sein Reich war das „Vermischte", auch in der Musik – Zum hundertsten Todestag von Franz Liszt

Nur niemals brav geradeaus leben!

Franz Liszt hat die Phantasie der Menschheit angeregt wie kaum ein anderer Künstler. Er repräsentierte das romantische Jahrhundert mit Entschlossenheit, Fleiß, Genialität und Tricks. Er wurde angehimmelt. Damen fielen reihenweise in Ohnmacht, wo auch immer er auftrat und sich ans Klavier setzte. Er war wohl der größte Pianist aller Zeiten, wie es sich aus den Zeugnissen seiner Kollegen und Zeitgenossen mit Leichtigkeit herauslesen läßt.

Vor allem aber: Er war gleichzeitig ein schöner, die weiblichen Sinne verwirrender Mann. Liszt gehört zu haben, kam einer musikalischen Sensation gleich; ihn gesehen zu haben, einer gesellschaftlichen. Liszt war kein Künstler einzig fürs Feuilleton. Sein Reich war das „Vermischte" – auch in der Musik.

Er faßte alles zusammen in seiner Kunst, und er raffte alles zusammen. Von Berlioz erfuhr er, welche Faszination ein ausgepichtes Orchesterkolorit ausübt; wie es sich in Klangfarben malen läßt. Liszt machte sich daran, diese orchestrale Vielfarbigkeit auf das Klavier zu übertragen. Er zwang ihm bis dahin unerhörte Wirkungen ab. Diese Effekttüchtigkeit brachte er später ein in seine eigene Orchestersprache. Er erfand für sie das sinfonische Gedicht: die Dichtung aus Klängen, befreit von den strengen Regeln der Sinfonie. Er schuf seiner Vision die ihr eigene Form. Er überließ sie der Nachwelt, epigonal immer wieder an ihr zu scheitern.

Von Paganini übernahm er die Ruchlosigkeit unüberbietbarer Virtuosität. Nachdem Liszt den Geiger gehört hatte, zog er, der seit langem gefeierte Pianist, sich noch einmal zurück, seine Technik auf dem Klavier der Paganinis anzugleichen: das bislang Unerhörte, die schiere Hexenmeisterei musikalisches Ereignis werden zu lassen. Von allen Stars seines Kalibers war er jedoch bis auf den heutigen Tag der einzige, der sein pianistisches Können dem kommerziellen Konzertbetrieb von heute auf morgen entzog.

Liszt war erst 36, als er aufhörte, als Pianist für Geld aufzutreten. Obwohl er bis ans Ende seines Lebens (er starb einige Monate vor seinem 75. Geburtstag) in der Öffentlichkeit Klavier spielte, nahm er doch keinen Pfennig mehr dafür an. Er spielte nur noch zu Zwecken der Wohltätigkeit. „Helferich" Liszt, hätte er heißen sollen, merkte die Mitwelt an – und nicht Franz.

Die dritte Anregung kam von Chopin. Sie belief sich auf die Tragkraft des lyrischen musikalischen Gedankens jenseits der ohrenzermürbenden Tastendonnerei. Liszt lernte, seinem lyrischen Ich künstlerisch ebenso zu vertrauen wie seiner Griffsicherheit. Das lernt sich, wenn man wie Liszt



Größter Pianist aller Zeiten, Liebling der Damen und Monarch im Priestergewand: Franz Liszt FOTO: EDGAR HANFSTAENGL

Klavier zu spielen vermag, wahrscheinlich besonders schwer.

Liszts Klavierwerk mischte sich aus drei Quellen und doch blieb es stets geprägt von diesem einzigen Mann – zum Guten wie allerdings auch zum Schlechten. Liszts hochindividuelle Kunst war der Abdruck einer höchst klippenreichen Persönlichkeit, in der Pathos und Sentiment, Pose und Schlichtheit, Effekt und Gefühl, Schauspielertum und Genialität sich mischten. Liszt war fraglos ein Snob und gleichzeitig ein Wohltäter, Nationalist und Kosmopolit, Showman und Sinnierer. Er funkelte wohl noch selbst bei Nacht. Er wußte zu bannen.

Auch durch seine Freundlichkeit, seine Hilfsbereitschaft, seine Umgangsformen. Er verstand es, sich Freunde zu machen selbst unter jenen, die seine Musik entsetzlich fanden. Andererseits störte es ihn offenbar wenig, wenn jene, denen er Gutes tat, sich dadurch noch lange nicht gehalten sahen, sein kompositorisches Werk zu bewundern.

Er hätte ein Leben lang in Erfolgserlebnissen baden können. Er tauschte sie freiwillig gegen Mißerfolgserlebnisse ein. Er verschrieb sich dem Neuen, der Zukunft, ohne Rückhalt, ohne jeden Opportunismus. Er sah sich als Wegbereiter, und das war er auch – sogar sehr viel mehr, als er wissen konnte. Sein kompositorisches Spätwerk, erst allmählich und zögernd zutage getreten, wächst mit seinen meist melancholischen, resignierenden Tönen tief in das musikalische Neuland hinein, das erst die nachwagnerianische Generation gründlich beackern sollte.

Diese pianistischen Sondierungen am Altersklavier laufen inzwischen Gefahr, ebenso überschätzt zu werden wie die frühen, pianistisch hochexplosiven oft unterschätzt. Schon Rossini hat sich schließlich mit den „Sünden meines Alters" spielerisch der Zukunft entgegengefingert, allerdings auf eher distanziert ironische Art.

Es kommt wohl auch darauf an, wie und wo man sein Alter verbringt: in einer Welthauptstadt wie Paris inmitten ihrer Salons oder in den Klausen von Weimar, Bayreuth oder Rom. Die Mitwelt, die für Liszt schon zur Nachwelt geworden war, hatte ihn aufs Abstellgleis geschoben unter tatkräftiger Mitwirkung Cosimas, der eigenen Tochter, die durchaus nicht gewillt war, selbst durch den Tod des Vaters die eigenen Bayreuther Festspiele stören zu lassen.

Aber im Hinnehmen von Schlägen dieser oder ähnlicher Art war Liszt wohl längst schon erfahren. Vielleicht war es sogar das, was ihn dazu trieb, die vier niederen Weihen zu nehmen, die Soutane zu tragen, sich Abbé nennen zu lassen: ein Monarch im Priestergewand.

Sein Leben war stets und mit Inbrunst skandalös gewesen. Liszt schlug über die Stränge, wo er nur konnte, und nicht nur am Klavier. Europa schauderte lustvoll unter den Liszt'schen Skandalen.

Da war die Gräfin d'Agoult, die Mann und Kind für ihn verließ und Liszt in „wilder Ehe" drei Kinder gebar, darunter Cosima, die erst Liszts bedeutendsten Schüler, Hans von Bülow, heiratete und diesem dann wie in Mutterns Fußspuren zu Richard Wagner entlief.

Da war die steinreiche Prinzessin Karoline Sayn-Wittgenstein, mit der er sich später liierte. Die geplante Ehe scheiterte am Veto des Vatikans nur zwölf Stunden vor der für den 22. Oktober 1861 angesetzten Hochzeit.

Liszts Leben war abermals in aller Munde als die Skandalnudel Olga Zielinska-Piasecka (genannt „die Kosackengräfin", obwohl sie beides nicht war) beide mit dem Tode bedrohte. Liszt zog nun einmal unwiderstehlich die Verrücktheit an – und genoß sie wohl auch, solange sie ihm nicht lästig wurde. Brav geradeaus zu leben, wie es für Olympier der Kunst die langweilige Vorschrift war (Clara Schumann hat wohl an ihr mitgemauert), hatte Liszt niemals vorgeschwebt.

Er hielt künstlerisch Hof. Er galt als der berühmteste Mann in Europa. Selbst Menschen, die sich keinen Augenblick je für Musik interessiert hatten, wußten um ihn und um seinen Rang. Er besaß ein Prestige wie heute wohl nur Bernstein und Karajan.

Er mied alles Selbstquälerische. Er vertraute seiner Vision, die in der Totale erzromantisch Kunst und Leben vereinte und im Künstler den neuen Heilsbringer sah, jedermann ebenbürtig, gleichauf mit Fürsten und Königen.

Liszts Nachruhm wird denn auch nicht einzig von seinem musikalischen Nachlaß bestimmt. Er hinterließ mehr: eine Legende. Diese Legende aber kann sich bei aller kritischen Mäkelei, mit der sich das Jahrhundert nach seinem Tod nicht zurückhielt, auf eine Reihe unsterblicher Klavierstücke stützen, die ganz gewiß ihre dankbaren Interpreten finden werden, solange überhaupt Klavier gespielt wird.

KLAUS GEITEL

JOURNAL

Streit um den Nachlaß der Beckmann-Witwe

SAD, New York

Um den Nachlaß Max Beckmanns wird vor amerikanischen Gerichten ein Rechtsstreit ausgefochten. Der größte Teil des Erbes befindet sich gegenwärtig im Besitz von zwei Schwestern, die die Witwe des Malers während ihrer letzten Lebensjahre pflegten. Mathilde Beckmann, die ursprüngliche Alleinerbin war, starb im März dieses Jahres im Alter von 82 Jahren in Florida. In einem 1975 unterzeichneten Testament hatte sie ihre Schwester Hedda Schoonderbeek als Haupterbin eingesetzt. Im Jahre 1982 unterschrieb sie dann ein neues Testament, in dem sie den größten Teil des Vermögens den beiden Pflegerinnen vermachte. Hedda Schoonderbeek hat jetzt die in Jacksonville lebenden Schwestern auf Herausgabe des Vermögens verklagt, weil sie Mathilde Beckmann zu einer Testamentsänderung gedrängt hätten.

Ungarischer Erfolg für „Jesus Christ Superstar"

dpa, Budapest

Die Rockoper „Jesus Christ Superstar" erlebt in Ungarn derzeit einen gewaltigen Zuspruch. Alle Vorstellungen bei den Szegediner Festspielen sind seit langem ausverkauft. Regisseur Janos Szikora sagte zu seiner Inszenierung, im Mittelpunkt stehe „Jesus, der mit seinem Opfer die Menschen – auch die von heute – zur Erkenntnis bringen möchte, daß Aggressionen und das sich kämpferisch Gebärdende keinen Sinn haben". Die Inszenierung der Rockoper von Andrew Lloyd Webber und Tim Rice wird später in Budapest gezeigt.

„Prince" gibt Konzerte in der Bundesrepublik

dpa, Hamburg

Der amerikanische Rock-Sänger „Prince" kommt zu drei Konzerten erstmals in die Bundesrepublik. Zuvor singt der US-Musiker in Wembley. Auch in Rotterdam ist ein Konzert geplant. Die deutschen Stationen der Kurztournee sind Frankfurt, Essen und Hamburg.

Wem gehört Tintorettos „Schlacht von Lepanto"?

dpa, Venedig

Die Leihgabe eines monumentalen Tintoretto-Gemäldes für eine Ausstellung in Venedig hat einem Münchner Galeristen Ärger gebracht. Einer der Ausstellungsbesucher, ein namentlich nicht genannter Deutscher, beansprucht das Kunstwerk als seinen Besitz. 1945 sei das Kunstwerk als Kriegsbeute der Sowjets verschwunden. Das italienische Ministerium für Kulturgüter ordnete jetzt an, daß die 3,50 lange und 1,80 Meter hohe „Schlacht von Lepanto" bis zur Klärung der Besitzverhältnisse in Venedig bleibt.

Lieder einer ausgewachsenen Lyrikerin: Joni Mitchells Platte „Dog eat dog"

Pusten, Blasen, wohlgesetzte Worte

Mal schnappt – zur Gitarre – eine Zigarettendrehmaschine; mal ruft ein Schauspieler namens Rod Steiger als „Evangelist" programmatische Satzfetzen in die Musik hinein. Der Jazzer Wayne Shorter pustet sein Tenorsaxophon, ein Japaner bläst sanft und oboen-schön die Shakuhachi zum Klavierspiel. Dazu kommen Texte mit wortreicher Macht.

Unschwer zu erraten nach den ersten Takten, wer sich da ins vokale Vers-Maß hineinlegt und sich doch nirgends aufpumpt, weil eben wirkliche Anliegen ihr die Musik diktieren: Amerikas Botschafterin einer musikalischen Ausdrucksweise, die sich allen Klischees entzieht: Joni Mitchell (42), die Komponistin des längst zur musikalischen Tradition gehörenden Ohrschmeichlers „Both Sides Now". Joni Mitchell, das ist jene überaus kultivierte Künstlerin in Wort- und Tonsatz, deren Stimme die sanften Qualitäten der „Pentangle"-Sängerin Jaqui McShee und die poetische, herausfordernde Suggestivkraft einer Annette Peacock mit der artistischen Freude einer Rickie Lee Jones vereint.

„Dog Eat Dog" lautet der meisterlich-assoziationsreiche Titel ihrer aktuellen Langspielplatte, auf der auch die „Good Friends" erklingen, eine äußerst melancholische Parabel auf die Flüchtigkeit des Schönen und die Fiktivität aller beglückender Wahrnehmung – wohlgesetzte Worte, die sich schon als reine Gedichte trügen, mit raffinierten Zeilensprüngen und Alliterationen, aufrüttelnden Slang-Einsprengseln und subtilen Synkopen.

Ein Teil ihrer Mitmusiker hat sich hier in Deutschland schon vor gut drei Jahren auf Jonis letzter Tournee vorstellen können, so ihr Lebensgefährte Larry Klein an Bässen, Keyboards und Computer, der Gitarrist Mike Landau, dem sie das Saitenspiel gänzlich überläßt, insbesondere ihre Freude an Nonen und Sexten, die sie sonst auf speziell gestimmten Instrumenten anschlug. Vinnie Colaiuta und Michael Fisher liefern die vielfältigen, oft aufgerissenen rhythmischen Strukturen, und Thomas Dolby verstärkt dazu Frau Mitchells Keyboardspiel, das sich trotz beachtlicher Synthesizer-Freudigkeit dieser Musik nie Sterilität einhandelt: Bei Joni Mitchell herrscht hohe Geschmackssicherheit vor. Ihre musikalischen Schöpfungen sind stets mehr als bloße Freude der Einheit von Klang und Text, sind mehr als die Summe ihrer Teile, Ereignisse außergewöhnlich komplexer Natur mit rhetorisch fein ausgeklügelten Volten, worin sich die US-Tradition der Jazz-and-Poetry-Bewegung unschwer wiedererkennen läßt.

Sie ist fasziniert von Bewußtseinslagen zwischen Fakt und Fiktion, von der eigenen Lust am Appell gegen die „madmen building bombs". Sie besingt die schreckliche Macht zivilisatorischer Gifte ebenso wie die verzerrte äthiopische Bildschirm-Wirklichkeit, begegnet jedem Liebes-Erleben mit philosophischer Skepsis ebenso wie den Gefahren einer jenseits ihres Kulminationspunktes ins Wanken geratenden Hochkultur.

Das ist ein ausgewachsenes Programm einer ausgewachsenen Lyrikerin irgendwo zwischen Remy de Gourmont, e. e. cummings und Gertrude Stein, ein Programm, das sich gegen die verselbständigten Gesetze der Politik kehrt wie gegen den hohlen Kult um glitzernde Symbole: eine weibliche Stimme, die sich mitten zwischen T. S. Eliots „Hohlen Männern" erhebt. Joni Mitchells hellwachem Verstand entgeht so leicht nichts – und das macht den Hörer tief beeindruckt. Geffen/CBS 26 455.

ALEXANDER SCHMITZ

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Das „Deutschland-Magazin"

Die Nase stets im richtigen Wind

Eine ganze Serie von Jubiläen lenkt die Aufmerksamkeit auf das „Deutschland-Magazin" (Kampenwandstr. 16, 8210 Prien): Am 28. Juni wurde im Herkulessaal der Münchner Residenz unter Anwesenheit von viel Prominenz der 20. Jahrestag der Gründung der Deutschland-Stiftung gefeiert, im kommenden Jahr folgt das Jubiläum der erstmaligen Verleihung eines Konrad-Adenauer-Preises, schließlich (1989) das der Gründung des „Deutschland-Magazins". Hinzu kam im Februar der 75. Geburtstag des Motors aller dieser Aktivitäten, des Schriftstellers Kurt Ziesel. Die Prominenz der einen Volkspartei stand Schlange, die der anderen giftete sich im Bundestag über die ausgesprochenen Glückwünsche. Die wackeren Parlamentarier hätten sich trotz allen aufgestauten Ärgers besser an das Wort Friedrichs des Großen gehalten: „Gazetten müssen nicht geniert werden."

Doch nun zur jubilierenden Stiftung und ihrem Magazin. Der Name „Stiftung" führt auf die falsche Spur vielen Geldes, das für kulturelle und wissenschaftliche Zwecke eine allseits beifällig aufgenommene Verwendung findet. Bei der vor 20 Jahren gegründeten Deutschland-Stiftung handelte es sich jedoch um eine Bürgerinitiative, vielleicht die erste dieser Art, jedenfalls die erste, in der sich die „schweigende Mehrheit" gegen Kulturrevolution, Wertewandel und die Zementierung der deutschen Teilung wandte.

Die ersten Jahrgänge des im Sommer 1969 gegründeten „Deutschland-Magazins" atmeten den Geist einer Volksbewegung: großformatig, auf Zeitungspapier gedruckt, in einem zupackenden, polemischen Stil, aber doch die ganze Palette der kulturellen Felder einbeziehend, auf denen sich Wandel und Revolution abspielten: Literatur, Theater, Schule, Universität, Bundeswehr, Justiz. Für die „demokratische Mitte", der die Zeitschrift eine Stimme verleihen wollte, wurde das „Deutschland-Magazin" zu einem wahren Augenöffner. Doch die „heiße Phase" der Kulturrevolution zog vorüber.

Mit dem 6. Jahrgang (1974) und pünktlich zum Beginn der „Tendenzwende" („Das schriftstellernde deutsche Linkskartell preist – die Nase stets im richtigen Wind – bereits den Wert des Konservatismus. Und an den Schulen meldet sich eine Generation zu Wort, „der Linksradikalismus nicht mehr imponiert", so Ziesel im Februar 1974) wurde die Zeitschrift auf das übliche Magazinformat umgestellt, später ging sie zu monatlichem Erscheinen über. Waren es die Magazinaufmachung, das häufigere Erscheinen oder die engere Bindung an die Unionsparteien, die Tagespolitik und Parteipolemik jetzt stärker in den Vordergrund treten ließen?

Die Juli-Nummer läßt die Geschichte der Deutschland-Stiftung und ihrer Arbeit noch einmal an uns vorüberziehen. Besonders interessant sind die Erinnerungen Ziesels an Gespräche mit Adenauer, der sich tiefe Sorgen um den moralischen Zustand der deutschen Bevölkerung, den Mangel an Patriotismus und Zivilcourage machte. Die Chronik der Initiative, die Adenauer zusammen mit Kurt Ziesel ins Leben rief, ist in einem Bericht von Sixt von Schultzendorff ausführlich aufgeblättert. Man wird nachdenklich, wenn man die Namen bedeutender Preisträger wie Arnold Gehlen, Helmut Schelsky, Ernst Forsthoff, Hans-Joachim Schoeps liest, die alle nicht mehr unter uns weilen. Die Lücke, die ihr Tod riß, ist nicht geschlossen. Diese Männer geehrt zu haben, ehrt auch die Deutschland-Stiftung.

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

AUSSTELLUNGS-KALENDER

Berlin: Bunzlauer Geschirr – Museum für Deutsche Volkskunde (bis 17. Mai 1987)

Basel: Claude Monet – Kunstmuseum (bis 19. Okt.)

Bonn: Jettchen Geberts Kinder – Rheinisches Landesmuseum (3. bis 31. Aug.)

Dortmund: Frank Lloyd Wright – Museum für Kunst und Kulturgeschichte (bis 24. Aug.)

Düsseldorf: Zeitgenössische Keramik in Österreich – Hetjens-Museum (bis 31. Aug.)

K. H. Hödicke – Gemälde, Skulpturen, Objekte, Filme. – Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen (14. Aug. bis 21. Sept.)

Frankfurt: Künstlerbücher – Deutsche Bibliothek (5. Aug. bis 5. Sept.)

Hans Christiansen – ein Jugendstilkünstler – Museum für Kunsthandwerk (bis 9. Sept.)

Was sind Fetische? – Museum für Völkerkunde (bis Jahresende)

David Smith – Städel (bis 28. Sept.)

Göttingen: Conrad Felixmüller – Kunstverein (bis 20. Aug.)

Hamburg: Eva und die Zukunft – Kunsthalle (bis 14. Sept.)

Hildesheim: Glanz und Untergang des ALTEN MEXIKO – Roemer- und Pelizaeus-Museum (bis 9. Nov.)

Köln: Ferdinand Nigg – Wegzeichen zur Moderne – Alte Wache des Stadtmuseums (bis 14. Sept.)

München: Das Automobil in der Kunst – Haus der Kunst (9. Aug. bis 5. Okt.)

Ludwig I. Eine Darstellung seiner Sammeltätigkeit – Neue Pinakothek (22. Aug. bis 23. Nov.)

Münster: Konstruktion und Geste – Schweizer Kunst der 50er Jahre (bis 7. Sept.) / Peter Böckstiegel – Aquarelle – Westf. Landesmuseum (bis 28. Sept.)

Nürnberg: NÜRNBERG 1300–1550 – Kunst der Gotik und Renaissance – Germanisches Nationalmuseum (bis 28. Sept.)

Oberhausen: Durchblick 2 – Neuerwerbungen der Sammlung Ludwig – Schloß Städt. Galerie (bis 14. Sept.)

Regensburg: Walter Klinkert – Meisterwerke der Vedute / Wolf Röhricht – Aquarelle – Ostdeutsche Galerie (bis 28. Sept.)

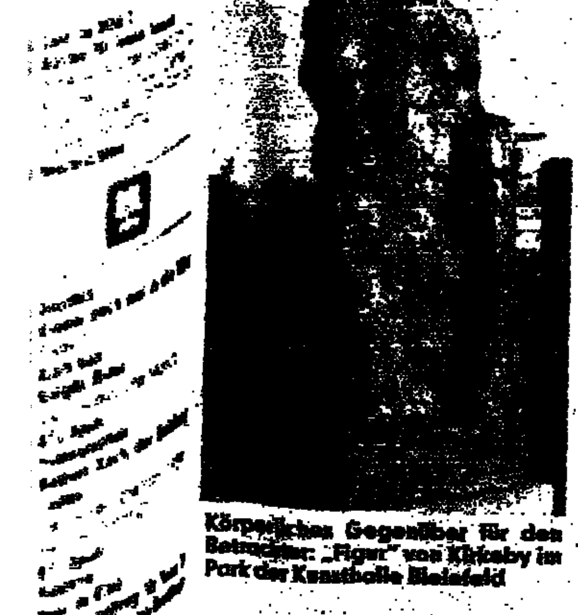
Salzburg: Standards – Malerei im 20. Jh. – Kleines Festspielhaus (bis 31. Aug.)

Singen: (Hohentwiel) Fünf Stille im Lande – Alte Sparkasse (8. bis 31. Aug.)

Stuttgart: Neue Kunst aus Afrika – Aus der Sammlung Gunter Péus (14. Aug. bis 28. Sept.) / Kunst und Sport – Tagblatturm (9. Aug. bis 14. Sept.)

Tübingen: Bruce Nauman – Zeichnungen – Kunsthalle (bis 7. Sept.)

Am ostwestfälischen Parnaß ist der Held gescheckt



Körperliches Gegenüber für den Betrachter: „Figur" von Kirkeby im Park der Kunsthalle Bielefeld

Die mehr oder weniger wilden Maler haben in den letzten Jahren auch Skulpturen geschaffen. Baselitz erregte Aufsehen mit seinem Mann, der nicht vom Boden hochkam und dennoch auf die Biennale gelangte, und im Park vor der Kunsthalle Bielefeld sind jetzt Bronzearbeiten von Per Kirkeby, Markus Lüpertz und A. R. Penck zu sehen.

Unter dieses „Abhaken" mischt sich dann doch Erstaunen: Markus Lüpertz orientiert sich mit seinen lebensgroßen Bronzen an der Antike, zum Beispiel am „Poseidon von Artemision", den er zu einem „Titan" umformuliert hat. Allerdings ist Lüpertz der Meinung, uns gebühre kein klassisches Maß mehr, und so sind seine Figuren ziemlich grobschlächtig und etwas erbärmlich – selbst verglichen mit dem abseits unter Bäumen stehenden Bismarck, den R. Siemmering 1902 schuf.

Die „Ganymed"- und „Titan"-Skulpturen sind zwar aus Bronze, aber auch bemalt. Dafür sucht Lüpertz Rechtfertigung in der Antike, die ebenfalls farbig gefaßte Skulpturen kannte. Wie tragfähig dieses Konzept ist, kann man jetzt nicht mehr feststellen – in gröblicher Überschätzung seiner Fähigkeiten hat jemand einen Farbanschlag auf die neoantiken Helden geführt, die nun ein wenig scheckig ausschauen. Als Skulpturen sind sie im Vergleich zu ihren Vorbildern das, was wir im Vergleich zu den alten Griechen sind – Zwerge, die auf den Schultern von Riesen stehen.

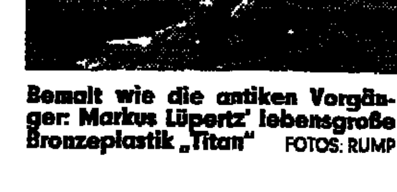
A. R. Penck hat eine „Anti-Dom-Skulptur" beigesteuert. Mit dieser will er etwas gegen die häßlichste Kathedrale der Welt tun, den Kölner Dom, der mit seiner Schauseite in der Tat wirkt, als hätte jemand zwei überdimensionale Bierflaschen am Rhein vergessen. Gegen diese schwärzliche Wucht der preußischen Gotik setzt Penck ein nicht gerade harmonisch balanciertes bronzenes Etwas mit schamanisch himmelwärts strebendem gebogenen Horn. Ein etwas überdimensioniertes Standard-Modell, das den „Kölner Karneval versteinern" und die Domtürme „zu einem einzigen sentimentalen Gedanken" verschmelzen soll. Herausgekommen ist zumindest eine merkwürdige Skulptur, die eine plastische Syntax vorführt, deren Probleme längst gelöst sind.

Den Geist beflügeln kann allerdings Per Kirkeby. Diesmal hat er ebenfalls in Bronze gegossen: kräftige, torsohafte Gebilde, die von einer Seite in die Breite gehen, von der anderen Ansicht aber schlank und fast zart und figürlich wirken. So sind sie nur im Umschreiten zu erfassen, obwohl sie als Sockelskulpturen scheinbar traditionell sind. Ihr lebendiges, rodinhaftes Oberflächenrelief ist wie ein Tribut an den Begründer der Moderne, dessen „Denker" neben dem Eingang zum ostwestfälischen Parnassos plaziert ist.

Kirkebys schlicht „Figur" genannte Arbeiten sind eine Herausforderung für den Betrachter, der seine Hände in seine Augen verlegen muß. In ihrer Kompaktheit sind sie ein fast körperliches Gegenüber – eine wahrhaft zeitgenössische Interpretation von Bronzeplastik. (Bis 28. Sept.; der Katalog erscheint Anfang August)

GERHARD CHARLES RUMP





Bemalt wie die antiken Vorgänger: Markus Lüpertz' lebensgroße Bronzeplastik „Titan" FOTOS: RUMP

Die Erinnerung steigt aus den eisigen Fluten

20-Mann-Team zur Bergung von Ju 52 in Norwegen

MICHAEL JACH, Hannover

Seit die fliegende Legende „Ju 52" wieder durch die Lüfte brummt, macht sie die Herzen der „alten Hasen" – und eigentlich jedes Enthusiasten der Luftfahrt – schlagen. Von dem berühmten Lufttransporter des Dessauer Konstrukteurs Hugo Junkers sind rund um den Globus derzeit gerade noch acht startfähige Exemplare registriert. Da muß die Nachricht aus Hannover, daß eine hiesige „Interessengemeinschaft Ju 52" auf dem Grund des norwegischen Hartvigvann-Sees nahe Narvik fast eine ganze Staffel der historischen Junkers-Maschinen ausgemacht hat, den Verehrern der „guten alten Tante Ju" in den Ohren klingen, als wär's die „Musik" der charakteristischen drei Sternmotoren.

Im Kriegssommer 1940 sind zehn Ju 52 der damaligen deutschen Luftwaffe im eisigen Wasser des norwegischen Gebirgssees versunken. Sie waren am 13. April 1940 auf dessen Eisdecke gelandet, beladen mit Geschützen für die Gebirgsjäger unter Generaloberst Eduard Dietl, die den wichtigen Erz-Hafen Narvik für die Kriegswirtschaft des Deutschen Reiches erobern sollten. Es war ein kalkulierter Flug ohne Wiederkehr.

Wie im Einsatzbefehl bestimmt, wurden die Maschinen von den Besatzungen aufgegeben, da die Treibstofftanks der Ju 52 für den Rückflug nicht ausreichten. Seither haben die extrem niedrige Wassertemperatur und die relative Sauerstoffarmut in 50 bis 90 Meter Tiefe die Maschinen regelrecht konserviert. Als im Sommer 1983 norwegische Bergungstaucher die erste Ju aus der Tiefe holten, hatte einer der BMW-Flugmotoren noch Kompression ...

Spenden in Höhe einer Viertelmillion Mark

Die Kunde vom Fund im hohen Norden entging dem Direktor des Braunschweiger Luftfahrtbundesamtes, Karl Kössler, damals ebensowenig wie dem Spediteur Günter Leonhardt aus Hannover und dem Kommodore des Wunstorfer Transportfliegergeschwaders 62 der Bundesluftwaffe, Oberst Walter Holinka. Mit anderen Ju-52-Begeisterten taten sie sich schließlich zur Interessengemeinschaft zusammen, die als eingetragener Verein für gemeinnützig und damit steuerbegünstigt-spendenfähig anerkannt wurde (Interessengemeinschaft Ju 52 e. V., Ulmer Str. 2, 3000 Hannover-Laatzen). Seit April dieses Jahres kam die stolze Summe von einer Viertelmillion Mark zusammen, vermehrt um weitere Kostendeckungs-Zusagen.

Auf solche Unterstützung sind die niedersächsischen „Bergungsunternehmer" angewiesen, wollen sie ihr ehrgeiziges Vorhaben verwirklichen: Noch in diesen Wochen wird ein 20-Mann-Team – neben einigen Hamburger Bergungsspezialisten Mitarbeiter und Fliegerkameraden von Leonhardt und Holinka – die im See ruhenden Maschinen „exakt orten und sichern. Und wir hoffen, auch die Hebung noch einleiten zu können", wird in Hannover erklärt. Fortsetzung folgt im nur acht Wochen kurzen Polarsommer des nächsten Jahres. Knapp eine halbe Million Mark ist veranschlagt für Suche und Bergung, Demontage und Tieflader-Transport.

Unterstützung durch das Ministerium in Oslo

Jenseits aller organisatorisch-technischen Bravour liegt der Schlüssel zum Erfolg in den Händen von Eivind Eyvang, Direktor des norwegischen Verteidigungsmuseums, der über sämtliche Kriegsrelikte im Hoheitsbereich des NATO-Verbündeten gebietet. Dessen Rechte wollen ebenso geachtet sein wie zwangsläufig berührte „Narben" der Geschichte. Seine deutschen Ju-52-Partner wollen sich erkenntlich zeigen mit fachmännischer Unterstützung bei der Restaurierung einer Anzahl anderer Flugzeugveteranen gleicher Herkunft, die auf dem norwegischen Luftwaffenstützpunkt Gardermoen ausgestellt werden sollen.

Sicher ist der Interessengemeinschaft die Hilfe der deutschen Luftwaffenführung. Inspekteur Eberhard Eimler versprach: „Im Bereich der Bundeswehr wird eine Ju 52 der Traditionspflege dienen."

In der Informationsbroschüre der „Tante Ju"-Freunde wird – neben der großen Vergangenheit der Junkers-Maschinen in der Zivilfliegerei – an die „beispiellosen Leistungen" und den „hohen Blutzoll" der Transportflieger im Zweiten Weltkrieg erinnert. Dokumentarfotos stehen für die Rettung Tausender Verwundeter aus dem Kessel von Stalingrad.

In welchem Zustand immer sie aus dem „Eisschrank" im Hartvigvann-See hervortauchen *mögen – Sammler* und Museen aus aller Welt haben die raren Exemplare der „Tante Ju" längst im Visier. Für die zugesagte *Luftwaffen-Museumsmaschine* indes, da gibt es für den Wunstorfer Kommodore Holinka keinen Zweifel, wird „sein" Fliegerhorst zum neuen Standort. Doch daß sie sich je wieder in die Lüfte erheben könnte – davon wagt angesichts erforderlicher Millionen hier niemand zu träumen. Es sei denn, es fänden sich Mäzene mit märchenhaft weiten Fliegerherzen ...



Faltfächer (rechts) bestehen aus einem Bündel von Stäben und einer Bespannung aus Seide oder Papier, in Falten gepreßt

Attribute des galanten Umgangs

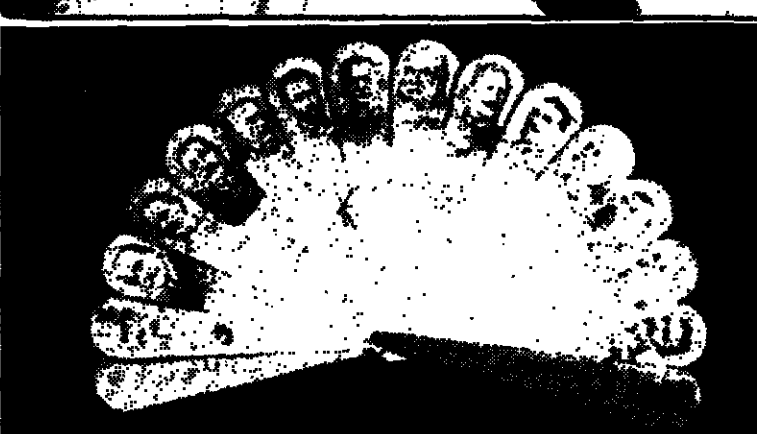
Die Geschichte erzählt von Kaiser Ch'éng-ti und seiner Geliebten Pan Chieh-yü. Als sie in Ungnade fiel, schrieb sie voll Trauer auf einen seidenen Fächer, der für den Kaiser bestimmt war: „*Die Liebe läßt aus dir* den Fächer werden ... doch fürcht' ich, wenn der Herbst mit Frösten kommt, des Sommers letzte heiße *Glut zu kühlen, dann wirft er in den* Schrein dich sicherlich, erst achtlos, dann verstaubt und nun vergessen".

Vorbilder für die Fächer waren in mythischer Vorzeit Wedel, gestieltes Blatt und Vogelflügel. In unzähligen Variationen sind diese Urformen durch die Jahrtausende gewandelt und als Stiel-, Falt- oder Klappfächer, Feder- und Briséfächer in höchstem künstlerischen Ausdruck verfeinert worden. Bambusgeflecht, Papier, Seide, Elfenbein, Perlmutt, Lack, edle Hölzer und Spitze dienten als Material. Keine Hochkultur, die nicht ihre Fächertypen entwickelte.

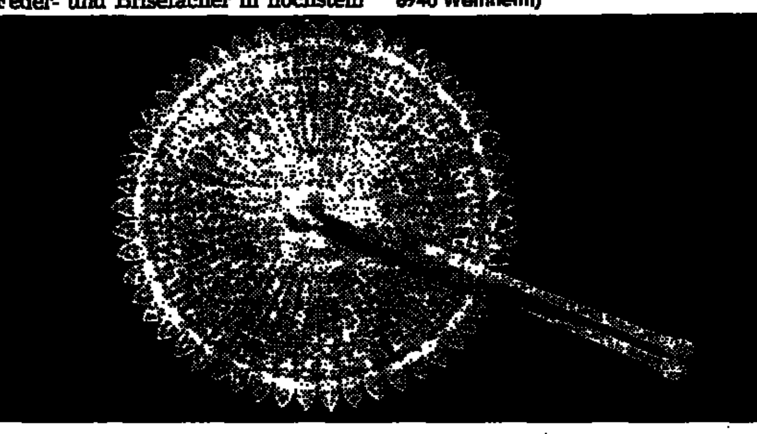
Im 18. Jahrhundert hatte sich der Fächer auch an den Höfen Europas durchgesetzt als verbindliches Accessoir der Mode. Längst diente er nicht mehr nur, Kühlung zuzufächeln, er wurde zum Instrument galanten Umgangs. Jeder Haltung kam eine Bedeutung zu: An die rechte Wange gehalten verriet der Fächer „Ich liebe dich", langsames Wedeln bedeutete „Ich bin verheiratet".

Dem 20. Jahrhundert ist der Fächer fremd geworden. Er wurde unnötig im Leben der Frau. Sie braucht ihn nicht mehr zur Selbstdarstellung. Klimaanlagen ersetzen seine erfrischenden Bewegungen, und die hinter ihm verborgene Kokatterie ist dem Vordergründigen gewichen. R. Z.

„Fächer der Welt – Welt der Fächer", bis 12. Oktober 1986, Städtisches Museum, 6940 Weinheim)



Produkt des Zeitgeists: der „Franz-Joseph-Fächer", ein Briséfächer aus Pappe (1914), zeigt die verbündeten Monarchen und ihre Heerführer



Feinste Schnitzarbeit aus Elfenbein: ein Radfächer aus China (um 1800) mit einer Gesamtlänge von 59,5 Zentimetern FOTOS: HANS-W. HÖFT/DIE WELT

Drei Kinder aus Seenot in der Nordsee gerettet

rtr. Bremen

Nach einer nächtlichen Suchaktion sind *gestern morgen* drei Kinder in der Nordsee aus Seenot gerettet worden. Nach Angaben der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger waren zwei neun und zehn Jahre alte Jungen als „frischgebackene Segelscheininhaber" am Dienstag abend zusammen mit einem zwölf Jahre alten Mädchen von der Nordseeinsel Amrum zu einem kurzen Segeltörn aufgebrochen. Als sie gegen *Mitternacht noch nicht* zurück waren, alarmierten die Eltern die Seenotrettung. Kurz vor fünf Uhr wurde die vier Meter lange Jolle dann von dem Rettungskreuzer „Eiswette" auf einer Sandbank drei Seemeilen östlich von Amrum ausgemacht, wo sie voll Wasser geschlagen und mit Segelschaden festlag. *Die Retter bescheinigten* den Kindern: „gute Seemannschaft". Als sie den Schaden nicht selber hätten beheben können, hätten sie Anker geworfen und *ohne Panik auf Hilfe* gewartet.

Dämpfer für Schatzsucher

AP, Stuttgart

Die dänischen Schatzsucher, die demnächst das in den letzten Kriegstagen durch britische Bomber im Kattegat versenkte deutsche Unterseeboot U-534 untersuchen wollen, sollten sich keine Hoffnungen auf Beute machen. Professor Jürgen Rohwer, Leiter der Stuttgarter Bibliothek für Zeitgeschichte, bezeichnet alle Berichte als „baren Unsinn", nach denen in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges U-Boote, darunter auch U-534, mit prominenten Nazis sowie Gold und anderen Kostbarkeiten an Bord in See gegangen seien.

Rentiere notgeschlachtet

dpa, Oslo

Etwa *18 000 Rentiere* müssen in Norwegen wegen hoher radioaktiver Konzentrationen als Folge des Reaktorunglücks von Tschernobyl notgeschlachtet werden. Die Regierung hat den Rentierzüchtern Entschädigungszahlungen zugesagt.

Lkw-Fahrverbot in Italien

dpa, Frankfurt

In Italien gilt an diesem Wochenende wegen des starken Ferienreiseverkehrs zwischen Donnerstag 14.00 Uhr und Sonntag 24.00 Uhr ein erweitertes Lkw-Fahrverbot für Fahrzeuge über fünf Tonnen Gesamtgewicht. Ausgenommen sind nur Transporte mit leicht verderblichen Lebensmitteln und Leerfahrten dieser Fahrzeuge.

Berlin ist beliebt

hrk. Berlin

Berlin *hat* in den *vergangenen* 25 Jahren Hamburg, Frankfurt, Köln, Düsseldorf und Hannover als touristische Anziehungspunkte in Deutschland weit überholt. Nur München macht bisher den Spitzenplatz streitig. Das Statistische Landesamt präsentierte dazu jetzt Zahlen: Mit 1,9 Millionen Gästen kam 1985 rechnerisch ein Besucher auf einen Berliner. Im vorigen Jahr steigerte sich der Zustrom um elf Prozent. Im Jahresdurchschnitt waren die Hotelbetten auf 55 Prozent ausgenutzt.

WETTER: Schwül

Lage: Nach kurzem Hochdruckeinfluß greifen atlantische Tiefausläufer auf Deutschland über. Auf ihrer Vorderseite wird sehr warme Luft nach Deutschland geführt.

Vorhersage für Donnerstag: An der Küste Wolkenfelder, sonst zunächst sonnig und Erwärmung auf 27 bis 32 Grad. Ab Mittag im Westen und Nordwesten aufkommende und nach Osten fortschreitende kräftige Quellbewölkung und dabei gewittrige Regenfälle. In Süddeutschland nachmittags und abends zum Teil kräftige Gewitter. Nachts 18 bis 13 Grad. Schwachwindig, in Gewitternähe böig auffrischender Wind.

Weitere Aussichten: Heiter bis wolkig und trocken, 22 bis 26 Grad.

Sonnenaufgang am Freitag: 5.45 Uhr*, Untergang: 21.10 Uhr; **Mondaufgang:** 1.04 Uhr, Untergang: 18.55 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 31. Juli, 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	22	be
Bielefeld	21	bw
Braunlage	18	bw
Bremen	20	he
Dortmund	20	he
Dresden	22	bw
Düsseldorf	22	he
Erfurt	22	bw
Essen	20	he
Feldberg/S.	15	bw
Flensburg	18	bw
Frankfurt/M.	22	he
Freiburg	25	he
Garmisch	24	he
Greifswald	21	bw
Hamburg	20	he
Hannover	20	he
Kahler Asten	17	bw
Kassel	21	bw
Kempten	23	he
Kiel	19	he
Koblenz	23	bw
Köln-Bonn	21	he
Konstanz	24	he
Leipzig	22	bw
List/Sylt	17	bw

Lübeck	20	bw
Mannheim	24	bw
München	24	he
Münster	21	he
Norderney	18	he
Nürnberg	24	he
Oberstdorf	24	he
Passau	25	bw
Saarbrücken	21	he
Stuttgart	24	he
Trier	22	bw
Zugspitze	7	bw
Ausland:		
Algier	29	wl
Amsterdam	19	he
Athen	32	he
Barcelona	28	wl
Belgrad	27	he
Bordeaux	27	he
Bozen	31	he
Brüssel	20	he
Budapest	29	he
Bukarest	27	he
Casablanca	29	bw
Dublin	16	bd
Dubrovnik	28	he
Edinburgh	12	R

Faro	27	he
Florenz	33	wl
Genf	29	he
Helsinki	24	he
Hongkong	31	he
Innsbruck	26	he
Istanbul	24	he
Kairo	32	wl
Klagenfurt	27	he
Konstanza	19	Gw
Kopenhagen	19	he
Korfu	27	he
Las Palmas	22	bw
Leningrad	27	he
Lissabon	24	he
Locarno	27	he
London	17	bd
Los Angeles	18	he
Luxemburg	20	wl
Madrid	32	wl
Mailand	30	he
Malaga	26	he
Mallorca	31	wl
Moskau	23	bw
Neapel	35	wl
New York	25	he
Nizza	29	wl
Oslo	20	he

Ostende	18	he
Palermo	28	he
Paris	23	he
Peking	30	bw
Prag	23	bw
Rhodos	27	he
Rom	31	wl
Salzburg	24	he
Singapur	29	bw
Split	28	he
Stockholm	18	Rs
Straßburg	27	he
Tel Aviv	31	he
Tokio	28	bw
Tunis	30	wl
Valencia	30	he
Varna	26	he
Venedig	27	wl
Warschau	28	he
Wien	28	he
Zürich	25	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; iW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

LEUTE HEUTE

Sehnsucht nach Ruhe

„Ich habe so viele reiche Männer und junge Männer hinter mir, daß es Zeit ist, sich zur Ruhe zu setzen", findet Filmschauspielerin **Zsa Zsa Gabor**. Sie will jetzt zum achten (oder neunten?) Mal heiraten. Der Auserwählte ist **Prinz Frederick von Anhalt, Herzog von Sachsen, Graf zu Arkanien**, mit dem die gebürtige Ungarin am 14. August in Saratoga (US-Bundesstaat New York) vor den Traualtar treten will. Das Alter des Bräutigams gab Zsa Zsa mit 45 an, ihr eigenes mit 55. Aber darüber gehen die Meinungen auseinander – nennen doch Handbücher ihr Geburtsjahr: *1919*. Der Bräutigam, ein Champagnerhändler aus München, trägt seinen Titel erst seit kurzem. Er wurde 1980 von **Prinzessin Maria Auguste von Anhalt** *adoptiert.*

Zurück nach Poona

Sechs Monate lang dauerte die Odyssee rund um den Erdball. Gestern kehrte **Bhagwan Rajneesh** in Begleitung zweier Frauen nach Bombay zurück. Der Sektenführer war 1985 wegen Verstoßes gegen die amerikanischen Einwanderungsbedingungen aus den USA ausgewiesen worden. Er hatte sich am Fuße des Himalaya niedergelassen, dann eine Weltreise angetreten. Er will mehrere Monate in Bombay bleiben und sich *dann in die westindische Stadt* Poona zurückziehen. Dort entstand 1974 sein erstes Meditationszentrum.

Mit der Wünschelrute den Außerirdischen auf der Spur

H. SCHMITTENDORF, Münster

Bis vor kurzem konnten Polens Bürger beim Zeitungslesen so recht neidisch werden. Ufos über San Francisco, Ufos über New Mexico – hatten etwa selbst die Außerirdischen kein Mitleid mit dem von der Mängelwirtschaft geplagten Volk? Seit Miroslaw Wilk in Aktion tritt, kann Polen aufatmen. Für Wilk steht nämlich fest: Die Ufos interessieren sich nicht etwa für den kapitalistischen Westen, sondern vor allem für Polen und seine Hauptstadt Warschau!

Eigentlich übt Wilk einen ganz profanen Beruf aus. Der 29jährige ist Mitarbeiter am Warschauer Zentrallabor für radiologischen Schutz. Doch seit vier Jahren bemüht er sich in der Freizeit nach Kräften, in Warschau einen Ufo-Forscher-Klub aufzubauen. Vor einigen Wochen hatten Wilk und seine Ufo-Freunde ihre große Stunde. Mehrere Bewohner Warschaus vermeinten, äußerst Überirdisches gesehen zu haben. Ein Leser der Zeitung „Kurier Polski" gab seine Vision gar so zum besten: „Ich sah es in meinem eigenen Schlafzimmer – es war eine betörende Maid in luftiger Bekleidung, sie strahlte und war nicht von dieser Welt!"

Bewaffnet mit einer Wünschelrute und einem Pendel schritt Miroslaw Wilk unter den wachsamen Augen von polnischen Zeitungskollegen zur Tat. Er lotete die *Wohnung* des Zeitungslesers sowie ihre Umgebung im Neubauviertel Ursynow aus. Ergebnis: Gerade vor der Haustür des ahnungslosen Warschauers befinden sich wesentliche Landeplätze der Außerirdischen. Und ein sogenannter Penetrationskanal, auf dem sich die Ufonauten in irdischen Gefilden befinden, führe geradewegs durchs Fenster in die Wohnung des verblüfften Warschauers.

Die als Zeugen anwesenden Redakteure der Warschauer Zeitung hielten sich wohlweislich mit Kommentaren zurück. „Diese Forschungsergebnisse können wir weder bestätigen noch dementieren", schreiben sie, „dazu kennen wir uns in der Ufologie zu wenig aus." Doch der Ufo-Forscher und seine Warschauer Klubkollegen nehmen alles sehr ernst. Sie sind der Meinung, daß Polen auf der ganzen Welt das Zentrum der Ufo-Bewegungen darstellt. Wilk will mit Wünschelrute und Pendel bewaffnet ganz Polen vermessen haben und dabei von der Ostsee bis zur hohen Tatra eine Vielzahl von Ufo-Landeplätzen, Penetrationskanälen und sogenannten Begleitkanälen aufgedeckt haben.

An dem Auftreten des Warschauer Wünschelrutengängers verblüfft seine Selbstsicherheit. Er glaubt nämlich mit Hilfe der geheimen Landeplätze der Ufos auch uralte, nie entdeckte archäologische Schätze entdeckt zu haben. So zum Beispiel die alte Hauptstadt der Pruzzen bei Elbingen, das altslawische Calisia oder einen alten Bischofssitz bei Danzig.

Winzerfamilie im Mittelpunkt eine ZDF-Serie

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Nach dem Publikumsrenner „Schwarzwaldklinik" verwirklicht das ZDF nun auch seine neueste Serienidee in Südbaden. „Laurens und Söhne", so der Arbeitstitel, ist die Geschichte einer Winzerfamilie, das sonnige Markgräflerland zwischen Freiburg und Lörrach die Kulisse.

Noch schweigen sich die Mainzelmänner über das Schauspieleraufgebot und die Story aus. Fest steht jedoch, daß Klaus-Peter Witt, der schon die Freuden und Leiden der Drombuschs inszeniert hatte, Regie führt. Gedreht wird von Anfang September bis Anfang Dezember sowie zwischen März und Juni 1987. Neben einem eineinhalbstündigen Pilotfilm *sollen* insgesamt elf Episoden von je 45 Minuten Dauer produziert werden. Über den Bildschirm dürfte die Familiensaga ab Frühjahr 1988 flimmern.

Die Vorfreude unter den Fremdenverkehrsdirektoren kennt jetzt schon keine Grenzen. Ist nicht auch das nahegelegene Glottertal dank „Schwarzwaldklinik" zum Wallfahrtsort der ganzen Fernsehgemeinde geworden? Was Brinkmann und Co. recht ist, kann Laurens und Söhne nur billig sein. Deshalb verwendet der Sender auch so viel Akribie auf die Suche nach dem Stammsitz der Winzerfamilie. Zwei Schlösser in Staufen und Bollschweil haben die größten Chancen, zum Lieblingsweingut von Millionen aufzusteigen.

Warum wurde Frau Pinzner nicht durchsucht?

DIETER SALZMANN, Hamburg

Hatte Jutta Pinzner, die Frau des mutmaßlichen St.-Pauli-Killers Werner „Mucki" Pinzner, schon mehrmals versucht, eine Waffe ins Polizeipräsidium einzuschmuggeln? War die Tötung der Frau und der anschließende Selbstmord von Pinzner geplant und mit seiner Frau verabredet? Es spricht einiges dafür. Vor früheren Befragungen ihres Mannes, der verdächtigt wird fünf Zuhälter ermordet zu haben, hatte sich Jutta Pinzner hin und wieder geweigert, sich von einer Polizeibeamtin abtasten und ihre Handtasche durchsuchen zu lassen. Sie machte statt dessen auf dem Absatz kehrt und verließ das Präsidium.

Am Dienstag morgen war Jutta Pinzner nicht durchsucht worden. Staatsanwalt Wolfgang Bistry, der später mit einem Kopfschuß niedergestreckt werden sollte, hatte ihr und Pinzners Verteidigerin Isolde Öchsle Misfeld die Tür, die im vierten Stock zum Sicherheitstrakt führt, geöffnet. Die Polizisten im Inneren des Traktes sind wahrscheinlich davon ausgegangen, daß Frau Pinzner bereits überprüft worden war.

Sie hatte zuvor schon an mindestens zwölf Vernehmungen ihres Mannes teilgenommen und war als sogenannter „Beistand" zu den Verhören zugelassen. Pinzner hatte sich geweigert, ohne das Beisein seiner Frau auszusagen. Da die Staatsanwaltschaft auf ihn als Belastungszeugen gegen seinen mutmaßlichen Auftraggeber, den Hamburger Zuhälter „Wiener-Peter" Nusser (37) angewiesen war, ließ man Jutta Pinzner an den Sitzungen teilnehmen.

Die Annahme, daß seine Frau ihm die Waffe zusteckte, wird durch mehrere Indizien gestützt: In ihrer Handtasche fanden sich zwei Patronen, die zur Tatwaffe, einer Smith & Wesson, Kaliber 38, passen. An dem Revolver wurden außerdem Fasern gefunden, die aus ihrer Handtasche stammen. Woher sich die Frau diese Waffe besorgt hat, blieb gestern noch unklar.

Pinzner war vor seinem Transport vom Untersuchungsgefängnis ins Polizeipräsidium abgetastet und auf metallische Gegenstände durchleuchtet worden. Während des etwa *15 Minuten dauernden Transportes* stand er unter ständiger Bewachung und war zudem noch mit Handschellen gefesselt, die ihm erst im Polizeipräsidium wieder abgenommen wurden.



Diesen Revolver vom Typ „Special Smith & Wesson", Kaliber 38, schmuggelte Jutta Pinzner ins Polizeipräsidium. FOTO: MICHAEL PROBST/DPA

Über das Motiv für die Tat kann nur spekuliert werden. Zunächst hatte es den Anschein, also wolle Pinzner Geiseln nehmen und damit möglicherweise seine Freilassung erpressen. Nach einem etwa 20 minütigen Vorgespräch stand er plötzlich mit der Waffe in der Hand auf und wandte sich mit den Worten an die beiden Kripo-Beamten mit den Worten: „Meine Herren, das ist eine Geiselnahme. Geht raus, Ihr habt drei Stunden Zeit."

Offenbar ließ er seinen Plan sofort wieder fallen. Als einer der Beamten den Raum verlassen wollte, forderte ihn Pinzner auf, sitzen zu bleiben. Unmittelbar darauf schoß er auf den Staatsanwalt. Die beiden Polizisten nutzen die Situation zur Flucht. Die Rechtsanwältin und die Sekretärin blieben im Raum.

Pinzner verrammelte die Tür mit Schreibtischen und forderte seine Verteidigerin auf, eine Telefonverbindung zu seiner Tochter Birgit herzustellen. In diesem Abschiedstelefonat sagte Jutta Pinzner zu ihrer Tochter: „Was jetzt passiert, das habe ich gewollt, das war mein Wunsch." Pinzner nahm seine goldene Uhr ab, gab sie der Rechtsanwältin und sagte: „Die ist für Birgit".

Staatsanwalt Wolfgang Bistry schwebt immer noch in Lebensgefahr. Auch nach einer mehrstündigen Operation ist es nach Angaben der Polizei fraglich, ob er überleben wird.

ZU GUTER LETZT

Aus einer Einladung der Hamburger Gesundheitsbehörde: „Die Zentralambulanz für Betrunkene hat Anfang Juni ihr neues Domizil bezogen. Gesundheitssenatorin Christine Maring möchte den Journalisten Gelegenheit geben, die neuen Räumlichkeiten kennenzulernen."